



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

EINBLICKE IN DAS
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV
STASI IN DER REGION

Stasi in Thüringen

Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Erfurt,
Gera und Suhl



Peter Boeger, Elise Catrain (Hg.)

**Stasi in Thüringen.
Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Erfurt,
Gera und Suhl**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4	
Die Zäsuren	7	
1945–1950	»Den richtigen Mann an den richtigen Platz stellen« – der Aufbau einer Geheimpolizei in Thüringen	8
1953	Der 17. Juni in Jena – die Glocken läuten für die Einheit	12
1956	»Genosse Walter Ulbricht soll nicht mit Steinen werfen, wenn er selbst im Glashaus sitzt« – Folgen der Entstalinisierung	15
1961	»Menschlich – und nicht radikalistisch« – Zwangsaussiedlung aus Sonneberg	19
1968	Ein Hauch von Prager Frühling auf dem Gothaer Marktplatz	24
1970	Stasi-Aktion »Konfrontation« – Willy Brandt in Erfurt	28
1976	Jenaer Protestaktion – »Wolf Biermann muss Bürger der DDR bleiben«	32
1985	Glasnost und »Sputnik«-Verbot – der Umwelt- und Friedenskreis in Ilmenau	36
Der Apparat	41	
Neubau in Zeiten des Untergangs – die Stasi-Zentrale in Gera	42	
Die Kreisdienststellen Nordhausen und Schleiz	46	
Radioaktiver Einsatz – die Objektdienststelle Jena jagt »Geheimnisverräter«	53	
Tschekistischer Korpsgeist und Familiensinn – die hauptamtlichen Mitarbeiter	57	
Er möchte die Zusammenarbeit nicht missen – ein Suhler Arzt als inoffizieller Mitarbeiter des MfS	61	
Stasi-Aktion »Dreieck« – das Zusammenwirken von MfS und Volkspolizei	66	
Die Methoden und ihr Einsatz	71	
Die »operative Bearbeitung« – Punkbands im Visier der Stasi	72	
»Zum Negativ-Feindlichen tendierende Positionen« feststellen – die Postkontrolle	76	
Die Schuld der anderen – der Brückeneinsturz von Zeulenroda	81	
Haft für Eisenacher Familie – das Stasi-Gefängnis »Andreasstraße«	85	
Tod eines Lkw-Fahrers an der Grenzübergangsstelle Hirschberg	88	
Eine Terroristin unter der Obhut der Stasi – die RAF-Aussteigerin Silke Maier-Witt	93	
Stasi in der Volkswirtschaft – der lange Weg zum Viertakt-Motor in Eisenach	97	
Stasi gegen Umweltbewegung – die »Pechblende« von Michael Beleites	101	
Pater »Wichtig« und die »Abgesandten des Herodes« – MfS und Kirche im Eichsfeld	105	
»... um die Belastbarkeit staatlicher Organe in Jena zu testen«	109	
Die Überwachung des Meininger Theaters	112	
Kennwort »Kufe« – die Rennrodel-Weltmeisterschaften von 1985 in Oberhof	116	

Das Ende	121
Kampf um Ausreise – die Besetzung der Eisfelder Dreifaltigkeitskirche	122
Schwarzer Rauch verrät die Stasi – Bürgerrechtler stoppen Aktenvernichtung in Erfurt	129
Anmerkungen	134
Übersichten und Verzeichnisse	142
Struktur und Aufgaben der Stasi in Erfurt, Gera und Suhl	142
Dienststellen der Stasi (BV, KD, OD) in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl	145
Kurzbiografien der Minister und der Leiter der Bezirksverwaltungen	150
Kurzbiografien der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen	156
Autoren	162
Abkürzungsverzeichnis	163
Weiterführende Literaturhinweise zum MfS in Thüringen	166



> Der Tannbach bildete die Zonengrenze zwischen Thüringen und Bayern, die hier mitten durch das Dorf Mödlareuth verlief. Juli 1949
BArch, Bild 183-N0415-363, Foto: Otto Donath

Einleitung

Das an der Grenze zwischen Thüringen und Bayern gelegene Dorf Mödlareuth mit seinen nur 40 Einwohnern ist ein Symbol der deutsch-deutschen Teilung. Der mitten durch das Dorf fließende Tannbach wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zur Demarkationslinie zwischen der sowjetischen und amerikanischen Besatzungszone. Nach der Gründung der beiden deutschen Staaten gehörte der Ostteil Mödlareuths zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR), der Westteil zur Bundesrepublik. Im Laufe der Jahre wurde die anfangs grüne Grenze auf der ostdeutschen Seite immer weiter auf- und ausgebaut bis zur Errichtung einer über drei Meter hohen Grenzbefestigung – 1966, fünf Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer. Seitdem wurde Mödlareuth auch »Little Berlin« genannt.¹

Mödlareuth wurde als Grenzregion zum Sperrgebiet. Die Grenzmauer durchtrennte den Ort, sie riss Familien, Freunde und Bekannte auseinander, schnitt Landwirte von ihren Feldern ab. Die 700 Meter lange Mauer mit Beobachtungsturm, der 500 Meter breite

sogenannte Schutzstreifen, der nachts angestrahlt wurde, und die scharfe Bewachung durch Soldaten und Grenzhelfer machten eine Überwindung der Grenze nahezu unmöglich. Nur ein einziges Mal, im Jahr 1973, gelang es einem 34-jährigen Mann aus Göttingen (Kreis Schleiz), über die Grenzmauer in den Westen zu fliehen. Der ehemalige Grenzpolizist arbeitete damals als Kraftfahrer im Grenzgebiet, hatte deshalb einen Passierschein und wurde von den Kontrollposten bis in den Schutzstreifen gelassen. Mit seinem Barkas – die Scheinwerfer waren ausgeschaltet – fuhr er am 25. Mai 1973 kurz vor Mitternacht bis an die Mödlareuther Mauer heran. Dort stellte er eine selbstgebaute Leiter auf das Dach seines Busses und hatte die Sperranlagen schon überwunden, bevor die DDR-Grenzposten auf ihn schossen.² Die gelungene Flucht war für die Sicherheitsorgane eine Schmach – nicht zuletzt für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), dessen Aufgabe bei der Grenzsicherung insbesondere darin bestand, »Republikfluchten« bereits im Vorfeld zu erkennen und zu verhindern.

Die Staatssicherheit überwachte nicht nur den Ostteil Mödlareuths, sie hatte auch das bundesdeutsche Gebiet im Visier. Stets war sie im Einsatz, wenn westliche Politiker das geteilte Dorf besuchten, so auch beim Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten George H. W. Bush im Jahr 1983. Und sie versuchte, die Urheber von »Grenzprovokationen« im Westen zu identifizieren, beispielsweise als mit Gas gefüllte Ballons mit politischen Losungen auf DDR-Territorium niedergingen.³

Heute gibt es in Mödlareuth, durch das die bayrisch-thüringische Landesgrenze verläuft, eine Gedenkstätte der deutschen Teilung. Das ganze Ausmaß der repressiven Methoden von SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und MfS wurde erst nach der Friedlichen Revolution von 1989 durch den Zugang zu den Stasi-Unterlagen bekannt. Mittlerweile können über 100 Regalkilometer Akten zur persönlichen Akteneinsicht für Betroffene, für Forschungszwecke sowie zur Unterrichtung der Öffentlichkeit genutzt werden. Allein in Thüringen hinterließ die Staatssicherheit über 12 Kilometer Akten. Sie werden in den Außenstellen Erfurt, Gera und Suhl des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen verwahrt.

Aus diesen Archiven zeigt die vorliegende Länderstudie eine Auswahl persönlicher Schicksale. Sie wirft Schlaglichter auf 40 Jahre MfS-Geschichte in den ehemaligen Bezirken Erfurt, Gera und Suhl. In den Beiträgen sind die biografischen Fallbeispiele besonders gekennzeichnet. Wir möchten allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern danken, die einer Veröffentlichung ihrer Akten zugestimmt haben.

Die vier Kapitel im Überblick

Die Zäsuren

Im ersten Kapitel der Länderstudie wird eine Auswahl an historischen Ereignissen vorgestellt, die die DDR-Geschichte geprägt haben. Während des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 stellten sich zum Beispiel Jenaer Bürgerinnen und Bürger gegen die Regierung und versammelten sich zu Zehntausenden auf dem Holzmarkt. Gezeigt werden auch die Auswirkungen des Baus der Berliner Mauer im Jahre 1961 am Beispiel der Zwangsaussiedlungen im Kreis Sonneberg. Die spontanen Protestaktionen um den Prager Frühling 1968 spiegelt die Biografie eines jungen Mannes aus Gotha.

Der Apparat

Ein eigener Abschnitt widmet sich der Struktur und dem Aufbau des Ministeriums für Staatssicherheit. In Thüringen befanden sich drei der insgesamt 15 Bezirksverwaltungen – in Erfurt, Gera und Suhl. Von Bad Salzungen bis Zeulenroda überzog das MfS die thüringische Region zudem mit insgesamt 32 Kreisdienststellen und einer Objektdienststelle zur Überwachung der Carl-Zeiss-Werke. Neben dieser Struktur werden auch die hauptamtlichen Mitarbeiter sowie das umfangreiche Netz der inoffiziellen Mitarbeiter vorgestellt.

Die Methoden und ihr Einsatz

In diesem Kapitel werden die Methoden der Staatssicherheit beleuchtet. Um die Bevölkerung zu überwachen und Systemkritik im Vorfeld zu unterbinden, entwickelte die Geheimpolizei eine ganze Reihe zunehmend verdeckter und subtiler Maßnahmen – von der Postkontrolle bis zu geheimen Verhören. Die Länderstudie macht deutlich, dass die Stasi in allen Bereichen aktiv war: in den Motorenwerken in Eisenach oder der Optikindustrie in Jena, in Kirchengemeinden oder kulturellen Institutionen wie dem Meininger Theater. Das Vorgehen der Stasi gegen abweichendes Verhalten wird zudem am Beispiel der Punkband »Fanatische Frisöre« aus Eisenach und der Jenaer Künstler mit ihren privaten Hofvernissagen nachgezeichnet.

Das Ende

Das letzte Kapitel der Studie widmet sich dem Ende der SED-Herrschaft und der Auflösung der Staatssicherheit. Seit Mitte der 1980er-Jahre sah sich die SED-Führung in ihrem Machtanspruch auch durch politische Reformen in den sozialistischen Bruderländern bedroht. Die wirtschaftlich prekäre Lage und der wachsende Wunsch der Bevölkerung nach mehr Freiheiten – vor allem nach Reisefreiheit – setzten Prozesse in Gang, die Partei und Stasi nicht mehr aufhalten konnten. Ab Oktober 1989 fanden in ganz Thüringen Demonstrationen statt. Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer und die Grenzübergangsstellen zur Bundesrepublik wurden nach und nach geöffnet. Das Aus für die Staatssicherheit kam am 4. Dezember 1989, als in Erfurt in den Morgenstunden die erste Besetzung einer Bezirksverwaltung der Stasi stattfand. Dort stoppten Bürgerinnen und Bürger die Vernichtung von Akten und sicherten die brisanten Unterlagen der Geheimpolizei.



Die Zäsuren

> Über 20 000 Menschen hatten sich auf dem Holzmarkt in Jena versammelt, wo der SED-Sitz gestürmt wurde. 17.6.1953
BStU, MfS, BV Gera, AS 20/74, Bl. 74, Bild 11 (Ausschnitt)

1945–1950

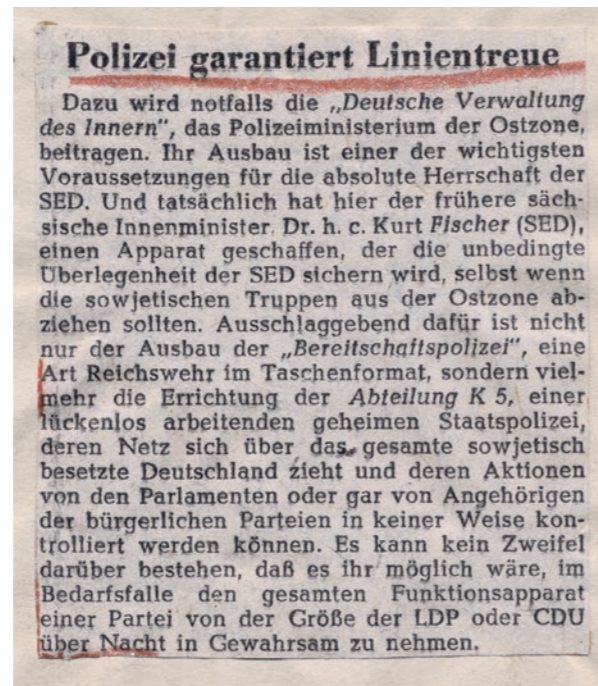
»Den richtigen Mann an den richtigen Platz stellen« – der Aufbau einer Geheimpolizei in Thüringen

Am 3. Juli 1945 erschien die erste Ausgabe der »Thüringer Volkszeitung« in Weimar mit der Überschrift »Wir begrüßen die Soldaten der Roten Armee!«. An diesem Tag marschierte die Rote Armee in die Stadt ein.⁴ Die Aufteilung Deutschlands in drei (später vier) Besatzungszonen war bereits im Februar 1945 bei der Konferenz von Jalta vereinbart worden. Thüringen sollte der sowjetischen Besatzungszone zugeteilt werden. Zunächst zogen aber ab April 1945 amerikanische Truppen ein. Der spätere Besatzungswechsel war zwar von langer Hand geplant, kam jedoch für die Bevölkerung, bei der Angst und Skepsis gegenüber der Roten Armee herrschten, überraschend.

Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) übernahm die Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone im östlichen Teil Deutschlands. Sie leitete tiefgreifende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationsprozesse ein. Eine zentrale Rolle spielte dabei die kommunistische Führungsscrew um Walter Ulbricht, die sich im Moskauer Exil jahrelang auf die Machtübernahme vorbereitet hatte und schon vor der Kapitulation nach Deutschland zurückgekehrt war. In Thüringen wurde die Sowjetische Militäradministration zwei Wochen nach dem Einzug der Roten Armee gegründet und nahm ihren Sitz in Weimar.⁵

Die neuen Machthaber sahen in einer funktionierenden staatlichen Verwaltung und einem zuverlässigen deutschen Polizeiapparat die Voraussetzungen für die Etablierung einer kommunistischen Ordnung. Bei der Rekrutierung des politischen Führungspersonals spielte die Gesinnung eine entscheidende Rolle. Innenminister Ernst Busse (1897–1952) wurde zum 1. Vizepräsidenten der Polizei, während Erich Reschke (1902–1980) die Leitung und den Aufbau der Behörde übernahm. Beide waren kommunistische Widerstandskämpfer, die als politische Häftlinge das KZ Buchenwald überlebt hatten.⁶

Schon früh wurden auch die Weichen für den Aufbau einer politischen Polizei gestellt.⁷ Abteilungen zur



> »Die Neue Zeitung«, wichtigste Zeitung in der amerikanischen Besatzungszone, berichtet über den Aufbau einer Geheimpolizei in der SBZ. 31.12.1948
BStU, MfS, BV Gera, KD Saalfeld, Nr. 2711, Bl. 15

Verfolgung politischer Kriminalität entstanden innerhalb der Polizei und erhielten nach einem Vereinheitlichungsprozess Anfang 1947 in allen Ländern die Bezeichnung »K 5«. Diese Abteilungen fungierten als Hilfsorgane der sowjetischen Geheimpolizei und arbeiteten ihr bei politischen Delikten, Kriegsverbrechen

1949 hatte die »Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft« 1 150 hauptamtliche Mitarbeiter.⁸

sowie Widerstand gegen die neue staatliche Ordnung zu.⁹ Friedrich Rothschu (Jg. 1908) leitete zu diesem Zeitpunkt die thüringische »K 5«. Der altbewährte Kommunist war für den Ausbau der politischen Polizei zuständig. Davor hatte er die sächsische Landespolizeischule besucht und einen praktischen Einsatz in Dresden absolviert. Sachsen galt als Vorbild beim Aufbau des Polizeiapparates.¹⁰

In seiner monatlichen Berichterstattung nach Berlin vermittelte Rothschu ein Bild von der unzulänglichen Ausstattung der »K 5« in Thüringen: »Bei allem guten Willen und wirklich systematischer Einteilung der

Arbeit ist es jedoch nicht möglich, den Arbeitsablauf nun so zu gestalten, dass jeder für eine bestimmte Zeit eine Schreibmaschine zur Verfügung hat, es sei denn, dass ständige Nacharbeit eingeführt würde.«¹¹ Der Mangel an Büromaterial, Fahrzeugen sowie die zunächst schwache Personalbesetzung standen dem Ausbau im Wege.

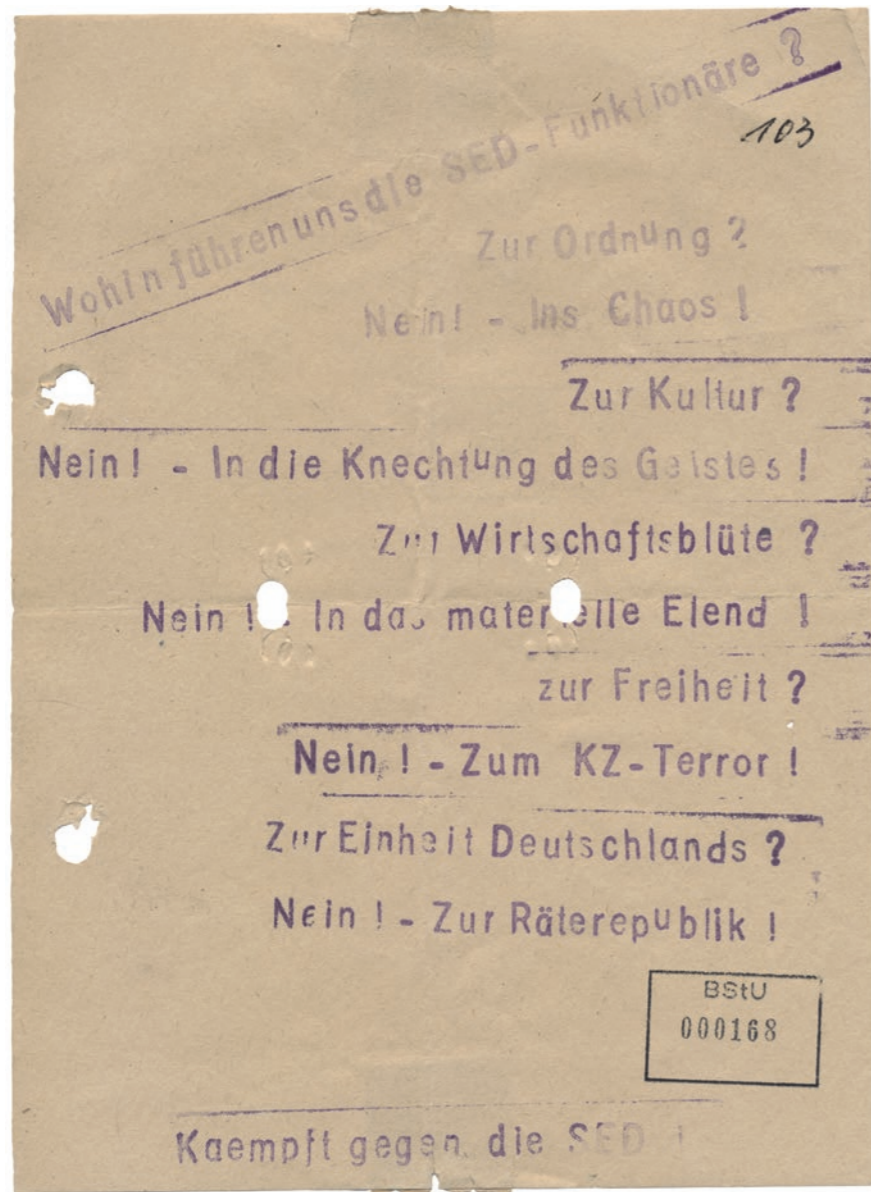
Die »K 5« suchte derweil ganz eigene Wege, um ihre geheimpolizeilichen Ziele zu erreichen. Sie rekrutierte einen Stab an Informanten, allerdings ohne vorab eine Genehmigung der SMA Thüringen eingeholt zu haben. Die sowjetische Reaktion war eindeutig: »Herr Oberstleutnant Schipkow nahm diese Darstellung sehr ungnädig zur Kenntnis und betonte, dass eine derartige Arbeitsmethode politisch verfrüht sei und verbot jede weitere Entwicklung bzw. jede weitere werbende Tätigkeit auf diesem Gebiet.«¹²

Schon bald drängte die SED-Führung in Moskau darauf, eine eigene deutsche Geheimpolizei aufbauen zu dürfen. Trotz Skepsis des sowjetischen Geheimdienstes stimmte Stalin dem Vorhaben im Dezember 1948 zu. Daraufhin wurde die »K 5« aus der Kriminalpolizei ausgegliedert und die »Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft« gegründet, die unter strenger sowjetischer Aufsicht stand. Sie wurde Vorläuferin des Ministeriums für Staatssicherheit.¹³ Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 folgte schon am 8. Februar 1950 das Gesetz zur Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit, auch hier nach sowjetischem Vorbild.

Am 6. März 1949 um 4.00 Uhr früh klingelte es in der Stolberger Straße 22 in Nordhausen. Fünf Männer der »K 5« forderten Frau Bayer auf, sofort ihren Sohn zu wecken. Für Gerhard Bayer (1926–2008) begann in

Name (bei Namen auch Geburtsname): Bayer		Ort der Festnahme: 6.3.1949 Nordhausen	Aktenzeichen: 5/424/153
Vorname: Gerhard		Letzte Wohnung: Nordhausen/Harz Stolbergerstr. 52	Tag der Festnahme: 6.3.1949
Geburtsdag und -ort: 3.2.26 Halle		Jetzige Anschrift der Familienangehörigen: Georg Bayer Nordhausen/Harz Stolbergerstr. 52	wo: Bautzen
Beruf früher: Gärtner jetzt: Gärtner		Größe:	Kartelkarte ausgestellt am: 19.3.50
Zuletzt bei beschäftigt als:		Gestalt:	wo: Bautzen
Familienstand: ledig		Bart:	Fingerabdruck genommen am:
Kinder:		Augenfarbe:	wo: Bautzen
Staatsangehörigkeit: Deutsch		Haarfarbe:	Übernahme durch die Dtsch. V.-Pol. am: 16.2.50
Deck-Name Adresse:		Besondere Kennzeichen:	vom: 16.2.50
Eintritt: NSDAP	SS	SA	SD
Austritt:			
Sonstige Organisationen u. Verbände: DJ 1936-43		Vorstrafen: Keine	Öffentliche Ämter: Keine
Innegehabte Funktionen (z. B. Kreisleiter, SA-Sturmführer usw.): Keine		Milit. Verbände u. Ausbildung: 16. SS Panzergren. Reg. Sturm	
D 09 HS 1 1. 50 30,0 Nachdruck und Änderung nur gemäß DA 115/49 der LBdVP. Wenden!			

> Karteikarte über den vom sowjetischen Militärtribunal verurteilten Gerhard Bayer. Um 1950
BArch



> Mit einfachen Mitteln erstelltes Flugblatt: Eine fünfköpfige Gruppe aus Nordhausen hoffte auf die Bildung einer SED-Opposition; vier Mitglieder wurden verhaftet. Sie erhielten langjährige Haftstrafen. 1948
BStU, MfS, BV Erfurt, AP 414/59, Bl. 168

dieser Nacht eine langjährige Haft. Im Sommer zuvor hatte er sich mit vier weiteren Nordhäusern regelmäßig zusammengefunden, um über Politik zu diskutieren. »Der Wunsch nach Freiheit und Demokratie« bewog sie dazu, Flugblätter mit einem Handdruckkasten herzustellen. In mehrere Gruppen aufgeteilt klebten sie die Flugblätter am 25. August und am 24. September 1948 nachts an Hauswände, Litfaßsäulen und Schaulinien in Nordhausen. Monatlang tappte die »K 5« bei ihren Ermittlungen im Dunkeln, bis der entscheidende Hinweis aus dem Bekanntenkreis der Gruppe kam. Daraufhin begannen die Verhaftungen durch die »K 5«. Den geflüchteten Hauptorganisator konnte sie allerdings nicht mehr fassen.¹⁴

Das MfS verfügte 1950 über 2 700 hauptamtliche Mitarbeiter.

Gerhard Bayer legte gleich ein Geständnis ab. Damit erhoffte er sich eine Milderung seiner drohenden Haftstrafe – vergeblich. Nach zwei Tagen Vernehmungen holte ihn die sowjetische Geheimpolizei ab. Auch bei diesem Fall wird deutlich, dass die thüringische »K 5« keinesfalls über große Entscheidungsbefugnisse verfügte. Denn der sowjetische Geheimdienst übernahm sofort den Fall und brachte Bayer in die Untersuchungshaft nach Erfurt. Dort litten die Gefangenen unter Kälte und Hunger; dazu kam bei Bayer der Schlafentzug. Es folgten unzählige Nachtverhöre, tagsüber hatte er Liegeverbot. Am 29. April 1949 wurde Bayer vom Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit wegen illegaler Gruppenbildung und antisowjetischer Propaganda verurteilt. Er verbüßte seine Haftstrafe in Bautzen, Waldheim und Torgau. Dort wurde er Zeuge von Gewalt und Brutalität. In den Gefängnissen herrschten außerdem katastrophale Hygienebedingungen, die mitunter tödliche Folgen für Mithäftlinge hatten. Bayer arbeitete in verschiedenen Bereichen, am längsten im Gesundheitswesen. In der Haft erhielt er durch die mitgefangenen Ärzte eine Ausbildung als Krankenpfleger. Er war als Sanitäter, Narkotiseur und dann in der Ambulanz tätig. Es gab ihm Halt, seine erkrankten Mithäftlinge pflegen zu können.

Nach über acht Jahren Haft wurde Gerhard Bayer aufgrund einer Gnadenentscheidung des DDR-Staats-

präsidenten Wilhelm Pieck am 8. Juni 1957 entlassen. Knapp einen Monat später floh er nach West-Berlin, da er – wie er später selbst schrieb – sich bedroht fühlte und wegen seiner politischen Einstellung nicht in der DDR bleiben konnte.¹⁵ Seine erste Station war das Aufnahmelaager Marienfelde in West-Berlin. Später lebte er in Frankfurt am Main und war als Bankkaufmann tätig. Die jahrelange Haft hatte bei ihm wegen einer Tuberkulose und der dauerhaften Unterernährung sowohl physische als auch psychische Schäden hinterlassen. Gerhard Bayer war ein Opfer der gnadenlosen Repressionspraxis, die Ende der 1940er-Jahre in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. DDR herrschte und die freie Meinungsäußerung mit rücksichtsloser Härte und langjährigen Gefängnisstrafen unter unmenschlichen Bedingungen verfolgte.

Auszug aus den Memoiren von Gerhard Bayer

»Die Schiffsglocke beendete um 23 Uhr den Tag. Kaum lag ich auf meiner Pritsche, die Zellentür wurde aufgestoßen, ich wurde zum Verhör getrieben, [...] das Vernehmungszimmer öffnete sich mir, gleiches Ritual, mein Vernehmungsoffizier sowie die Dolmetscherin anwesend, zwei ausdruckslose Gesichter stierten mich an. Sie gehörten einer verbrecherischen Ideologie, einer Maschinerie an, die Terror, Folter, Qual, Hunger, Tod und Sollerfüllung an zerbrochenen Menschen zu erbringen hatte. Immer die gleichen stereotypen Fragen, alles zielte darauf ab, Verbindungen, Hintermänner, Auftraggeber, Freunde zu nennen, aber – kein Erfolg. Ich wurde bei den immer wiederkehrenden Fragen bei meiner Antwort laut, unwirsch und aggressiv. Ich ließ mich nicht mürbe machen. Mein Vernehmungsoffizier fühlte sich provoziert und warf mir einen Steinaschenbecher ins Gesicht. Er trat mich an der Oberlippe und schlug mir zwei Zähne aus, die Wurzeln blieben stecken, das Verhör wurde abgebrochen, der Posten kam und stieß mich in den Keller, nun lag ich wieder in meiner Zelle auf der Pritsche und kurz darauf die Glocke.«

ECa



> Sowjetische Panzer beendeten den Aufstand in Jena. 17.6.1953
BStU, MfS, BV Gera, AS 20/74, Bl. 71, Bild 2

1953

Der 17. Juni in Jena – die Glocken läuten für die Einheit

Am 17. Juni traten die Arbeiter um 6.30 Uhr – wie jeden Morgen – ihre Schicht im Volkseigenen Betrieb (VEB) Carl Zeiss Jena an. Doch kurze Zeit später legten die ersten Angestellten ihre Arbeit nieder. Schon seit 8.00 Uhr früh war eine Aufrührstimmung zu spüren gewesen. Im Südwerk hatte der Streik begonnen und sich zügig über den gesamten Betrieb ausgebreitet.¹⁶ Auf einer Versammlung in der Automatendreherei debattierte die Belegschaft über die neu eingeführten Preis- und Normerhöhungen und forderte deren Rücknahme. In der lebhaften Diskussion trat die herrschende Unzufriedenheit mit der politischen Entwicklung deutlich zu Tage und die Protestierer erhielten lebhaften Beifall.

Hunderte Arbeiter versammelten sich auf dem Werkhof. Gegen 10.00 Uhr begann ihr Marsch in Richtung Holzmarkt. Die Aufständischen warfen Akten aus den Fenstern des Gebäudes der Nationalen Front. Sogar die Glocken der Stadtkirche wurden als Symbol für die unmittelbar bevorstehende Wiedervereinigung Deutschlands geläutet. Ihr Geläut sollte die Menschen zum Markt rufen.¹⁷

Zu diesem Zeitpunkt hatte der Aufruhr die ganze Stadt erfasst. Arbeiter weiterer Betriebe wie des Glaswerkes Schott oder der Jenapharm hatten sich der Streikbewegung angeschlossen. Etwa 20 000 Personen waren auf dem Holzmarkt zusammengekommen. Dort befand sich auch das gestürzte Gebäude der SED-Kreisleitung. Die aufgebrachten Demonstranten warfen die Akten

aus den Fenstern und zerstörten das Inventar. Der Schriftzug »SED« am Gebäude wurde heruntergerissen.¹⁸ Damit brachten die Demonstranten ihre Wut über die Partei und den proklamierten »Aufbau des Sozialismus« zum Ausdruck, der eine Wiedervereinigung Deutschlands in weite Ferne rückte. Die zunehmende Militarisierung, die Enteignung von Betrieben und die Kollektivierung der Landwirtschaft sowie die verstärkten Repressionen und schließlich die Erhöhung der Arbeitsnormen waren zunehmend auf breiten Widerstand in der Bevölkerung gestoßen, der Druck und die Frustrationen bei Arbeitern und Angestellten immer größer geworden. Wie sollte man in den Betrieben die Norm erfüllen, ja sogar übererfüllen, wenn es an Material mangelte?¹⁹

In Jena stürmen Aufständische nicht nur das Gefängnis Am Steiger und befreien 61 Häftlinge, sondern auch den Sitz der Staatssicherheit in der Humboldtstraße (© S. 147). Dort wird die Telefonanlage zerstört, die Panzerschranke werden aufgebrochen und Akten aus den Fenstern geworfen. Sogar einige Mitarbeiter der Stasi werden verprügelt.²⁰ Einige Stunden lang scheint es so, als sei es den Menschen gelungen, die Regierung zu stürzen. Dann jedoch rollen am frühen Nachmittag sowjetische Truppen in die Stadt. Die Versuche, die Panzer durch Sitzblockaden oder das Querstellen von Straßenbahnwaggons aufzuhalten, sind nur für Augenblicke erfolgreich. Sowjetische Soldaten geben Warnschüsse ab und zerstreuen die Menge. Unmittelbar danach beginnen die ersten Verhaftungen.

Um 17.00 Uhr verhängt der sowjetische Kommandant der Garnison Jena den Ausnahmezustand. Damit ist der



> Große Betriebsversammlung im Hof des Glaswerkes Schott & Genossen. 17.6.1953
Stadtarchiv Jena



> Befreiung von Gefangenen Am Steiger in Jena. 17.6.1953
BStU, MfS, BV Gera, AU 138/53, Haftsache, Bd. III, Bl. 96



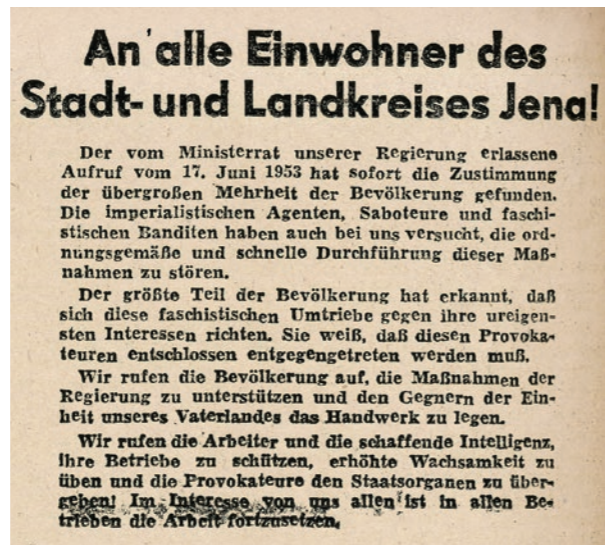
> Demonstranten hatten Straßenbahnwaggons aus den Gleisen gehoben, um den Panzern den Weg zu versperren. 17.6.1953
BStU, MfS, BV Gera, AS 20/74, Bl. 74, Bild 10

Aufstand zum 17. Juni offiziell beendet. Die Ereignisse hatten SED, MfS und Volkspolizei (VP) in Jena völlig überrascht. Der Leiter der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit in Gera hatte durchaus den Ernst der Lage erkannt und seine Mitarbeiter zu einer Sitzung am Morgen des 17. Juni einbestellt. Doch bereits zu diesem Zeitpunkt standen Tausende Menschen auf dem Jenaer Holzmarkt. Auch beim Anrollen der sowjetischen Panzer, so berichteten mehrere Zeitzeugen, wussten die Soldaten erst nicht so richtig, wie sie mit der Menschenmenge umgehen sollten.²¹

Neben Jena gehörte in Thüringen Gera zu den Brennpunkten der Ereignisse. Dort streikten zuerst die Arbeiter im VEB Roto-Record. Alle größeren Betriebe bildeten Streikkomitees. Es gab sogar ein überbetriebliches Komitee. 8 000 Menschen demonstrierten in der Innenstadt. Die Wismut-Kumpel kamen als Verstärkung mit einem Konvoi von circa 30 Lastwagen. Sie hebelten mit einem Autokran das äußere Tor des Gefängnisses in der Greizer Straße auf. Eine Erstürmung öffentlicher Gebäude und der Untersuchungshaftanstalt gelang jedoch nicht.

Das MfS verfügte 1953 über 12 630 hauptamtliche Mitarbeiter.

Insgesamt beteiligte sich die Bevölkerung in 100 thüringischen Städten und Gemeinden an dem Volksaufstand. Bis zum 22. Juni 1953 wurden etwa 400 Personen von der Volkspolizei, vom MfS oder von der Sowjetarmee festgenommen, von denen circa die Hälfte nach kurzer Zeit wieder entlassen wurde.²² Andere wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Staatssicherheit fahndete nach den Organisatoren und Mitgliedern der Streikleitungen, die sie als sogenannte Rädelsführer kriminalisierte. So erhielt auch Eckhardt Norkus (1919–1975) eine Haftstrafe von drei Jahren. Er war als Sprecher der Zeiss-Arbeiter aufgetreten und hatte auf dem Holzmarkt die Freilassung von politischen Gefangenen gefordert. Der Schlosser Alfred Diener (1927–1953) wurde als »Hauptführer« im Gebäude der Jenaer SED-Kreisleitung von sowjetischen Soldaten festgenommen. Er wurde noch am 18. Juni vom Sowjetischen Militärtribunal in Weimar zum Tode verurteilt und am gleichen Tag erschossen.



> Schon am Tag nach dem Aufstand ging die SED in die propagandistische Gegenoffensive. 18.6.1953
Artikel der »Volkswacht«, Stadtarchiv Jena

Trotz der repressiven Maßnahmen und Verhaftungen entstand in den Zeiss-Werken eine Solidaritätswelle mit den Verhafteten des 17. Juni, u. a. mit Eckhardt Norkus. Die Arbeiter forderten deren Freilassung bis zum 11. Juli und drohten mit einem Sitzstreik. Insgesamt 3 500 Angestellte traten in den Morgenstunden in Streik. Um 13.30 Uhr war der Ausstand ohne Zwischenfälle beendet. Die SED hatte jedoch hartes Durchgreifen angewiesen. 600 bewaffnete Polizisten hielten sich bereit für den Fall, dass es zu Demonstrationen kommen sollte.²³

Der 17. Juni 1953 hinterließ für Jahrzehnte ein tiefes Trauma nicht nur bei der Partei und Staatssicherheit, sondern auch bei der Bevölkerung. Etwa eine Million Menschen in über 700 Städten und Gemeinden der DDR hatten sich am Volksaufstand beteiligt.²⁴ Die SED machte ihrer Geheimpolizei den Vorwurf, die Gefahr nicht erkannt zu haben, und entband Stasi-Minister Wilhelm Zaisser von seinen Funktionen. Von diesem Zeitpunkt an galt die Order an die Staatssicherheit, die Partei stets über alle Geschehnisse in der DDR zu informieren.²⁵ Zu jedem Jahrestag des 17. Juni verstärkte das MfS seine Kontrollen, um eine Wiederholung solcher Ereignisse unter allen Umständen bereits im Vorfeld zu verhindern.²⁶ So blieb der 17. Juni bis zum Untergang der DDR stets ein Tag erhöhter Alarmbereitschaft bei der Staatssicherheit.

ECa

1956 »Genosse Walter Ulbricht soll nicht mit Steinen werfen, wenn er selbst im Glashaus sitzt« – Folgen der Entstalinisierung

Das Jahr 1956 begann mit einem Paukenschlag: Auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), der im Februar in Moskau stattfand, rechnete Generalsekretär Nikita Chruschtschow schonungslos mit der Herrschaft Stalins, seinen Verbrehen und dem Personenkult ab. Die plötzliche Abkehr vom bisher vergötterten Diktator löste im gesamten sowjetischen Machtbereich eine Krise aus. In besonderem Maße zeigte sich dies in Polen und Ungarn, wo es zu von breiten Schichten getragenen Aufständen kam, die blutig niedergeschlagen wurden.

Das MfS verfügte 1956 über 16 264 hauptamtliche Mitarbeiter.

An der DDR ging der Parteitag ebenfalls nicht spurlos vorüber. Walter Ulbricht, der 1. Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED, sah sich Anfang März veranlasst, im Parteiorgan »Neues Deutschland« Stellung zu beziehen.²⁷ Sein Artikel, der in den schlichten Satz mündete »Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen«, kam einem politischen Erdbeben gleich. Die Reaktionen der DDR-Bevölkerung waren ambivalent. Während viele SED-Mitglieder von der plötzlichen Kehrtwende verunsichert waren, fühlten sich andere in ihrem Urteil über Stalin bestätigt und sprachen nun offen aus, was sie schon lange dachten. Sie hofften auf eine Liberalisierung des politischen Klimas auch in der DDR.

Die Stimmungsberichte des MfS zum XX. Parteitag veranschaulichten diese zwiespältige Gemütslage eindrücklich. In den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl war wie überall in der DDR sowohl Verunsicherung als auch Hoffnung zu spüren. Verwirrt waren vor allem Genossen, die zum Beispiel im VEB Gummiwerk Zeulenroda »immer wieder die Frage stellen, »warum gehört Stalin nicht zu den Klassikern des Marxismus und was hat er falsch gemacht?«.²⁸ Auch ganz prak-

tische Konsequenzen wurden diskutiert, etwa im Statistischen Kreisamt Sondershausen: »Was soll man jetzt mit unseren Stalinbildern machen, die wir kaufen mussten und daheim in der guten Stube hängen haben?«²⁹

Außerhalb der SED überwog indes Erleichterung über die Abkehr von Stalin, so bei Angestellten aus Zeulenroda: »Es ist gut, dass die Diktatur des Mannes vorbei ist.«³⁰ Im Kreis Greiz hofften Mitglieder der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD), dass man in der DDR »nun selbst entscheiden« könne und daher »auch nicht die gleichen Fehler wie die Sowjetunion machen« müsse.³¹ In diese hoffnungsvolle Stimmung mischten sich zunehmend kritische Töne zu Walter Ulbricht: Biologen der Universität Jena äußerten mit Blick auf dessen Kritik an Stalin, er solle »nicht mit Steinen werfen, wenn er selbst im Glashaus sitzt«.³² Im VEB Maxhütte Unterwellenborn wurde wenige Monate später sogar gefordert, dass »Ulbricht, da er Stalinanhänger sei, von seiner Funktion als Erster Sekretär des ZK zurücktreten müsse«.³³

An den Universitäten, traditionell ein Hort kritischer Diskussionen, wurden die Studenten ebenfalls aufmüpfig. Dabei ging es nicht ausschließlich um Stalin, vielmehr wurden konkrete, das eigene Studium betreffende Forderungen gestellt. So lehnten Studenten der Universität Jena den obligatorischen Russischunterricht ab³⁴ und an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar wurde das Verbot von Urlaubsfahrten in die Bundesrepublik offen kritisiert.³⁵

Die mit der Abkehr vom Stalinismus verbundene Erwartung, freier diskutieren zu können, ermutigte Studenten auch bei scheinbar unpolitischen Fragen zum Protest. Dies war etwa im Mai 1956 in Weimar der Fall. Anlass war ein Konzert des Musikers Herbert Roth (1926–1983), das im dortigen Kino »Theater des Friedens« stattfinden sollte. Der gelernte Friseur Roth war mit seiner Instrumentalgruppe »Suhler Volksmusik« in der DDR sehr populär. Von offizieller Seite wurde Roths Musik hingegen kritisch beäugt, da seine heimatlich-volkstümlichen Lieder nicht den Vorstellungen vom »sozialistischen Realismus« entsprachen.³⁶ Auch der Schöpfer der DDR-Nationalhymne Hanns Eisler sowie führende Musikwissenschaftler der DDR lehnten seine Musik als »Kitsch« und Gefahr für die

»wahre Volksmusik« ab, darunter auch Professoren der Weimarer Hochschule für Musik.

Gegen die für den 2. Mai 1956 geplante Veranstaltung erhoben sich daher schon vorab Proteste vonseiten der Musikhochschule, an der ein Institut für Volksmusikforschung bestand.³⁷ Als das Konzert trotzdem stattfand, zogen am Tag der Veranstaltung 70 Studenten mit einer 10-köpfigen Blaskapelle, die Parodien der Musik Herbert Roths spielte, zum Veranstaltungsort. Sie trugen Plakate, von denen eins in Anspielung auf Roths bürgerlichen Beruf mit Schere, Kamm, Notenschlüssel und einem Fragezeichen bemalt war. Unterwegs schlossen sich weitere Jugendliche an und die Menge wuchs auf etwa 300 Personen.³⁸ Erst nach Beginn des Konzerts, etwa um 20.15 Uhr, griff die Volkspolizei ein. Da die Studenten der Aufforderung, die Demonstration zu beenden, nicht nachkamen, entrissen die Volkspolizisten ihnen die Transparente, wobei es zu körperlichen Übergriffen auf einige Demonstranten kam. Daraufhin wurden aus der Menge Schmähungen und Pfui-Rufe gegen die Volkspolizisten laut. Es dauerte etwa eine Stunde, bis die Straße »geräumt und die Ruhe wiederhergestellt« war.³⁹ Die Mitglieder der Blaskapelle wurden festgenommen, jedoch nach kurzer Zeit wieder freigelassen.

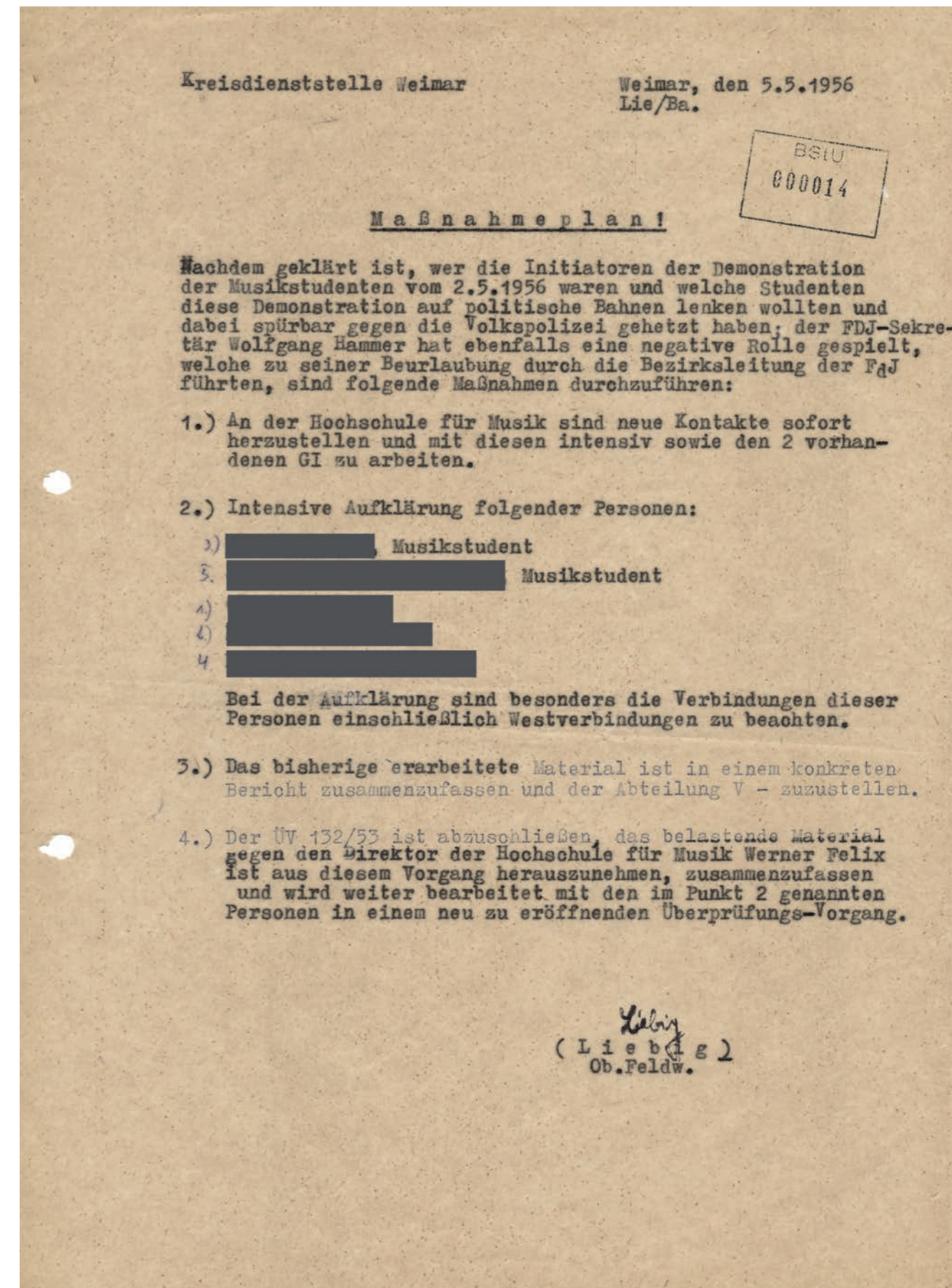
Das Eingreifen der Volkspolizei wurde an der Musikhochschule am folgenden Tag kontrovers diskutiert. Viele Professoren und Studenten verstanden nicht, warum SED und MfS der Demonstration überhaupt eine politische Bedeutung zumaßen. Der Direktor der Hochschule, der Prorektor für Studentenangelegenheiten sowie der Parteisekretär, die von der Demonstration im Vorfeld gewusst hatten, gaben an, ihr keine Beachtung geschenkt zu haben, »da die Musik von Roth ja offiziell abgelehnt« werde.⁴⁰ Für die SED hingegen war schon eine Losung wie »Schafft in unserer Republik eine echte Volksmusik!« Hinweis genug dafür, dass sich die Demonstration gegen den Staat richtete. Die Kritik an Herbert Roth wurde zudem als indirekter Angriff auf die Arbeiterschaft interpretiert, da der Musiker vor allem bei Arbeitern beliebt war.⁴¹ Es gelang schließlich, die Professoren zu einer »klaren Stellungnahme« gegen die Handlungsweise der Studenten zu bewegen. Auch »weite Kreise der Studenten«, so stellte das MfS befriedigt fest, hätten »die gemachten Fehler« eingesehen und sich von ihren »negativen« Kommilitonen distanziert.⁴²

Trotzdem blieb der Staatssicherheitsdienst auf der Hut: Einige als »Rädelsführer« verdächtige Teilnehmer der Demonstration wurden vom MfS vernommen und unter verschärfte Beobachtung gestellt.⁴³ Zudem sollten an der Musikhochschule neue inoffizielle Mitarbeiter angeworben werden.⁴⁴

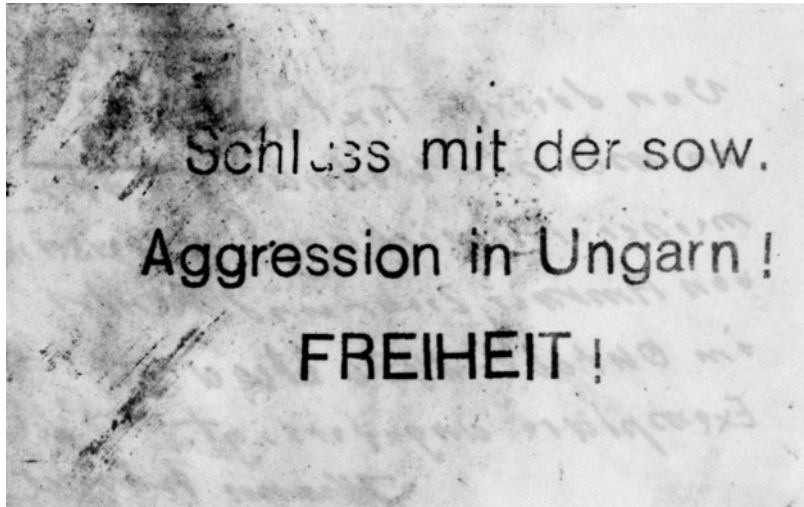
Im Sommer und Herbst 1956 verschärfte sich die politische Entwicklung in einigen sozialistischen »Bruderstaaten«. In Polen herrschte nach der Niederschlagung des Posener Aufstandes Ende Juni 1956 eine instabile Lage. Der reformorientierte Flügel der kommunistischen Partei setzte daher die Wahl des 1951 inhaftierten früheren Parteichefs Władysław Gomułka (1905–1982) zum 1. Sekretär durch. Dies stieß auf begeisterte Zustimmung, die in einer Großkundgebung mit etwa 500 000 Teilnehmern am 24. Oktober in Warschau gipfelte. In Ungarn weitete sich eine Demonstration von Studenten am 23. Oktober zu einem Massenprotest aus. Nachdem die Forderung nach der Berufung des reformorientierten Kommunisten Imre Nagy (1896–1958) zum Ministerpräsidenten erfüllt worden war, keimte Hoffnung auf. Als Nagy jedoch den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt erklärte, wurde er abgesetzt. Die sowjetische Armee griff ein und schlug den Aufstand im Laufe des November blutig nieder. Etwa 2 500 Menschen fielen den gewaltsamen Auseinandersetzungen zum Opfer.

In der DDR wurden diese Entwicklungen aufmerksam registriert, wobei sich die Bevölkerung nicht auf die offizielle Darstellung der Ereignisse in Ungarn als »Konterrevolution« verließ, sondern sich auch durch westliche Medien informierte. Vor diesem Hintergrund kam es seit Ende Oktober erneut zu Protesten, wobei die Universitäten wiederum ein Zentrum waren.

Auch in Thüringen brachten Studenten ihren Unmut zum Ausdruck. Dabei machten sie sich die Forderungen ihrer ungarischen Kommilitonen zu eigen. So wollte die Leitung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) an der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar sich an andere FDJ-Hochschulgruppen wenden, um die Gründung einer unabhängigen Studentenorganisation zu erreichen.⁴⁵ In Jena schlug die FDJ-Leitung vor, die Studentenvertreter im Zentralrat der FDJ tatsächlich demokratisch zu wählen.⁴⁶ Auch wurden bereits im Frühjahr gestellte Forderungen wieder aufgegriffen:



> Maßnahmenplan der Kreisdienststelle Weimar nach der Studentendemonstration (GI = Geheimer Informator). 5.5.1956
BStU, MfS, BV Erfurt, AS 40/61, Bl. 14



> Jugendlicher Widerstand in Eisenberg: Schüler verfassten 1956 Flugblätter und schrieben Losungen an Hauswände. 1958 wurden sie verhaftet und zu jahrelangen Strafen verurteilt.
BStU, MfS, BV Gera, AU 33/58, Bd. 125, Bl. 1 und 4



Auf einer Vollversammlung an der Universität Jena stimmten »alle anwesenden 180 Studenten für die sofortige Ablehnung des obligatorischen Russisch-Unterrichtes«.47 Der gesellschaftswissenschaftliche Unterricht sollte künftig ebenfalls freiwillig sein. Um die Abschaffung dieser ungeliebten Fächer zu erreichen, drohten Studenten in Jena und am Pädagogischen Institut Erfurt mit Streiks,48 auch entsprechende Losungen registrierte das MfS u. a. in der Jenaer Universitätsbibliothek und im Stadtgebiet.49

In den anschließenden Wochen gingen die Proteste an den Universitäten merklich zurück und die Studenten begannen, sich von »Angriffen auf die Staatsmacht« sowie von »Unruhestiftern« unter ihren Kommilitonen zu distanzieren.50 Die Niederschlagung des ungarischen Volksaufstands hatte die Grenzen der vorsichtigen Öffnung nach dem XX. Parteitag deutlich gemacht. Die Sowjetführung erkannte, dass zu weitgehende politi-

sche Zugeständnisse zu einem Auseinanderbrechen ihres Machtbereichs in Ostmitteleuropa führen konnten. Damit wurden auch in den übrigen Staaten des Ostblocks diejenigen Kräfte gestärkt, die sich gegen politische Lockerungen gestellt hatten, in der DDR also Walter Ulbricht. Die Verhaftungen des Philosophen Wolfgang Harich (1923–1995) und des Verlegers Walter Janka (1914–1994) Ende 1956 als Mitglieder einer angeblichen »konterrevolutionären Gruppe« markierten das Ende der reformkommunistischen Diskussion in der DDR. Ulbricht behielt die Oberhand und konnte in den folgenden Jahren auch seine innerparteilichen Widersacher Karl Schirdewan (1907–1998) und den Minister für Staatssicherheit Ernst Wollweber (1898–1967) aus ihren Ämtern drängen.

HBi

1961 »Menschlich – und nicht radikalisch« – Zwangsaussiedlung aus Sonneberg

Es ist eine Geschichte von staatlich sanktionierter Erniedrigung und Willkür, von Enteignung und Heimatverlust, von Zerstörung der Familie und der Lebensperspektiven. Elisabeth Freyer, geborene Bauer (Jg. 1941), kehrte nach den dramatischen Ereignissen vom 3. Oktober 1961 nicht mehr nach Sonneberg zurück. Ihr Vater, Hermann Bauer (Jg. 1901), hatte dort eine selbstständige Fahrradhandlung mit Reparaturwerkstatt geführt. In Sonneberg galten die Bauers daher als sogenannte kapitalistische Elemente. Das hatte unmittelbare Folgen. Elisabeth wurde die weiterführende Schule verwehrt, da sie aus kleinbürgerlichen Verhältnissen und nicht aus der Arbeiterschicht stammte. Die unnötige Mühsal des privaten Betriebes erregte ständig den Zorn des Vaters, denn sein Geschäft wurde stets zuletzt mit Waren beliefert. Kleinteile und sogar Flickzeug waren Mangelware, mit Glück bekam er jährlich zwei neue Fahrräder geliefert.51

Am 2. September 1961 ließ sich Hermann Bauer gegenüber dem Transportpolizisten Norbert Seifert zu der Bemerkung hinreißen, er würde sofort über die Grenze fliehen, wenn er nur eine geeignete Stelle wüsste. Stunden später wurde er auf offener Straße verhaftet. Das Bezirksgericht Meiningen verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis. Vier Wochen später, der Vater war noch in Haft, ging der SED-Staat rücksichtslos gegen die missliebigen Angehörigen von Hermann Bauer vor. Am frühen Morgen des 3. Oktober 1961 steuerten Lastkraftwagen ausgewählte Adressen an. Im beschaulichen Sonneberg hielten die Fahrzeuge auch in der Coburger Straße 26 bei Fahrrad-Bauer. Auf einem Zettel ist über Hermann Bauer vermerkt »Kategorie: unverbesserlicher Nazi«.52 Damit war die Familie zur sofortigen Umsiedlung aus dem Grenzsperrgebiet vorgesehen. »Dabei war mein Vater weder Mitglied der NSDAP gewesen, auch hatte man ihm bislang nicht solche Vorhaltungen gemacht«, empört sich Elisabeth Freyer heute. Mutter und Tochter widersetzten sich stundenlang einer Beteiligung am hastigen Packen des Hausrates durch die fremden Männer, nur beim kostbaren Porzellan konnte sich die Mutter nicht mehr zurückhalten. Die Werk-



> Die zwangsaussiedelte Familie Bauer aus Sonneberg. Vor 1967
BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AOP, 895/67, SW-Neg.

statteinrichtung des Vaters musste zurückbleiben. Tage später werden die Siegel von Unbekannten erbrochen und die Werkstatt ausgeplündert.

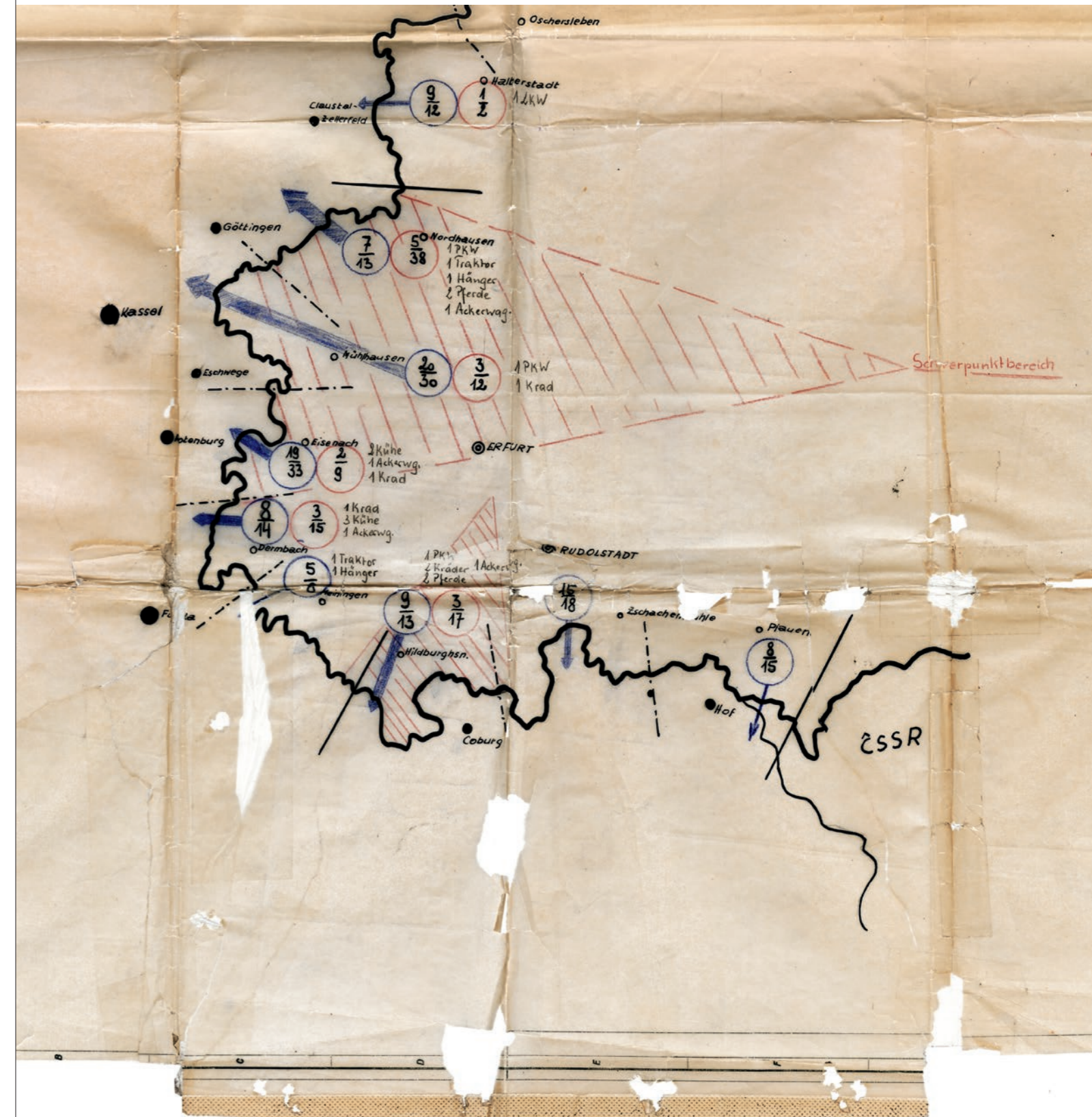
Am Abend wurden die Mutter und ihre erwachsenen Kinder in eine Wohnung ohne fließend Wasser, Heizung und Herd eingewiesen und erfuhren erst durch Nachfrage, dass sie jetzt in Crimmitschau (Sachsen) wohnten. Verzweifelt versuchte Hermann Bauer nach seiner Haftentlassung, mit seiner Familie zumindest in die Nähe seiner alten Heimat zurückziehen zu dürfen: »Wir sind auch bereit, nach Saalfeld, Steinach oder Rudolstadt zu ziehen, nur in unsere Berge, dann kommen wir zur Ruhe«, flehte er den Rat des Kreises Sonneberg an.⁵³ Vergeblich. Drei Mal schien ein privater Wohnungstausch nach Meiningen fast zu klappen. Einmal war schon die Spedition verständigt, aber am Tag zuvor gab der Rat der Stadt dem Umzug nicht statt. »Was auch immer wir anstellten: Die offiziellen Stellen torpedierten unsere Anträge und lehnten sie mit absurden Begründungen ab. Nicht einmal ins Sperrgebiet durften wir rein«, sagt Elisabeth Freyer. Einem Protestbrief von Erna Bauer und ihren Kindern wegen der Umsiedlung und stillschweigenden Enteignung des Hauses begegnete der SED-Staat mit harter Hand. Die drei wurden am 13. Juni 1962 vom Kreisgericht Werdau wegen Staatsverleumdung zu mehreren Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Ein scharfes Warnsignal. 1975, zwölf Jahre nach ihrem Antrag auf Ausreise, kann Familie Bauer in den Westen. Da ist Hermann Bauer längst gebrochen von erlittener Haft und jahrelangen Repressionen. Kaum im Westen, stirbt er.

Die Umsiedlungsaktion »Festigung« begann am 3. Oktober 1961 landesweit um 6.00 Uhr morgens. Grundlage für die Aktion war ein Beschluss des Politbüros, der unmittelbar nach dem Mauerbau am 13. August in Ost-Berlin gefasst worden war. Den Befehl 35/61 zur Auslösung der Aktion »Festigung« erteilte dann DDR-Innenminister Karl Maron.⁵⁴ Aus der fünf Kilometer breiten Sperrzone einschließlich des 500 Meter breiten Schutzstreifens entlang der innerdeutschen Grenze waren »negative« Bürger auszusiedeln. Den Betroffenen wurde im Bezirk Suhl beispielsweise vorgeworfen, sie hätten eine »reaktionäre Einstellung«, seien »unverbesserliche Nazis«, störten die öffentliche Ordnung und Sicherheit, erschwerten »die Arbeit der Deutschen Grenzpolizei«, seien »Rück-

kehrer« oder »Erstzuziehende«, »arbeitsscheu« oder eine »HWG-Person« (häufig wechselnder Geschlechtsverkehr – Prostituierte). Die angeführten Gründe für die drastischen Zwangsmaßnahmen wirkten beliebig.⁵⁵ Eine maßgebliche Rolle bei der Vorbereitung der Aktion spielten das MfS und die Volkspolizei, die verdächtige Bürger anhand ihrer Akten identifizierten. Insgesamt wurden entlang der DDR-Westgrenze und der Berliner Umlandgrenze über 3 000 Bürger zwangsweise ins Hinterland umgesiedelt, rund die Hälfte davon in Thüringen.

Unter den 13 Grenzkreisen in Thüringen war Sonneberg keineswegs eine Ausnahmeerscheinung.⁵⁶ Dort registrierte das MfS in den Monaten vor dem 13. August 1961 insgesamt 52 Fälle »politisch-ideologischer Diversion«. Darunter zählte die Stasi »Gruppenbildung«, »Hetze«, Gewaltakte und Waffendelikte oder »Republikfluchten« und ihre Unterstützung. So hätten sich im Februar 1961 rund 20 Umsiedler in der Gaststätte »Hotel Anker« getroffen und verbotene Lieder wie »Oh Schlesierland, mein Heimatland« gesungen. Im Juli 1961 wurden »Hetzzettel« gefunden, die die Verhältnisse in der Bundesrepublik »verherrlichten«. Es wurde sogar die Abtrennung des Kreisgebietes an Westdeutschland gefordert. Als »Diversion« galt auch ein Vorkommnis in einem Wohnheim, wo ein Lehrling »auf einem Bild des Gen. Ulbricht [...] die Schmiererei »Lump – Gauner – aufhängen« angebracht« hatte.⁵⁷ Zudem liefen dem SED-Staat die Bürger davon und hinterließen oftmals kaum zu schließende Lücken in der Arbeitswelt. Im Kreis Sonneberg setzten sich im ersten Halbjahr 1961 drei Lehrer, ein Zahnarzt, eine Röntgenassistentin, ein Agronom einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG), zwei Angestellte aus technischen Bereichen, ein Kraftfahrer und drei Volks- bzw. Grenzpolizisten nach Westen ab.

Am 3. Oktober 1961 wurden im Kreis schlagartig und unter Zwang 168 Menschen umgesiedelt.⁵⁸ Die Aktion lief keineswegs reibungslos ab. So wurde im Nachhinein an der Organisation bemängelt, dass morgens noch 13 Pkw und zwei Lkw gefehlt hatten. Fast noch schlimmer dürfte aus Sicht des MfS gewesen sein, dass die politische Agitation gestört war, denn »auch im Kreis Sonneberg kam ebenfalls ein Agitator im ange-trunkenen Zustand zum Bereitstellungsraum« – und wurde nach Hause geschickt.⁵⁹ Während der Aktion war



> Flucht aus der DDR: Bauern aus dem Grenzgebiet nahmen ihr Vieh und ihre Fahrzeuge mit (blaue und rote Kreise = »Fälle und Personen« bei Fluchten). September 1961
BStU, MfS, AS 75/65, Bd. 4, Bl. 40 (Ausschnitt)

die Grenze zur Bundesrepublik mit zusätzlichen Kräften abgesichert worden, sodass eine Postendichte von 200 bis 500 Metern erreicht wurde. Trotzdem gelangen Fluchten aus den Kreisen Hildburghausen, Nordhausen und Sonneberg. Bereits vor und auch nach Abschluss der Aktion »Festigung« wurden grenznahe Häuser und ganze Ortschaften dem Boden gleichgemacht.⁶⁰

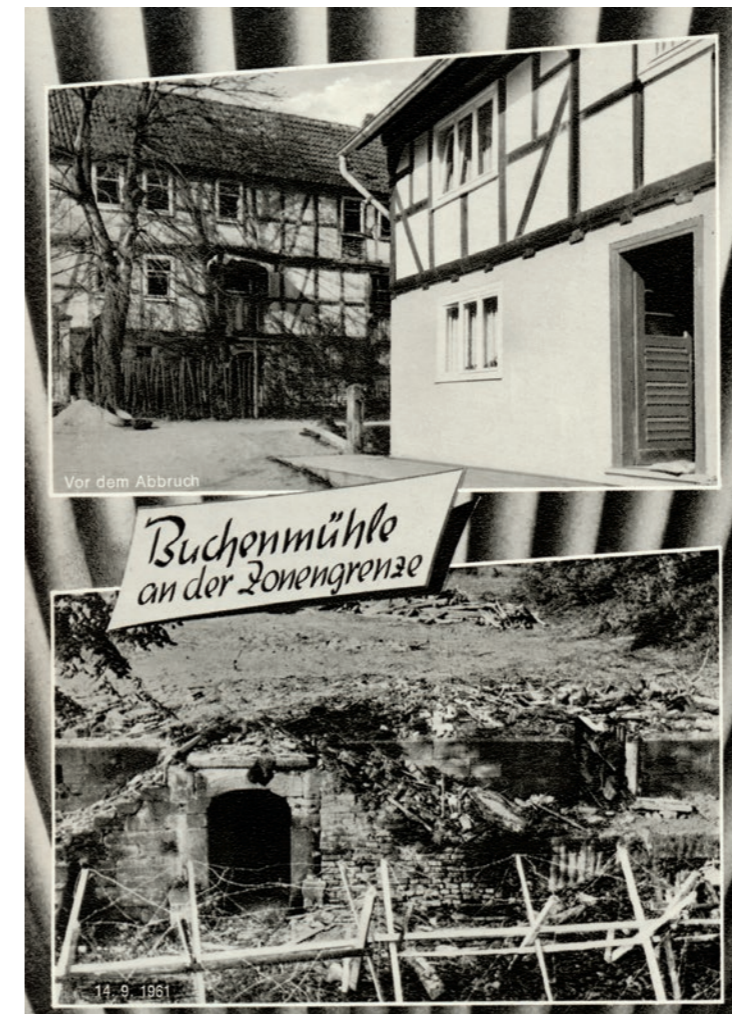
Das MfS verfügte 1961 über 23 525 hauptamtliche Mitarbeiter.

Viele Bewohner entlang der Westgrenze hatten lange vor dem 3. Oktober 1961 eine Vorahnung, dass die SED sie aus der Heimat vertreiben könnte. Die Zwangsumsiedlungen von 1952 unter der zynischen Bezeichnung Aktion »Ungeziefer« waren den meisten Bewohnern im Grenzgebiet noch in schrecklicher Erinnerung. Die nunmehr seit Wochen anhaltenden Vorbereitungen von SED, MfS und Volkspolizei, die Bereitstellung von Kampfgruppen und Fahrzeugen oder Ermittlungen von freistehenden Wohnungen in grenzfernen Kreisen blieben trotz Geheimhaltung nicht unbemerkt. Im Sperrgebiet des Kreises Bad Salzungen meldeten inoffizielle Mitarbeiter Diskussionen in der Bevölkerung über eine bevorstehende Aussiedlung. In Geisa diskutierten die Bewohner, dass in Grenznähe ein Niemandsland geschaffen werden würde. Eine Anruferin aus Westdeutschland erkundigte sich telefonisch bei ihrer Verwandten in Unterbreizbach, wann und wohin sie ausgesiedelt werde.⁶¹ Es verwundert kaum, dass in diesem Klima der Unsicherheit sich immer mehr Bewohner im Grenzgebiet zur Flucht entschlossen.

In Teistungen, Kreis Worbis, hatte die Ortsparteiorganisation bereits am 18. August 1961 in einem Bericht gewarnt, »dass sämtliche Bauern von Böseckendorf die Koffer gepackt hätten und auf dem Sprung stünden«.⁶² In einer Sitzung des LPG-Vorstandes nahmen die Dorfbewohner dazu Stellung und beschlossen, »im Auftrag aller Bauern von Böseckendorf [...], diesem Gerücht schärfstens entgegenzutreten«.⁶³ Am 2. Oktober 1961, nur Stunden vor Beginn der neuen Aussiedlungsaktion, flohen in der Dunkelheit 15 Männer, 14 Frauen und 24 Kinder aus Böseckendorf – darunter auch der LPG-Vorstand – über die Grenze. Wie sich später herausstellte, war an der Stelle des Grenzüberttritts in der Zeit von

11.30 Uhr bis 20.00 Uhr kein Grenzposten stationiert. Die Flüchtlinge führten lediglich einen Tafelwagen und zwei Pferde mit. Wie das MfS später ermittelte, war die Massenflucht offenbar länger verabredet, der Zeitpunkt aber erst kurzfristig festgelegt worden. Am Nachmittag hätten die Bauern noch Kartoffeln gerodet und eingelagert. Später brachen viele ihr Abendbrot ab und begaben sich mit wenig persönlichem Gepäck auf die Flucht. Das MfS kritisierte scharf die Umstände, die die Flucht ermöglicht hatten. Denn eine erste Fluchtwelle von sechs Bewohnern aus Böseckendorf im September 1961 hätte bei den zuständigen Behörden zu mehr Wachsamkeit führen müssen. Es habe »offensichtlich keine tiefgründige Auswertung und keine vorbeugenden Maßnahmen« gegeben, so das MfS.⁶⁴ Abgesehen davon seien die 53 jetzt Geflüchteten gar nicht zur Aussiedlung vorgesehen gewesen, was in der schrägen Logik des MfS das Unverständnis für die Tat noch steigerte. In der DDR zurückgebliebene Verwandte wurden vom MfS dazu angehalten, in Telefonaten und Briefen die Flüchtlinge mit Versprechen wieder zurück in die DDR zu locken. Doch blieben die Überredungsversuche bei den Geflüchteten erfolglos.

Später berichteten MfS und Volkspolizei intern über die erfolgreiche Durchführung der Aktion »Festigung«. Die Bürger seien großteils froh darüber gewesen, dass sie aus dem Grenzgebiet wegziehen konnten und dankbar für die schöne neue Wohnung. Wieviel davon den Tatsachen entspricht, ist kaum nachprüfbar. Gelegentlich räumten die Berichtstatter aber ein, dass nicht alles problemlos verlief. In mehreren Fällen drohten Bewohner mit Suizid, sollten sie ausgesiedelt werden. »Lieber mit dem Leben Schluss machen, als Haus und Hof verlieren«, wird ein Betroffener zitiert.⁶⁵ In Motzlar, Kreis Bad Salzungen, versuchte ein aufgebrachter Mann, seine Scheune in Brand zu setzen und wurde festgenommen. In Brennersgrün, Kreis Lobenstein wollte ein Betroffener Einzelheiten der Aktion mit Tonband und Fotoapparat festhalten. Die Einsatzgruppe des MfS zog die Geräte ein. Andere Bürger leisteten aktiven Widerstand, randalierten oder beschimpften die Einsatzgruppen. In Langengrün im Kreis Schleiz leisteten die Bauern passiven Widerstand: Sie lehnten es ab, das Vieh der unter Zwang ausgesiedelten Nachbarn zu füttern. Solche Vorkommnisse wurden später in der Berichterstattung als Einzelfälle heruntergespielt, tatsächlich dürften sie weit häufiger die dramatischen Ereignisse des Tages bestimmt haben. Die bereitgestell-



> Zwischen Agitprop und Touristenattraktion: Westdeutsche Postkarte der geteilten Buchenmühle an der Grenze des DDR-Kreises Bad Salzungen zu Hessen. Der Mühlbach – hier nicht sichtbar – zwischen den Häusern des Anwesens war zugleich die Westgrenze der sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR. Im September 1961 wurde das östliche Wohngebäude bis auf das Sockelgeschoss von der DDR abgerissen. Die Eigentümer wohnten da bereits im Westteil des Hofes. 1961
Checkpoint Bravo e.V.

ten Wohnungen befanden sich vielfach in einem sehr schlechten Zustand oder waren zu klein, wogegen viele der ausgesiedelten Bürger protestierten. In einem Fall wurde eine Familie nach Köckritz-Köffeln bei Greiz in eine Scheune eingewiesen.⁶⁶ Selbstzufrieden stellte die Bezirksverwaltung (BV) Suhl in einem Abschlussbericht fest: »Die vom MfS erkannten Banditen [...] wurden umgesiedelt.«⁶⁷

Parallel zur Aktion »Festigung« gingen die örtlichen Vertreter der SED »gegen das Abhören von Westfernsehen vor«.⁶⁸ Nach Auffassung der SED destabilisierten westdeutsche Rundfunk- und Fernsehsender gezielt den friedlichen Aufbau des Sozialismus. Besitzer von Fernsehgeräten wurden mit unterschiedlichem Erfolg agitatorisch bearbeitet, damit sie die Westkanäle ausbauen ließen. Allein im Kreis Bad Salzungen erklärten sich rund 400 Besitzer von Fernsehgeräten dazu bereit. Dem MfS und den Agitationsgruppen der SED gelang es bei Planung und Durchführung der Aktion »Festigung« nicht, einen selbst verursachten Widerspruch aufzulösen. Einerseits sollten die Umsiedlungen als normale Umzüge aufgefasst und wahrgenommen

werden. Die betroffenen Bewohner sollten mit einer vorformulierten Ansprache vom Umzug überzeugt werden. Schließlich sei die aggressive Politik der »Bonner Ultras« eine existenzielle Gefahr für die Grenzbewohner. Mielke hatte sogar angewiesen, Probleme »menschlich – und nicht radikalistisch« zu lösen.⁶⁹ Die eigenwillige Diktion des Genossen Minister gab damit eine gewisse Zielrichtung vor, auch wenn diese zu keinem Zeitpunkt lebensnah und von fehlender Menschenkenntnis geprägt war. Hingegen waren MfS und VP vor Ort bei der Vorbereitung der Aktion darauf bedacht, ausgewählte Bewohner als »politisch unzuverlässig« zu kategorisieren, zu kriminalisieren oder als asozial zu diffamieren. In logischer Fortsetzung dieser Vorbereitungen setzten örtliche Stellen die Vertreibung schließlich rigoros um. Ein Genosse in Suhl formulierte es so: »Die auszusiedelnden Personen sind sowieso Banditen, [...] sie werden nach der Aktion noch größere Feinde werden [...]«.⁷⁰ In diesem Punkt dürften die Genossen oftmals Recht behalten haben.



> Mit einem Bettlaken und Wasserfarben bastelte Werner Hoffmann eine tschechoslowakische Fahne. 25.8.1968
BStU, MfS, BV Erfurt, AU 45/69, Bd. 7; Foto: BStU

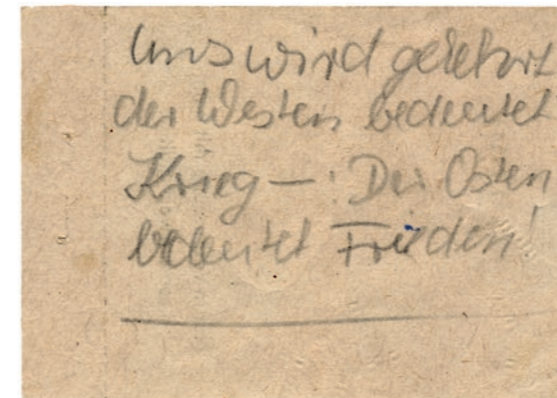
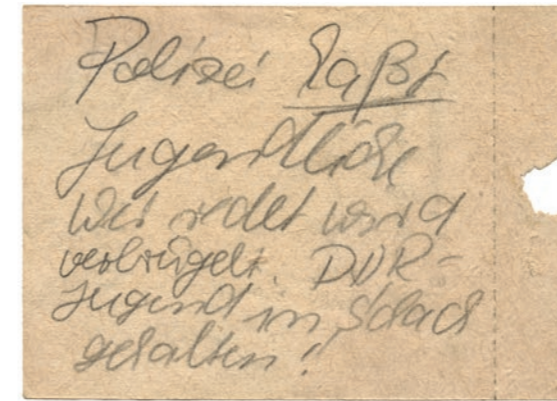
1968 Ein Hauch von Prager Frühling auf dem Gothaer Marktplatz

»Im Takt nach 3, 4 riefen wir alle wieder ›Dubček‹, gab Werner Hoffmann bei seiner Vernehmung durch die Staatssicherheit an.⁷¹ In den Abendstunden des 25. August lief der 15-Jährige gemeinsam mit anderen Jugendlichen vom Rummelplatz aus Richtung Markt in der Gothaer Innenstadt. Dort angekommen schwenkte Hoffmann eine selbstgebastelte tschechische Fahne, die er am Nachmittag von einem Bekannten bekommen hatte. Seine eigene, die er am Sonntagmorgen auf ein Bettlaken mit Wasserfarbe gemalt hatte, lag noch unter der Matratze versteckt. Die Angst, dass sein Vater davon erfahren würde, war zu groß.

Die Jugendlichen wollten darauf aufmerksam machen, dass sie mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die ČSSR nicht einverstanden waren. Ihr Demonstrationzug allein schien ihnen allerdings als politisches Signal zu wenig zu sein. Deshalb entschieden sie sich,

ihren Protest durch Losungen sichtbar zu machen. Mit einem Stück Kalkstein schrieb Hoffmann und zwei weitere Jugendliche Worte wie »Dubček« und »Russen raus aus der ČSSR« an die Wände des Rathauses und der angrenzenden Gaststätte. Gegen 22.00 Uhr löste sich die Demonstration auf. Die insgesamt 25 Jugendlichen verabredeten für den nächsten Dienstag eine neue Zusammenkunft. Es hatte sich herumgesprochen, dass zwei Tage zuvor in Erfurt rund 200 Jugendliche protestiert hatten. Nun hofften sie auch in Gotha auf mehr Resonanz.⁷²

Eine Reaktion der Staatssicherheit ließ nicht lange auf sich warten. Um Mitternacht verhaftete sie Werner Hoffmann und brachte ihn in die Erfurter Untersuchungshaftanstalt.⁷³ Dort vernahm die Stasi den 15-Jährigen mehrmals täglich. Nicht nur über den Ablauf der Demonstration wollte sie Genaueres erfahren, sondern auch über seine Mitstreiter. Um eine von langer Hand organisierte Protestaktion hatte es sich jedoch nicht gehandelt. Hoffmann kannte die anderen Jugendlichen nur flüchtig und bei ihren Spitznamen. Die Vernehmer sahen in Hoffmann einen Systemgegner, der von west-



> Die Staatssicherheit fand diese handgeschriebenen Flugzettel in der Erfurter Innenstadt. Durch Schriftenvergleich konnte sie einen 16-jährigen Verfasser ermitteln. 31.8.1968
BStU, MfS, BV Erfurt, AU 1495/68, Bd. 2, Bl. 76

deutschen Medien beeinflusst und aufgestachelt war. Auch seine musikalischen Vorlieben wurden ihm zur Last gelegt. Hoffmann war Beatmusik-Fan und »trieb sich größtenteils unter Mitnahme seines Kofferradios mit solchen Jugendlichen [also Beatmusik-Fans] in Gotha herum.«⁷⁴ Außerdem hatte er aus der westdeutschen Jugendzeitschrift »Bravo« Fotos seiner Idole ausgeschnitten, die vor Gericht als Beweismittel gegen ihn galten.

Werner Hoffmann gestand ein: »Ich hatte Spaß an dem Unfug. Die Folgen habe ich mir nicht überlegt.«⁷⁵ Er kam mit drei weiteren Jugendlichen vor Gericht. Die Anklage lautete auf »staatsfeindlicher Hetze und Zusammenrottung«. Seine Aktion wurde ihm als »verbrecherischer Angriff« ausgelegt. Das Gericht warf den Angeklagten vor, dass sie zum Widerstand aufgerufen und die Maßnahmen staatlicher Organe diskriminiert hätten. Hoffmann wurde zu einem Jahr und fünf Monaten Gefängnis verurteilt.⁷⁶ Am 21. Dezember 1968 wurde seine Strafe in eine Bewährungsstrafe umgewandelt und er kam frei. Eine ADN-Meldung hatte die Verhaftung zahlreicher Jugendlicher in der Bundes-

republik bekannt gemacht. Aus diesem Grund erhielten die meisten Jugendlichen, die unter 20 Jahre alt waren, eine Amnestie unter Auflagen.

Der 15-jährige Hoffmann war kein Einzelfall. Proteste gegen den Einmarsch in die ČSSR gingen auch von parteilosen Arbeitern und Lehrlingen aus. Dabei handelte es sich überwiegend um eine Bewegung der jungen Generation, die meisten Protestierer waren jünger als 30 Jahre. In Thüringen nahmen Stasi und Volkspolizei insgesamt 117 Personen im Zusammenhang mit dem Prager Frühling fest, davon waren drei Viertel unter 25 Jahre alt.⁷⁷

Seit Anfang 1968 wehte mit der Wahl des neuen 1. Sekretärs der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Alexander Dubček (1921–1992), ein Wind der Reform in der ČSSR. Dubček verkörperte eine neue Generation, die an die Modernisierung und Demokratisierung des Kommunismus glaubte – an einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«. Dieser neue Parteikurs ließ auch in der DDR-Bevölkerung Hoffnung aufkommen, stieß aber bei der SED auf Ablehnung, die in ihm konterrevolutionäre Bestrebungen sah. Seit dem Frühjahr 1968 wurden diese Entwicklungen auch von der Staatssicherheit intensiv beobachtet: Reaktionen in der Bevölkerung der DDR und Sympathiebekundungen mit der ČSSR protokollierte sie genau.

Das MfS verfügte 1968 über 36 555 hauptamtliche Mitarbeiter.

Am 21. August 1968 rückten Streitkräfte der Sowjetunion, Polens, Ungarns und Bulgariens mit 27 Divisionen auf das Territorium der ČSSR vor. Die Nationale Volksarmee (NVA) beteiligte sich nur indirekt an der Okkupation, im Süden der DDR hielten sich Panzertruppen als Reserve bereit. Alle Grenzübergangsstellen der DDR wurden für den zivilen Verkehr geschlossen und private Kontakte zum sozialistischen Nachbarland unterbunden.⁷⁸ SED und MfS waren in Alarmbereitschaft. Zugleich hatte die Stasi einen erhöhten Informationsbedarf. In der Kreisdienststelle Meiningen bekamen die Offiziere beispielsweise die Anweisung,



> Ein 18-Jähriger aus Weimar fotografierte die Ereignisse in Prag und zeigte die Bilder später seinen Mitschülern. Daraufhin wurde er von der Stasi verhaftet. 21.8.1968
BStU, MfS, BV Erfurt, AU 48/69, Bd. 3, Bl. 20 und 22



häufiger Treffen mit inoffiziellen Mitarbeitern zu organisieren, um die Reaktionen der Bevölkerung im Kreis zu analysieren.⁷⁹

Zweifel am sowjetischen Vorgehen ließ die Partei nicht zu. In Betrieben, Schulen, Universitäten und in Militäreinheiten wurden schriftliche Zustimmungserklärungen abgefordert. Eine Verweigerung der Unterschrift konnte gravierende Folgen haben und kostete junge Menschen das Abitur oder den Studienplatz.⁸⁰ Im VEB Stahlgabelwerk in Meiningen lehnten beispielsweise große Teile der Belegschaft eine Unterschrift ab. Die Stasi nannte den Betrieb einen »politisch-ideologischen Schwerpunkt«. Sie räumte jedoch ein, dass es

sich nicht um »direkte feindliche Kräfte«, sondern um »ideologisch ungefestigte« Personen handeln würde.⁸¹ Weit seltener stellten sich Parteisekretäre auf die Seite der Betriebsangehörigen. Nach einer Versammlung im Ilmenauer VEB Glaswerke lehnte es der Parteisekretär ab, die negativen Diskussionen an die Kreisleitung zu melden, weil »man diese Diskussionen nicht überspitzt betrachten« sollte: »Er verbittet es sich, dass Arbeiter als Feinde der Republik hingestellt werden.«⁸² Ob diese Reaktion für den Parteisekretär negative Folgen hatte, ist nicht überliefert.

Die Ereignisse in Prag sorgten in ganz Thüringen für teilweise heftige Diskussionen. An der Technischen

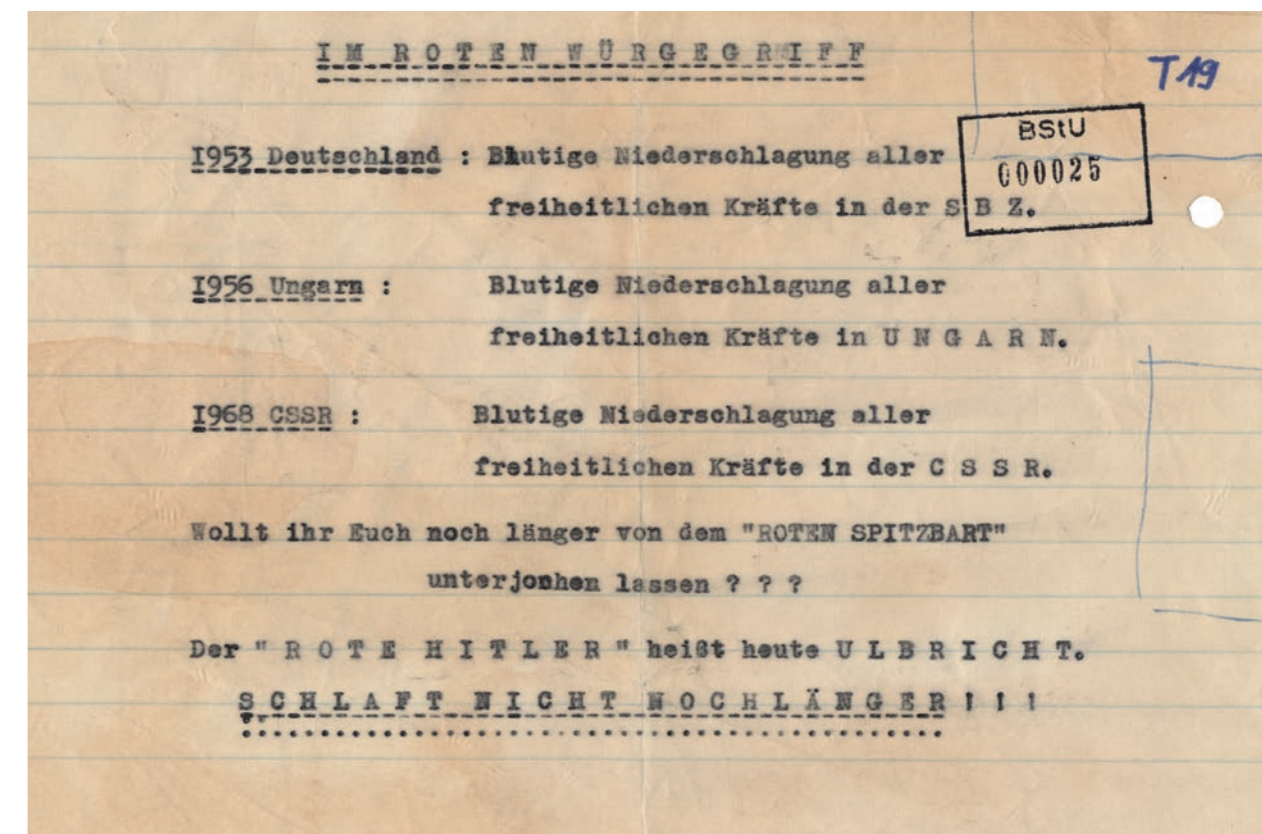
Hochschule Ilmenau schlug die Nachricht vom sowjetischen Einmarsch wie eine Bombe ein. Die Stasi stellte fest, dass sich fast alle Angehörigen der Hochschule, sogar SED-Mitglieder, durch die westdeutschen Medien über die politischen Vorgänge informierten.⁸³ Auch im landwirtschaftlichen Bereich lehnten viele den Einmarsch ab, wie in einer LPG in Milz im Kreis Hildburghausen, wo circa 90 Prozent der Mitglieder damit nicht einverstanden waren.⁸⁴

Thüringenweit gab es spontane Protestaktionen, die verschiedene Formen annahmen: von mündlicher Kritik bis hin zu Losungen auf Wänden und Straßen sowie Flugblättern.⁸⁵ Demonstrationen wie auf dem Gothaer Marktplatz und Aufrufe zu Kundgebungen waren besondere Formen des Protests. Die Staatssicherheit verschärfte ihre Überwachung. Sie registrierte die Vorfälle, ermittelte und verhaftete die Verdächtigen. In Weimar und Ilmenau gab es Demonstrationen, ohne dass Demonstrationen zustande

kamen. In Erfurt protestierten am 23. August 1968 circa 200 Jugendliche auf dem Anger. Am gleichen Abend zogen zehn Jugendliche durch Römheld und sangen: »Mit dem Pinsel in der Hand schreiben wir an die Wand, Dubček hier und Dubček dort, jagt die Russen wieder fort.«⁸⁶

Der Protest in der DDR war jedoch für das politische System nicht existenzgefährdend. Die Stasi stellte Anfang Oktober 1968 fest: »Die innere Ordnung und Sicherheit in der DDR war jederzeit gewährleistet.«⁸⁷ Der Einmarsch in Prag hatte in weiten Teilen der Bevölkerung Erinnerungen an den 17. Juni geweckt. Doch die Chance einer Vereinbarkeit von Sozialismus mit Demokratie und Freiheit war schließlich in weite Ferne gerückt.

ECa



> Ein 17-Jähriger entwarf und tippte Flugblätter auf der Schreibmaschine seiner Großmutter. Er verteilte sie in Mühlhausen. August 1968
BStU, MfS, BV Erfurt, AU 178/69, Bd. 7, Bl. 25

1970

Stasi-Aktion »Konfrontation« – Willy Brandt in Erfurt

»Es ist ein Tag, den wir ja alle herbeigesehnt haben. Denn früher oder später muss man doch einmal das Trennende beiseiteschieben und das Gemeinsame suchen«, so antwortete etwas pathetisch ein Bürger aus Erfurt auf die telefonische Frage eines Journalisten der »Bild«, was der 19. März 1970 für ihn bedeute.⁸⁸ An diesem Tag fand 20 Jahre nach der Gründung beider Staaten das erste deutsch-deutsche Spitzentreffen statt. Auf der politischen Ebene wurden große Erfolge kaum erwartet – jede Seite beharrte auf ihren Standpunkt. Die SED bestand auf eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Brandt-Regierung, was diese ablehnte. Jedoch hatte der Besuch von Willy Brandt (1913–1992) in der Bevölkerung große Hoffnungen geweckt, vor allem im Hinblick auf Erleichterungen im Reiseverkehr. Der Bürger aus Erfurt erklärte dazu dem »Bild«-Journalisten: »Ich habe ja auch Verwandte drüben und möchte ja auch gerne mal rüber. Ich muss ja leider solange warten, bis ich Rentner bin [...]«⁸⁹

Am 12. März 1970 kündigte die ost- und westdeutsche Presse an, dass nach monatelangen Verhandlungen das Gipfeltreffen zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR Willi Stoph (1914–1999) und dem Bundeskanzler Willy Brandt am 19. März 1970 in Erfurt stattfinden werde. Die Wahl fiel aus pragmatischen Gründen auf die »Blumenstadt«. Eine Zusammenkunft in Ost-Berlin war umstritten. Erfurt galt als neutraler Ort und lag in Grenznähe zur Bundesrepublik. Auch der Tagungsort – der »Erfurter Hof« – war günstig gelegen. Die Delegationen würden den kurzen Weg vom Hauptbahnhof zum Hotel laufen. So musste keine Autofahrt durch die Stadt organisiert werden und die Bevölkerung würde keine Gelegenheit bekommen, Willy Brandt zu sehen.⁹⁰ Die Vorbereitungen für das Gipfeltreffen liefen nach der Terminbekanntgabe auf Hochtouren. Die Verantwortlichen hatten nur knapp eine Woche Zeit, um die Stadt zu verschönern. Der Hauptbahnhof wurde auf Vordermann gebracht; Fliesen, Tunnel und Bahnsteige wurden gereinigt, die Fassade neu gestrichen.⁹¹

Auch die Sicherheitsorgane hatten wenig Zeit, um sich auf den Staatsbesuch vorzubereiten. Erich Mielke erließ am 13. März eilig einen Befehl zur sogenannten

Aktion »Konfrontation«. Dass sich die Bedeutung dieses Wortes an dem Tag gänzlich entfalten würde, ahnte die Staatssicherheit zu diesem Zeitpunkt wohl kaum. Die Staatspartei forderte einen reibungslosen Ablauf des Besuchs von Willy Brandt – die Staatssicherheit hatte diese Forderung umzusetzen. Die Aktion »Konfrontation« bedeutete für das MfS einen Großeinsatz, in den beinahe alle Abteilungen der Bezirksverwaltung ([S. 142](#)) einbezogen wurden. Die Sicherung des Besuchs hatte in Zusammenarbeit mit der Volkspolizei zu erfolgen, die einen Einsatz von knapp 4 000 VP-Angehörigen vorsah.⁹²

»Da müssen wir doch alle nach Erfurt fahren, um Brandt zu begrüßen.«⁹³

Die Überwachung erstreckte sich über mehrere Bereiche. Zum einen ging es darum, beide Delegationen zu schützen. Dabei traf die Stasi sogar Vorkehrungen gegen mögliche Terrorangriffe. Am meisten fürchteten die Verantwortlichen Zwischenfälle in Anwesenheit des Bundeskanzlers und westdeutscher Journalisten. Protestierende Bürgerinnen und Bürger hätten dem Image der DDR schaden können. Aus diesem Grund nahm die Staatssicherheit potenzielle »Unsicherheitsfaktoren« unter die Lupe. Sie registrierte zum Beispiel DDR-weit um die 100 Personen, die am 19. März nach Erfurt reisen wollten. Präventiv wurden deshalb in den Betrieben Urlaubsanträge abgelehnt oder in den Schulen Klausuren anberaumt. In einem Bericht machte ein Offizier deutlich, dass in den meisten Fällen Neugier das Motiv für eine Erfurt-Reise war. Die feindlichen Absichten, die das MfS vielfach unterstelle, bestätigten sich nicht.⁹⁴

Der bevorstehende Besuch von Willy Brandt sorgte im ganzen Bezirk für Diskussionen. Mitarbeiter des VEB Kaliwerk Sollstedt im Kreis Nordhausen zum Beispiel machten ihre Meinung durch das Anbringen der Losung »Frieden, Freiheit, Einheit – Erfurt« öffentlich.⁹⁵ Andere adressierten ihre Sympathiebekundung oder Beschwerde durch Briefe oder Postkarten an den Bundeskanzler, die sie an den »Erfurter Hof« schickten, sogar mit dem Zusatz »eventuell nachsenden nach Bonn«. Ein Bürger klagte zum Beispiel darüber, dass Pakete aus der Bundesrepublik an ihn nicht ankamen.

> Empfang von Bundeskanzler Brandt in der DDR: Menschenmenge auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofs in Erfurt. 19.3.1970 BStU, MfS, BV Erfurt, AS 4/71, Bd. 9, Bild 46 (Ausschnitt)



> Begegnung von Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt. 19.3.1970 BStU, MfS, BV Erfurt, AS 4/71, Bd. 5, Bild 1 (Ausschnitt)



In der Tat fing die Stasi nicht nur diese Pakete ab, sondern auch die Briefe und Postkarten an Willy Brandt.⁹⁶

In den Abendstunden des 18. März 1970 rollte ein Sonderzug vom Bonner Hauptbahnhof gen Osten. Am folgenden Morgen passierte er die Grenzübergangsstelle Gerstungen, wo ein kurzer Aufenthalt eingelegt wurde. Um 9.30 Uhr traf der Sonderzug im Erfurter Hauptbahnhof ein. Die Stadt befand sich schon zu diesem Zeitpunkt im Ausnahmezustand. Teile der Stadt waren zum Sperrgebiet erklärt, der normale Zugverkehr umgeleitet und der Bahnhofsvorplatz weiträumig abgesperrt worden. Die Stasi war mit einem Großaufgebot von über 230 Mitarbeitern vor Ort.⁹⁷ Rund um den Bahnhof installierte sie sogenannte Beobachtungs- und Fotostützpunkte. Leiter des Einsatzes war Bruno Beater, der Stellvertreter von MfS-Chef Mielke.

Bereits um 5.00 Uhr morgens waren die Ersten im Bahnhofsviertel angekommen. Immer mehr Perso-

nen strömten in die Innenstadt. Kurz nach 9.00 Uhr protokollierte die Stasi »Lage Bahnhofplatz – Bürgersteig vollgestopft mit Menschen«⁹⁸. Wenige Minuten später brach unter dem Druck der Masse die erste Absperrung der Volkspolizei. Mitarbeiter der Stasi improvisierten mit einem Seil eine neue Absperrlinie. Als aber die ost- und westdeutschen Delegationen den Bahnhofsvorplatz betraten, brach die nächste Absperrkette. Die Staatssicherheit beschreibt die Szenerie in einem Bericht über ein abgehörtes Telefongespräch einer Augenzeugin: »Als der Brandt kam, wurde von den Menschen alles durchbrochen. Die Leute stürmten nach vorn. [...] vor dem »Erfurter Hof« [wurde] verlangt [...], dass Willy Brandt ans Fenster kommt. Sie selbst [die Augenzeugin] hat ihn auch gesehen. Sie schildert weiter, dass in Sprechchören »Willy Brandt ans Fenster« gerufen wurde. Sie bemerkt dazu, dass sie ja Willy Brandt rufen mussten, weil unserer auch Willi heißt. Sie betont, dass sie unseren Willi noch nie gesehen hat, nur auf Bildern, und sie will ihn auch nicht sehen.

Bezirksverwaltung f. Staatssicherheit
Erfurt
Stellvertreter Operativ

BStU
000071

An den
Leiter der DE

Erfurt, den 30.3.1970
Tgb. Nr. ~~VO-~~ 540.1970
XX/

Abb. VIII
.....

MIS/Er 5
7 APR. 1970
Tgb. Nr. 476/70
weiter an: 10.46

Aktion "Konfrontation"

Durch alle op. Mitarbeiter und zuverlässigen IM sind die auf den beiliegenden Bildmaterialien erkannten Personen zu identifizieren und nach den festgelegten Massnahmen (s. Massnahmeplan v. 30.3.1970) aufzuklären.

Die Dokumentierung der erkannten Personen auf den Fotos ist wie folgt durchzuführen:

Auf dem Foto sind die erkannten Personen auf der Rückseite auf dem Kopf der betr. Person fortlaufend zu nummerieren. Für jede erkannte Person ist eine Einschätzung bzw. die bekannten Fakten des Auftretens der Person gesondert anzufertigen. Hier muss erkenntlich sein, die Nummer des Bilddokumentes und die Nummer der Person sowie die entsprechende Einschätzung. Die Personen, die namentlich nicht bekannt sind und wo nur Kenntnis darüber besteht, dass diese Personen z.B. im VEB Optima arbeiten, sind entsprechende Aufklärungsergebnisse mit der zuständigen DE zu koordinieren.

Die Leiter der DE sind dafür verantwortlich, dass die Bilddokumente keinem Unbefugten zugänglich gemacht werden, und dass diese mit dem vorläufigen Ermittlungsergebnis an den Genossen Hauptmann Jedicke - Abt. XX - bis zum 6.4.70 zurückgesandt werden.

Anlage
87 Bilder
(Satz 2)

Desselman
D e s s e l m a n n
Oberstleutnant
Stellv. Operativ

> Nachträglich versuchte die Stasi anhand selbstgemachter Fotos und westlicher Fernsehberichterstattung, die Demonstranten auf dem Bahnhofplatz zu identifizieren (DE = Dienst Einheit). 30.3.1970
BStU, MfS, BV Erfurt, Abt. VIII, Nr. 571, Bl. 71



> Willy Brandt zeigt sich der jubelnden Menge am Fenster des »Erfurter Hof«. 19.3.1970
BStU, MfS, BV Erfurt, AS 4/71, Bd. 9, Bl. 73

Sie nimmt an, dass die Polizei der DDR eins auf den Deckel bekommen wird. Sie standen vereinzelt rum, als die Massen dann durchgebrochen waren, standen sie erleichtert da.«⁹⁹ Und in der Tat konnten die Delegationen nur mit Mühe und Not das Hotel erreichen. Als sich Willy Brandt am Hotelfenster zeigte, brach Jubel aus. Eine spontane Menschenansammlung in solcher Größenordnung hatte es in der DDR seit dem 17. Juni 1953 nicht mehr gegeben. Die legendäre Szene wurde von den bundesdeutschen Journalisten gefilmt.¹⁰⁰ Die Sicherheitsorgane hatten schlichtweg versagt.

Doch beruhigte sich die Lage schnell wieder. Die Erfurter Bezirksverwaltung forderte sofort Verstärkung an

und vervierfachte ihren Personalbestand. Binnen drei Stunden waren knapp 1 000 Mitarbeiter im Einsatz.¹⁰¹ Die Menge wurde zerstreut und Gegensprechchöre marschierten auf. Zuverlässige, regimetreue Bürger skandierten ab Mittag: »Hoch, hoch, hoch, es lebe Willi Stoph!«¹⁰² Bis zur Abreise von Willy Brandt am Abend blieb die Situation jedoch angespannt. Immer wieder versuchten einzelne Gruppen, durch die Absperrungen zu dringen. Volkspolizei und Stasi verhafteten im Verlauf des Tages etwa 100 Personen, die sie sogar wie beim 17. Juni als »Rädelsführer« bezeichneten. Die meisten von ihnen waren jünger als 25 Jahre.¹⁰³ Das MfS versuchte wochenlang, die beteiligten Personen zu identifizieren. Dabei nutzte es nicht nur seine eigenen Beobachtungsfotos, sondern auch westdeutsche Zeitungs- und Fernsehbilder.

Der 19. März 1970 hatte für Staatssicherheit und Volkspolizei ein Nachspiel. Bis in die oberen Etagen berieten sich die Parteifunktionäre, wie es zu diesem Versagen kommen konnte. Mielke und der VP-Chef gaben sich gegenseitig die Schuld. Es gelang Mielke, die Verantwortung auf die Volkspolizei abzuschieben. Letztendlich entband die Parteispitze den stellvertretenden Polizeichef von Erfurt Gerd Uhlig (Jg. 1927) von seiner Funktion.¹⁰⁴

Das deutsch-deutsche Treffen am 19. März 1970 brachte nur wenige konkrete Ergebnisse auf der politischen Ebene. Die erhofften Erleichterungen im Reiseverkehr traten beispielsweise nicht ein. Das Treffen kennzeichnete jedoch den Beginn einer Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten und besaß hohen symbolischen Wert. Tausende DDR-Bürger hatten ihre Sympathie für den Bundeskanzler bekundet. Willy Brandt selbst resümierte in seinen Erinnerungen: »Der Tag von Erfurt. Gab es einen in meinem Leben, der emotionsgeladener gewesen wäre?«¹⁰⁵

Eca



> Die Stasi beschlagnahmte die Fahrkarte von Markowsky, mit der er in der Nacht nach der Ausbürgerung Biermanns nach Berlin fuhr, um Rücksprache mit Jürgen Fuchs und Robert Havemann zu halten. 17.11.1976
BStU, MfS, BV Gera, AU 1473/77, Bd. 4, Bl. 136

1976 Jenaer Protestaktion – »Wolf Biermann muss Bürger der DDR bleiben«

Am Abend des 16. November 1976 meldete die »Aktuelle Kamera«, die Nachrichtensendung des DDR-Fernsehens, Wolf Biermann sei »das Recht auf weiteren Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik entzogen« worden. Der freischaffende Autor und Liedermacher (Jg. 1936) war ein überzeugter Kommunist, der die Missstände in der DDR scharf kritisierte, aber an eine Reformierbarkeit des bestehenden sozialistischen Systems in der DDR glaubte. Im November 1976 begab er sich auf eine Konzertreise nach Köln. Mit der Begründung, dass er seine Treuepflicht gegenüber dem Staat »bewusst und ständig grob« verletzt habe, verwehrte ihm die SED die Heimkehr.¹⁰⁶

Schon Jahre zuvor galt Biermann für SED und MfS als Oppositioneller, der mundtot gemacht werden sollte. Bereits 1965 hatte der Liedermacher ein totales Berufsverbot erhalten. Jahrelang unterlag er einer überaus intensiven Überwachung durch die Staatssicherheit, die sein Leben rund um die Uhr dokumentierte.¹⁰⁷ Die Konzertreise nach Köln war für Staat und Stasi eine willkommene Gelegenheit, den unliebsamen Liedermacher loszuwerden, wie es schon seit Anfang der 1970er-Jahre geplant gewesen war. Die Meldung über die Ausbürgerung Biermanns löste eine Welle von Protesten in intellektuellen Kreisen der DDR aus. Schon am folgenden Tag veröffentlichten zwölf Schriftstellerinnen und Schriftsteller, unter ihnen weltbekannte Künstlerinnen wie Christa Wolf, eine Protesterklärung. Insgesamt 106 Künstler, auch solche, die als systemkonform galten, unterschrieben: »Den Beschluss über die Ausbürgerung Biermanns haben wir mit tiefer Bestürzung zur Kenntnis genommen. [...] Wir protes-

tieren gegen seine Ausbürgerung und bitten darum, die beschlossenen Maßnahmen zu überdenken.«¹⁰⁸ Dieser Protest kam für Parteiregierung und Staatssicherheit überraschend und löste Nervosität und Verunsicherung aus. Die SED reagierte mit Propaganda gegen Biermann und die Unterzeichner und initiierte öffentliche Stellungnahmen von Befürwortern der Ausbürgerung. Auf die Unterzeichner wurde Druck ausgeübt, es kam zu Parteausschlüssen. Publikations-, Auftrittsverbote und andere Drangsalierungen führten dazu, dass zahlreiche Künstler ab 1977 in die Bundesrepublik ausreisten.¹⁰⁹

Das MfS verfügte 1976 über 62 868 hauptamtliche Mitarbeiter.

Der Protest gegen die Ausbürgerung Biermanns war nicht auf intellektuelle Kreise begrenzt. 1976 war Wolf Biermann, nach elf Jahren Berufsverbot, den meisten DDR-Bürgern nicht oder nicht mehr bekannt. Erst die Meldung über die Ausbürgerung und die ARD-Ausstrahlung seines Konzertes am 19. November – an dem Abend saßen Millionen Menschen vor dem Fernseher – machte ihn besonders bei der jüngeren Generation populär.¹¹⁰

Am 15. Dezember 1976 hielt die Staatssicherheit in einer landesweiten Statistik die einzelnen spontanen Protestaktionen der vergangenen Wochen fest. Sie ermittelte insgesamt 457 Vorkommnisse, von denen sie ein Viertel aufklären konnte.¹¹¹ Sie verschärfte ihre Überwachung, nahm Verhaftungen vor und mobilisierte möglichst viele inoffizielle Mitarbeiter (IM), die über Äußerungen von Biermann-Sympathisanten berichten und Hinweise zum Aufspüren der Verfasser von Protesten liefern konnten.

Viele Andersdenkende identifizierten sich mit den Texten von Wolf Biermann. Auch in Jena bildete sich Anfang der 1970er-Jahre eine Gruppe junger Menschen, die sich regelmäßig traf, um über Literatur und Politik zu diskutieren. Zunächst fanden die Veranstaltungen des Lesezirkels im Kulturhaus Neulobeda statt. Später – nach Verbot und Auflösung des Zirkels – fand sich die Gruppe in der Jungen Gemeinde Stadtmitte zusammen.¹¹² Biermann selbst hatte persönliche Ver-



> Die Stasi stellte Fotos des »operativ angefallenen« Personenkreises zusammen. Darunter Bernd Markowsky. Um 1976
BStU, MfS, HA XX, Nr. 18641, Bl. 126

bindungen zum Jenaer Kreis, nicht zuletzt auch durch die enge Freundschaft mit dem Oppositionellen Jürgen Fuchs (1950–1999), der 1975 aus politischen Gründen von der Friedrich-Schiller-Universität exmatrikuliert worden war.

Die Nachricht von der Ausbürgerung Biermanns sorgte in der Jenaer Gruppe für große Aufregung. Sie traf sich gleich am Abend und diskutierte darüber, in welcher Form sie protestieren könnten. Die Anwesenden beschlossen, Rücksprache mit Robert Havemann (1910–1982) und Jürgen Fuchs (1950–1999) in Berlin zu halten. Bernd Markowsky (Jg. 1951) fuhr um Mitternacht mit dem Zug nach Berlin. Einen Tag später kam er mit der Resolution der DDR-Schriftstellerinnen und -Schriftsteller zurück, zu der nach einer Versammlung in der Jungen Gemeinde eine Unterschriftensammlung gestartet wurde. Die Stasi stoppte nach wenigen Stunden diese Protestaktion. Sie hatte Informationen aus erster Hand: Der IM »Helmut Falke« gehörte zur Gruppe der Protestler und verriet noch in der gleichen Nacht dem MfS das Vorhaben seiner Mitstreiter.¹¹³ Die Kreisdienststelle Jena (S. 147) hatte die Gruppe bereits seit 1974 intensiv überwacht.

Am 19. November klingelten Stasi-Mitarbeiter in Begleitung eines Staatsanwalts Bernd Markowsky aus dem Bett. Er und weitere »Initiatoren« wie der Jugenddiakon Thomas Auerbach (Jg. 1947) und Marian Kirstein (Jg. 1953) wurden verhaftet und inhaftiert. Es folgten unzählige Verhöre. Bis zu viermal am Tag

wurde Markowsky zu Beginn der Haft vernommen. Die Stasi wollte von ihm Informationen über die Mitglieder des Kreises erhalten. Er gab nur das zu, was dem MfS bereits bekannt war. In Haft wurde Markowsky aufgrund seines renitenten Verhaltens immer wieder verwahrt und bestraft. Bereits 1975 hatte die Stasi in ihren Berichten festgehalten, dass Markowsky zu den »Nichtbelehrbaren« gehöre.¹¹⁴ Mit den Mithäftlingen aus der Gruppe verständigte er sich aus der Einzelzelle durch Klopfzeichen und die Gefangenen riefen sich gegenseitig ihre Namen zu, um sich Mut zu machen. Am 5. September 1977 wurden sieben von den acht verhafteten Jenaern ohne Prozess und Urteil nach West-Berlin ausgewiesen.¹¹⁵

Im Zusammenhang mit dem Protest in Jena gegen die Ausbürgerung Biermanns hatte die Stasi insgesamt 40 Personen zum Teil über mehrere Tage vernommen, acht davon waren in Haft geblieben. Auch an der Friedrich-Schiller-Universität ließ man keine Gegenstimmen zu. Mehrere Studenten wurden wegen ihrer kritischen Haltung exmatrikuliert – darunter Sybille Havemann (Jg. 1955), Lutz Rathenow (Jg. 1952) und Roland Jahn (Jg. 1953).¹¹⁶

Herr Markowsky, haben Sie an eine Reformierbarkeit der SED geglaubt?

Nee, nee, SED war für mich aus. Das war unmöglich, das war für mich völlig außerhalb des Möglichen. Da war nichts zu machen. Das System war so strukturiert, das war so eisern, da gab es keine Bewegung.

Was war die Stasi für Sie zur DDR-Zeit? Hatten Sie eine Vorstellung?

Ja, es gab Wahrnehmungen, aber das ist schon schwierig, weil es ja eine Geheimorganisation war. Das Ganze war so strukturiert, dass jeder Angst haben sollte, dass niemand etwas wissen sollte und sich darauf vorbereiten konnte. Wissen bedeutet vorbereiten, ich wollte vorbereitet sein. Mir persönlich war völlig klar, dass ich irgendwann so krass mit dem System zusammenkrache, dass sie mich einsperren werden. Daran hatte ich nie Zweifel. Ich wollte nur irgendwie noch soweit klar bleiben, dass ich mir den Zeitpunkt halbwegs aussuchen konnte, die Gelegenheit, den Grund nicht zufällig, nicht blöd.

Wussten Sie, dass Sie intensiv überwacht wurden?

Ja, völlig klar, seit meiner Schulzeit, da hatte ich nie Zweifel. Ich wusste nur noch nicht genau, wie das funktionierte. Ich wusste nur, dass es funktionierte.

War Ihnen bewusst, dass Sie mit Ihrem Protest ein Risiko eingingen?

Es war mir schon klar, dass ich, wenn ich Biermann persönlich kennenlerne, ein Risiko eingehe. Und das bedeutete ja auch, man geht nicht nur Bekanntschaften ein, man geht Risiken ein, das heißt, man übernimmt Verantwortung Schritt für Schritt. Und mit der Unterschriftensammlung war es mir auch klar in dem Moment, dass es schiefgehen könnte. Wir hatten auch schon die Hoffnung, dass die ganzen Namen, die sich vor uns geäußert hatten, uns einen Schutz geben könnten.

Wie haben Sie auf die Ausbürgerung Biermanns reagiert?

Wir trafen uns in der Jungen Gemeinde. Ich hörte unsere jungen Freundinnen, die bei jeder Begegnung dabei waren, nie das Maul geöffnet haben, rumschreien: »Wir müssen auf die Straße, wir müssen auf die Straße, das kann so nicht sein!« Wir mussten was tun, aber doch nicht das. Das geht in Minuten, du bist fünf Minuten auf der Straße mit irgendeinem Schild und dann war es das, niemand hat dich weiter gesehen. Da fiel mir nichts Besseres ein: Ich habe vorgeschlagen, dass jemand nach Berlin fährt und wir besprechen das und kommen mit einer Antwort zurück, was wir tun werden. Dann wurde ich dahin delegiert. Das war im Moment die einzige Möglichkeit.

Sie wurden nach Ihrer Rückkehr aus Berlin am folgenden Tag verhaftet?

Morgens um 6.00 Uhr rumpelt es an der Tür. Ich lag nackt im Bett und sagte »Herein!«. Als Erster trat so ein Typ in Zivil – Offizier oder so – ein und ich hatte über der Tür auf zwei Nägeln ein Tuch hängen, so wie einen Vorhang. Er riss die Tür martialisch auf und das Ding fiel auf seinen Kopf. Er war völlig umwickelt von dem Vorhang wie in eine feindliche Fahne und war so außer sich, dass er nicht wusste, wie er sich davon befreien soll. Er musste sich da wieder rauswickeln und war



> Bernd Markowsky und Thomas Auerbach verlesen politische Texte beim Landesjugendsonntag in Eisenach. 1976
Robert-Havemann-Gesellschaft, RHG_Fo_HAB_12280; Foto: Lutz Reimer

völlig wütend. Hinter ihm stand ein Staatsanwalt: »Sie sind verhaftet.« »Ok, haben Sie einen Haftbefehl?« Der Staatsanwalt: »Ich bin hier« – er war der lebende Haftbefehl –, »ich habe diese Maßnahme ausgelöst«. Zwei Stasi stürzten sich sofort auf meine Sachen. Haben alles umgewühlt, Bücher in große Säcke gestopft und, gut, ich musste ihnen folgen.

Im Gefängnis haben Sie mit ihren Freunden so kommuniziert, dass sie sich gegenseitig Ihre Namen zugerufen haben.

Das war eine von diesen Situationen zur Buchmesse in Leipzig zum Beispiel. Es gab keine Verhöre, da alle Mitarbeiter bei der Buchmesse im Einsatz waren. Irgendwann fing Tommy [Auerbach] an, gegen die Tür zu hämmern und zu schreien. Ich habe das auch gemacht und dann mehrere andere auch. Das hallte sehr schön. Dann kamen die Wächter zu mir in die Zelle und haben mich runtergeschleift. Ich war im dritten Stockwerk und über mir eine Riesenkuppel, ich dachte: »Wow, das gibt ein Echo!« Und ich schrie richtig laut: »Genossen, es lebe der Kommunismus!« Bei »Kommunismus« konnte ich schon nicht mehr das Wort beenden. Sie haben das als Angriff genommen. Ich meinte es ernst, was vielleicht der größere Angriff war. Sie haben mir ein Handtuch umgebunden und mich die Treppe runtergestoßen und dann bin ich in einer Gummizelle gelandet, unter der Erde.

Das nannte die Stasi »verschärften Arrest«.

Sie hatten ihre Worte, das haben ja alle Politiker, haben so ihre Wörtchen. Es war eine Gummizelle. Man konnte mit ausgestreckten Händen die Wände nicht berühren, aber fast. Es gab nur keine Pritsche, in der Nacht kriegte ich eine Matratze und eine Decke. Es gab alle drei Tage warmes Essen. Ich habe das Essen verweigert, habe nur Flüssiges zu mir genommen, Tee getrunken. Bin in Hungerstreik getreten, ohne das so zu nennen. Und dann kam auch einmal mein Vernehmer. Ich kannte ihn vom Guckloch, kannst ja Menschen am Auge erkennen.

Und wie bleibt man bei klarem Verstand?

Na, es ist im Knast sowieso schwierig. Die meiste Zeit musst du träumen. Träumen hilft. Es gab im Knast Bücher. Sie hatten eine sehr gute Bibliothek, sehr interessant, Bücher, die ich sonst nie gelesen hätte. Da unten, in dieser Gummizelle, da habe ich mir am Anfang aus Brotstücken Schachfiguren gemacht. Ich habe gegen mich selbst Schach gespielt. Man kann da auch davon verrückt werden, wie in der Schachnovelle.

War es Ihnen klar, dass Sie ausgewiesen werden würden?

Nein. Du hast daran geglaubt, dass du die Strafe einsitzt und wieder rauskommst. Bevor es eine Strafe gibt, muss sie ja erst mal verkündet werden. Es muss eine Verhandlung geben und das wollte ich erleben. Ich wollte das ganze Theater erleben, ich wollte alles dokumentieren können, dazu kam es nicht. Ich habe gesagt, dass ich hier bleiben will. Sie haben geantwortet: »Es ist nur unter der Bedingung möglich, dass alle anderen auch hier bleiben. Wir können nicht mit Ihnen allein einen Prozess führen.« Das war ihr Spiel, einfach diese Gruppenerpressung. Ich habe dann zehn Forderungen gestellt. Die einzige Forderung, die eingehalten wurde: Ich konnte meine Eltern sehen.¹¹⁷



> Linolschnitt-Platte (gespiegelt), mit der Bodo Busch eine begleitende Illustration zur Stellungnahme gegen das »Sputnik«-Verbot vervielfältigte. Dezember 1988
BStU, MfS, BV Suhl, Abt. IX, Nr. 2999, Bl. 9

1985 Glasnost und »Sputnik«-Verbot – der Umwelt- und Friedenskreis in Ilmenau

1985 wurde Michail Gorbatschow neuer Partei- und Staatschef der Sowjetunion und kündigte gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen an. Sein offener Umgang mit innenpolitischen Missständen beeindruckte zahlreiche DDR-Bürgerinnen und -Bürger. Viele hofften, dass sich die SED auf ihrem XI. Parteitag im April 1986 an dem neuen Kurs in der UdSSR orientieren würde. Gorbatschow betonte bei dieser Veranstaltung als Gastredner, dass eine sozialistische Partei

zur Selbstkritik bereit sein müsse, um erfolgreich zu sein. Sein Plädoyer für eine öffentliche Auseinandersetzung mit Problemen fand in der SED-Führung jedoch kein Gehör.¹¹⁸

»Unter breitesten Bevölkerungskreisen einschließlich Angehöriger bewaffneter Organe, Funktionären bezirklicher Einrichtungen, Wissenschaftlern, leitenden Kadern [...] in Kombinat und Betrieben wird die Offenheit der Rede des Gen. Gorbatschow hervorgehoben und die Erwartung ausgesprochen, auch in unserem Land der Kritik, Selbstkritik und Offenheit größere Bedeutung beizumessen«,¹¹⁹ fasste die Stasi im Bezirk Gera die Stimmung hinsichtlich der Politik von »Glasnost« und »Perestroika« (Offenheit und Umge-

staltung) zusammen. Verschiedene gesellschaftliche Schichten wünschten sich Änderungen in der DDR nach sowjetischem Vorbild: Arbeiter des Carl-Zeiss-Betriebs ebenso wie Jugendliche im Kreis Rudolstadt oder Wissenschaftler in Jena.¹²⁰

Das MfS verfügte 1985 über 84 263 hauptamtliche Mitarbeiter.

Bei Diskussionen über Gorbatschows Politik wurde die UdSSR häufig mit der DDR verglichen und es wurden ähnliche Probleme gesehen: Die tatsächliche wirtschaftliche Lage und insbesondere die Versorgungsprobleme im Alltag widersprachen der »Erfolgspropaganda« und den »ununterbrochenen Lobhudeleien« in den Medien. Funktionäre blieben in ihren Ämtern, auch wenn sie unfähig seien. Im April 1987 stellte die BV Gera fest, dass »immer mehr Menschen aus echter Sorge um die Weiterentwicklung des Sozialismus fordern, auch in der DDR Mängel und Missstände schonungslos zu beseitigen«.¹²¹

Die Regierung fürchtete aber, Reformen könnten die DDR destabilisieren. Sie vertrat den Standpunkt, die neue Politik der Sowjetunion sei deren innere Angelegenheit. Daher erließ der Chef-Ideologe der SED Kurt Hager dem Kurs Gorbatschows in einem Interview im Mai 1987 eine klare Absage: »Würden Sie [...], wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?«¹²² Viele Bürger waren von dieser Distanzierung enttäuscht, da die UdSSR immer als das große Vorbild gegolten hatte, dem es nachzueifern galt. Um den Widerspruch zum »Bruderstaat« nicht zu groß erscheinen zu lassen, schränkte die DDR-Regierung die Berichterstattung über sowjetische Reformen und die Reden Gorbatschows zunehmend ein.

Die restriktive Informationspolitik über »Glasnost« und »Perestroika« sorgte für Unmut. So beschwerten sich Wissenschaftler der Universität Jena, dass von den Entwicklungen in der sowjetischen Innenpolitik nur sehr abstrakt gesprochen werde und die deutschsprachigen Ausgaben sowjetischer Zeitungen, so z. B. die »Neue Zeit«, nicht ausgeliefert würden. Es sei der »Gipfel der Frechheit, [...] in dieser Form Zensur über

die sowjetischen Presseerzeugnisse auszuüben.«¹²³ Bürger im Kreis Stadtroda kritisierten, dass »das Buch des Genossen Gorbatschow über den Prozess der Umgestaltung wie ein geheimer Bericht behandelt wird und hauptsächlich Funktionären zugänglich ist.«¹²⁴

Der Höhepunkt der medialen Abschottung war die Einstellung des Versands der deutschen Ausgabe des »Sputniks« ab November 1988. Die sowjetische Zeitschrift setzte sich kritisch mit Stalins Rolle im Zweiten Weltkrieg und den stalinistischen Verbrechen auseinander, was die SED als Bedrohung ihres Geschichtsbilds ansah. Der Auslieferungsstopp löste eine landesweite Protestwelle aus, zumal auch noch die Vorführung mehrerer sowjetischer Filme verboten wurde. Viele sprachen von einem zweiten »Sputnik-Schock«, vom »Sputnik-Absturz« oder »Sputnik-Skandal«.¹²⁵

»Offenbar steht die DDR-Führung noch immer auf dem Standpunkt von 1953: »... wir können dem Volke nicht alles mitteilen, da es noch nicht selbstständig denken und handeln kann, es ist zur Zeit noch nicht mündig.« Da wir der Meinung sind, dass das Volk der DDR selbstständig denken kann, fordern wir die zuständigen staatlichen Stellen auf, die Pressefreiheit endlich zu gewährleisten.«¹²⁶ Bodo Busch (Jg. 1964) und Michael Doppel (Jg. 1967) verteilten im Dezember 1988



> Das MfS beobachtete Bodo Busch bei der Verteilung von Flugblättern. 11.12.1988
BStU, MfS, BV Suhl, AOPK 885/89, Bd. 1, Bl. 301, Bild 3



zu Busch. Aus der Gestik war zu entnehmen, daß Busch aufgefordert wurde, sich weiter abseits zu begeben. Daraufhin bewegte sich Busch zu Doppel, ließ sich Blätter geben und ging zum anderen Zaun ende des Kirchengeländes in Richtung Arnstadt. Dort verteilte er weiter diese Blätter.

> Auszug aus dem MfS-Beobachtungsbericht zur Flugblatt-Aktion von Bodo Busch und Michael Doppel. 11.12.1988
BStU, MfS, BV Suhl, AOPK 885/89, Bd. 1, Bl. 303

vor der katholischen Kirche in Ilmenau eine Stellungnahme des Ilmenauer Friedenskreises gegen das »Sputnik«-Verbot mit einer Illustration zur Zensur. Nachdem sie der Dechant des Grundstücks verwiesen hatte und sie auf dem Fußweg die Flugblätter weiter austeilten, nahmen MfS-Mitarbeiter sie fest. Die Stasi verhörte die beiden mehrere Stunden lang und übergab das Verfahren schließlich der Volkspolizei, die Ordnungsstrafen in Höhe von mehreren Hundert Mark verhängte.¹²⁷

Bodo Busch war schon im Frühjahr 1985 in den Blick der Staatssicherheit gerückt, als er Mitglied des Umweltkreises Ilmenau im Umfeld der Jungen Gemeinde wurde, dessen Leitung er bald übernahm. Die Gruppe richtete Eingaben an staatliche Institutionen, gestaltete Ausstellungen und führte Veranstaltungen durch, um Behörden und Mitbürger auf Umweltprobleme aufmerksam zu machen. Sie beteiligte sich bei der Stadtbegrünung und kontrollierte Schadstoffwerte in Gewässern. 1986 initiierte Busch die Herausgabe des Umweltblattes »Zwischenruf«, das auch Themen wie

Frieden und Menschenrechte aufgriff. Im selben Jahr erfasste das MfS den jungen Mann in der operativen Personenkontrolle (OPK) »Ökologe«, die sie 1988 zum operativen Vorgang (OV) hochstufte.

Dass Bodo Busch aus religiösen Gründen den Wehrdienst verweigerte und nachdrücklich für die Umwelt, die Menschenrechte und einen verbesserten Sozialismus eintrat, sah die Stasi als Beleg für eine staatsfeindliche Haltung.¹²⁸ Obwohl er sich der staatlichen Überwachung und der Konsequenzen bewusst war, äußerte Busch seine politische Meinung offen. So befestigte er anlässlich des Nationalfeiertages am 7. Oktober 1988 ein Plakat mit dem Gorbatschow-Zitat »Demokratie lehren und zugleich lernen« an seinem Wohnhaus. Nur eine Stunde später wurde das Transparent von zwei MfS-Mitarbeitern beschlagnahmt. Busch engagierte sich auch nach der »Sputnik«-Aktion weiter im Umwelt- und Friedenskreis und setzte sich im Oktober 1989 in Ilmenau für die Gründung eines »Neuen Forums« ein.¹²⁹

In Thüringen artikulierten die Bürger ihren Unmut über das »Sputnik«-Verbot auf unterschiedliche Weise. Im Hauptpostamt Erfurt gingen bis Ende November 1988 über 700 Eingaben von Abonnenten ein, die gegen die Einstellung des Vertriebs protestierten. Einer von ihnen schrieb: »Ich bitte um Nachricht über den Verbleib des »Sputnik-Digest« [...]. Sollte dieses Heft wiederum der Zensur zum Opfer gefallen sein, bitte ich Sie um die Anschrift der für diesen Verstoß gegen die Verfassung der DDR, Artikel 27 (2) zuständigen Organe.«¹³⁰ Damit bezog er sich auf die garantierte Pressefreiheit. In Weimar brachten Unbekannte Losungen gegen das »Sputnik«-Verbot an Wänden der Hochschule für Architektur und Bauwesen an und verbreiteten Plakate mit der Aufschrift »Sputnik« und einem schwarzen Kreuz sowie Trauerflor. Studierende in Erfurt und Jena trugen demonstrativ Anstecker mit der Aufschrift »Perestroika« oder Gorbatschow-Abzeichen.¹³¹ Manche Bürger versuchten die Zensur zu umgehen, indem sie Bekannte in der Bundesrepublik oder Presseorgane in Moskau baten, ihnen »Sputnik«-Hefte zuzusenden.¹³²

Andere äußerten ihren Unmut über das Verbot auch am Arbeitsplatz wie ein Beschäftigter von Carl Zeiss Jena, der gegenüber Kollegen sarkastisch bemerkte: »Nun bekomme man wohl den »Sputnik« wie auch vieles andere nur noch im Intershop.«¹³³ In ganz Thüringen erklärten verärgerte Bürger ihren Austritt aus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) oder der SED.

Auch ein Teil der SED-Mitglieder lehnte die Zensur ab, weil diese ein tiefes Misstrauen der Parteioberen gegenüber den Bürgern ausdrückte. Die BV Gera stellte kurz nach dem »Sputnik«-Verbot fest: »Parteifunktionäre und Genossen fühlen sich sprachlos gegenüber Anfragen vieler Genossen und Kollegen, da sie sich selbst solche Entscheidungen nicht mehr erklären können und gleich gar nicht anderen – Nichtgenossen.«¹³⁴ Zwar standen viele Parteimitglieder der historischen Aufarbeitung im »Sputnik« skeptisch gegenüber, aber das Verbot sahen sie als ungerechtfertigte Bevormundung. Mitglieder des Rats des Kreises Gotha hielten inhaltliche Auseinandersetzungen in der DDR-Presse für den angemessenen Umgang mit Kritik.

Das Unverständnis über das Verbot des »Sputniks« sowie einer Reihe sowjetischer Filme war auch deswegen so groß, weil in weiten Regionen der DDR Westradio

und -fernsehen empfangen werden konnten. Auf diese Weise informierten sich die Bürger über Themen, über die sich die eigenen Medien ausschwiegen. Die Versuche des SED-Regimes, Diskussionen über politische Reformen und tabuisierte Aspekte der Geschichte des Sozialismus mithilfe von Zensur zu unterdrücken, waren daher weitgehend erfolglos. Die Verbote verstärkten vielmehr das Interesse der DDR-Bevölkerung an sowjetischen Presseerzeugnissen und Filmen und erhöhten zugleich den Stellenwert der westlichen Medien. Die äußerst knappe Berichterstattung über die sowjetische Politik im DDR-Fernsehen ärgerte viele Menschen und ließ sie Sender des »Klassenfeindes« einschalten. So äußerte ein Arzt in Bad Berka: »Bevor man sich in der AK [Aktuellen Kamera] 20 Minuten lang die Margot [Honecker] auf dem pädagogischen Kongress ansieht, stellt man lieber auf die ARD und guckt Gorbatschow, das ist wesentlich interessanter.«¹³⁵

Wie stark der Druck auf das SED-Regime war, zeigte sich darin, dass Honecker es für notwendig hielt, den von anderen Ostblockstaaten abweichenden Kurs der DDR Ende 1988 erneut zu rechtfertigen. Zum 70. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) sprach er von einem »Sozialismus in den Farben der DDR«¹³⁶. Doch weder demonstratives Selbstbewusstsein noch Zensur konnten an der Sympathie der Bevölkerung für Gorbatschows Kurs etwas ändern, wie das MfS Mitte 1989 in Thüringen feststellte.¹³⁷ Dass es den meisten Glasnost-Befürwortern um eine Erneuerung, nicht um die Abschaffung des Sozialismus ging, begriff – bis zum Untergang der DDR im November 1989 – weder die Führung der Geheimpolizei noch die Parteispitze.

SSc



Der Apparat

Neubau in Zeiten des Untergangs – die Stasi-Zentrale in Gera

Am 3. Oktober 1989 durchschnitt Generalmajor Dangriß (Jg. 1940) vor ca. 200 geladenen Gästen offiziell das Band zur Einweihung des neuen Hauptsitzes der Staatssicherheit in Gera. Die Stasi hatte den Ablauf der Veranstaltung genau geplant. Eingeladen waren die Leitungsebene der Bezirksverwaltung sowie Kombinatdirektoren und Handwerker, die am Bauprojekt beteiligt gewesen waren. Nach der symbolischen Schlüsselübergabe hielt BV-Chef Dangriß eine kurze Ansprache und zeichnete ausgewählte Bauarbeiter mit Prämien aus. Für Verpflegung und Unterhaltung war mit einem »Schlachtbuffet«, Bier, Weinbrand und Wodka sowie Blasmusik über Lautsprecher gesorgt.¹³⁸

Bereits seit Jahren war in der Hermann-Drechsler-Straße kräftig gebaut worden. Als Engpässe auf der Baustelle die für 1989 geplante Fertigstellung gefährdeten, wurden kurzerhand über 50 Mitarbeiter des MfS als Bauhilfen eingesetzt. Der doch etwas untypische

Einsatz wurde den Stasi-Mitarbeitern hoch angerechnet: »Die Genossen zeigen keine Scheu, selbst bei kompliziertesten und dreckigsten Arbeiten.« Belohnung war eine Prämie von 1 500 Mark für jeden Beteiligten.¹³⁹

Mit dem Neubau der BV beabsichtigte die Stasi, ihre »Einsatzbereitschaft weiter zu erhöhen und damit bestehenden politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Interessen in der Bezirksstadt Rechnung zu tragen.«¹⁴⁰ Insgesamt gehörten zur BV Gera 32 Abteilungen, 11 Kreisdienststellen (KD) und eine Objektdienststelle (OD). (S. 143) Damit verfügte sie zuletzt über 2 300 hauptamtliche und knapp 6 000 inoffizielle Mitarbeiter.¹⁴¹ Einige Abteilungen der BV und die Geraer Kreisdienststelle hatten ihre neuen Diensträume bereits Ende 1988 in der Hermann-Drechsler-Straße bezogen. Die anderen Abteilungen sollten im Jahr 1990 folgen; dazu kam es jedoch nicht mehr: Bereits zwei Wochen nach der feierlichen Einweihung des neuen BV-Gebäudes fanden die ersten Friedensgebete in drei Geraer Kirchen statt.



> BV-Chef Dieter Dangriß erhielt symbolisch den Schlüssel zur Übergabe des Neubaus in Gera. 3.10.1989
BStU, MfS, KD Gera, Fo, Nr. 2922, Bild 3

XX 5 507

EINGANG chiffriert TELEGRAMM offen AUSGANG
(Nichtzutreffendes streichen)

Dringlichkeit Fu/FS-Nr.: 76

Absender: BV Erfurt, Abteilung Rückw. Dienste
Empfänger: alle Diensteinheiten der BV außer KDs

Erfurt, den 5. 7. 1989

BStU
000001

Als eine weitere Sozialmaßnahme in der Betreuung der Angehörigen des MfS wurde in der BV Erfurt, Durchgang Neubau ein Kosmetiksalon zur Gesichts- und Fußpflege eingerichtet.

Die dort tätige Kosmetikerin ist Mitarbeiterin des Dienstleistungsbetriebes Erfurt und dementsprechend sind in diesem Salon Dienstgespräche grundsätzlich zu vermeiden.

Diese Dienstleistung kann durch alle Angehörigen der DE der BV Erfurt in Anspruch genommen werden.

Telefonische Anmeldung unter der Rufnummer: 43 15.

Handtücher sind zur Behandlung durch die Angehörigen des MfS mitzubringen.

Leiter der Abteilung
J. Riemann
Riemann
Major

Durchschläge/Durchschriften: Stck. Geschrieben: *J. Riemann* Gesehen: *[Signature]*

Eingangsdatum: Uhrzeit: Anfang: Ende: Nachr.-Sachbearb.:

> Im MfS-eigenen Kosmetiksalon in der Andreasstraße war besondere Vorsicht bei der Wahrung der Konspiration vonnöten. 5.7.1989
BStU, MfS, BV Erfurt, Abt. XX, Nr. 507, Bl. 1

Im Jahre 1989 zählte das Ministerium für Staatssicherheit 15 Bezirksverwaltungen. Sie waren analog zur Zentrale in der Berliner Normannenstraße aufgebaut. Die Struktur der Bezirksverwaltungen folgte dem sogenannten Linienprinzip.¹⁴² Aufgaben wurden intern nach Abteilungen aufgeteilt und nach gleichen Prinzipien auf zentraler wie auf Bezirksebene bearbeitet. Die Überwachung von Kirche, Kunst und Kultur war beispielsweise bei der Hauptabteilung XX in Berlin und in den Abteilungen XX der BV Erfurt, Gera und Suhl angesiedelt. In Jena befand sich eine der landesweit sieben Objektdienststellen, die für die Überwachung des Kombines Carl Zeiss zuständig war. Eine Hauptaufgabe der drei thüringischen Bezirksverwaltungen bestand in der Sicherung der Grenze, da die Bezirke die längsten Grenzabschnitte von insgesamt 763 Kilometern zur Bundesrepublik hatten.

Die Gebäudekomplexe der Bezirksverwaltungen waren zum Teil wie Kleinstädte ausgestattet. Sie verfügten über Versorgungseinrichtungen wie Kaufhalle, Friseur, Sparkasse, Speisesaal und Sportplatz. Sogar für die Autos von Mitarbeitern wurde mit Garagen, Werkstatt, Tankstelle und Waschanlage gesorgt. Die Mitarbeiter sollten während der Dienstzeit das Gelände nicht verlassen müssen. Die Staatssicherheit wollte so ihre hauptamtlichen Mitarbeiter von potenziell negativen Einflüssen der Außenwelt fernhalten.¹⁴³ Zentrales Anliegen aber war die lückenlose Wahrung der Konspiration gegenüber der Bevölkerung und den »Feinden«.

Wo genau die Stasi saß, war zumeist bekannt. Was sich hinter den vergitterten Fenstern abspielte, blieb hingegen verborgen. Durch Wach- und Kontrollposten wurde jedes Betreten der Areale streng kontrolliert. Fotos und Videoaufnahmen der Gebäude waren tabu, ein Zutritt ohne Erlaubnis unmöglich. Der Umgang mit Besuchern war genau geregelt. Handwerker führten ihre Reparaturarbeiten unter ständiger Aufsicht aus. Über jeden von ihnen legte die Stasi eine Karteikarte an. Auch über jeden Besuch von Bürgern fertigte der zuständige MfS-Mitarbeiter einen Aktenvermerk. Der Besucherraum lag so, dass er keinen Einblick in weitere Teile des Gebäudes erlaubte. In der Bezirksverwaltung Erfurt hatten die Handwerker sogar folgende Erklärung zu unterschreiben: »Ich verpflichte mich, über alle mir bekannt gewordenen bzw. bekannt werdenden Tatsachen und Fakten zu schweigen.«¹⁴⁴ Die Erfurter BV hatte ihren Sitz in der Andreasstraße und umfasste

31 Abteilungen und 13 Kreisdienststellen mit insgesamt knapp 3 000 hauptamtlichen und über 8 300 inoffiziellen Mitarbeitern.¹⁴⁵ (S. 142)

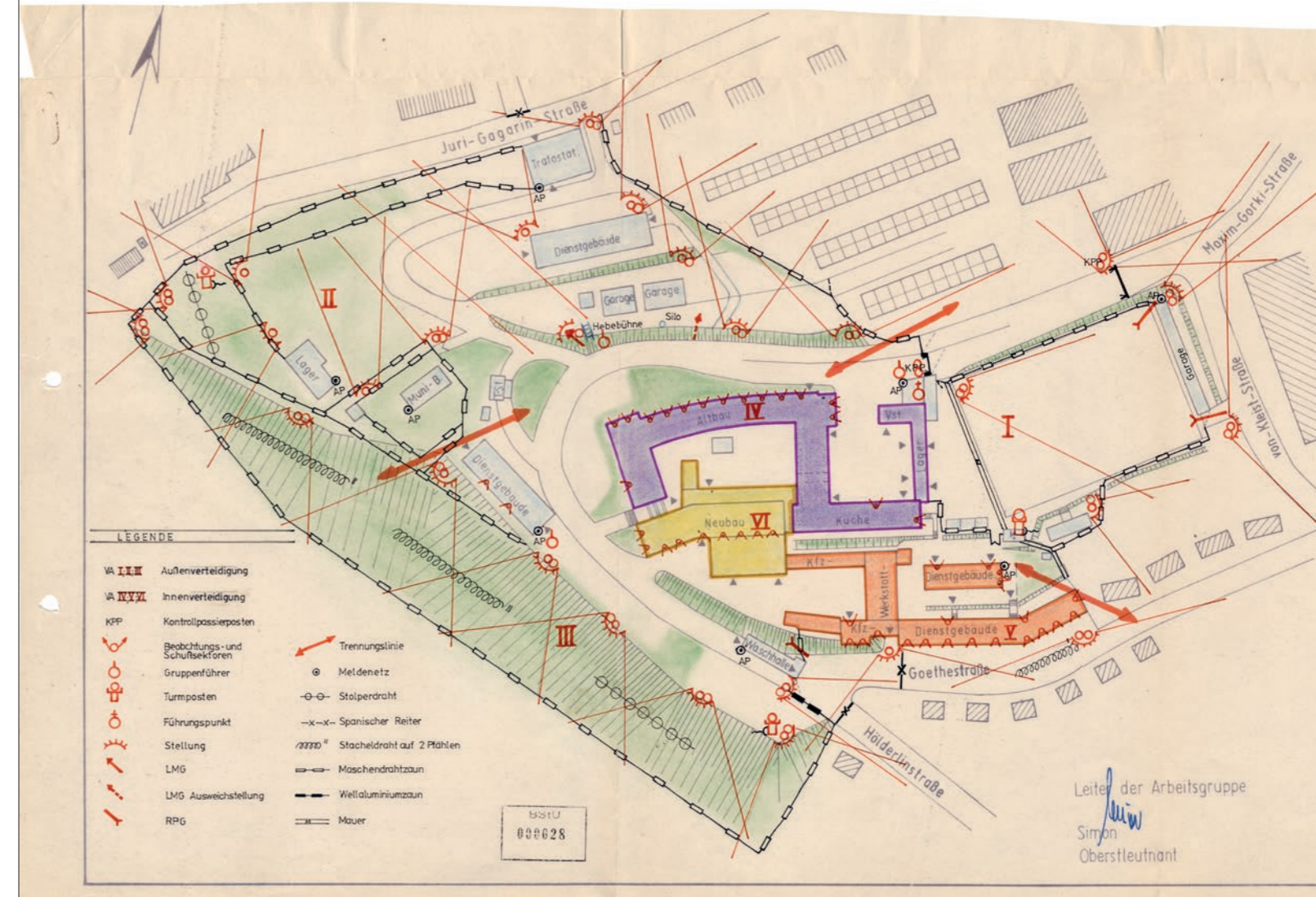
Es gab vielfältige Gründe, die Staatssicherheit »freiwillig« aufzusuchen. Einige Besucher kamen, um über die Schwierigkeiten bei der Arbeits- oder Wohnungssuche zu klagen. Manche Bürger beschwerten sich, dass ihnen die Ausreise in die Bundesrepublik verwehrt wurde. Fast immer erklärten die Stasi-Mitarbeiter, dass das MfS für solche Klagen nicht zuständig sei. Wenn aber über den Besucher bereits eine Akte geführt wurde, ging eine Information über die Beschwerde an die zuständige Dienststelle, die dann gegebenenfalls eine bereits laufende Überwachung verschärfte. Es gab aber auch solche Besucher, die Beschwerden und Denunziationen über Kollegen oder Nachbarn zu Protokoll gaben, woraufhin die Stasi Überprüfungen einleitete.¹⁴⁶

Schließlich gab es auch »Selbstbewerber«, die eine Mitarbeit beim MfS anstrebten. Erfolgsaussichten hatten sie zumeist nicht, Selbstanbieter waren nicht erwünscht. Es wurde den Bewerbern in der Regel gleich

»Objekte des Ministeriums für Staatssicherheit sind militärische Objekte.«¹⁴⁷

mitgeteilt, dass die Aufnahme einer Tätigkeit beim MfS nicht infrage käme.¹⁴⁸ Auf der »Stasi-Burg« in der Hölderlinstraße in Suhl, wie die BV im Volksmund genannt wurde, erschien zum Beispiel ein Automechaniker in den Jahren 1981 und 1983 dreimal, um sich als Zuträger für die Stasi zu bewerben. Seine Hartnäckigkeit deutete die Stasi als Hinweis auf seine Unzuverlässigkeit und erteilte jedes Mal eine Absage.¹⁴⁹ Die BV Suhl umfasste 32 Abteilungen und acht Kreisdienststellen. Sie zählte zuletzt über 1 700 hauptamtliche und knapp 5 200 inoffizielle Mitarbeiter.¹⁵⁰ (S. 144)

ECa



> Stets verteidigungsbereit: Gelände der Bezirksverwaltung Suhl. Vor 1989
BStU, MfS, BV Suhl, AGL, Nr. 32, Bd. 2, Bl. 28 (Ausschnitt)

Die Kreisdienststellen Nordhausen und Schleiz

Flächendeckend überzog das Ministerium für Staatssicherheit jeden Bezirk mit einem Netz von Kreisdienststellen (KD), die den Bezirksverwaltungen unterstellt waren. Die Leiter der Kreisdienststellen wurden vom Minister direkt eingesetzt. Größe und innere Organisation der KD waren abhängig von der wirtschaftlichen Struktur und z. B. davon, ob es sich um einen Grenzkreis handelte. In der Regel gab es ein Referat für Auswertung und Information und Referate mit speziellen operativen Zuständigkeiten wie Spionageabwehr, Sicherung der Volkswirtschaft und Überwachung des lokalen Staatsapparates. Die Kreisdienststellen waren insbesondere auch für die Sicherheitsüberprüfung eines immer größeren Personenkreises zuständig, etwa für Bewohner im Grenzgebiet, Reisekader, Leistungssportler und Personen, die in sogenannten dringenden Familienangelegenheiten in die Bundesrepublik reisen wollten. Dabei ging es vor allem um die Überprüfung einer loyalen Einstellung zur DDR. Rund 60 Prozent aller operativen Vorgänge wurden von den Kreisdienststellen bearbeitet. Die Aufgaben der KD konnten nur mit einem engen Netz von inoffiziellen Mitarbeitern bewältigt werden: Nahezu die Hälfte aller IM wurde in den Kreisdienststellen geführt.

Industriedirektor verstößt gegen politische Linie – Parteiauftrag für die Kreisdienststelle Nordhausen

Mit einem politischen Paukenschlag wurde die Sitzung in der SED-Kreisleitung Nordhausen am 20. Oktober 1978 eröffnet. Die scharf formulierte Frage des Genossen Sudet, 2. Kreissekretär der SED verbarge seine Empörung nicht: Wie könne es sein, dass der Direktor für Beschaffung und Absatz trotz seiner bestehenden Westkontakte diese Funktion bekleide?¹⁵¹ Die Rede war von Gerhard Schmidt (Jg. 1926), seit 1970 Direktor für Beschaffung und Absatz beim VEB Industrieverband und Fahrzeugbau (IFA) Motorenwerke Nordhausen. An diesem Freitag im Oktober 1978 hatte die SED-Kreisleitung wegen der schwerwiegenden Personalfrage die wichtigen Entscheider in ihrer Dienststelle in der Wallrothstraße zusammengeholt. Am Beratungstisch nahmen die Genossen Otto Brandt, Betriebsdirektor des VEB IFA Nordhausen, Alfons Schneider, Parteisekretär

des VEB IFA, Erich Pester, SED-Sekretär für Wirtschaftspolitik, und Major Otto Kaps von der KD Nordhausen (S. 146) Platz. Kaps (Jg. 1921) hatte wohl den kürzesten Weg zum Ort des Geschehens, da sich seine Kreisdienststelle zu diesem Zeitpunkt nur eine Straßenecke weiter befand. Der Stasi-Major berichtete daraufhin von einem Gespräch mit Schmidt. Dieser habe ihm erklärt, er werde den Kontakt zu seiner Verwandten in Westdeutschland nicht abbrechen und eher auf seine Stellung verzichten. Parteisekretär Schneider vom VEB IFA gab sich erstaunt über die Westkontakte Schmidts, was bei Major Kaps heftiges Unverständnis auslöste, »da die gesamten Geheimnisträger des Betriebes auch mit der Partei abgestimmt« worden waren.¹⁵²

Das Gespräch dürfte nicht ganz spannungsfrei abgelaufen sein, zumal in der Runde nicht mit offenen Karten gespielt wurde. Zumindest hatte Major Kaps zu diesem Zeitpunkt bereits weiterreichende Pläne mit Schmidt. Der Direktor war Geheimnisträger, war im In- und Ausland bestens vernetzt, verfügte über ein exzellentes Fachwissen der technischen und ökonomischen Zusammenhänge bei der Entwicklung, Produktion und dem Vertrieb von Lkw-Motoren, war zudem informiert über die Vorgaben des Politbüros. Aufgrund seines umfassenden Überblicks über die technische Entwicklung eines neuen Dieselmotors hatte ihn die KD Nordhausen 1977 als Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) angeworben. Ihr oblag die Absicherung dieser bedeutsamen Investitionsmaßnahme, die die Partei in Auftrag gegeben hatte. Der dringlich angetragenen Bitte der Nordhausener Stasi um einschlägige Informa-



> Gerhard Schmidt, Experte für Beschaffung und Absatz beim VEB IFA Motorenwerk Nordhausen. Vor 1989
BStU, MfS, BV Erfurt, KD Nordhausen, AGMS 230/92, Bd. 1, Bl. 409

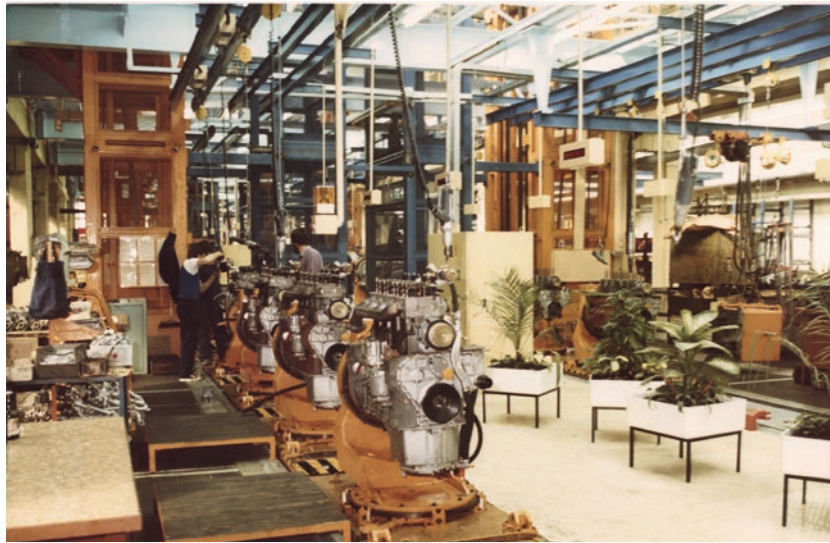
tionen konnte sich Schmidt ohnehin nicht entziehen, da er aufgrund seiner Position auch ohne GMS-Einstufung gegenüber dem MfS auskunftspflichtig war.

Zugleich aber hatte Schmidt aus Sicht des MfS einen entscheidenden Makel: seine Westkontakte. Wiederholt hatte er es abgelehnt, diese Kontakte zu seiner Verwandten abzubrechen. Ein Jahr später kam die überraschende Kritik der SED-Kreisleitung, die die Tschechen in eine missliche Situation brachte. Sie wollten auf Schmidt alias GMS »Georg« keinesfalls verzichten. In einem internen Vermerk rechtfertigte sich die KD Nordhausen, dass Schmidt bereits bei seiner Berufung zum Direktor seine familiären Kontakte in den Westen offenbart habe. Hier deutete sich an, dass das MfS Zeit gewinnen wollte. Das war insofern erfolgreich, als Schmidt erst 1980, zwei Jahre nach dem Gespräch in der SED-Kreisleitung, von seinem Direktorenposten abgelöst und somit der dringlichen Vorgabe der Partei mit erheblicher Verzögerung Genüge getan wurde.¹⁵³ Der geschasste Spezialist, dem der Grund seiner Abberufung bekannt war, blieb aber im Motorenwerk, u. a. als Sonderbeauftragter im Stab des Betriebsdirektors.

Derweil berichtete GMS »Georg« dem operativen MfS-Mitarbeiter Jürgen Solf von der KD Nordhausen über die Motoren-Entwicklung. In fachlichen Diskussionen positionierte er sich deutlich und Solf zeigte sich zufrieden mit seinem Gesprächspartner: »Er war der Fachdirektor, der am konsequentesten gegen den Vorschlag eintrat, einen 5-Zylindermotor zu bauen, was ja auch durch die Politbürobeschlüsse als richtige Linie bestätigt wurde.«¹⁵⁴ 1981 formulierte »Georg« die ketzerische Frage, ob die vom Politbüro vorgegebene Serienproduktion von großen Motoren für 1988 zu diesem Zeitpunkt noch Weltniveau erreichen könne. Vermutlich werde dann ein Export kaum mehr möglich sein, weil westliche Motoren bis dahin über elektronische Steuerungen verfügen würden.¹⁵⁵ Ende 1986 sah sich der Zulieferbetrieb Metallguss Leipzig nur in der Lage, Motorenblöcke für gerade einmal 55 Stück der 6 VD-Motoren (Sechszylinder-Viertakt-Diesel) zu gießen.¹⁵⁶ Die Zulieferprobleme hielten an und lösten kaum einholbare Planrückstände beim Motorenwerk aus. Die Stasi registrierte die Entwicklung, vermochte aber nicht einzugreifen, zumal sie politische Straftaten in den stockenden Industrieabläufen nicht erkennen konnte.

Das ausufernde Berichtswesen in der DDR machte auch vor der KD Nordhausen nicht halt. Regelmäßig unterrichtete der jeweilige KD-Leiter die SED-Kreisleitung über politisch relevante Entwicklungen und Vorfälle im Kreis, zu denen auch kritische Personalfragen zählten. So erklären sich die detaillierten Kenntnisse der SED-Kreisleitung über den IFA-Direktor Schmidt und die harsche Rückmeldung bei dem denkwürdigen Gespräch in der Nordhäuser Wallrothstraße. Nordhausen war Grenzkreis und wichtiger Industriestandort in Thüringen. Daran orientierte sich wesentlich das Aufgabenprofil der KD.¹⁵⁷ Das Referat »Volkswirtschaft« war personell am stärksten aufgestellt und verfügte über ein Drittel aller inoffiziellen Mitarbeiter der Kreisdienststelle. Zu den bedeutenden Industriebetrieben, die das MfS überwachte, gehörten der VEB IFA Motorenwerke, der VEB Schachtbau Nordhausen, Nobas Nordhausen, Hydrogeologie Nordhausen, das Fernmeldewerk Nordhausen, die Kaliwerke »Karl Marx« und »Karl Liebknecht«, der Hochbau Nordhausen und nicht zuletzt die Branntweinherstellung der »Nordbrand« zur landesweiten Versorgung von Werktätigen und Haushalten. Diese Betriebe boten jedem sechsten Einwohner im Kreis Arbeit und erwirtschafteten eine Jahreswarenproduktion im Wert von 6 Milliarden Mark.

Dem letzten Leiter der KD Nordhausen, Hubert Kurzbach (Jg. 1937), unterstanden 68 hauptamtliche Mitarbeiter, die von über 600 IM und GMS unterstützt wurden. Jürgen Solf (Jg. 1950) im Referat Volkswirtschaft der KD oblag die Absicherung der IFA Motorenwerke. In seinen 13 Jahren Dienstzeit führte er insgesamt 135 inoffizielle Mitarbeiter verschiedener Kategorien und 20 GMS. Solf, zuletzt im Rang eines Majors, konnte mit einschlägiger Qualifikation aufwarten, immerhin war er diplomierter Ingenieur-Ökonom, was ihm die operative Einordnung von Informationen aus dem Motorenwerk erleichtert haben dürfte.¹⁵⁸ Für Solf war GMS »Georg« eine höchst ergiebige Quelle zum Stand der Motorenentwicklung und -produktion. Im Übrigen suchte Solf seinen GMS »Georg« jahrelang in der Mittagszeit in dessen Büro auf, notierte aber stets, die Konspiration sei gewährleistet gewesen. Von seinem gesellschaftlichen Profil war »Georg« typisch für die MfS-Kategorie der GMS. Wie die überwiegende Zahl der zuletzt 144 aktiven GMS der Kreisdienststelle war er SED-Mitglied und hatte eine leitende Funktion inne. Ebenso entsprach der Einsatz von »Georg« den internen MfS-Vorgaben für GMS, wonach diese nicht



> Montagestrecke bei dem IFA Nordhausen: Eine »bodengeführte Nestfertigung mit Pufferstationen« ermöglichte es, verschiedene Motorentypen in loser Reihenfolge zu montieren. Einzelne »Nester« konnten angehalten werden, wenn beispielsweise ein Bauteil fehlte, ohne das gesamte Band zu stoppen. 1986

Archiv IFA-Museum Nordhausen

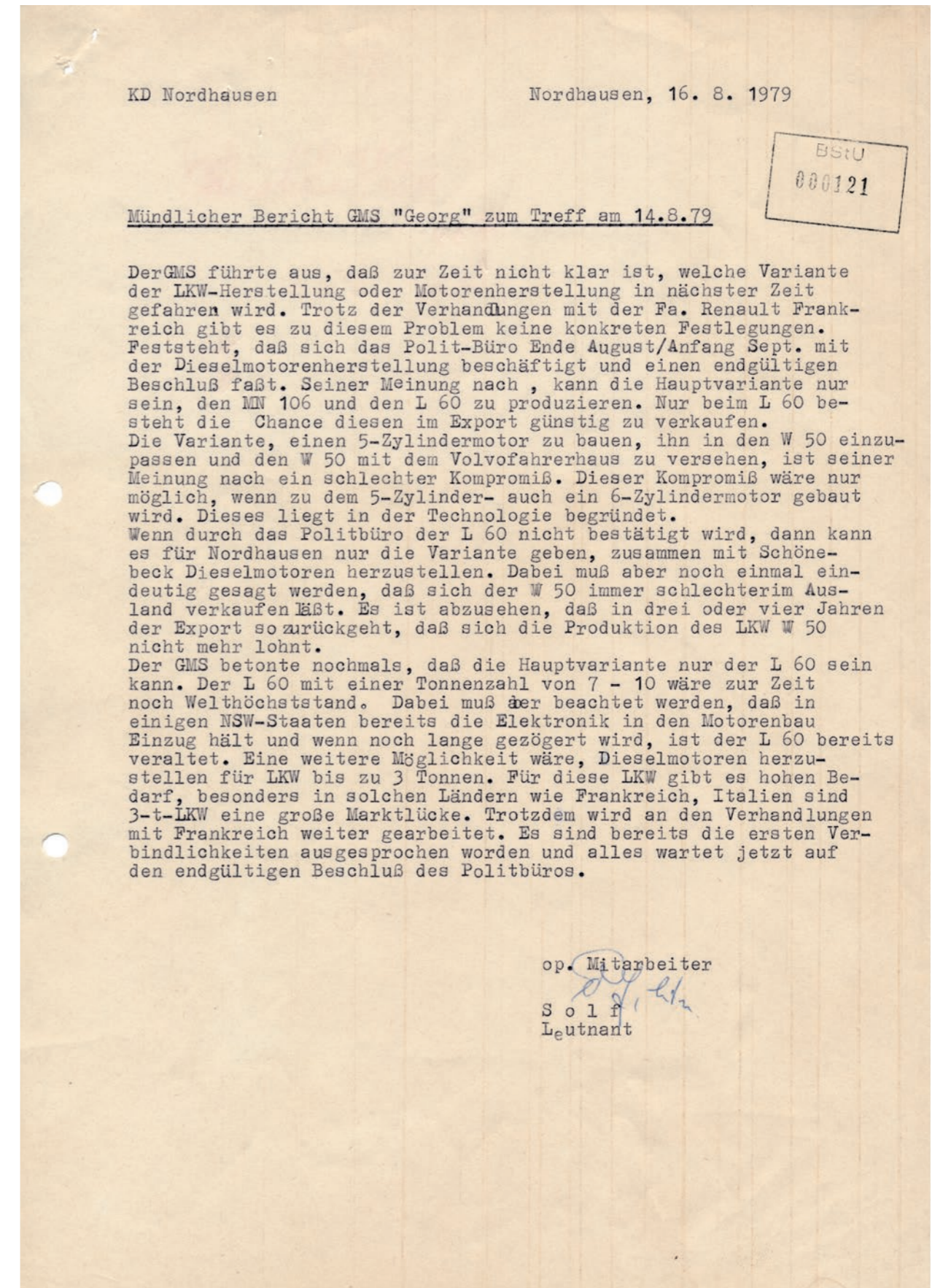
zur Bespitzelung und Manipulation von Werksangehörigen nach dem Muster der inoffiziellen Mitarbeiter eingesetzt wurden.

Das IFA-Motorenwerk war für den Export und damit für die dringend benötigten Devisen des chronisch unterfinanzierten Staatshaushaltes von hoher Bedeutung. 1983 beschlossen Ministerrat und Politbüro die Produktion einer neuen Generation von Dieselmotoren für Lastkraftwagen.¹⁵⁹ Im April 1986 lief »zu Ehren des XI. Parteitag der SED« die Produktion (Nullserie) der 6-Zylinderreihe auf den neuen Montagestrecken an.¹⁶⁰ Hans-Georg Franke, damals Leiter der Endkontrolle im Werk, erinnert sich an den Einbau der Strecken: »Die Montage wurde von einer japanischen Firma nach unseren Vorstellungen gebaut, geliefert und montiert. Die Japaner, in weißen Anzügen und Handschuhen, drückten auf den Knopf und waren verschwunden.«¹⁶¹ So reibungslos lief es anderenorts nicht.

Die Kreisdienststelle maß dem Motorenwerk eine hohe sicherheitspolitische Bedeutung bei und setzte 31 IM sowie vier GMS ein. Vor allem die »kontinuierliche Produktion des Baureihenmotors 6 VD« galt es gegen feindliche Angriffe abzusichern.¹⁶² Anerkennend würdigte die BV Erfurt 1988 die Vorgehensweise in Nordhausen: »Auf die politisch-operative Sicherung dieses Vorhabens konzentrierte der Leiter der KD einen entscheidenden Teil seiner Führungs- und Leitungstätigkeit sowie der operativen Potenzen der Dienst Einheit.«¹⁶³ Mehr noch – die operative Durch-

dringung des Schwerpunktbereiches Motorenwerk sei sogar »beispielgebend und verallgemeinerungswürdig«.¹⁶⁴ Unter der Leitung des 1. Sekretärs der Kreisleitung wurde zudem eine Parteikommission als Kontroll- und Steuerungsgremium eingerichtet, bestehend aus den Leitern der MfS-Kreisdienststelle und des Volkspolizeikreisamts sowie dem Betriebsdirektor des Motorenwerks.

Die eigentlichen Probleme aber lagen außerhalb des Kreises Nordhausen. Über Jahre stockte insbesondere beim Metallgusswerk Leipzig, dem VEB Megu, die Inbetriebnahme einer aus Japan importierten Gießerei und damit die Motorenproduktion und -entwicklung in Nordhausen. Den Vertrag für Bau und Einrichtung des Gussstahlwerks und anderer Industrieanlagen im Wert von 3 Milliarden Dollar hatte Erich Honecker 1981 in Japan unterzeichnet, wo er mit einer Ehrendoktorwürde und einer Laudatio ausgerechnet vom Präsidenten des mächtigen japanischen Industrieverbandes Keidanren bedacht wurde.¹⁶⁵ Zunächst aber blockierte das westliche Embargo die Einfuhr der computergesteuerten Stahlgusstechnik in die DDR. Später lieferte der Probetrieb des japanischen Auftragnehmers nur Teilergebnisse, u. a. wegen fehlender und häufig wechselnder Arbeitskräfte, die vertragsgemäß vom VEB Megu gestellt werden mussten. Als Ende des Jahrzehnts die DDR endlich die japanische Industrieanlage übernahm, konnten nicht einmal mehr die geringen Ergebnisse aus dem Probetrieb erzielt werden. In der Produktionskette für Motoren blieb der Stahlguss ein schwaches



> Warten auf den Parteibeschluss: Strategien von GMS »Georg« zum Verkauf von Lastkraftwagen (W 50 und L 60 = Lkw-Typen des IFA). 16.8.1979
BStU, MfS, BV Erfurt, KD Nordhausen, AGMS 230/92, Bd. 1, Bl. 121

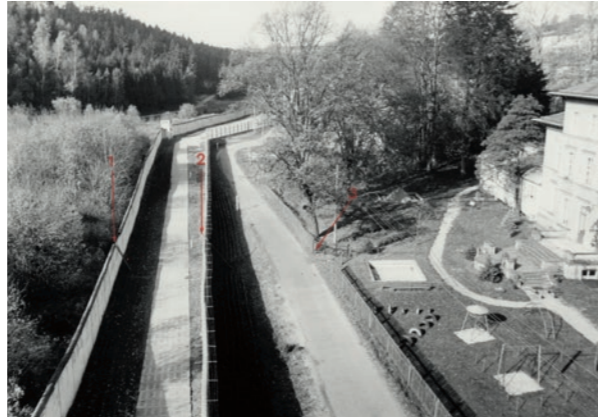
Glied. 1988 wurde beim Ministerrat der DDR ein umfassender und erstaunlich schnörkelloser Bericht zu der importierten Gießerei erstellt, der das jahrelange Desaster durchaus auch selbstkritisch beleuchtet. In der MfS-Zentrale in Ost-Berlin notierte Oberst Konrad Nöckel (Jg. 1932), zuständig für Wirtschaftsverbrechen, handschriftlich am Rand des ihm zugespielten Berichts »Was macht MfS?« und brachte damit die ganze Hilfslosigkeit der Geheimpolizei in Wirtschaftsfragen auf den Punkt.¹⁶⁶ Auch passt es ins Gesamtbild der parteigesteuerten Wirtschaft, dass ein Fachexperte wie Gerhard Schmidt aus rein politischen Erwägungen der SED-Kreisleitung seines Direktorenpostens enthoben wurde. Die detaillierten Berichte von Schmidt bieten heute einen Einblick in die schleichende Desorganisation der DDR-Industrie, wobei der Stasi am Ende und ungewollt nur eine Chronistenrolle zukam.

PBo

Auf dem Sprung in den Westen – der Vorgang »Hirsch« der Kreisdienststelle Schleiz

Der Verantwortungsbereich der KD Schleiz lag im südöstlichen Teil des Bezirks Gera und grenzte direkt an die Bundesrepublik. Im Jahr 1988 lebte etwa ein Zehntel der 32 000 Einwohner des Kreises in der grenznahen Sperrzone. Der Kreis war überwiegend ländlich geprägt, die größten Städte bildeten Schleiz mit 8 000 und Hirschberg mit 2 300 Einwohnern. Die in Hirschberg unmittelbar an der Grenze gelegene Lederfabrik war mit 900 Arbeitskräften der größte Industriebetrieb des Kreises. Sie produzierte 60% der gesamten Oberlederproduktion der DDR.¹⁶⁷

Am frühen Morgen des 29. Oktobers 1988 entdeckte ein Grenzposten in der Nähe der Lederfabrik Hirschberg zwei Leitern an den Sperrelementen, die die Grenze der DDR abriegelten. Wenige Stunden später untersuchte die BV Gera die Umgebung und sicherte Fußabdrücke von drei Personen, die über die Sperranlagen geklettert, die Saale durchquert und so in die Bundesrepublik gelangt waren. Einen Tag später stellte die KD Schleiz (S. 147) die Identität der Geflohenen fest, die sich telefonisch bei ihren Familien gemeldet hatten. Die Dienststelle eröffnete den OV »Hirsch«, um die Fluchtumstände zu klären, den Bekanntenkreis der jungen

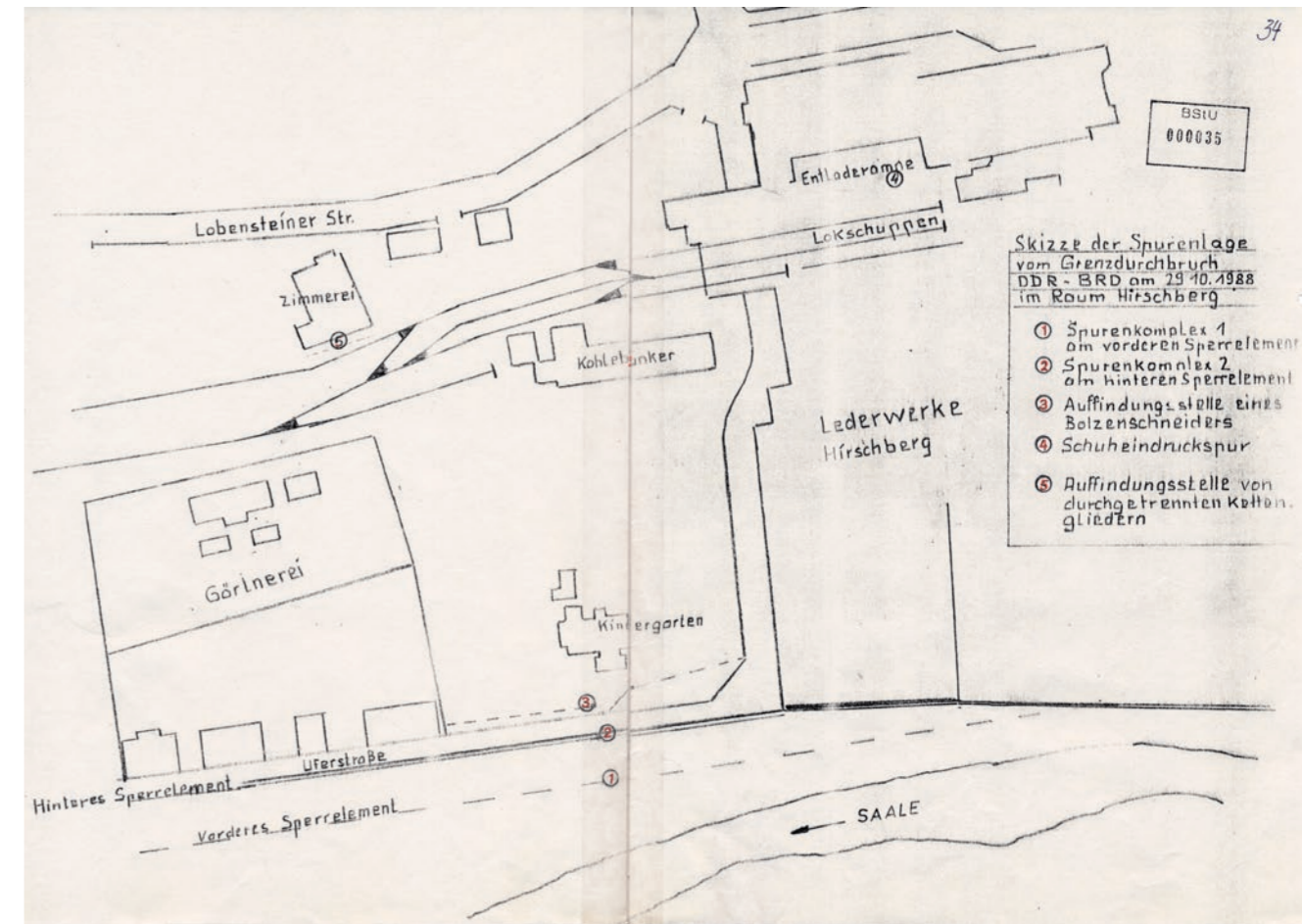


> Grenzabschnitt bei Hirschberg, den drei junge Männer gemeinsam überwandern. Rechts befindet sich das Gebäude eines Kindergartens auf der Ostseite. 4.11.1988
BStU, MfS, BV Gera, KD Schleiz, X 1366/88, Bl. 37

Männer zu überwachen und weitere Fluchtversuche zu verhindern.¹⁶⁸

Die Stasi ermittelte auch in den Familien der »Grenzverletzer«. Diese versicherten allerdings glaubhaft, dass es im Vorhinein keine Anzeichen für eine Flucht gegeben hätte, so auch Klaus Schulz (Jg. 1964), der Bruder eines Geflüchteten.¹⁶⁹ Er selbst war bereits 1987 einmal in den Blick des MfS geraten, weil er nach Angaben eines IM einer Gruppe von Jugendlichen angehörte, die sich strikt von regimetreuen Gleichaltrigen abgrenzte. Diese Information hatte aber keine weiteren Untersuchungen nach sich gezogen. Während das MfS noch versuchte, die Motive der drei Geflohenen zu erhellen, plante Schulz gemeinsam mit einem Freund seine eigene Flucht. Am 5. Dezember fuhren die beiden in einem Lkw nach Sparnberg bei Hirschberg in die Sperrzone der Grenze. Der Freund war im Besitz eines Passierscheins, da er dort erst kürzlich Dachdeckerarbeiten erledigt hatte. Klaus Schulz selbst versteckte sich in einer großen Werkzeugkiste auf der Ladefläche. Die Grenzposten kontrollierten Fahrer und Wagen bei der Einfahrt in den Schutzstreifen nur oberflächlich, sodass Schulz unentdeckt blieb. Danach überwandern die beiden Männer mit einer Leiter aus einer LPG-Scheune den Grenzzaun.

Schulz und sein Freund hatten ihren Fluchtplan vor ihrem Umfeld geheim gehalten. Zwar war ihre Unzufriedenheit über fehlende Reisemöglichkeiten und die



> Skizze der Spurensicherung des MfS zur Flucht der drei Männer über die DDR-Grenze bei der Lederfabrik Hirschberg, Kreis Schleiz. 29.10.1988
BStU, MfS, BV Gera, KD Schleiz, X 1366/88, Bl. 35

materielle Versorgung bekannt, aber dies war nichts Besonderes. Noch kurz vor seiner Flucht hatte Schulz in seinem Umfeld erzählt, er begrüße es, dass sein Bruder nun im Westen sei, aber für ihn selbst käme eine solche Aktion nicht infrage. Die KD sah dennoch die Flucht von Schulz im Wesentlichen durch das Vorbild des Bruders »inspiriert«. Sie überlegte zeitweilig, die Flüchtigen »zurückzugewinnen«, also sie zur Rückkehr in die DDR zu bewegen, um dies propagandistisch zu nutzen. Die MfS-Dienststelle nahm aber davon Abstand, da Klaus Schulz und die anderen eine »verfestigte Einstellung« zu ihrem neuen Leben zeigten. Daher konzentrierte sich das MfS darauf, die telefonischen und brieflichen Kontakte der Geflohenen nach Hirschberg zu kontrollieren und überwachte deren Bekanntenkreis.

Die KD war zudem bemüht, Umstände zu beseitigen, die für Fluchten förderlich waren. So ließ das MfS über inoffizielle Mitarbeiter verbreiten, dass Fluchtversuche wegen der höheren Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane keine Aussicht auf Erfolg mehr hätten. Allerdings

war vielen Bürgern im Sperrgebiet bewusst, dass es den Grenzposten wegen des hügeligen und waldigen Geländes nicht möglich war, alle Grenzabschnitte lückenlos zu beobachten. Daher war es nicht verwunderlich, dass nach der Flucht der fünf jungen Männer weitere unzufriedene Bürger aus der Umgebung ebenfalls versuchten, die Grenzanlagen zu überwinden. Nur wenige Tage nach Schulzes Flucht verhafteten die Grenztruppen zwei junge Männer bei der Lederfabrik Hirschberg, die mit Leitern aus dem Betrieb die Grenze überwinden wollten. Gegen die beiden wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, das mit Haftstrafen endete.¹⁷¹

Ende 1987 beschäftigte die KD Schleiz 25 hauptamtliche Mitarbeiter. Sie gliederte sich in die drei Referate Auswertung/Information, Grenzsicherung und territoriale Sicherheit. 127 IM und 78 GMS sammelten für die MfS-Dienststelle Informationen. Die meisten Auskünfte bezogen sich auf die Themenkomplexe Grenzsicherung und Landwirtschaft, während zu den Bereichen Kirche und Jugend weniger Informationen

eingingen. Nach Meinung des KD-Leiters lag dies vor allem an der geringeren Anzahl von IM in diesen Milieus. Die Weitergabe von Informationen – u. a. über wichtige Vorkommnisse und die Stimmung in der Bevölkerung – an die BV Gera und den SED-Kreissekretär war eine wesentliche Aufgabe der KD.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der KD Schleiz bestand in der Sicherung der Grenze. Seit 1961 konzentrierte sie sich dabei auf die Verhinderung von Fluchtversuchen, wobei sie eng mit der BV Gera, den Grenztruppen und der Volkspolizei kooperierte. Alleine 1987 musste sich die KD mit 24 »Angriffen« von 34 Personen auf die Grenze auseinandersetzen. Nur dreien glückte die Flucht – in zwei Fällen davon über die Lederfabrik Hirschberg. Deren Werksgelände endete an der Grenzmauer, die im Schutz der Gebäude unauffällig erreicht werden konnte. Es gelang der Staatssicherheit und den Grenztruppen nie, alle Schwachpunkte der Grenzbefestigungen zu beseitigen, wie das Beispiel des OV »Hirsch« verdeutlicht. Den Fluchtversuchen ortskundiger Bürger versuchte die KD vorzubeugen, indem sie »grenzgefährdete« Personen ausspionierte und sie aus dem Sperrgebiet verwies. Im Kontext der Grenzsicherung überwachte die KD zudem das zivile Personal der Grenzübergangsstelle Hirschberg und die Transitstrecke nach Berlin.¹⁷² In den 1980er-Jahren rückte zudem die wachsende Zahl von Antragstellern auf Ausreise immer stärker in den Fokus der KD Schleiz. Sie versuchte, öffentliche Proteste von Übersiedlungswilligen zu verhindern und diese zur Rücknahme ihrer Anträge zu bewegen.¹⁷³

Die Überwachung der Landwirtschaft und der ansässigen Industriebetriebe stellte einen weiteren Schwerpunkt der KD Schleiz dar. In den 1950er- und 1960er-Jahren widmete sich die KD vor allem der Durchsetzung der Kollektivierung. So spionierte sie z. B. einen Landwirt in Dobareuth aus, der seine Grundstücke weiterhin privat bewirtschaften wollte und andere Bauern auch davon zu überzeugen suchte. Ab den 1970er-Jahren rückte die Überwachung der Planerfüllung der Betriebe stärker in den Blick der Staatssicherheit. Dies galt insbesondere für die Lederfabrik Hirschberg, mit der sich die KD Schleiz intensiv beschäftigte. Sie überwachte die Produktionsbedingungen, das Leitungspersonal und die Geschäftsverbindungen ins Ausland, um eventuelle »Störversuche des Gegners« aufzudecken und die Einhaltung der

geforderten Wirtschaftsleistung zu kontrollieren. In den 1970er-Jahren mutmaßte die Schleizer Dienststelle, dass der westdeutsche Bayer-Konzern die Produktion in Hirschberg schädigen wolle, konnte aber keine Beweise dafür finden. Die KD stellte Mitte der 1980er-Jahre fest, dass die Leitung der Lederfabrik Falschmeldungen über die Produktivität des Betriebs gemacht hatte, um den Planvorgaben zu entsprechen. Die Manipulationen führten allerdings nicht zur Entlassung des dafür verantwortlichen Betriebsdirektors, da das Kombinat Schuhe Weißenfels, zu dem die Lederfabrik gehörte, sich außerstande sah, einen geeigneten Nachfolger zu benennen.¹⁷⁴

»Die Staatsgrenze West [muss] verstärkt geschützt werden.«
(Martin Eck, Leiter der KD Schleiz)¹⁷⁵

Die KD verfolgte auch das Ziel, oppositionelle und systemkritische Aktivitäten aufzudecken und zu unterdrücken. In den 1950er- und 1960er-Jahren suchte sie fieberhaft nach »Staatsfeinden« und ging dabei mitunter vagen Spuren nach. So fahndete sie 1961 nach dem anonymen Schreiber eines Briefs, der von der SED-Kreisleitung Freiheit einforderte. Die KD sah »durch das Versenden von Hetzbriefen bereits eine bewusste Feindtätigkeit«¹⁷⁶. In demselben Jahr ermittelte die Schleizer Dienststelle auch wegen angeblicher »Untergrundtätigkeit« gegen einen Bürger, der überlegte, eine Partei zu gründen, in der sich unzufriedene Bürger organisieren könnten.¹⁷⁷ In den 1970er- und 1980er-Jahren überwachte die KD u. a. die Kirchengemeinden, die kritischen Personen zunehmend Raum boten, gesellschaftliche oder politische Missstände zu diskutieren. So geriet beispielsweise Pfarrer Reinhard Weidner (Jg. 1947) aus Dittersdorf ins Visier der KD, der einen Ökologiekreis gegründet hatte. Dieser setzte sich mit Fragen der Umweltzerstörung, insbesondere den negativen Folgen einer nahe gelegenen Großschweinemastanlage in Quaschwitz auseinander. Die Eingriffe der Staatssicherheit in das persönliche Leben des Pfarrers und seiner Familie gingen so weit, dass dieser sich 1989 entschloss, einen Ausreiseantrag zu stellen.¹⁷⁸

SSc



> Aus dem Fotoalbum »Freunde in Gera« aus Anlass des Besuchs sowjetischer Tschechisten im Werk. 1970
BStU, MfS, BV Gera AKG, Fo, Nr. 6237, Bl. 13

Radioaktiver Einsatz – die Objektdienststelle Jena jagt »Geheimnisverräter«

Die Stasi verdächtigte Hans Borchers (1914–1982), Angestellter in der Reisestelle des Kombinats Carl Zeiss Jena, des Geheimnisverrats. IM »Sturm« durchsuchte daraufhin den Arbeitsplatz, auf Dienstreisen beobachtete ihn in Ost-Berlin IM »Erwin«, IM »Baron« erschlich sich sogar den Zugang in die Jenaer Wohnung des Verdächtigen – fast ein Dutzend IM setzte die Stasi ein.¹⁷⁹ Was rechtfertigte diesen Aufwand?

1972 stellte die Objektdienststelle Carl Zeiss Jena (S. 148) Hans Borchers mit der Deckbezeichnung »Händler« unter Beobachtung, weil er Verbindungen zu Familienangehörigen in der Bundesrepublik und zu »ausländischen Dienststellen« pflegte. In diesem Zusammenhang seien »auch politisch-moralisch negative Momente bekannt geworden«, so die Hauptamtlichen der OD Jena.¹⁸⁰ In den nächsten fünf Jahren fand sich wenig Konkretes, bis die Genossen einen neuen Ansatzpunkt ausmachten: »Händler« nahm am Vorabend

seiner Dienstreisen nach Ost-Berlin vertrauliche Unterlagen mit nach Hause.¹⁸¹ Nun galt es aus Sicht der Stasi, belastende Beweise zu finden. Das MfS leitete eine Kaskade von »Maßnahmen« gegen Borchers ein: Post- und Paketkontrollen, Abhören des Telefons und der Wohnung, Verfolgung und Beobachtung. Bei konspirativen Wohnungseinbrüchen fanden die Ermittler westliche Konsumartikel und kleine Summen D-Mark und US-Dollar, aber keine verwertbaren Beweise. Wohl zur Verkürzung von bürokratischen Abläufen suchte Borchers mit Aktenkoffer und dienstlichen Unterlagen regelmäßig selbst das Büro der holländischen Fluggesellschaft KLM in Ost-Berlin auf, um dort Tickets für Reisekader von Carl Zeiss zu buchen. Hier fand die Stasi den Ansatzpunkt, um Borchers einer Straftat zu überführen.

Im Februar 1976 wurden Borchers präparierte Dienst Dokumente zum Soforttransport nach Berlin mitgegeben. Es handelte sich um fingierte Reiseberichte von Carl-Zeiss-Mitarbeitern, die für Westagenten von Interesse hätten sein können. Die gefälschten Dokumente, sogenanntes »Spielmaterial«, befassten sich mit Bildmessgeräten, Mikroskopie von Canon, großskalibri-

gen Geschossen und Planetarien. Doch die verschlossenen Kuverts wurden von Borchers nicht geöffnet, nur in sechs von 67 offenen Briefen nahm er Einsicht. Der ganze Aufwand, Borchers auf diesem Wege Geheimnisverrat nachzuweisen, lief ins Leere.

Als Straftat blieb noch ein Verstoß gegen einschlägige Vorschriften im Umgang mit dienstlichen Dokumenten. Die OD Jena schaltete die Abteilung VIII der BV Gera (S. 143) ein, deren Spezialisten Borchers nach Ost-Berlin verfolgten. In einem Beobachtungsbericht vom September 1976 hielten die Verfolger fest: »Während des Aufenthaltes von »Händler« in der Staatsbank befand sich das Spielmaterial laut Prüfgerät im Pkw.«¹⁸² Die Dokumente in Borchers' Koffer waren zuvor radioaktiv markiert worden und konnten so von den hauptamtlichen Mitarbeitern mit dem Prüfgerät »Wolke« aufgespürt werden.

Unter diesem Decknamen hatte die Stasi seit den 1970er-Jahren streng geheime Markierungstechniken mit radioaktiven Stoffen entwickelt. So konnte die Weitergabe und der Verbleib von Gegenständen, etwa von gestohlenem Geld, inoffiziell bewiesen werden. Für die Strahlensicherheit galten unterschiedliche Maßstäbe: Bei einem Mitarbeiter war die Aufbewahrung der Strahlenquelle am Körper unzulässig, bei der verfolgten Person galten hingegen 5 1/2 Stunden in der Woche als statthaft. Zweifelhaft bleibt, wie dies kontrolliert und gesteuert werden konnte. Aufgespürt wurden die kontaminierten Gegenstände mit speziellen Detek-



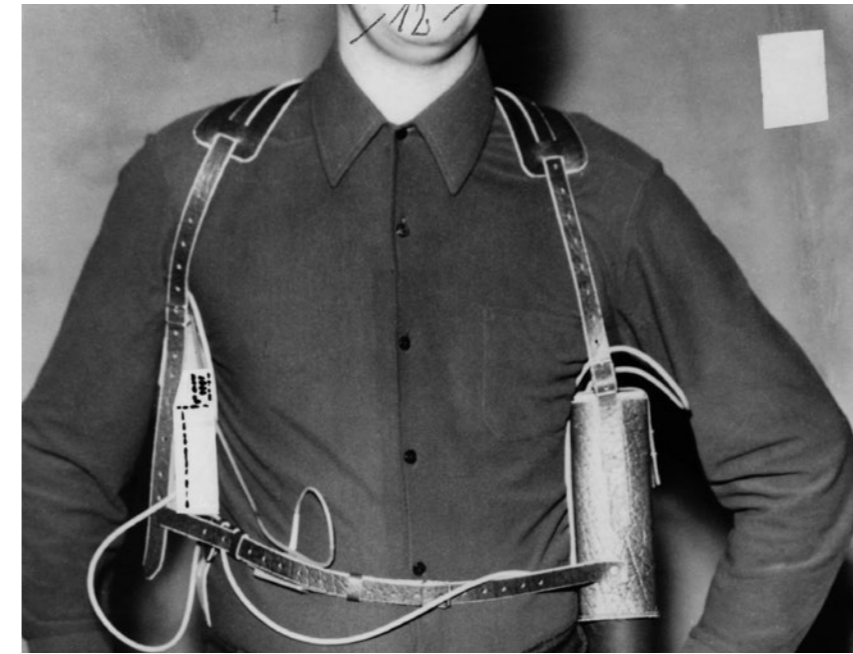
> Hans Borchers, Angestellter in der Reisesstelle des Kombinates Carl Zeiss Jena, stand unter Beobachtung. 1974
BStU, MfS, BV Gera, AOP 1326/79, Bd. 1, Bl. 35

toren, die die Hauptamtlichen getarnt am Körper trugen. Die Reichweite des »Wolke«-Systems war mit 6,5 Metern bemerkenswert hoch und sollte Strahlung selbst durch die Wände eines Panzerschranks nachweisen können. Heute gilt als gesichert, dass allein im Jahr 1975 die Abteilungen 26 und die HA VIII in über 100 Fällen Gegenstände radioaktiv kennzeichneten. Die Überführung eines Verdächtigen rechtfertigte aus Sicht der OD Jena selbst den potenziell gesundheitsgefährdenden Einsatz von »Wolke«. Arglos hatte Hans Borchers die strahlenden Dokumente von Kollegen bei Zeiss Jena, die als IM für die Stasi arbeiteten, entgegengenommen.

**»Verpflichtungen des Werkkollektivs
zeugen erneut vom Vertrauen
in die Politik der Partei.«
(Honecker antwortet Werktätigen
von Carl Zeiss Jena¹⁸³)**

Im November 1977 wurde Borchers festgenommen und in Cottbus inhaftiert. Monatelang verhörte ihn die Stasi und setzte ihn massiv unter Druck. Immer wieder wurden ihm die gleichen Fragen gestellt. Der Vernehmer wollte wissen, welche Kontakte er zu geheimdienstlich tätigen Personen unterhalte. Einmal antwortete Borchers verzweifelt, er »überlege schon die ganze Zeit, wann, wo, wie und von wem ich zu einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit angeworben sein könnte, aber ich komme einfach nicht darauf.«¹⁸⁴ Die Stasi hielt seine Aussagen für unglaubwürdig.

Hatte Borchers zwei Gesichter? War er unauffälliger Angestellter und zugleich Agent? Um die Frage zu beantworten, müssen wir zurückblicken in die 1950er-Jahre, als sich Borchers für kurze Zeit auf die Stasi einließ. Für eine erfolgreiche DDR-Spionage in Wirtschaft, Militär und Politik der Bundesrepublik war der Transport von Informationen über die Grenze entscheidend. 1957 gewann die Stasi Borchers als Kurier. Er reiste ins baden-württembergische Ulm, um aus einem »Toten Briefkasten« Flugbildaufnahmen von einem Werksgelände abzuholen. Das gelang, doch dann gab es eine Agenten-Panne. Die Filmdose passte nicht in die Thermoskanne mit doppeltem Boden,



> Verdeckter Einsatz von »Wolke 5«:
Das Gerät trugen die Hauptamtlichen getarnt unter der Kleidung und spürten zur Nachverfolgung radioaktiv markierte Gegenstände auf. 1975
BStU, MfS, Abt. 26, Nr. 1522, Bl. 67 b,
Bild 3

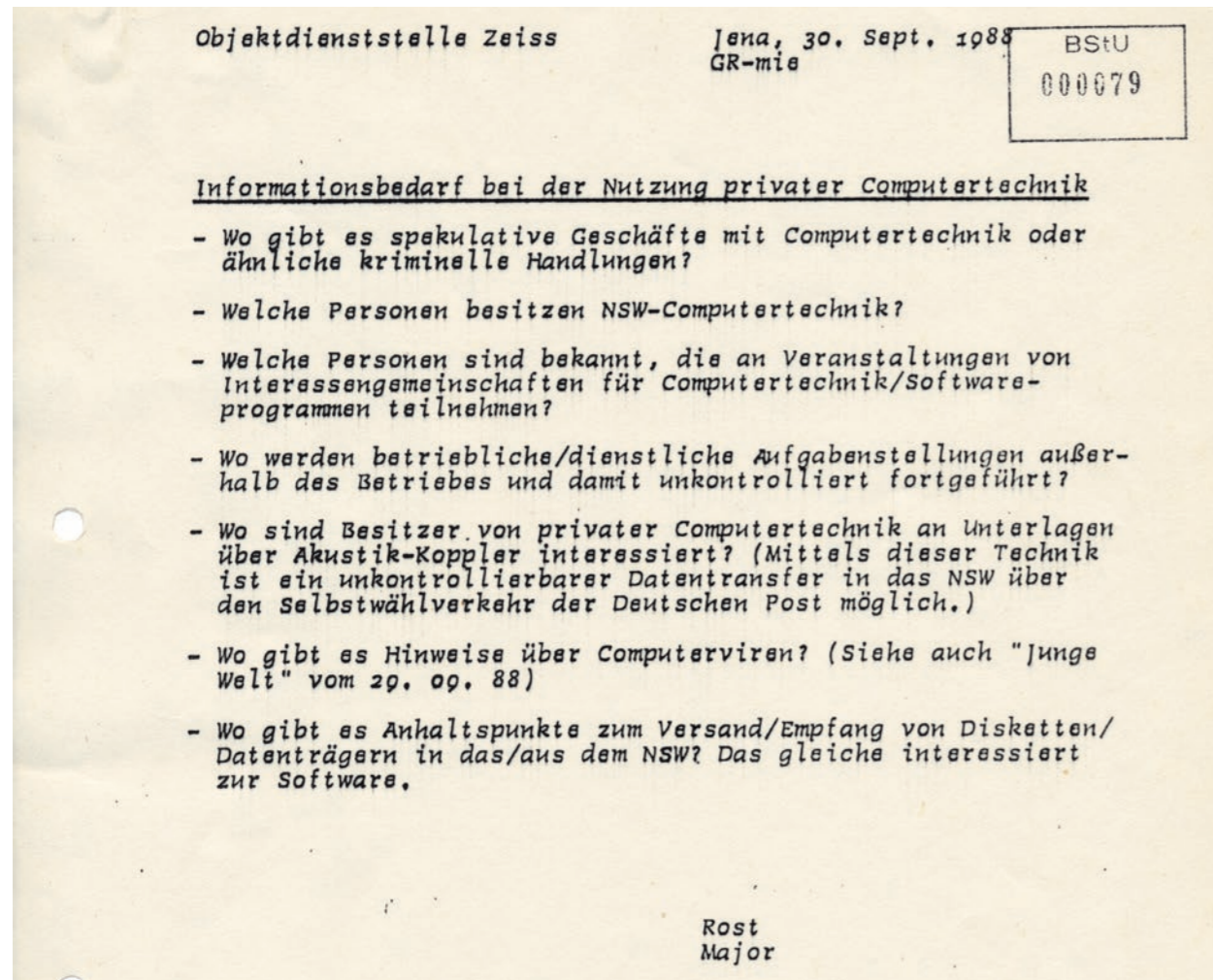
sodass Borchers den Film in der Hosentasche über die Grenze schmuggeln musste. Später machte Borchers gegenüber der Stasi berufliche Überlastung geltend und wurde deswegen nicht mit neuen Kurieraufgaben betraut.¹⁸⁵ Was den Familienvater anfangs zu dem nicht ungefährlichen Agentenspiel bewogen hatte, bleibt unklar. Gut 20 Jahre später fand sich Borchers unter dem Vorwurf des Geheimnisverrats in U-Haft wieder. Die Gespenster von einst holten ihn ein, nur unter umgekehrten Vorzeichen.

Im November 1978, ein Jahr nach seiner Verhaftung, brach Borchers unter dem monatelangen Verhördruck ein und bezichtigte sich selbst dienstlicher Vergehen.¹⁸⁶ Die Stasi hatte ihr Ziel erreicht. Für sie war das harte Vorgehen gegen Borchers insbesondere aus politischer Sicht gerechtfertigt, wie ein hauptamtlicher Mitarbeiter der OD Jena zum Prozessverlauf festhielt: »B. besaß keine politische Reife. B. sagte selbst, dass er für politische Grundprobleme kein Interesse hatte und von grundsätzlichen politischen Veröffentlichungen nur die Überschriften zur Kenntnis nahm.«¹⁸⁷ Staatsanwaltschaft und Gericht folgten den konstruierten Vorwürfen der Stasi, der Angeklagte habe dienstliche Unterlagen mit nach Hause genommen bzw. während eines Einkaufs in Ost-Berlin im Reisebüro der KLM abgestellt, wo Unbefugte hätten Einsicht nehmen können. Weiterhin habe er Werbegeschenke und im Laufe von 15 Jahren rund 3 000 DM für geheimdienstliche Informationen erhalten. Im März 1979 verurteilte ihn das Kreisgericht Frankfurt (Oder) auf der Basis unbewiesener Vorhaltungen, die Borchers alle bestritt, zu fünf Jahren Haft und 2 000 Mark Strafe.¹⁸⁸

Im Dezember 1980 wurde Borchers wegen guter Führung vorzeitig entlassen.¹⁸⁹ Er überlebte die Haft nur noch um zwei Jahre.

Neben den 209 regionalen Dienststellen in den Kreisen unterhielt das MfS sogenannte Objektdienststellen in volkswirtschaftlich bedeutenden Einrichtungen. Eine der zuletzt sieben Objektdienststellen in der Republik richtete das MfS 1968 im Kombinat Carl Zeiss Jena ein. Die renommierte deutsche Traditionsfirma, nach Kriegsende für Reparationszahlungen demontiert und von der SED verstaatlicht, wurde von der DDR zu einem Kombinat mit 24 Betriebsteilen, darunter drei Forschungszentren und ein Außenhandelsbetrieb, ausgebaut. Kernaufgaben waren die Entwicklung von optischen Geräten und Planetarien, später von militärischen Steuerungssystemen, zuletzt die industrielle Vorbereitung des legendären 1-Megabit-Speichers, mit dem der SED-Staat Anschluss an die rasant fortschreitende Computerentwicklung des Westens herstellen wollte. Allerdings erwies sich im Nachhinein die mit großer Verve propagierte Vision einer Schlüsseltechnologie Mikroelektronik von Carl Zeiss als Chimäre der SED-Diktatur. 1988 präsentierte Zeiss den ersten 1-Megabit-Speicher, während die amerikanische Firma Texas Instruments bereits 1986 die ersten 4-Megabit-Speicher in Serie produzierte.¹⁹⁰

Seit 1975 wachte Generaldirektor Wolfgang Biermann (1927–2001), gefürchtet wegen seines aggressiven Führungsstils und seiner Wutausbrüche, über seine 69 000 Mitarbeiter und stimmte sich regelmäßig mit



> Vorboten des digitalen Zeitalters: Die Objektendienststelle Jena wurde mit völlig neuen Herausforderungen konfrontiert. 1988 BStU, MfS, BV, Gera, OD Zeiss, Nr. 3063, Bl. 79

den Leitern der OD über Fragen der Personalpolitik und Sicherheit ab.¹⁹¹ Seine Gesprächspartner waren zunächst Major Walter Schumann (Jg. 1920), ab 1976 Oberstleutnant Walter Hande (Jg. 1933) und nach 1985 dessen Nachfolger, Oberstleutnant Karl Friedrich Teller (Jg. 1949), dem zuletzt 58 hauptamtliche Mitarbeiter unterstanden.¹⁹² Schumann hatte bei Carl Zeiss eine Lehre als Maschinenschlosser absolviert, Hande war gelernter Industrie-Kaufmann und Teller war Diplom-Ingenieur in Verfahrens- und Silikattechnik.¹⁹³ Die hauptamtlichen Mitarbeiter der OD waren also nicht nur durch ihre politische Überzeugung, sondern auch durch fachliche Expertise qualifiziert. Etwa die Hälfte von ihnen hatte zeisstypische Berufsabschlüsse. Das war notwendig, um den Betriebsangehörigen auf Augenhöhe begegnen und wissenschaftliche oder technische Angaben verstehen zu können. Immerhin waren 424 inoffizielle Mitarbeiter der OD Jena verpflichtet, die Informationen aus den Betriebsteilen und über Beschäftigte lieferten.¹⁹⁴ Letztlich dienten fachliche

Kenntnisse der Hauptamtlichen nur dazu, den politischen Auftrag effektiv zu erfüllen.¹⁹⁵

Als ihre zentrale Aufgabe definierte die OD Jena die Einhaltung des Geheimschutzes im Kombinat. Stets ging es um die Feinde des Sozialismus, die die Volkswirtschaft zu stören versuchten oder Betriebsgeheimnisse ausspionieren wollten, um selbst auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Die Stasi unterwarf nicht nur Forschung und Produktion einer geradezu hypertrophen Überwachung, sondern auch die Kombinatverwaltung, zu der Hans Borchers gehörte. Schließlich wurde bereits 1968 – kurz vor Gründung der OD Jena – dem Kombinat in einer geheimen Dissertation von hauptamtlichen Mitarbeitern »eine große Bedeutung für die Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Volkswirtschaft der DDR« zugemessen.¹⁹⁶

PBo

Tschekistischer Korpsgeist und Familiensinn – die hauptamtlichen Mitarbeiter

Mit einem handschriftlichen Lebenslauf bewarb sich 1974 eine Hausfrau und Mutter (Jg. 1947) aus Erfurt als »Berufssoldat« beim MfS. Bald darauf reichte sie eine mehrseitige »Verpflichtung« in Schönschrift nach. In offensichtlich genauer Kenntnis des MfS spannte sie darin einen weiten Bogen von der Bedeutung der Parteibeschlüsse für das »Organ der Arbeiter- und Bauern-Macht«, der militärischen Disziplin und dem entschlossenen Kampf des MfS gegen die Feinde bis hin zur Selbstverpflichtung, wachsam gegenüber Verbindungsaufnahmen imperialistischer Geheimdienste zu sein und alle Veränderungen persönlicher Art oder bei nächsten Angehörigen schriftlich zu melden. Sie sei sich bewusst, dass das MfS »ein zuverlässiges und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands treu ergebendes Organ des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik ist, in deren Auftrag es

wichtige politisch-operative und militärische Aufgaben zur Festigung unserer Arbeiter- und Bauern-Macht und zur Sicherung des Friedens durchführt.«¹⁹⁷ Damit hatte sie die zentralen Aufgaben der Geheimpolizei umrissen. In einem Bericht wurde die Einstellungskandidatin abschließend auf ihre Eignung für das MfS beleuchtet. Sie hatte eine Berufsausbildung und Erfahrung als Ökonomin, zeigte einen »klaren Klassenstandpunkt« und trat im Kollektiv sowohl kritisch als auch selbstkritisch in Erscheinung. Weiterhin merkte der zuständige Stasi-Mitarbeiter an: »Durch ihre familiäre Bindung ist sie bereits mit den Belangen des MfS im Wesentlichen vertraut [...]«. ¹⁹⁸ Der Bericht endet mit der Empfehlung, die Genossin im Range eine Unterleutnants einzustellen. Die Kandidatin war die Tochter eines leitenden Mitarbeiters der Bezirksverwaltung Erfurt (S. 142). Somit wirkte sich der familiäre Hintergrund positiv auf ihre Anstellung aus. Aufgrund ihrer beruflichen Fähigkeiten erhielt sie 1975 eine Stelle in der Abteilung Finanzen. In den nächsten acht Jahren stieg die Genossin in der militärischen Hierarchie bis zum Hauptmann auf.



> Polit-Kitsch in der Bezirksverwaltung Gera: Rapporterstattung aus Anlass des 40. Jahrestages der DDR. Links Generalmajor Dieter Dangrieff, Leiter der Bezirksverwaltung, rechts Oberstleutnant Hans Kürschner, Leiter der Abteilung XIV. Oktober 1989 BStU, MfS, BV Gera, KuSch, Fo, Nr. 9164, Bild 13

Ihre Verbindungen zum MfS reichten weit in die Familie hinein: Ihr Schwiegervater war Major in der BV Erfurt, ihr Ehemann G. (Jg. 1948) bereits seit 1967 für das MfS in den Bezirken Erfurt und Suhl tätig. Zuletzt war G. operativer Mitarbeiter und Kontroll-offizier für militärische Ausbildung im Range eines Oberleutnants.

Es galt als selbstverständlich, dass das private Verhalten hauptamtlicher Mitarbeiter, namentlich ihre Treue in der Ehe oder ihr Verhalten in der Öffentlichkeit, dienstlich diskutiert und bewertet wurde. So bescheinigte die Erfurter Abteilung »Kader und Schulung« dem jungen Ehemann G. 1969, dass sein Eheverhältnis mit der Einstellungskandidatin in Ordnung sei.¹⁹⁹ Das änderte sich jedoch und wurde zu einem gravierenden dienstlichen Problem. Genosse G. sprach reichlich dem Alkohol zu, ein im MfS weithin toleriertes Phänomen, solange es nicht öffentlich wurde. 1975 verursachte G. alkoholisiert einen Autounfall und trat unangemessen gegenüber der Volkspolizei auf. »Dadurch hat er das Ansehen unseres Organs, insbesondere durch sein anmaßendes Verhalten gegenüber den VP-Angehörigen geschädigt.«²⁰⁰ Die Folge war neben dem Entzug des Führerscheins ein strenger Verweis als Parteistrafe, der allerdings bald wieder gelöscht wurde.

**»Hass ist ein wesentlicher, bestimmender Bestandteil der tschekistischen Gefühle [...]«
(MfS-Definition)**

Wenige Monate später erteilte G. eine strenge Rüge wegen unmoralischen Verhaltens, die nicht nur auf mehrere außereheliche Beziehungen zielte, sondern besonders darauf, dass er Vorgesetzte und Kollektiv in der Angelegenheit »bewusst belogen« habe. Nunmehr galt es, so eine interne Vorgabe, den Genossen zu erziehen, sodass er »auch sein Verhalten zur Frau überprüft und entsprechend den Normen gestaltet«.²⁰¹ Auch die Scheidung von seiner Frau beruhigte weder die private Situation noch seinen Dienstherrn, zumal sich G. trotz Aussprachen mit Vorgesetzten und abgegebener Versprechen weiterhin nicht auf eine Partnerin festzulegen vermochte. Zuletzt versuchte er vergebens, seine Beziehungen vor dem Kollektiv zu verschleiern. Da er

sich uneinsichtig gegenüber den Erziehungsmaßnahmen verhalte, gehe von ihm eine ständige Gefahr für die innere Sicherheit aus, so ein interner Bericht von 1980. Der Genosse Oberleutnant sei für einen weiteren Einsatz im Organ nicht geeignet. Am Tag der Entlassung wurde Oberleutnant G. das Reservistenabzeichen der NVA in Gold sowie eine Urkunde für ehrenvolle Pflichterfüllung im MfS überreicht. Zugleich wurde intern der »Offizier für ehemalige Angehörige« der KD Suhl angewiesen, für ein Jahr die operative Kontrolle von G. zu gewährleisten. Seine ehemalige Frau heiratete später erneut – einen hauptamtlichen Mitarbeiter der BV Erfurt.

Nicht selten waren ganze Familien hauptamtlich für das MfS tätig. Korpsgeist und Familiensinn ergänzten einander und waren die idealen Zutaten für ein eng verwobenes und stabiles Milieu. Frauen unter den Hauptamtlichen wurden kaum in operativen Bereichen eingesetzt, sondern vorzugsweise im Medizinischen Dienst, in der Postzollfahndung, der Passkontrolle oder als Schreibkräfte – ihr Anteil am Personal betrug 1988 nur 16 Prozent.²⁰²

Von den hauptamtlichen Mitarbeitern der Stasi waren bedingungslose Treue und Ergebenheit gegenüber dem SED-Staat gefordert. Sie hatten eine Lebensstellung inne, wurden gegenüber normalen Werktätigen überdurchschnittlich gut bezahlt und genossen zahlreiche Privilegien. Die Einkommen der hauptamtlichen Mitarbeiter richteten sich nach Dienstgrad, Dienststellung und Dienstalter. Hinzu kamen Zuschläge etwa für das Training von Sondereinsätzen (Fallschirmspringen, Tauchen) oder für Schicht- und Grenzdienst. Zulagen bekamen Mitarbeiter mit Spezialkenntnissen wie Ärzte, Kraftfahrer, aber auch IM-führende Mitarbeiter. Außerdem wurde Wohn-, Bekleidungs- und Verpflegungsgeld gezahlt. Langjährige Mitarbeiter bekamen Treueprämien. Auszeichnungen waren häufig mit finanziellen Zuwendungen verbunden. Zum Ende ihrer Dienstzeit erhielten die Mitarbeiter ein Entlassungsgeld. Die Altersrenten betragen 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Bei vorzeitigem Ausscheiden wurden Übergangs- und Invalidenrenten gezahlt. Das MfS wandte zuletzt jährlich rund 2,4 Milliarden DDR-Mark allein an Personalkosten auf.²⁰³ In der Regel dienten die Mitarbeiter dem MfS, bis sie in Rente gingen. Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Dienst war selten und hatte

Gera, 14. Juni 1988

Hinweise zur Dienstkonferenz des Genossen Minister am 15. 6. 1988

Mögliche zeitliche Abfolge

1. 8.30 Uhr bis 9.10 Uhr
Ankunft des Genossen Minister vor dem Gebäude 1
2. Beginn der Konferenz kann zwischen
9.30 Uhr/10.00 Uhr liegen .
3. 11.30 Uhr bis 11.50 Uhr
1. Pause
4. 11.50 Uhr bis 12.45 Uhr
Fortsetzung des Referates des Genossen Minister
5. 12.45 Uhr bis 13.30 Uhr
Mittagessen
6. 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr
Fortsetzung des Referates des Genossen Minister
7. gegen 14.45 Uhr
Verabschiedung und Abfahrt

BStU
000001

- Bei der Begrüßung des Genossen Minister bitte unbedingt auf die Erwiderung des Genossen Minister auf die Meldung des Genossen OSL Dufft achten.

Sollte das Wort "Begrüßung" fallen, ist mit einem dreifachen militärischen "Hurra" zu antworten. Sonst auf "Guten Morgen" oder "Guten Tag, Genossen" entsprechend reagieren mit "Guten Morgen" oder "Guten Tag, Genosse Minister". (Nicht den Dienstgrad des Genossen Minister benennen!)

- Im Konferenzgebäude sowie im Konferenzsaal wird um Ruhe gebeten.
- Sie haben fleißig und intensiv mitzuschreiben.

Nach Konferenzende bitte dieses Schreiben vernichten.

meist gesundheitliche Gründe oder war Folge schwerer disziplinarischer Verstöße. Bei der Entlassung wurden die Mitarbeiter noch einmal zu strengster Verschwiegenheit verpflichtet und bei Bedarf auch mit einer Legende über ihren bisherigen beruflichen Werdegang ausgestattet.

Das MfS betrieb eine eigene Nachwuchssicherung und rekrutierte seine Mitarbeiter vorrangig aus der SED und ihrer Jugendorganisation FDJ, der Volkspolizei und Armee. Die Kandidaten und ihre Angehörigen wurden vorab auf politische und charakterliche Zuverlässigkeit überprüft. Nur wenn das Ergebnis für das MfS zufriedenstellend ausfiel, wurde direkter Kontakt aufgenommen. Die Werbung blieb Bekannten und Kollegen meistens verborgen. So war es dem Kandidaten beispielsweise möglich, ein Studium zu absolvieren, ohne dass die Bindung an den Staatssicherheitsdienst für die Mitstudierenden erkennbar wurde.

Abgesehen von wenigen Zivilangestellten führten die Mitarbeiter militärische Dienstgrade. An der Spitze standen zuletzt 61 Generäle, darunter die Leiter der 15 Bezirksverwaltungen. Die Aufgaben der landesweit rund 91 000 hauptamtlichen Mitarbeiter hatten in vielen Bereichen konspirativen Charakter. Allein 10 500 von ihnen leiteten inoffizielle Mitarbeiter an, deren Einsatz eine flächendeckende Bespitzelung der DDR-Bevölkerung ermöglichen sollte. Andere observierten, organisierten Festnahmen oder fassten den täglichen Informationsstrom zusammen und analysierten ihn. 1989 waren im Bezirk Erfurt 2 988, im Bezirk Gera 2 383 und im Bezirk Suhl 1 739 hauptamtliche MfS-Mitarbeiter tätig.²⁰⁴ Gerne bezeichneten sich die Hauptamtlichen selbst als Tschekisten und stellten sich damit in die Tradition der sowjetischen Geheimpolizei, der Tscheka. Unermüdlich setzte das MfS den Namen des Gründers der Tscheka, Felix Edmundowitsch Dzierzynski (1877–1926), als Ehrennamen ein und feierte ihn geradezu kultisch als geistigen Vater.²⁰⁵

Das MfS verstand sich selbst als »Schild und Schwert« der Partei, als das herausragende Machtinstrument der Politbürokratie der SED, und folgte auch darin seinem sowjetischen Vorbild. Die ersten Zeilen des Fahneneides gaben jungen Hauptamtlichen die Richtung ihres künftigen Handelns vor: »Ich schwöre: Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem

Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter-und-Bauern-Regierung gegen jeden Feind zu schützen.«²⁰⁶ Rechenschaftspflichtig war das Ministerium faktisch nur den obersten Gremien der Partei- und Staatsführung: dem Politbüro, dem Sekretariat des Zentralkomitees der SED, der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen sowie dem Nationalen Verteidigungsrat. Seine Machtstellung bezog das MfS schließlich aus der Bündelung mehrerer Kompetenzen. Das MfS war zugleich geheimer Nachrichtendienst, politische Geheimpolizei und Untersuchungsorgan in politischen Strafsachen. Im Mittelpunkt des Feindbildes der Hauptamtlichen standen die »westlichen Imperialisten«, das »verbrecherische Wirken« ihrer Geheimdienste und von diesen angeblich gesteuerte »antisozialistische Kräfte« in der DDR.

Die Hauptamtlichen unterwarfen sich einem strengen militärischen Reglement. Selbst kleinere private oder dienstliche Verfehlungen wurden disziplinarisch geahndet. Entsprechend hoch waren die Anforderungen: strikter Gehorsam, strengste Verschwiegenheit, Wachsamkeit, sozialistische Moral, unbedingte Einsatzbereitschaft, Zurückstellung aller privaten Belange hinter die Dienstpflichten. Als wichtigste Tugenden galten treue Ergebnisorientierung gegenüber der Partei und Hass gegen den Feind. Mielke warnte sogar vor inneren Feinden im MfS und drohte ihnen mit kurzem Prozess: »[W]eil ich Humanist bin, deshalb habe ich so eine Auffassung [...]. Das Geschwafel von wegen nicht hinrichten und nicht Todesurteil, alles Käse, Genossen.«²⁰⁷ Auch wenn Mielke dies im Plauderton vortrug, waren das keine leeren Worte.

Kadavergehorsam gegenüber Mielke war seinen Offizieren und dem Apparat der Hauptamtlichen in Fleisch und Blut übergegangen. Der langjährige Leiter der BV Erfurt, Martin Weikert, bekannte in seinen persönlichen Erinnerungen: »Nach 1945 war unser Minister mein entscheidendes Vorbild. Seine Reden, seine Vorträge waren überzeugend. Immer wieder konnte man begeistert sein von der inneren Klarheit seiner Gedanken, seiner persönlichen Ausstrahlung, seiner Menschlichkeit und seinem Patriotismus.«²⁰⁸

PBo

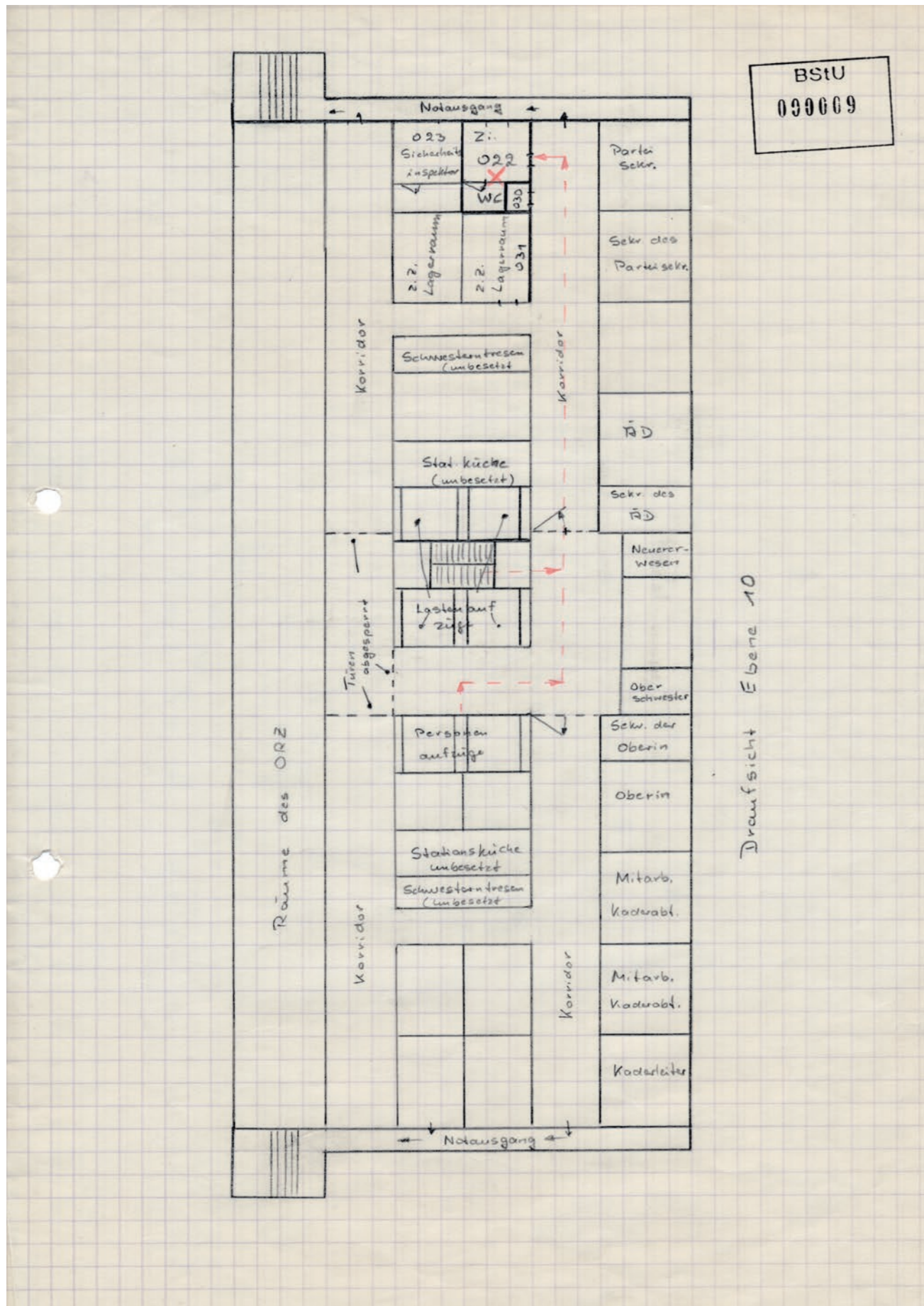


> Richtfest zum Bau des Bezirkskrankenhauses in Suhl. 8.12.1974
Stadtarchiv Suhl, Fotografennachlass Kornmann

Er möchte die Zusammenarbeit nicht missen – ein Suhler Arzt als inoffizieller Mitarbeiter des MfS

Am 11. Juni 1975 begann ein Assistenzarzt (Jg. 1944) des Kreiskrankenhauses Borna seine inoffizielle Tätigkeit für die Staatssicherheit. In einem Anwerbungsgespräch erklärte er seine Bereitschaft zur inoffiziellen Zusammenarbeit und verfasste eine schriftliche Verpflichtungserklärung. Dabei wählte er den Decknamen »Fichtmüller«.²⁰⁹ Seit Anfang der 1970er-Jahre baute die Stasi ein IM-Netz innerhalb der Ärzteschaft auf, um das Gesundheitswesen besser unter Kontrolle zu halten.²¹⁰ Die Stasi-Mitarbeiter der Kreisdienststelle Borna befragten den Assistenzarzt zur Flucht eines Kollegen aus der DDR. Er gab bereitwillig Auskunft; daraus wurde eine durchaus intensive Zusammenarbeit, die bis ins Jahr 1989 anhielt.

Dem MfS gelang es, »Fichtmüller« zügig anzuwerben. Im Februar 1974 hatte der erste Kontakt stattgefunden, vier Monate später lieferte der IM die ersten Informationen unter Nutzung seines Decknamens. Mit seinem Wechsel an das Bezirkskrankenhaus Suhl änderte sich die Zuständigkeit innerhalb des MfS. Die Abteilung XX der Bezirksverwaltung Suhl (S. 144) übernahm den IM und übergab ihn an den Führungs-IM »Rolf Dresel«, der für die Anleitung und die Erteilung von Aufträgen zuständig war. Die beiden inoffiziellen Mitarbeiter trafen sich bis zu dreimal monatlich, in der Regel während der Nachtdienste von »Fichtmüller« in einem Zimmer des Krankenhauses, das »konspirativ« von der Staatssicherheit genutzt wurde. »Fichtmüller« lieferte seine Informationen meistens mündlich auf Tonband, der Führungs-IM brachte sie zu Papier. Der Arzt stand dem Schreiben von eigenen Berichten für die Stasi skeptisch gegenüber: »Etwas Geschriebenes wäre ja ein Dokument [...]. Er wäre ein Mensch, der ehrlich durch die Welt gegangen wäre und wollte sich kein unnötiges Ei ins Nest legen.«²¹¹



> »Fichtmüller« traf sich regelmäßig zu Informationsvergabe mit Führungs-IM »Rolf Dressel« im Zimmer 22 des Bettenhauses. Um 1978
BSTU, MfS, BV Suhl, AIM 1522/90, Bl. 9

Der IM leitete dem MfS Informationen über Krankenhausmitarbeiter weiter. Er urteilte über fachliche Kompetenzen und politische Einstellungen und verriet auch Details aus der Privatsphäre seiner Kollegen. Die Berichte nutzte er auch, um sich abfällig über seinen Vorgesetzten zu äußern. Darüber hinaus fertigte er Stimmungsberichte über Reaktionen auf politische Ereignisse. »Fichtmüller« gab zum Beispiel Pausengespräche wieder, in denen sich Ärzte darüber austauschten, dass die Ergebnisse der Kommunalwahlen im Mai 1989 bereits im Vorfeld feststehen würden und die Wahl eine Farce wäre.²¹²

Seine Hauptaufgabe fand »Fichtmüller« in der Bekämpfung von Republikflucht und von Übersiedlungsersuchen. Der Weggang von Ärzten war ein riesiges Problem für die DDR und damit für die Staatssicherheit, da dadurch das Gesundheitswesen destabilisiert wurde. Vielen Medizinerinnen widerstrebt es, sich SED-Funktionären, die nicht vom Fach waren, unterzuordnen. Zudem waren die Möglichkeit eines unbeschränkten internationalen Forschungsaustauschs und eine deutlich höhere Vergütung in der Bundesrepublik weitere Beweggründe für eine Ausreise.²¹³ Auch in der Berichterstattung von »Fichtmüller« wird deutlich, dass das Ausscheiden von medizinischen Mitarbeitern die Arbeitsbedingungen erschwerte, weil der IM zusätzliche Dienste übernehmen sollte.

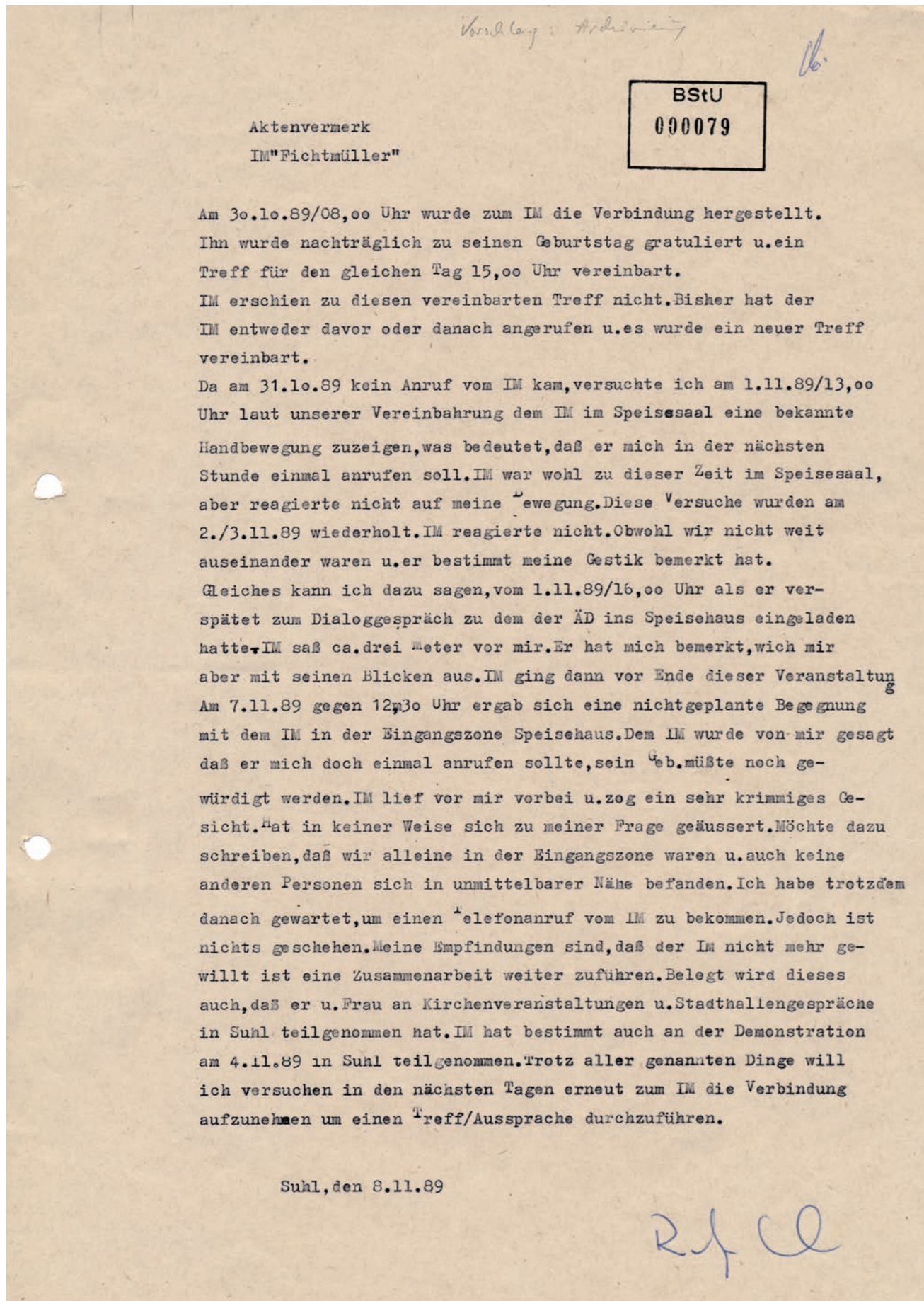
Führungs-IM »Rolf Dressel« beauftragte IM »Fichtmüller«, bestimmte Kontakte zu reaktivieren oder auszubauen. So lieferte »Fichtmüller« Informationen über die Motive für eine Ausreise, über den Stand der Vorbereitungen und die mentale Verfassung der Ausreisewilligen. In einem Fall ging es so weit, dass der IM einem Kollegen, der bereits einen Antrag auf Ausreise gestellt hatte, eigene Fluchtabsichten vortäuschen und ihn um Unterstützung bei seinem Vorhaben bitten sollte. Doch die sogenannte Legende verfiel nicht. Der Gesprächspartner von »Fichtmüller« reagierte sehr aufgebracht: »Wenn ich dich nicht lange genug kennen würde, würde ich meinen, du bist auf mich angesetzt.«²¹⁴ Trotzdem glaubte das MfS, dass der IM der Richtige sei, um einen solchen Auftrag auszuführen.

Ob sich »Fichtmüller« über die Tragweite der Konsequenzen seiner inoffiziellen Informationen bewusst war, ist nicht bekannt. Die Staatssicherheit unterrichtete ihn grundsätzlich nicht über die Folgen für die

Betroffenen. Personen, auf die er angesetzt war, wurden sogar verhaftet – was ihm schwerlich entgehen konnte. Von einer rein politischen Überzeugung für sein Handeln, für das MfS zumeist eine wichtige Voraussetzung bei der Anwerbung eines IM, kann kaum die Rede sein. Gerade aufgrund seines »bekannten politisch indifferenten Auftretens« gab das MfS »Fichtmüller« diese Aufgaben.²¹⁵ Seine Motivation war nicht, die Partei zu stärken, sondern er wollte dem Regime klar machen, wo Fehler und Mängel bestanden. Er selbst brachte seine Loyalität dem MfS gegenüber mehrfach zum Ausdruck: Der »IM sagte, wir kennen uns schon lange Jahre und er möchte auch diese Zusammenarbeit in dieser Form nicht missen. Er möchte mit seinen Hinweisen mithelfen, dass viele Dinge ins richtige Licht gerückt werden.«²¹⁶

Die letzten dokumentierten Treffen von »Fichtmüller« mit seinem Führungs-IM fanden im Juli 1989 statt. Im Herbst wandte sich der IM von der Staatssicherheit ab. Er erschien nicht mehr zu den vereinbarten Treffen und ignorierte seinen Ansprechpartner. Die Staatssicherheit brachte in Erfahrung, dass er an Demonstrationen in Suhl teilnahm. Sie machte – einen Tag vor dem Mauerfall – den Vorschlag, die Akte zu archivieren.²¹⁷ Damit war für die Staatssicherheit die Zusammenarbeit beendet.

Die Gewinnung von Personen für die inoffizielle Tätigkeit war genau geregelt und verlief weitgehend formalisiert. Ausgehend von ihrem Informationsbedarf suchte die Staatssicherheit geeignete »Kandidaten« aus und überprüfte diese mit Akribie auf ihre Charaktereigenschaften und Zuverlässigkeit, auf ihr privates und berufliches Umfeld. Nach mehrmaliger Kontaktaufnahme und der Bereitschaftserklärung des zukünftigen IM wurde die Zusammenarbeit in der Regel mit einer schriftlichen Verpflichtungserklärung besiegelt. Die Zusammenarbeit konnte aber auch mündlich und per Handschlag vereinbart werden. Bei der Verpflichtung wählte sich der inoffizielle Mitarbeiter zumeist selbst einen Decknamen, mit dem er von nun an seine Berichte unterschrieb. Das oberste Gebot war stets die »Wahrung der Konspiration«. Seine Tätigkeit für die Staatssicherheit musste der IM gegenüber Dritten konsequent geheim halten. Auch »Fichtmüller« zum Beispiel hatte selbst großes Interesse an der Geheimhaltung seiner Tätigkeit und fürchtete eine »Dekonspi-



> Im Herbst 1989 wandte sich »Fichtmüller« von der Stasi ab (ÄD = Ärztlicher Direktor). 8.11.1989
BStU, MfS, BV Suhl, AIM 1544/90, Teil 1/2, Bl. 79

ration« als das Schlimmste, was ihm als Arzt passieren könnte.²¹⁸

Die Zusammenarbeit verlief in der Regel so, dass sich der betreuende MfS-Mitarbeiter, der Führungsoffizier, regelmäßig mit dem IM in einer sogenannten konspirativen Wohnung traf. Bei der Zusammenkunft übergab der IM seine Berichte und erhielt neue Aufträge. Die Themen der Berichterstattung waren vielfältig: von der Weitergabe von Informationen und Einschätzungen über Betriebe und Einrichtungen bis hin zur schonungslosen Preisgabe privater Details über Kollegen, Freunde oder die eigene Familie.

Das Spektrum an Aufträgen, die die Staatssicherheit den IM erteilte, war breit. Es gab das traditionelle Aufgabenfeld des Bespitzelns, die Stasi warb aber auch inoffizielle Mitarbeiter für andere Aufgaben an. Zum einen ging es um die Übernahme logistischer Aufgaben. Personen, die der Staatssicherheit ein Zimmer ihrer Wohnung für Treffen mit anderen IM zur Verfügung stellten, wurden selbst als inoffizielle Mitarbeiter angeworben. In der Regel handelte es sich um politisch besonders zuverlässige Personen, um »gute Genossen«, denen für das bereitgestellte Zimmer Mietzuschüsse gezahlt wurden. Sie verpflichteten sich, Stillschweigen über die Nutzung ihrer Räumlichkeiten zu wahren und lieferten nur manchmal eigene Berichte.²¹⁹

Zum anderen waren die inoffiziellen Mitarbeiter auch für die Gewinnung fachlicher Informationen wichtig. Die Stasi erhielt durch sie Zugang zu Expertenwissen, sodass sie die Lage zum Beispiel in Betrieben oder an Hochschulen besser beurteilen konnte. Die Staatssicherheit bediente sich auch besonders qualifizierter inoffizieller Mitarbeiter, um andere IM zu instruieren sowie um Beobachtungs- und Ermittlungsaufgaben durchzuführen.²²⁰ Schließlich wurden bestimmte IM direkt »zur Bekämpfung des Feindes« eingesetzt. Eingeschleust in oppositionelle Gruppen waren sie beispielsweise beauftragt, diese Gruppen von innen zu zerstören.

Die Motive für eine inoffizielle Tätigkeit waren sehr unterschiedlich. Loyalität gegenüber dem Staat und die Überzeugung, das Richtige und Notwendige zu tun, spielten eine wesentliche Rolle. Verbreitet war aber auch die Absicht, sich selbst persönliche oder finanzielle Vorteile zu verschaffen. Bei manchen

Verpflichtungserklärungen waren Abenteuerlust und der Reiz des Agentenspiels ausschlaggebend.²²¹ Es gab auch Fälle, in denen IM durch die Staatssicherheit zur Mitarbeit erpresst wurden. Dieses Vorgehen war in den 1950er-Jahren üblich und wurde später selten praktiziert, da ein zur Mitarbeit gezwungener IM häufig nicht mit der gewünschten Effektivität und Zuverlässigkeit arbeitete. Schließlich spielte der Faktor Angst eine wesentliche Rolle. Viele fürchteten Nachteile für ihre persönliche Entwicklung oder die Familie und hatten Angst vor Repressalien, wenn sie nicht einwilligten. Dass eine Ablehnung der Mitarbeit in aller Regel keine negativen Konsequenzen hatte, konnten sie nicht wissen.

Die IM sind die »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«. (MfS-Dienstanweisung²²²)

Die Zusammenarbeit von MfS und IM konnte wenige Monate andauern oder sich über Jahrzehnte erstrecken. Die Beendigung der Mitarbeit hatte oft rein pragmatische Gründe: ein Umzug des IM, ein Berufswechsel oder eine Erkrankung. Auch eine zurückhaltende und aus der Sicht der Stasi ineffektive Berichterstattung konnte ein Grund für eine Beendigung der Zusammenarbeit sein. Es gab aber auch Fälle, bei denen der IM selbst die Zusammenarbeit abbrach oder sich dieser peu à peu entzog. Eine Offenbarung gegenüber Dritten über die geheime Tätigkeit war ein möglicher Weg, sich der Mitarbeit zu entziehen. Ein Spitzel, der sich »dekonspiriert« hatte, war für die Stasi meist wertlos.

Die inoffiziellen Mitarbeiter waren unbestritten ein überaus wichtiges Instrument der Staatssicherheit zur Kontrolle aller gesellschaftlichen Bereiche sowie zur Überwachung und Unterdrückung kritischer Stimmen. Der Einsatz von »Fichtmüller« zeigt das fruchtbare Wirken der IM für die Geheimpolizei. Es gab jedoch nicht den typischen IM, die Mitarbeit unterschied sich oft nicht nur in der Quantität der gelieferten Informationen, sondern auch in ihrer Qualität.

ECa



> Start und Ziel beim Schleizer Dreieckrennen. 2.8.1986
Ullstein Bild, Foto: Klaus Mehner

Stasi-Aktion »Dreieck« – das Zusammenwirken von MfS und Volkspolizei

Die beiden Tschekisten waren einander in gegenseitiger Abneigung verbunden und mussten doch den Feind gemeinsam bekämpfen. Hauptmann Bayer (Jg. 1955) war von 1985 bis 1989 Stellvertreter von KD-Chef Martin Eck (Jg. 1939), obwohl es um das Verhältnis untereinander nicht zum Besten bestellt war. Eck hatte ihm gegenüber »subjektive Vorbehalte«²²³; der Stellvertreter vermisste eine Anleitung bei seiner Führungstätigkeit. Bayer hingegen wurde im Rahmen einer internen Kontrolle ein glänzendes Zeugnis ausgestellt: Er sei »zielstrebig und qualifiziert« und »in der Lage, die KD zu leiten«.²²⁴ Im Alter von 32 Jahren wurde Bayer bereits als Kaderreserve für die Funktion eines KD-Leiters geführt. Zudem war er mit einem großen Aufgabenquerschnitt betraut, u. a. mit der operativen Sicherung des Personalbestands der Volkspolizei. Ihm oblag auch die Zusammenarbeit mit den Partnern des »politisch-operativen Zusammenwirkens« (POZW). Eck dagegen war bei einer Überprüfung vorgeworfen

worden, er sei »kein Kämpfertyp« und er scheue sich, »die Partner des ZW [Zusammenwirkens] zu kritisieren«.²²⁵ Seinem dynamischen Stellvertreter scheint dies leichter gefallen zu sein.

Im Sommer 1989 kam auf Bayer eine neue Aufgabe zu: das 56. Schleizer Dreieckrennen der Motorsportler. Bayer wurde die Leitung des operativen Einsatzstabs zur Aktion »Dreieck« übertragen, die Gesamtleitung des Einsatzes lag formal bei KD-Leiter Eck. Die Besucherzahlen bei den Rennen waren im Laufe der Zeit kontinuierlich gestiegen und auch 1989 konnte mit einem neuen Rekord gerechnet werden. Am Ende des 56. Rennens wurden 240 000 Besucher an den drei Renntagen gezählt. Die BV Gera vermutete, dass »unter diesen Personen und besonders unter den Campern [...] sich wieder ein großer Anteil von dekadenten und negativen Jugendlichen befinden [wird], die aus allen Teilen der Republik anreisen und nicht ursächlich wegen der sportlichen Großveranstaltung nach Schleiz kommen«.²²⁶ Die Absicherung des Rennens übertrug die BV Gera der KD Schleiz (S. 147). Aus Sicht des MfS mussten jede Form von Feindtätigkeit festgestellt und Kontakte zu Bürgern aus dem nichtsozialistischen

Ausland registriert werden, um Fluchtabreden zu verhindern.

Bayer und Eck fuhren bei der Aktion »Dreieck« eine doppelte Strategie. Kern ihrer Planung war der Einsatz ausgewählter Genossen aus dem Bezirk Gera. 1989 wurden 48 hauptamtliche Mitarbeiter aus anderen KD sowie der OD Jena »zukommandiert« und für die Dauer der Veranstaltung der KD Schleiz unterstellt. Daraus wurden zehn »Operativgruppen« gebildet und auf den Zeltplätzen entlang der Rennstrecke stationiert.²²⁷ Ihren hauptamtlichen Mitarbeitern stellte die KD Schleiz für ihren verdeckten Einsatz eine gut sortierte Campingausstattung sowie Eintrittskarten zur Verfügung und ordnete an, dass die Mitarbeiter »den Schlagstock, eine Taschenlampe, aber keine Dienstpistole mitzubringen haben«.²²⁸

Die Volkspolizei trug die Hauptlast bei der Aktion »Dreieck«. Der Leiter des Einsatzes Elitzer war für die Zusammenarbeit der Volkspolizei mit dem MfS zuständig.²²⁹ Täglich um 8.30 und 18.00 Uhr tauschten die KD Schleiz und das Volkspolizeikreisamt (VPKA) ihre Informationen auf Leitungsebene aus. Die VPKA Gera, Saalfeld, Pößneck, Lobenstein, Rudolstadt und Stadtroda hatten ihre Einsatzkräfte entsandt. Die Ausrüstung sollte sich von der der MfS-Kollegen deutlich unterscheiden: »Zur Erfüllung der Aufgaben während der Einsatzzeit haben die Einsatzkräfte mit folgenden Ausrüstungsgegenständen am Einsatzort zu erscheinen: Dienstwaffe/-buch/-auftrag, Schlagstock, Führungskette, Schreibmaterial in Taschenformat sowie Taschenlampe, der Witterung und dem Charakter der Veranstaltung angepasste Bekleidung.«²³⁰ Damit war klar, dass die Volkspolizei gegebenenfalls hart durchgreifen sollte. Zur Dokumentation wurde Fototechnik eingesetzt. Im Stadtgebiet von Schleiz standen »Schwerpunktgaststätten«, Marktplatz und Busbahnhof unter polizeilicher Beobachtung. Rund um die Rennstrecke waren Volkspolizisten unterwegs, notierten Autokennzeichen, registrierten unangemeldete Verkaufsstände und fotografierten alkoholisierte oder auffällig gekleidete Besucher. Später übergab die Volkspolizei ihre Informationen und Fotodokumentationen dem MfS zur weiteren Bearbeitung.²³¹ Zwei hauptamtliche Mitarbeiter der BV Gera kontrollierten den »Zuführungspunkt« der Volkspolizei, an dem festgenommene Personen polizeilich erfasst und festgesetzt wurden. Ziel war die »Wahrnehmung der Interessen des MfS,

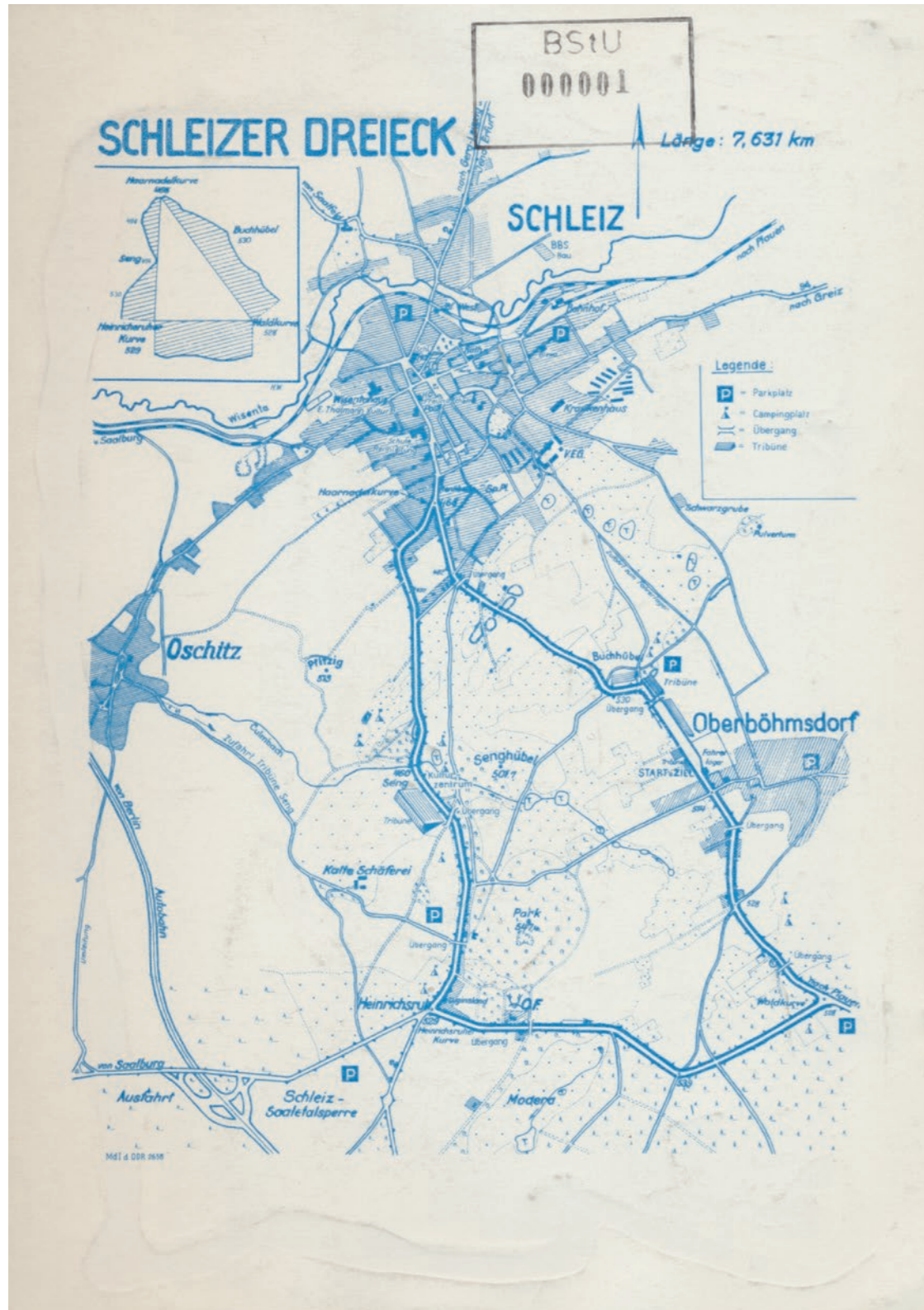


> Eine der vielleicht ungewöhnlichsten Akten im Bestand des BStU zeigt, dass sich hauptamtliche Mitarbeiter auch über die dienstlichen Belange hinaus für das Schleizer Dreieckrennen interessierten. 1989
BStU, MfS, BV Gera, KD Schleiz, Nr. 3041; Foto: Peter Boeger 2013

der richtigen operativen Wertung der strafrechtlichen Relevanz und Prüfung einer eventuellen perspektivischen Nutzung anfallender Personen«.²³² Hier spekulierte das MfS also auf die Anbahnung inoffizieller Kontakte.

Den Genossen des MfS winkten nach dem Rennen Belobigungen sowie ein bis zwei Tage Sonderurlaub für den harten Dienst, das war aber wohl nicht die einzige Motivation für den Einsatz.²³³ 1989 forderte Hauptmann Bayer unverhohlen vom Motorclub (MC) »Schleizer Dreieck« einen Gutschein zur Beschaffung kleiner Präsente »für unsere Einsatzkräfte«.²³⁴ Der Führungspunkt für die Aktion »Dreieck« war während der Rennveranstaltung von den Räumlichkeiten der KD Schleiz an Start- und Zielpunkt der Rennstrecke verlegt worden. Aus operativer Sicht machte das vermutlich kaum Sinn. Aber so war zumindest sichergestellt, dass Bayer und sein Einsatzstab kein Rennen verpassten.

KD-Chef Eck sah im Volkspolizeikreisamt mit über 200 Bediensteten den engsten Partner im POZW.²³⁵ Nur wenige Gehminuten von der KD entfernt, hatte das VPKA seinen Sitz im Marstall der Schlossruine hoch über der Stadt Schleiz. Höchsten Stellenwert hatten für die Polizei die »Gewährleistung der Sicherheit an und auf dem Transitweg A 9« und die Überwachung der Grenze.²³⁶



> Karte der Rennstrecke. 1989
BStU, MfS, BV Gera, KD Schleiz, Nr. 3041, Bl. 1



> Beobachtungsfoto der Volkspolizei. Camper und Schaulustige beim Dreieckrennen. 1986
BStU, MfS, BV Gera, Abt. VIII, BB 110/86, Bl. 78

Zu den weiteren Aufgaben der Volkspolizei gehörte es, Anträge auf Reisen in dringenden Familienangelegenheiten und Einreisen in das Grenzsperrgebiet zu prüfen. An diesem Aufgabenausschnitt wird deutlich, dass auch die Volkspolizei wesentlich der Absicherung von Zielen der SED diene.

**Das Zusammenwirken ist »unter strikter Wahrung der Geheimhaltung und Konspiration zu organisieren«.
(MfS-Definition)**

Im Kreis Schleiz war das politisch-operative Zusammenwirken zwischen MfS und Volkspolizei in einem internen Protokoll geregelt. 1983 vereinbarten beide Seiten, wer mit wem unter Beachtung der inneren Hierarchie zu kooperieren hatte.²³⁷ Die Deutsche Volkspolizei (DVP) konnte also nicht beliebig Kontakte ins MfS unterhalten. Etwa ein halbes Dutzend Funktionsträger unter den Volkspolizisten gehörten zum auserwählten Kreis der Informationsüberbringer. Mit der Vereinbarung wurde außerdem dokumentiert, was als offizieller Kontakt zu gelten hatte. Zugleich jedoch rekrutierte das MfS unter den Volkspolizisten inoffizielle Mitarbeiter, um den Polizeiapparat zu überwachen und gegebenenfalls operative Maßnahmen einzuleiten.²³⁸ Dabei konzentrierte sich das Interesse des MfS auf die Nomenklaturkader, Angehörige der Abteilung Pass- und Meldewesen, Chiffrierkader und Vertragsärzte. Die Staatssicherheit begegnete dem Partner also

nicht auf Augenhöhe, sondern nutzte jede Gelegenheit für dessen inoffizielle Durchdringung.

Die KD Schleiz war allein mit den aus dem Bezirk Gera zusammgezogenen Hauptamtlichen kaum in der Lage, das Dreieckrennen unter Kontrolle zu halten. Erst der Einsatz der Volkspolizei im Rahmen des Zusammenwirkens eröffnete dem MfS – zumindest theoretisch – die Möglichkeit, relevante Informationen zu gewinnen. 1988 ahndete die Volkspolizei 725 Ordnungswidrigkeiten. An vier DDR-Autos von Besuchern wurden weiße Fähnchen an den Antennen festgestellt, Erkennungszeichen für Antragsteller auf Ausreise.²³⁹ Solche Bagatellen konnten zum Entzug der Fahrerlaubnis oder auch zur »Einziehung des zur Straftat benutzten Kraftfahrzeugs« führen.²⁴⁰ Tatsächlich aber waren die gesammelten Informationen zumeist von geringer Bedeutung für das MfS. 1989 gab es lediglich eine Überprüfung im Zusammenhang mit dem Verdacht auf Vorbereitung einer Flucht, die sich allerdings nicht bestätigte.

Die Großveranstaltung verlief letztlich ohne besondere Vorkommnisse, wie Eck in seinem Abschlussbericht zur Aktion »Dreieck« feststellte, den er noch am letzten Renntag unterzeichnete. Es habe sich die erkennbare Präsenz von Sicherheitskräften »bei der Beherrschung der Lage« bewährt.²⁴¹ Die als Camper getarnten hauptamtlichen Mitarbeiter mit gesteigertem Interesse am Renngeschehen konnte er damit kaum gemeint haben.



Die Methoden und ihr Einsatz

> Die Erfurter Stasi überwachte Punks bei ihrer Teilnahme an der Veranstaltung »Werkstatt 86«, organisiert durch die kirchliche offene Jugendarbeit. 1986
BStU, MfS, BV Erfurt, Abt. XX, Nr. 1004, Bl. 15 (Ausschnitt)

Die »operative Bearbeitung« – Punkbands im Visier der Stasi

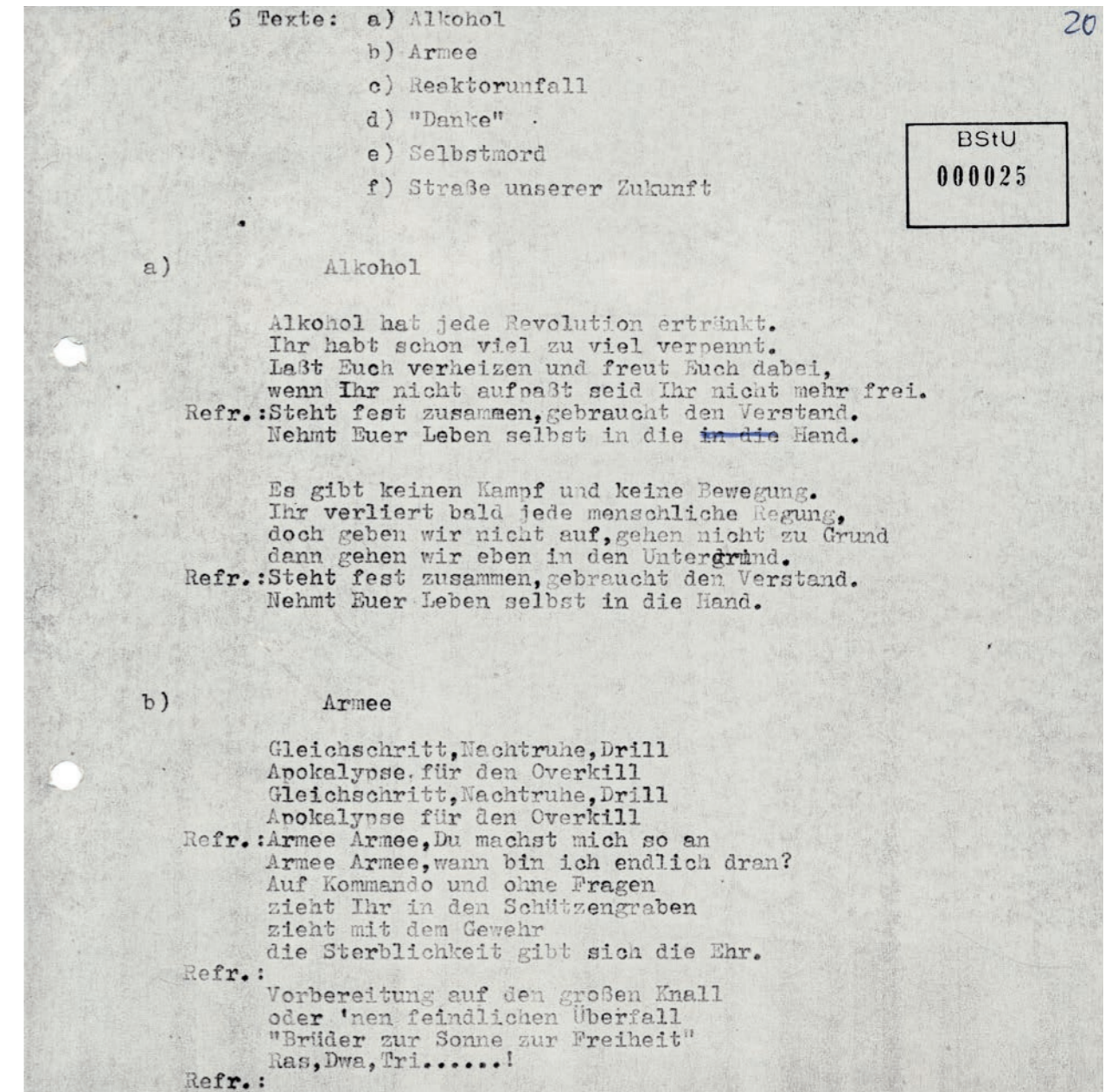
Die Entwicklung der Punk-Szene in den 1980er-Jahren verfolgte das MfS mit großem Misstrauen. Die Jugendlichen mit ihrem auffälligen Erscheinungsbild, die sich nicht um die Erwartungen der sozialistischen Gesellschaft kümmerten, erschienen der Stasi als Gefahr für die staatliche Ordnung. Das galt auch für Andreas »Fozzy« Link (Jg. 1965). Er spielte zunächst bei der Erfurter Punkband »Konstruktives Liebeskommando«. Im Jahr 1984 stieß er dann als Ersatz für den zur Armee eingezogenen Schlagzeuger zu »Schleimkeim« aus Erfurt-Stotternheim. Die Gruppe zählte zu den populärsten Bands in der DDR-Punkszene und geriet bereits mit ihrem ersten Auftritt 1981 ins Visier der Staatssicherheit: Die Hobbymusiker wurden von inoffiziellen Mitarbeitern aus dem Bekanntenkreis überwacht und mehrfach von der Stasi festgenommen.

Auch Andreas Link geriet in den Fokus des MfS und wurde im OV »Anarchie« erfasst. Das Hauptziel dieses operativen Vorgangs war es, die Gruppe zur Auflösung zu bewegen. Die stasinahe Abteilung K 1 der Volkspolizei zitierte Link immer wieder zu Disziplinierungsgesprächen. Außerdem sprach die Polizei gegen ihn ein Aufenthaltsverbot für den Anger – Erfurts zentralen Platz – und zeitweise für die gesamte Innenstadt aus.²⁴² Trotz der Schikanen und fehlender staatlicher Spielerlaubnis trat die Band immer wieder bei Veranstaltungen der »Offenen Arbeit« auf. Die evangelische Kirche versuchte in diesem Rahmen, unangepassten Jugendlichen einen Freiraum jenseits der staatlichen Organisationen zu bieten. »Schleimkeim« gab in Erfurt, Jena und Rudolstadt Konzerte, zu denen Punks aus allen Teilen der DDR anreisten. Bei Andreas Link blieben die Einschüchterungsbemühungen der Behörden ebenso erfolglos wie die Versuche, ihn zu einer Zusammenarbeit zu bewegen: »Ich weiß nicht, wie oft mir das passiert ist, dass ich als IM der Kriminalpolizei oder der Staatssicherheit angeworben werden sollte.«²⁴³

Im Herbst 1986 zog Andreas Link zu seiner Lebensgefährtin nach Eisenach, worüber die BV Erfurt die örtliche KD informierte. Kurze Zeit später gründete er die »Fanatischen Frisöre«. Bereits nach wenigen Auftritten war die KD (S. 145) alarmiert und leitete Anfang 1988 die OPK »Friseur« ein, weil die Gruppe

mit satirisch-kritischen Liedtexten auftrat. Das MfS registrierte zwar, dass die Band Konzerte in Eisenach, Erfurt, Gotha, Nordhausen und Jena gab, musste aber feststellen, dass die Zahl der IM unter den Punks nicht ausreichte, um frühzeitig von Auftritten zu erfahren und diese zu verhindern. So spielten die »Fanatischen Frisöre« unbehelligt auch beim »AlösA-Frühlingsfest« – einem Punk-Festival bei der Erlöser-Kirche in Berlin-Lichtenberg – und bei der Veranstaltung »Kirche von unten« in Halle. Die Hochzeit von Andreas Link mit der Bandsängerin Evelyn von Nida überwachte die Staatssicherheit, weil das Paar zwei befreundete Punkbands für das abendliche Fest eingeladen hatte. Im Sommer 1988 stuft die Stasi die OPK zum OV »Laien« hoch, da es sich bei den »Fanatischen Frisören« ihrer Meinung nach um einen »operativ-bedeutsamen Zusammenschluss negativ-feindlicher Personen im Vorfeld des politischen Untergrundes«²⁴⁴ handelte.

In den Augen des MfS griffen die Musiker die sozialistische Gesellschaft an und verbreiteten ihre kritische Haltung mit ihren Konzerten in der Punk-Szene. Die Stasi wollte dies künftig verhindern, die Bandmitglieder disziplinieren und ihnen die »öffentliche Herabwürdigung« der gesellschaftlichen Ordnung nachweisen. Die KD übte starken Druck auf die Kirchenleitungen aus, um künftige Auftritte der Band mit systemkritischen Aussagen zu verhindern. Auf Geheiß der Staatssicherheit erteilte der Rat des Kreises den »Fanatischen Frisören« ein Auftrittsverbot und stellte ihnen zugleich eine staatliche Berechtigung für öffentliche Auftritte in Aussicht – unter der Bedingung, dass sie auf bestimmte Liedtexte verzichteten. Dieses Vorgehen zielte nicht nur darauf ab, politisch unliebsame Äußerungen zu unterdrücken, sondern sollte auch Zweifel und Diskussionen innerhalb der Band hervorrufen. Andreas von Nida und die Gruppe lehnten das Angebot ab. Trotz zahlreicher Disziplinierungsgespräche gaben die Musiker ein Konzert im Erfurter Augustinerkloster. Daraufhin wurde ein Ordnungsverfahren gegen sie eingeleitet. Im November 1988 stellten Andreas und Evelyn von Nida einen Ausreiseantrag, da sie die staatliche Einschränkung ihrer persönlichen Freiheiten nicht länger ertragen wollten. Als auch noch ein anderes Bandmitglied ausstieg, glaubte die KD Eisenach, die Gruppe zerstört zu haben und schloss den OV »Laien« im Februar 1989. Der vermeintliche Erfolg der Stasi stellte sich aber schon bald als trügerisch heraus.²⁴⁵ Da die KD Eisenach Andreas von Nida weiter-



> Texte der »Fanatischen Frisöre«. Den Titel »Armee« sah die Stasi als Angriff auf die Verteidigungspolitik der DDR an. 1988 BStU, MfS, BV Erfurt, AOP 410/89, Bl. 25

hin im Auge behalten wollte, eröffnete sie nur wenige Wochen später die OPK »Schlagzeug«. Die Stasi überwachte seine Aktivitäten im Rahmen des Cafés »Offene Tür« der evangelischen Gemeinde Eisenach und seine Kontakte in die Bundesrepublik. Auf diese Weise stellte die Stasi fest, dass die »Fanatischen Frisöre« weiterhin gelegentlich auftraten, z. B. im Jugendclub am Tierpark in Berlin, und dass die Band überlegte, zukünftig das Pseudonym »Barbarische Barbieri« zu benutzen. Obwohl die KD Eisenach dem Ehepaar von Nida nahelegte, sich im Interesse der beantragten Ausreise ruhig zu verhalten, gaben diese im Juli 1989 mit den »Fanatischen Frisören« in der Versöhnungskirche Gotha ein Konzert, zu dem unerwartet viele Besucher anreisten,

sodass sie zweimal spielen mussten. Anfang August reisten Andreas von Nida und seine Familie aus. Zahlreiche Freunde und Verwandte verabschiedeten sie am Eisenacher Bahnhof, einige winkten bei der Ausfahrt des Zuges ironisch mit FDJ- und SED-Fähnchen.²⁴⁶

Die Staatssicherheit unterschied bei der geheimpolizeilichen Verfolgung von Bürgern und Personengruppen – intern »Bearbeitung« genannt – zwischen verschiedenen Verfahren, die sich hinsichtlich ihrer Intensität und ihrer Ziele unterschieden. Das MfS konnte zwischen ihnen wechseln, wenn es dies aufgrund neuer Informationen für notwendig hielt.

Sicherheitsüberprüfungen stellten die niedrigste Stufe im System der »Bearbeitung« dar. Sie waren das häufigste Tagesgeschäft des MfS, vor allem der Kreisdienststellen. Diesem Verfahren wurde beispielsweise jede Leitungskraft unterzogen und jeder, der aus beruflichen Gründen ins nichtsozialistische Ausland reiste. Die Stasi sammelte Informationen über den Werdegang, die Persönlichkeit sowie das Umfeld der fraglichen Person. So sollte das MfS gewährleisten, dass nur solchen Bürgern wichtige Genehmigungen erteilt oder bedeutsame Funktionen übertragen wurden, die loyal zur DDR standen. Die Stasi schloss die Prozedur mit einer Zustimmung oder Ablehnung ab.

Die operative Personenkontrolle (OPK) lag in der Bedeutungshierarchie eine Stufe unter dem operativen Vorgang (OV), konnte aber zum Einsatz der gleichen geheimdienstlichen Mittel führen. Die Staatssicherheit eröffnete eine OPK, wenn sie eine Person eines »feindlich-negativen« Verhaltens verdächtigte oder Verdachtsmomente für eine politische Straftat sah. Als Anhaltspunkte genühten schon Hinweise auf eine kritische Haltung zur DDR oder enge Kontakte zum »Klassenfeind«. Alleine das Auftreten als Punk in der Öffentlichkeit – mit bunten Haaren oder einer Lederjacke mit Anarchie-Symbolen – war ausreichend, um ins Visier der Staatssicherheit zu geraten, die jedem Mitglied der Szene eine »politisch-negative Grundeinstellung zur sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung«²⁴⁷ zuschrieb. Das Ziel einer OPK bestand in der Überprüfung von Verdachtsmomenten, der Sammlung weiterer Informationen und der Verhinderung »feindlich-negativer« Handlungen. Zu diesem Zweck überwachte die Staatssicherheit die Zielperson und ihr Umfeld.

Der operative Vorgang war die aufwendigste Form der »Bearbeitung«. Er richtete sich gegen Bürgerinnen und Bürger, die sich aus Sicht des MfS als »feindlich-negativ« erwiesen hatten oder die die Stasi als schwerwiegendes Sicherheitsrisiko betrachtete. In der Regel bildeten Hinweise auf »gesellschaftsgefährliche« oder politische Straftaten im Sinne des Strafgesetzbuches der DDR die Grundlage für die Einleitung eines OV. Die Staatssicherheit konnte die vagen Formulierungen verschiedener Paragraphen nutzen, um schon bei Kleinigkeiten gegen missliebige Personen zu ermitteln. So betrachtete sie in manchen Fällen alleine das Erscheinungsbild von Punks als Verstoß gegen § 220 (»öffentliche Herabwürdigung«). Das Ziel eines OV



> Cover einer Musikkassette der »Fanatischen Frisöre«, aufgenommen von Hinterhofproduktion (HP), 1988
Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Matthias Domaschk, Sammlung Thomas Grund, Signatur ThuerAZ-P-GT-K-10, Urheber der Collage: Thomas Grund

bestand darin, Beweise für strafbares »feindlich-negatives« Verhalten zu sammeln und solche Handlungen künftig zu unterbinden. Die Ermittlungen sollten in der Regel zur Eröffnung eines Strafverfahrens führen. Die strafrechtliche Verfolgung unterblieb gelegentlich aus politischen Erwägungen oder wenn dem MfS eine Kriminalisierung der Zielpersonen nicht möglich war. So stellte die Stasi wiederholt fest, dass die Liedtexte der Thüringer Punkbands Interpretationsspielraum ließen und der Vorwurf der »öffentlichen Herabwürdigung« nicht eindeutig zu belegen war.²⁴⁸

Wenn kein Strafverfahren eingeleitet wurde, griff das MfS häufig auf die sogenannte Zersetzung zurück, um Personen »unschädlich« zu machen. Mit Blick auf die internationale Reputation der DDR bediente sich die Staatssicherheit seit den 1970er-Jahren verstärkt dieser Methode zur verdeckten Bekämpfung von missliebigen Bürgern und Personengruppen. Das MfS versuchte, den Ruf der Zielpersonen zu zerstören und ihr Selbstvertrauen zu untergraben. Dazu organisierte die Stasi beispielsweise berufliche Misserfolge. Mithilfe von inoffiziellen Mitarbeitern streute die Stasi Gerüchte und Desinformationen über Einzelpersonen, z. B. über einen »unmoralischen« Lebenswandel, um diese von ihrem sozialen Umfeld zu entfremden. Mit dem Ziel der Einschüchterung beobachtete die Staatssicherheit



> Konzert von »Schleimkeim« im Erfurter Lutherpark im Rahmen der »Werkstatt 86« der »Offenen Arbeit«. Am Mikrophon Sänger Dieter »Otze« Ehrlich, am Schlagzeug verdeckt Andreas »Fozzy« Link. 1986
BStU, MfS, BV Erfurt, Abt. XX, Nr. 1004, Bl. 29, Bild 2

gelegentlich demonstrativ Personen oder verstellte Gegenstände in heimlich durchsuchten Wohnungen. Zu den typischen Zersetzungsmaßnahmen gegen Punks gehörten willkürliche Verhaftungen, Vorladungen bei der Polizei, das Einziehen von Punk-Abzeichen und das Einschränken der Bewegungsfreiheit. Methoden, die das gesellschaftliche Ansehen einer Person schädigen sollten, erschienen der Stasi bei dieser Gruppe hingegen wenig sinnvoll, da die Jugendlichen keinen besonderen Wert darauf legten.

**Punks tragen durch die
»feindlich-negativen Texte ihrer Musiktitel
wesentlich zur Weiterverbreitung
negativ-dekadenter und
sozialismusfremder Auffassungen« bei.
(MfS-Information)²⁴⁹**

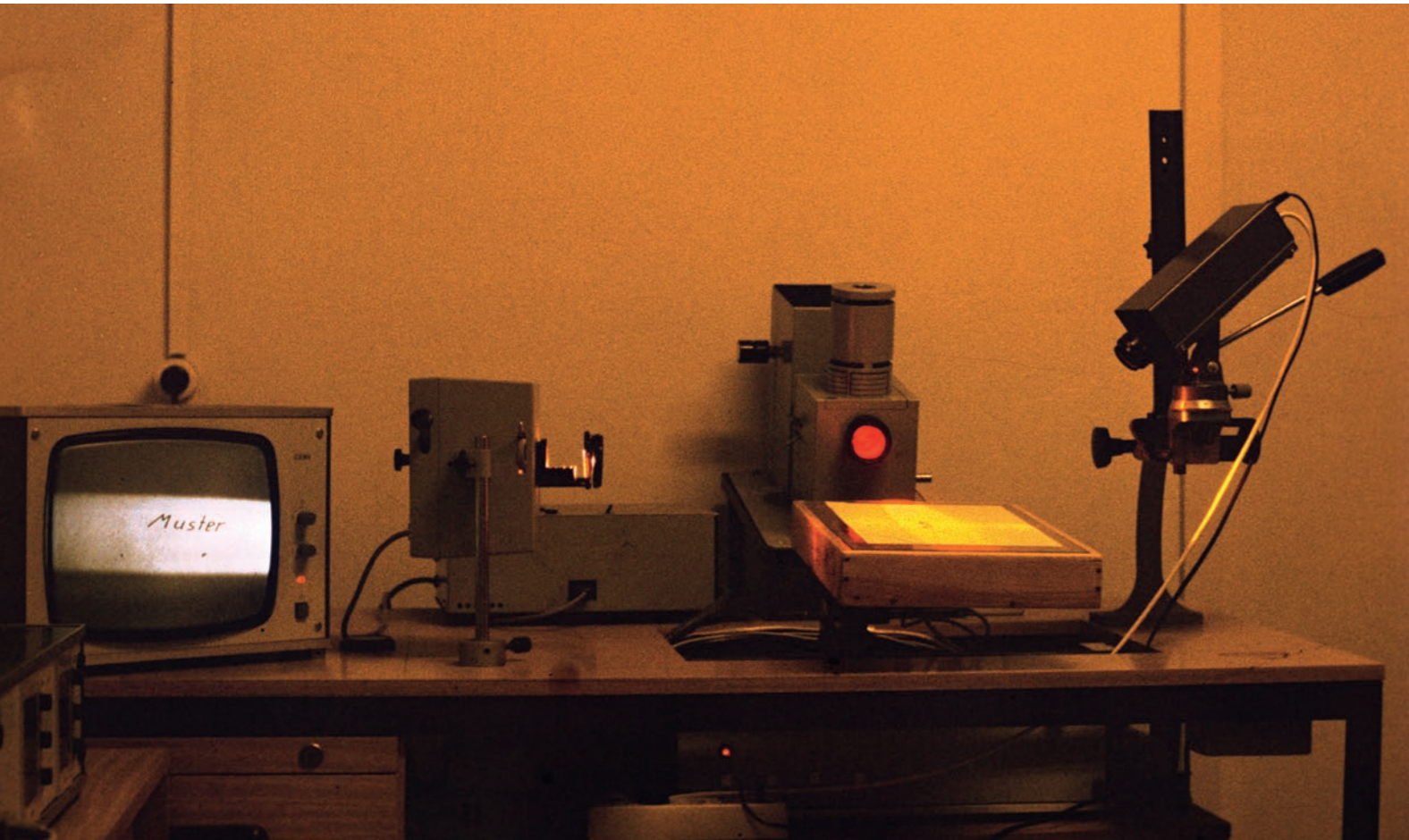
Häufig griff das MfS zur Bekämpfung der Punkszene auf Maßnahmen zurück, die dazu dienten, unliebsame Gruppierungen zu zerstören. Vor allem versuchte das MfS, Misstrauen innerhalb der Szene zu säen, beispielsweise durch Gerüchte oder das Vorladen einzelner Gruppenmitglieder in die örtliche KD. Inoffizielle Mitarbeiter berichteten aus dem Inneren der Punkszene, streuten Verdächtigungen und erleichterten es dem MfS, Einfluss auf Veranstalter von Punk-Konzerten zu nehmen. Die Auflösung von Bands trieb das MfS voran, indem es Mitglieder zur Armee einberufen ließ, sie in die Bundesrepublik abschob oder die zügige Genehmigung von Ausreisearträgen veranlasste. Ab Mitte der

1980er-Jahre setzten die Sicherheitsbehörden neben Repressionen auch auf die Vereinnahmung der Szene, indem sie den Bands offizielle Spielerlaubnisse gegen gemäßigtetes Auftreten in Aussicht stellten. Auf diese Weise wollten sie eine Anpassung der Gruppen an das gesellschaftliche System erreichen.

Das MfS versah in der Regel sowohl OPK als auch OV mit Decknamen, die häufig Anspielungen auf persönliche Besonderheiten der betroffenen Personen waren. Beim OV »Anarchie« bezog sich die Staatssicherheit offensichtlich auf die gesellschaftliche oder politische Haltung der Gruppenmitglieder, bei der OPK »Friseur« auf den Bandnamen, bei der OPK »Schlagzeug« auf das Instrument des überwachten Musikers.

Ein Ermittlungsverfahren (EV) bildete die erste Stufe eines Strafverfahrens, welches das MfS als Untersuchungsorgan selbstständig einleiten konnte, wenn nach seiner Ansicht Beweismittel für Straftaten von hoher politischer Brisanz vorlagen. Das Ermittlungsverfahren war mit schweren Eingriffen in das persönliche Leben der Beschuldigten verbunden. Es führte sehr häufig zu einer Anklage vor Gericht und einer Verurteilung, für die die Ermittlungen der Staatssicherheit die wesentliche Grundlage bildeten. Ein EV gegen »Schleimkeim« endete 1983 allerdings anders. Die Band hatte mithilfe des Berliner Künstlers Sascha Anderson die Platte »DDR von unten« in der Bundesrepublik veröffentlicht. Die Staatssicherheit ermittelte wegen »ungesetzlicher Verbindungsaufnahme«, stellte den EV allerdings ein, da sie ansonsten auch gegen Anderson hätte vorgehen müssen, der als IM tätig war.²⁵⁰

SSc



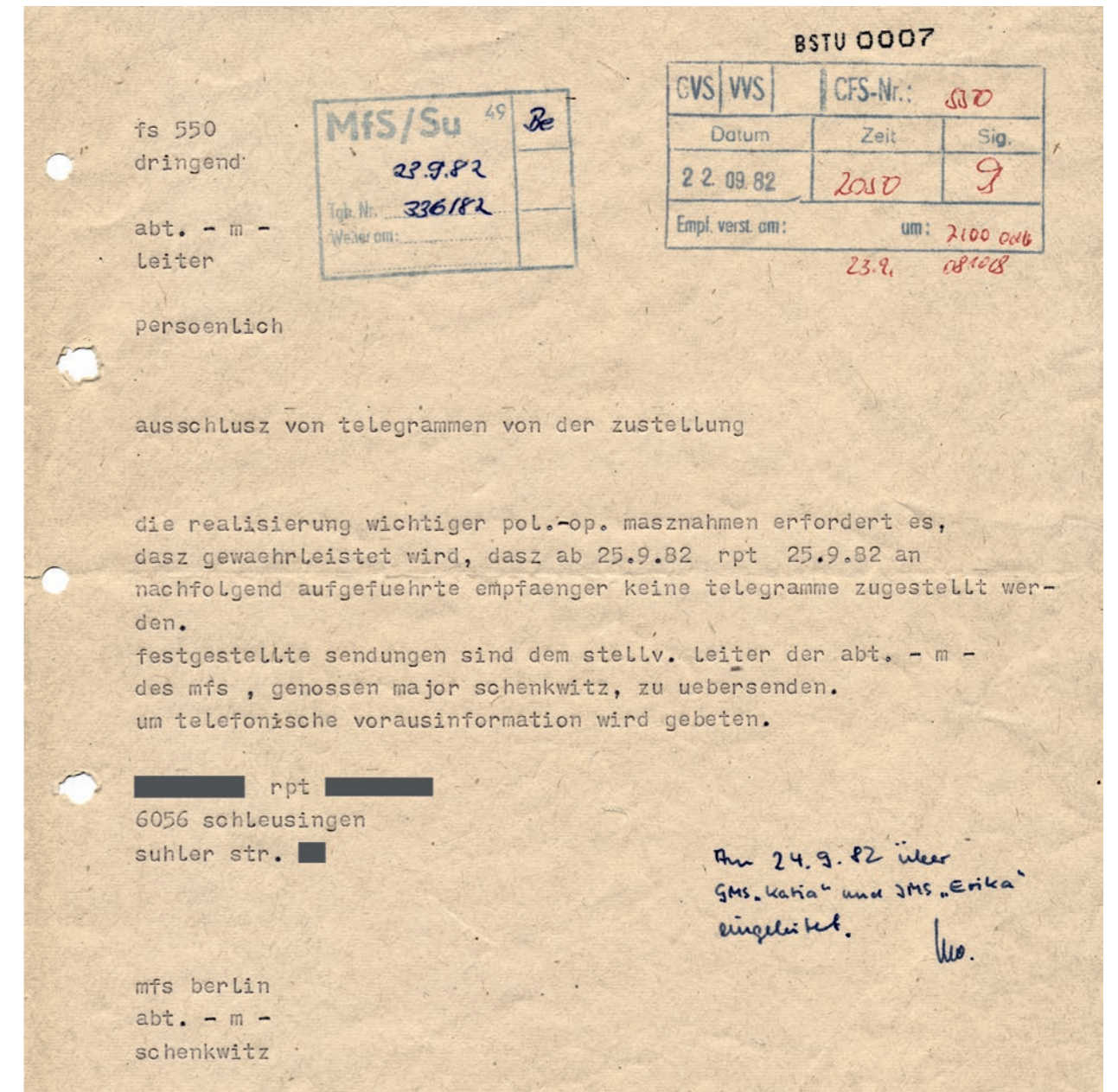
> Schräglichtuntersuchung mittels UV-Licht. Damit suchten die Postkontrolleure in Erfurt nach Geheimschriften, Geheimtinte oder durchgedrückten Schriften. Vor 1989
BStU, MfS, BV Erfurt, Abt. M, Nr. 72, Bl. 4, Bild 1

»Zum Negativ-Feindlichen tendierende Positionen« feststellen – die Postkontrolle

Mitte September 1989 analysierten die Postkontrolleure der Erfurter Stasi die »aktuellen Reaktionen der Bevölkerung des Verantwortungsbereiches«. ²⁵¹ Es geht darum, »kritische, zum Negativ-Feindlichen tendierende Positionen« zur politischen Entwicklung in der DDR festzustellen. Dabei gerieten mehrere Bürgerinnen und Bürger ins Visier der Stasi. In heimlich geöffneten Briefen einer Ärztin hieß es, »dass die DDR in einer tiefen Krise steckt, die in einer schlimmen Diktatur enden wird. [...] Ihre Prinzipien geben unsere Bonzen nie auf. [...] Dabei würden sie viele Sorgen los sein, wenn sie uns Freiheit, d.h. Reise-, Presse- und Meinungsfreiheit sowie Chancengleichheit geben.« ²⁵² Eine Schreiberin aus Erfurt schämte sich in ihrem Brief für den Satz von Erich Honecker »Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf«. ²⁵³

Mit kaum einer Überwachungsmaßnahme kam die Stasi den Gedanken der Menschen so nah wie mit der Postkontrolle. Da nur wenige DDR-Bürger über einen privaten Telefonanschluss verfügten und Telefonate in den Westen zudem zeitlich limitiert waren, bildeten Briefe, Karten und Pakete wichtige Kommunikationsmittel. Für die Kontrolle der Postsendungen war die Abteilung M (S. 142) der Stasi zuständig, die es in der Berliner Zentrale und in jeder MfS-Bezirksverwaltung gab, nicht jedoch in den Kreisdienststellen (KD). Die KD und andere MfS-Dienststellen konnten jedoch der »M« den Auftrag erteilen, die Post eines Bürgers zu kontrollieren.

Zwar ahnten die Menschen, dass die Stasi in den Postverkehr eingriff, doch glaubten viele, sie könnten die Kontrollen umgehen: Sie gaben falsche Absender an, nutzten Adressen von Angehörigen, legten Blaupapier oder Alufolie gegen das Durchleuchten in die Briefe, verklebten die Kuverts mit Klebestreifen oder Siegel-



> Das MfS konnte auch veranlassen, dass bestimmten Personen ihre Post überhaupt nicht mehr zugestellt wurde. So sperrte das MfS einen Bürger aus Schleusingen im Kreis Hildburghausen im Rahmen einer »politisch-operativen Maßnahme« vollständig für die Telegrammzustellung. 1982
BStU, MfS, BV Suhl, Abt. M, Nr. 40, Bl. 7

lack oder warfen die Briefe in wohnortferne Briefkästen ein. Andere nummerierten ihre Briefe, um so ein »Verschwinden« von Postsendungen nachvollziehen zu können. Genau jene markierten und damit auffälligen Briefe waren es allerdings, die die Aufmerksamkeit der Stasi auf sich zogen und in die Merkmalsfahndung gerieten. Einen Teil dieser Briefe behielt die Stasi ein, andere kopierte sie, verschloss sie wieder und leitete sie im normalen Postverkehr weiter.

Täglich gingen Tausende Postsendungen durch die Hände der Kontrolleure, die direkt in den Hauptpost-

ämtern, Briefverteilzentren, Bahnpostämtern und Postzollämtern tätig waren. Die abgeschotteten Räume des MfS waren in den Gebäuden der Deutschen Post als »(Dienst)Stelle 12«, beim Zoll als »Postzollfahndung« gekennzeichnet. Um sich mit falschen amtlichen Identitäten ausweisen zu können, wurden auf konspirativem Weg Ausweise der Deutschen Post und der Zollverwaltung für die Mitarbeiter der Abteilung M beschafft. Allein im Bezirk Gera war das gesamte Postaufkommen im Jahr 1983 auf mehr als 10 Millionen Sendungen angestiegen – ohne den DDR-internen Paket- und Päckchenverkehr. Die 117 hauptamtlichen

»Tschekisten« der Postkontrolle, davon 30 Frauen, unter Leitung von Oberstleutnant Horst Scholz (Jg. 1930) waren rund um die Uhr im Einsatz.²⁵⁴ Die Postsendungen sollten so kurz wie möglich aus dem regulären Postverkehr herausgenommen und »taggleich« kontrolliert werden.

Die Geraer Postkontrolleure hatten jährliche Mengenvorgaben für die »operative Auswertung« zu erfüllen: Für das Referat M/1 waren dies 600 000 Sendungen. Davon waren ca. 25 Prozent der ausgewerteten Sendungen der Absenderüberprüfung auf Existenz und Schriftidentität zu übergeben. Ein anderer Kontrollbereich hatte 400 000 Sendungen aufgabenteilig zu untersuchen (1989). »Das Referat 3 wird [...] auf ein Jahressoll von ca. 3 Millionen zu bearbeitende Sendungen orientiert.«²⁵⁵ Insgesamt waren fast 350 Postkontrolleure an den BV-Standorten Erfurt, Gera und Suhl sowie den jeweiligen Außenstellen mit dem Auswerten der Briefe und Pakete befasst.²⁵⁶ Das MfS bearbeitete die Postsendungen mit unterschiedlicher Intensität. Besonderes Augenmerk galt Telegrammen, Briefen und Paketen im Auslandsverkehr. Ab den 1970er-Jahren wurde auch der Postverkehr innerhalb der DDR systematisch kontrolliert.

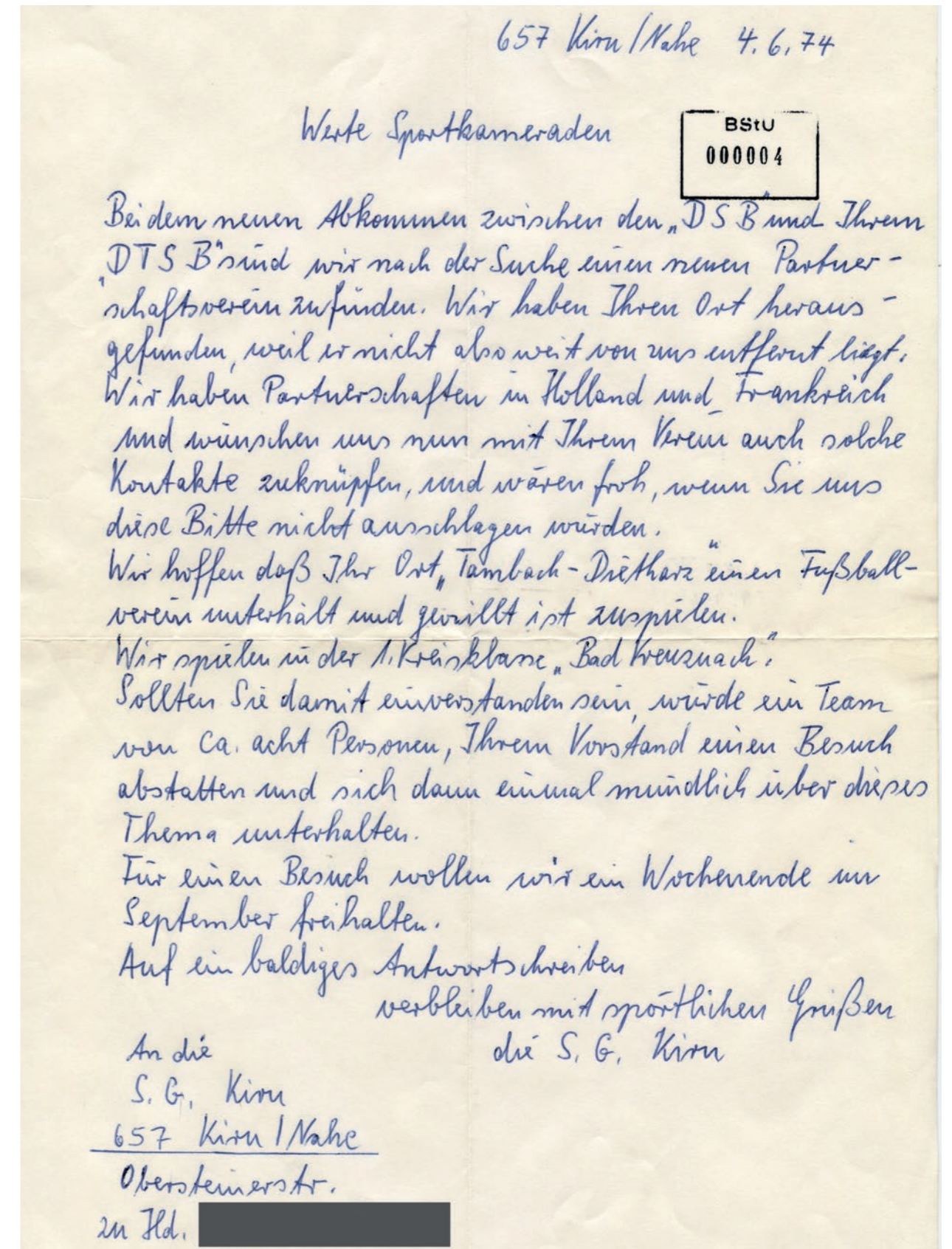
Die ausgewählten Postsendungen wurden in die Bezirksverwaltung gebracht und ausgewertet. Das Spektrum der Bearbeitung reichte von der bloßen äußeren Überprüfung über die inhaltliche Analyse, die Adress- und Absenderüberprüfung bis zur Speichelanalyse an Kuverts und Briefmarken. Bei vielen Briefen führte die Stasi einen Schriftenvergleich durch »mit der Zielstellung, unterschiedliche Absender gleicher Schrifturheberschaft« festzustellen.²⁵⁷ Zudem suchten die Mitarbeiter der Abteilung M nach Geheimschriften und mikroskopisch verkleinerten Nachrichten. Briefe mit »feindlich-negativen« Briefmarken, etwa mit Motiven der Menschenrechtsorganisation »Amnesty International« oder des Reichstagsgebäudes in West-Berlin, wurden von der Weiterbeförderung ausgeschlossen.

Die »Vereinigung der 40er-Genossen« aus Suhl richtete 1986 einen Brief an das Zentralkomitee der SED in Berlin. Offensiv forderte sie endlich eine Würdigung ihrer Leistungen: »Wäre es nach 40-jähriger Mitgliedschaft nicht angebracht, diesen Genossen eine Anerkennung ihrer Verdienste zu gewähren?«²⁵⁸ Die Vereinigung wie

auch der Absender auf dem Umschlag, die »SED-Bezirksleitung Suhl Veteranenkom[itee]«, waren im ZK unbekannt. Der Brief wurde an die SED-Bezirksverwaltung »zur Kenntnisnahme und eventuellen weiteren Bearbeitung« und von dort an das MfS in Suhl gesandt.²⁵⁹ MfS-Generalmajor Gerhard Lange möge bitte den Schreiber feststellen. Daraufhin wurde die Maschinenschrift mit den Schriftenspeichern in Erfurt, Gera und Suhl abgeglichen, allerdings ohne greifbares Ergebnis. Die Analyse des Speichels von Klebeflächen brachte zutage, dass der Schreiber männlich war und die Blutgruppe 0 hatte. Weiterhin wurde der Schreibmaschinentyp ermittelt. Zuletzt wurden alte Genossen aus Ilmenau, wo der fragliche Brief abgestempelt worden war, mit einer 40-jährigen SED-Mitgliedschaft ins Visier genommen. Die Recherche ergab acht Personen der Jahrgänge 1913 bis 1931. Am Ende kam aus dieser Gruppe keiner als Schreiber infrage – der anonyme Absender konnte trotz großem Aufwand nicht ermittelt werden.

Die Mitarbeiter der Abteilung M entnahmen den Postsendungen systematisch Bargeld und Wertsachen. Von 1984 bis 1989 wurden so in der DDR 33 Millionen DM aus Briefen entwendet. Weitere 10 Millionen DDR-Mark nahm das MfS durch den Verkauf einbehaltener Paketinhalte ein.²⁶⁰ In einem Vermerk des MfS heißt es unverblümt: »Mit der Einbehaltung von Geldbriefsendungen und fehlgeleiteter Kleingutsendungen wird ein Beitrag der Abteilung M zur Stärkung der DDR geleistet. [...] Die Einbehaltung von fehlgeleiteten Paketsendungen und Briefsendungen mit Zahlungsmitteln muss streng geheim bleiben.«²⁶¹ Wegen des Risikos, dass sich eigene Mitarbeiter an den Brief- oder Paketinhalten bedienen könnten, war die Entnahme streng reglementiert. So trugen die Mitarbeiter Kittel ohne Taschen und waren nie allein im Raum.

Aus Sonneberg ging 1983 Post an die »liebe Tante Rosa« in die USA. Die Absender waren verärgert, weil ein Brief mit Geld aus den USA sie nicht erreicht hatte. Die Sonneberger schildern, wie sie sich bei der DDR-Post beschwert und welche unbefriedigenden Antworten sie erhalten hatten. Ein Ersatz für das verschwundene Geld sei nicht möglich, habe es von dort geheißen. Die Briefschreiber stellten noch weitere Überlegungen an. Der DDR-Zoll könne für die Unterschlagung nicht ver-



> Brief aus dem westdeutschen Kirn an den Fußballverein Tambach-Dietharz: Die westdeutschen Fußballer aus der ersten Kreisklasse Bad Kreuznach suchten in der DDR eine Partnerschaft mit einem Fußballklub. Das MfS behielt den Brief ein und legte ihn in einer MfS-Akte für »besondere Vorkommnisse« ab. 4.6.1974
BStU, MfS, BV Erfurt, KD Gotha, Nr. 870, Bd. 3, Bl. 4

antwortlich sein, denn ein Zollstempel habe auf dem Brief gefehlt. Es bliebe nur ein Dieb, möglicherweise die örtliche Postbotin. Um weiteren Diebstahl auszuschließen, teilten die Absender Tante Rosa eine andere Adresse mit: Oberer Graben in Sonneberg. »Das ist unser bester Freund, er weiß Bescheid und so werden wir den Brief von ihm ungeöffnet erhalten.« Die neue Adresse findet sich umgehend in den Fahndungsunterlagen der Postkontrolle, denn der Brief war direkt nach dem Einwurf »ausgewertet« worden.²⁶²

**Ziel des MfS ist es,
»Feinde im Postverkehr aufzuspüren«.²⁶³**

Ein anderer Fall wurde zum Jahresende 1986 in der Bezirksverwaltung Erfurt bekannt: Kontrolleure hatten über einen Zeitraum von fünf Jahren Geld, Briefmarken und Konsumgüter gestohlen – nicht für den Staatshaushalt der DDR, sondern für das eigene Portemonnaie. Die internen Kontrollen des MfS hatten versagt. Die Stasi-Mitarbeiter versteckten das Geld in der Unterhose oder in den Strümpfen, »wogegen andere Genossen Sachen aus Paketen mit dem ganzen Packpapier mit Aufschrift mit nach Hause nahmen«.²⁶⁴ Mit dem Diebesgut fand unter den »Tschekisten« ein regelrechter Tauschhandel statt. So wurden – gewissermaßen auf Bestellung der Kollegen – Mundharmonikas, Schallplatten, Uhren, Schmuck, Spielsachen, Kinderhosen oder Taschenrechner den Westpaketen

entnommen und getauscht.²⁶⁵ »Es wurden auch Sachen verbrannt, wie Packpapier von Paketen mit Anschriften, wenn der ganze Inhalt mitgenommen wurde [...]. Dieses wurde vor den Toiletten gemacht, auf dem Kehrblech oder auf dem Steinfußboden. Die Asche wurde danach durch die Toilette weggespült.«²⁶⁶ Ein Tatverdächtiger gab an, dass er von 1981 bis 1986 »zwischen 25 und 30 Tausend DM« für sich selbst abgezweigt hatte. Darüber hinaus hatte er Hunderte Postsendungen vernichtet sowie aus knapp 3 000 Sendungen Sammler-Briefmarken entnommen. Insgesamt 13 Mitarbeiter der BV Erfurt räumten ein, »unter Missbrauch ihrer Aufgabenstellung in unterschiedlicher Intensität strafbare Handlungen« begangen zu haben.²⁶⁷ Fünf Mitarbeiter wurden aus dem MfS-Dienst entlassen, drei degradiert und versetzt; fünf weitere erhielten Verwarnungen bzw. strenge Verweise. Gegen den Haupttäter wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Anfang 1989 legte die Stasi fest, wie sich ihre Abteilung Postüberwachung in Spannungsperioden bzw. im Verteidigungszustand verhalten sollte. Sie bereitete sich damit auf einen hypothetischen Fall vor, der dann im Herbst 1989 tatsächlich eintrat. Die Kontrolleure vernichteten umfassend konspirative Technik und Unterlagen.²⁶⁸ Am 8. November 1989 stellte die Stasi die Postkontrolle ein – fast 40 Jahre, nachdem sie damit begonnen hatte.

RSi



> »Alles für das Wohl der Werktätigen, für das Glück des Volkes«: Postamt im Kreis Hildburghausen mit Politparole. Vor 1989
BStU, MfS, BV Suhl, KD Hildburghausen, Nr. 445, Bl. 177, Bild 3



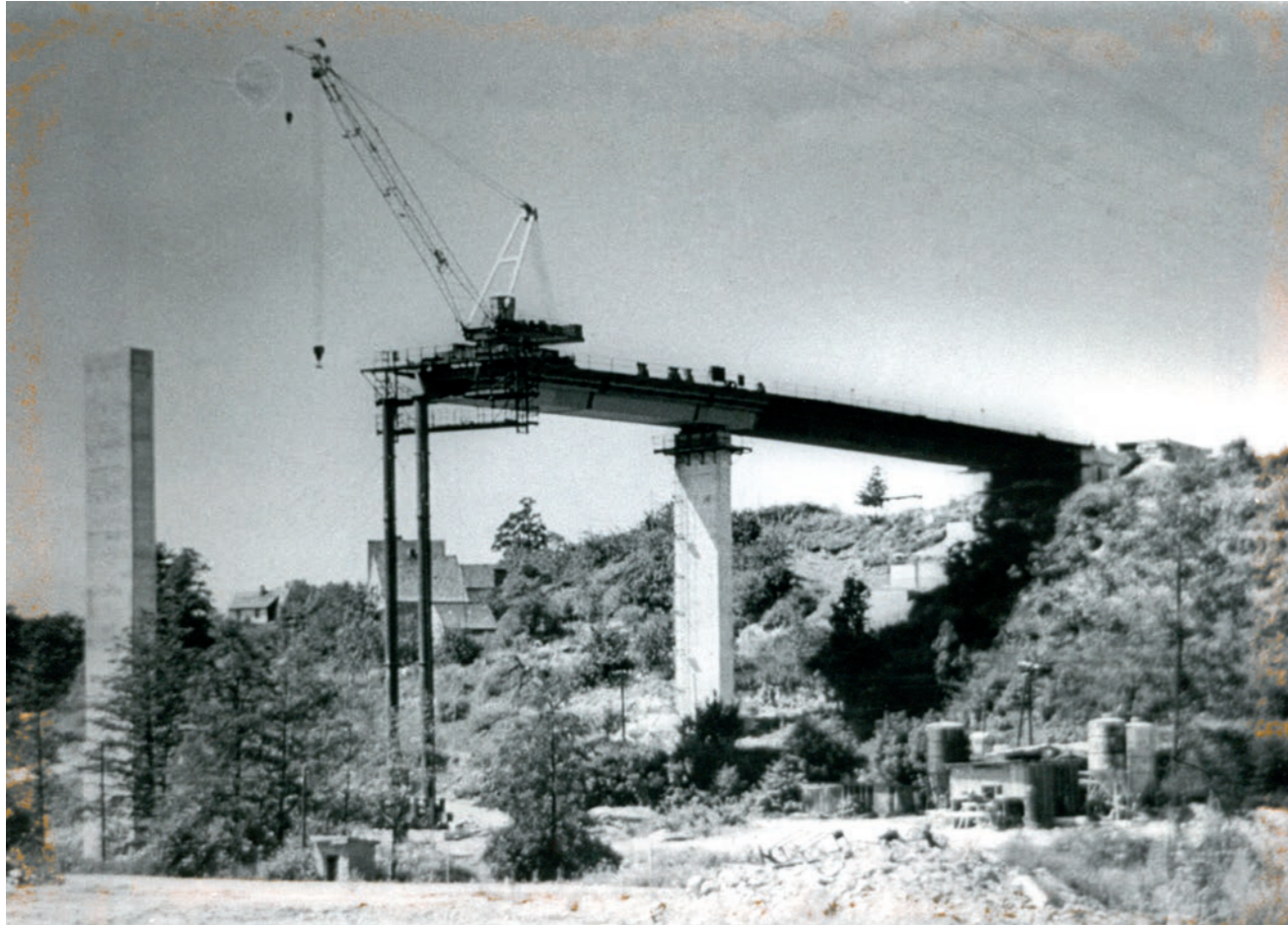
> Die zusammengebrochene Stauseebrücke von Zeulenroda. 1 – neu angeliefertes Hohlkastenelement; 2 – Pfeiler 1; 3 – Widerlager; 4 – Vorbaukran (Markierungen der Stasi). 13.8.1973
BStU, MfS, BV Gera, AS 492/75, Bd. 4, Bl. 134

Die Schuld der anderen – der Brückeneinsturz von Zeulenroda

Mit Blick auf die Baustelle erläuterte Ingenieur Gisbert Rother seinem Sohn und seiner Partnerin die besonderen Herausforderungen des spektakulären Projekts, das er geplant hatte. Die auf 361 Meter Länge projektierte Stahlbrücke über den zukünftigen Stausee der Weidaltalsperre wurde aus Hohlkästen im sogenannten Freivorbau errichtet, eine in der DDR bislang unerprobte Technik. Sieben stählerne Hohlkästen als künftige

Fahrbahn waren bislang montiert und ragten rund 30 Meter freitragend über den ersten Brückenpfeiler hinaus. An diesem 13. August 1973 sollte nun ein achttes Element montiert werden. Es war eine kritische Phase, in der das anwachsende Gesamtgewicht der überhängenden Fahrbahnkonstruktion samt Vorbaukran und dem angelieferten achten Hohlkasten mit großer Last auf einem Punkt, dem Pfeiler 1, lag.

Es war später Vormittag, als der Brückenbauingenieur und seine Familie Berstgeräusche hörten. Plötzlich senkte sich der vorkragende Bauteil der Brücke ab und riss Bauarbeiter und Maschinen in die Tiefe. Die



> Die Stauseebrücke von Zeulenroda am Tag vor ihrem Zusammenbruch. Mit einem Montagekran und Hilfsstützen sollte im sogenannten Freivorbau der nächste Hohlkasten angefügt werden. Fast die gesamte Last lag zu diesem Zeitpunkt auf Pfeiler 1. 12.8.1973
BStU, MfS, BV Gera, AS 492/75, Bd. 4, Bl. 127

Partnerin von Rother, eine Ärztin, rannte sofort zur Unfallstelle, um Erste Hilfe zu leisten. Rother selbst flüchtete sich in die Obhut der Volkspolizei, weil er die Reaktion der Bauarbeiter fürchtete. Das ganze Ausmaß der Katastrophe wurde nach und nach deutlich. Vier Menschen starben, fünf weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Der Gesamtschaden belief sich auf 3,5 Millionen DDR-Mark.

Die Volkspolizei übernahm die ersten Zeugenbefragungen, später stieg das MfS mit eigenen Vernehmern ein. Schnell gerieten die Ingenieure Gisbert Rother (1938–1997), Heinz Haser und Horst Adler in den Verdacht, den Brückeneinsturz durch fachliche Fehler verursacht zu haben. Gegenüber den technisch unkundigen Vernehmern erklärte Rother präzise die komplizierte Brückenbautechnologie. Zugleich nahm ihn die menschliche Tragödie auf der Baustelle seelisch stark mit und er fühlte sich schuldig.²⁶⁹ Auch gegen

Haser und Adler, später ebenfalls in Untersuchungshaft genommen, wurde ermittelt. In ihrem Schlussbericht gelangte die Volkspolizei zu dem Ergebnis, die Ingenieure hätten bei der Projektierung an mehreren Punkten schwerwiegende fachliche Fehler begangen.²⁷⁰ Trotzdem arbeitete Rother nach dem Brückeneinsturz weiter an einem anspruchsvollen Projekt in Berlin, dessen Abschluss das MfS bewusst abwartete. Der hochspezialisierte Ingenieur sollte so lange wie möglich seine Arbeitskraft für den SED-Staat einsetzen. Erst im November 1973 wurde Rother verhaftet.

Staatssicherheit und Staatsanwaltschaft versuchten, eine politische Straftat zu konstruieren. Schließlich hatte der Einsturz sich ausgerechnet an einem 13. August ereignet, was die Stasi reflexartig an eine politische Straftat denken ließ. In »Aussprachen« mit Werkkollegen von Rother versuchten die Staatsanwälte, Stimmung für diese Vorverurteilung zu machen.

Das öffentliche Interesse an dem Prozess vor dem Bezirksgericht Gera war immens. Neben vielen Hauptamtlichen der Stasi saßen rund 100 Fachleute aus Bau- und Fertigungsbetrieben im Verhandlungssaal. Sie trieb die Sorge um, als Betriebsleiter oder Projektanten in ähnlichen Fällen selbst belangt zu werden. Republikweit sank die Bereitschaft, Leitungsaufgaben zu übernehmen. Gründe dafür waren die schlechte Bezahlung sowie marode und mitunter lebensgefährliche Produktionsanlagen. Die Ingenieure waren nun gewarnt²⁷¹ und arbeiteten immer häufiger nach der »Gürtel- und Hosenträgermethode«: Es wurde mit mehrfacher statischer Sicherheit projektiert und keine Risikobereitschaft mehr gezeigt »auf Kosten von höherer Projektierungszeit und höherem Verbrauch von Baumaterialien.«²⁷² Enorme Materialmengen wurden zudem benötigt, um ältere Stahlbrücken nachzurüsten. Der Planwirtschaft der SED, ohnehin von chronischem Stahlmangel geplagt, drohten massive Probleme.

Der Stasi gelang es nicht, den Angeklagten eine politische Straftat nachzuweisen. Es erwies sich als Zufall, dass die Brücke ausgerechnet am 13. August eingestürzt war – darauf hatten Rother's Kollegen schon bei den Befragungen beharrt.²⁷³ Deshalb einigten sich im November 1973 Staatsanwalt Dr. Schaknys, der Leiter der Branduntersuchungskommission der Kripo (BUK) und Stasi-Hauptmann Meisel von der HA IX/7 auf eine Anklage wegen Gesundheits- und Arbeitsschutzdelikten (§ 193 StGB). Der entsprechende Paragraf im DDR-Strafgesetzbuch richtete sich aus-



> Ingenieur Gisbert Rother. Um 1965
BStU, MfS, BV Gera, AOP 6406/75, Bd. 1, Bl. 15

schließlich gegen Betriebsleiter sowie weisungs- und kontrollberechtigte Leiter von Kollektiven, die ihre Pflichten beim Arbeitsschutz vernachlässigt hatten.²⁷⁴ Die angeklagten Ingenieure hatten eigentlich keine entsprechenden Funktionen inne, dennoch fand vor Gericht der entsprechende Paragraf Anwendung. Zugleich ließ das Gericht Zeugen der Verteidigung nicht zu, auch kein Zweitgutachten oder eigene Beweismittel der Angeklagten. In der ersten Urteilsbegründung wurde den Angeklagten nicht einmal eine individuelle Schuld am Einsturz nachgewiesen. Das Bezirksgericht Gera stellte sogar fest, »dass keine der festgestellten Ursachen für sich allein zur Havarie geführt hat; nur das Zusammenwirken mehrerer Faktoren führte zum Unfallereignis.«²⁷⁵ Dennoch wurde Rother schließlich zu 30 Monaten, Haser zu 22 Monaten Haft verurteilt und Adler zu einem Jahr Haft auf Bewährung.

Als die Verurteilten im Juli 1974 Berufung einlegten, passierte das für DDR-Verhältnisse Unglaubliche. Üblicherweise wurden Berufungen als unbegründet zurückgewiesen, doch das Urteil wurde vom 2. Strafsenat des Obersten Gerichtes in Ost-Berlin überprüft. Diesmal waren Gutachter »im Interesse einer objektiven Wahrheitserforschung« zugelassen.²⁷⁶ Die Gutachter trugen dem Gericht Erkenntnisse von »einer überraschend hohen Empfindlichkeit« der Hohlkastenelemente vor.²⁷⁷ Der Rother vorgeworfene Rechenfehler läge in der ingenieurpraktischen Toleranz und könne die Havarie ursächlich nicht herbeigeführt haben. Schon geringfügige Formungenauigkeiten im Brückenkörper könnten den Zusammenbruch ausgelöst haben. Das Gericht folgte den Ausführungen der Gutachter. Die Angeklagten hätten, so das Aufhebungsurteil, keine Rechtspflichtverletzungen begangen und wurden freigesprochen.

Unklar bleibt, ob die wohlbegründeten Expertisen, die kaum absehbaren Auswirkungen des ersten Urteils auf die Stahlproduktion und damit auf den Fünfjahresplan der SED oder gar tiefere Rechtserkenntnis der Richter zum Freispruch am 20. September 1974 führten. Bereits im August waren Rother und Haser aus der Haft entlassen worden und an ihre Arbeitsstellen zurückgekehrt. Für alle Beteiligten war klar, dass dies im Vorgriff auf einen erwarteten Freispruch erfolgte.

In einer internen Auswertung des Berufungsprozesses und Freispruchs gelangten die Tschekisten zu einem

erstaunlichen Ergebnis. Die Staatsanwaltschaft in Gera wollte, so die Stasi, »unbedingt einen Schuldigen« und habe »deshalb jegliche entlastende Faktoren unterbunden«. ²⁷⁸ Die Staatssicherheit gerierte sich nunmehr selbst als ein an den Ermittlungen und am Prozessverlauf unbeteiligtes Organ. Ein typisches Verhaltensmuster. Politischer Misserfolg hatte im SED-Staat nie mehrere Verursacher.

Zu keinem Zeitpunkt gab es in der DDR eine unabhängige Justiz. Handeln und Urteile der Rechtsprechung »im Namen des Volkes« waren den politischen Zielen der SED untergeordnet. Als Untersuchungsorgan für politische Strafsachen führte die Staatssicherheit ihre Ermittlungsverfahren weitgehend unabhängig von den Staatsanwaltschaften. Das MfS entschied, welche Informationen die Staatsanwaltschaft erhielt und welche ihr vorzuenthalten waren. Regelmäßig wurden die von der Staatssicherheit erstellten Schlussberichte von den Staatsanwälten nur geringfügig überarbeitet als Anklageschriften übernommen. Oft wurden Geständnisse erpresst, falsche Zeugenaussagen geliefert und Beweise manipuliert. Vorrangiges Ziel des Vernehmers war ein schnelles Geständnis, auch wenn dies unter Ausnutzung einer psychischen Zwangslage gewonnen wurde. ²⁷⁹ Kurz vor der Gerichtsverhandlung beklagte Rother schriftlich gegenüber dem Staatsanwalt den starken psychologischen Druck seitens des Vernehmers »bis an eine nicht mehr zu ertragende Grenze«. ²⁸⁰ Zeugenrüder Vernehmungsmethoden waren grundsätzlich nur die Untersuchungshäftlinge selbst, während Anwälte keinen Zutritt hatten. Die bekannte Kanzlei Friedrich Karl Kaul ²⁸¹, die Rother vertrat, erhielt erst kurz vor Prozessbeginn Akteneinsicht. Der Mitangeklagte Haser berichtete später, alle seine Unterlagen zur Verteidigung seien ihm abgenommen worden, sogar Papier und Bleistift blieben ihm versagt. Das belastende Gutachten einer Expertenkommission, Grundlage für die spätere Verurteilung, wurde ihm gerade einmal einen Tag lang ausgehändigt. ²⁸²

Häufig war es das Ziel des MfS und der Staatsanwaltschaft, den Angeklagten eine politische Motivation für ihre Tat nachzuweisen und Belege für die Störtätigkeit des »Klassenfeindes« zu finden. So suchte die Stasi auch bei Rother Verbindungen zu »Dienststellen imperialistischer Geheimdienste«. ²⁸³ Tatsächlich hatte Rother Anfang der 1960er-Jahre über West-Berlin nicht genehmigte

Reisen durch Westeuropa, den Nahen Osten und Asien unternommen, bevor er an der jugoslawisch-rumänischen Grenze festgenommen wurde. ²⁸⁴ Für die Stasi stand damit fest, dass die politische Einstellung von Rother negativ sei.

Die Befragung Verdächtiger dient dem Ziel »der Zersetzung oder Verunsicherung«. (MfS-Definition)

Prozesse fanden häufig als Geheimverfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. In anderen Fällen wurden Schauprozesse vor ausgewähltem Publikum abgehalten. Über Rundfunk und Presse erreichte die Agitation der inszenierten Prozesse breite Bevölkerungsschichten. So wurde die von der Partei beabsichtigte politische Botschaft verbreitet: Innere und äußere Feinde greifen den friedlichen Aufbau des Sozialismus an, aber Partei und Arbeiterklasse sind wehrhaft. In enger Abstimmung zwischen Partei, Untersuchungsorgan, Justiz und Presse wurde der Prozessablauf vorab bestimmt, wobei allen Beteiligten festgelegte Rollen zugewiesen waren. Auch im Fall des Brückenprojekts wurden vor Prozessbeginn die Parteisekretäre der beteiligten Betriebe ins Haus des ZK der SED eingeladen und auf den Prozess politisch eingeschworen. Es schien bereits festzustehen, dass es zu einer Verurteilung wegen der Unfalltoten kommen musste. Schließlich sei der Mensch »das Wertvollste, das wir besitzen – im kap[italistischen] Staat wurde für den gleichen Einsturz keiner zur Verantwortung gezogen«. ²⁸⁵ Im anhaltenden Kampf der Systeme glaubte sich die DDR mit ihrem sozialistischen Rechtssystem und ihren moralisch scheinbar höher stehenden Positionen dem Westen überlegen. Tatsächlich hatte es 1971 einen ähnlichen Stahlbrückeneinsturz bei Koblenz-Horchheim mit mehreren Toten gegeben. Dort stellte die bundesdeutsche Staatsanwaltschaft das Verfahren mangels Schuld nachweises ein. ²⁸⁶

PBo

Haft für Eisenacher Familie – das Stasi-Gefängnis »Andreasstraße«

Am 29. März 1984 morgens nahmen Offiziere der Kreisdienststelle Eisenach die Familie Höfelmayr fest – die Eltern Hannelore (Jg. 1946) und Martin (1941–1994) zu Hause, die beiden Kinder auf dem Weg zur Arbeit. Dieser Tag war der Beginn einer monatelangen Trennung. Die Staatssicherheit hatte die Höfelmayrs im Verdacht, eine Flucht in die Bundesrepublik vorzubereiten. Im Dezember 1983 hatte die Familie sich in der ČSSR aufgehalten, um die Grenze zu Österreich zu erkunden. Die Grenzpolizei nahm sie fest, doch da alle eine Fluchtabsicht bestritten, wurden sie am folgenden Tag freigelassen und aus der ČSSR ausgewiesen. Daraufhin entschlossen sie sich, die Ausreise zu beantragen. Am 26. März 1984 fuhr die Familie nach Ost-Berlin in die österreichische Botschaft, um sich unter den Schutz des Botschafters zu stellen und ihr Anliegen durchzusetzen – zunächst jedoch ohne Erfolg. Ihnen wurde erklärt, dass sie zuerst einen Antrag auf Ausreise bei den DDR-Behörden stellen müssten. Zurück aus Berlin stellte Familie Höfelmayr beim Rat des Kreises in Eisenach den Ausreiseantrag. Bis dahin war die Familie nicht »negativ« aufgefallen. Auch dort beteuerte sie, dass ihr Ausreiseverlangen auf keine Weise politisch, sondern durch den Wunsch nach einem Neuanfang motiviert sei. ²⁸⁷ Damit wollte sie wahrscheinlich die Gefahr einer Verhaftung umgehen. Seit der Rückkehr aus Ost-Berlin hatte sich ein Wartburg der Staatssicherheit vor der Haustür der Höfelmayrs postiert. Hannelore erinnert sich: »Wir haben gewusst: Irgendwann verhaften sie uns.« ²⁸⁸

In der MfS-Kreisdienststelle in Eisenach (S. 145) fand die sogenannte Erstvernehmung der Familie Höfelmayr statt. Über sieben Stunden verhörte die Stasi jedes Familienmitglied separat und befragte es zu den Fluchtabsichten. Die Offiziere waren am Anfang freundlich, dann bauten sie hohen Druck auf, um möglichst schnell ein Schuldbekanntnis zu bekommen. Die Stasi hielt in der Akte fest, dass die Tochter Ina Höfelmayr (Jg. 1965, verheiratete Jaekel) nach anfänglichem Leugnen zugegeben habe, dass der Kurzurlaub in der ČSSR einer Flucht dienen sollte. Ina Jaekel bestreitet, dass dies der Fall war. Ihre Mutter Hannelore stritt die Vorwürfe ab. ²⁸⁹ Die Familie wurde dann in die



> Hannelore und Ina Höfelmayr nach ihrer Einlieferung in die Stasi-Untersuchungshaft Erfurt. 1984
BStU, MfS, BV Erfurt, AU 1461/84, Bd. 2, Bl. 66 und Bd. 4, Bl. 60

Untersuchungshaftanstalt der Stasi in Erfurt eingeliefert. Alle vier saßen in den engen Zellen des zu einem Gefangenentransporter umgebauten Barkas. ²⁹⁰ Keiner von ihnen wusste, dass sie im gleichen Auto saßen und nach Erfurt gebracht wurden.

Die Haftaufnahme in der Andreasstraße war genau geregelt und diente u. a. dazu, die Gefangenen zu entpersonalisieren und zu verunsichern. Hannelore und Ina mussten ihre Kleidung, ihre Personalausweise und ihre persönlichen Dokumente abgeben. Sie wurden einer Leibesvisitation unterzogen. Die Stasi nahm ihren Fingerabdruck und fertigte »Täter«-Lichtbilder. ²⁹¹ Das beschreiben beide als eine der schlimmsten Erinnerungen an die Andreasstraße. Für die Fotografien gab es einen Raum, der mit einem großen Holzstuhl ausgestattet war. Dieser Stuhl hatte eine Lehne und einen großen Hebel. Ihnen wurde befohlen, sich auf den Stuhl zu setzen, der dann für das Fotografieren über einen Mechanismus gedreht wurde. Der ausgelöste Ruck und das laute Quietschen des Stuhls machte Hannelore eine solche Angst, dass sie dachte: »Jetzt wirst du erschossen.« ²⁹²

In der ersten Nacht spielte sich für Mutter und Tochter eine dramatische Situation ab. Ina erlitt einen Nervenzusammenbruch und bekam Weinkrämpfe. Ein Schließer versuchte sie zu beruhigen und sagte zu ihr: »Pass mal auf Mädchen: Das, was dir gerade passiert, ist schlimm, aber das Schlimmste kommt noch. Und du musst das durchstehen. Ich will dir nur sagen, dass



> Gefängniszelle mit Fenstern aus Glasbausteinen und Freigangszellen für Untersuchungshäftlinge der Andreasstraße. 1990
Foto: Thomas Wagner; Sammlung: Stiftung Ettersberg/Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße

deine Mutter gegenüber in der Zelle sitzt und alles hört.«²⁹³ In der Nähe saß Hannelore Höfelmayr in einer Zelle und bekam die Not ihrer Tochter mit. Sie flehte die Schließerin vergeblich an, sie zu ihrer Tochter zu lassen, und erhielt als Antwort: »Das ist eben so mit Rabenmüttern, wenn man die eigenen Kinder in den Knast bringt, muss man damit rechnen, dass da auch was Schlimmes passiert.«²⁹⁴

Am 11. Juli 1984 sah sich Familie Höfelmayr zum ersten Mal wieder: vor Gericht. Doch sie durften nicht miteinander reden. Die Eltern wurden jeweils zu einem Jahr und zehn Monaten bzw. einem Jahr und sechs Monaten Haft verurteilt, die Kinder zu einem Jahr bzw. acht Monaten. Ende Juli erfolgte die Überstellung in den Strafvollzug. Hannelore und Ina wurden im gleichen Transport nach Hoheneck geschickt, mit einer Handschelle zusammengekettet. Sie verbüßten ihre Strafe im Frauengefängnis, wo politische Häftlinge gemeinsam mit zum Teil Schwerekriminalen untergebracht wurden. Auch dort herrschte ein Klima der Angst. Hannelore und Ina wurden zwar zusammen, aber gemeinsam mit fast 30 Frauen in einer Zelle untergebracht. Das Zusammensein gab ihnen Kraft, um die Schikanen des Haftalltags zu überstehen.²⁹⁵ Fast genau ein halbes Jahr nach der Verhaftung wurde Familie Höfelmayr freigekauft und nach Gießen in die Bundesrepublik entlassen.

Die Staatssicherheit verfügte in jedem Bezirk über ein strafrechtliches Ermittlungsorgan und eine eigene Untersuchungshaftanstalt (UHA). In den thüringischen Bezirken befanden sich diese Gefängnisse in der Erfurter Andreasstraße 37a, in Gera am Amthordurchgang 5 und in Suhl in der Neundorfer Straße 12. Die drei UHA lagen jeweils im Stadtzentrum unweit der zuständigen MfS-Bezirksverwaltungen. Die Abteilung XIV war für den Vollzug der Haft verantwortlich. Geschulte Offiziere der Abteilung IX (S. 142) führten die Vernehmungen durch. In der UHA saßen die Häftlinge bis zu ihrem Prozess ein. Nach dem Urteil wurden sie in der Regel in den regulären Strafvollzug verlegt. Die Abteilung IX führte in den Untersuchungshaftanstalten auch Verhöre mit Andersdenkenden, bei denen eine Verhaftung bzw. Inhaftierung nicht vorgesehen war. Diese Maßnahme der sogenannten Zersetzung sollte zur Einschüchterung dienen. In Gera kam Matthias Domaschk (1957–1981) nach einem solchen stundenlangen Verhör unter bisher ungeklärten Umständen ums Leben.

Die Erfurter »Andreasstraße« war zur DDR-Zeit unter der Erfurter Bevölkerung das Synonym für »Stasi« und »Knast«. Etwa 6 000 Personen wurden von 1952 bis 1989 aus »politischen Gründen« dort inhaftiert. In den 1970er-Jahren waren 20 Prozent der Gefangenen Frauen. Das Gefängnis wurde gemeinsam von Staatssicherheit und Volkspolizei genutzt, die Bereiche waren jedoch strikt voneinander getrennt.²⁹⁶



> Die Untersuchungshaftanstalt in der Andreasstraße. Um 1954
Stadtarchiv Erfurt

»Übersiedlungen Strafgefangener erfolgen ausschließlich auf der Grundlage meiner Entscheidungen.«
(Erich Mielke)²⁹⁷

Eine Inhaftierung in der Andreasstraße bedeutete für die meisten Insassen eine extrem hohe psychische Belastung. Nach dem Schockeffekt der Verhaftung und der Haftaufnahme, bei der praktisch die Identität geraubt wurde, begann für viele eine Phase des Wartens und Bangens um die eigene Zukunft. Von diesem Zeitpunkt an waren die Gefangenen nur noch eine Nummer. Hannelore Höfelmayr bekam die Kennzeichnung 5/2 (Zelle 5, Bett Nr. 2), ihre Tochter die 12/2. In den ersten Wochen waren die Häftlinge in der Regel in Isolierungshaft. Durch den kompletten Entzug sozialer Kontakte erhoffte sich die Stasi eine erhöhte Aussagebereitschaft bei den Vernehmungen.²⁹⁸ Ein weiteres Grundprinzip in der UHA bestand in der Dauerkontrolle der Gefangenen. Der Tagesablauf war streng reglementiert. Sogar die Schlafposition war festgelegt. Tagsüber herrschte Liegeverbot. Mitarbeiter der Abteilung XIV überwachten den Zellentrakt rund um die Uhr. Tagsüber kontrollierten sie die Zellen alle fünf bis acht Minuten mithilfe eines Türspions. Nachts erfolgte die Kontrolle alle 20 Minuten, wobei das

Wachpersonal das Licht einschaltete und die Häftlinge anschrte, dass sie auf dem Rücken zu liegen hätten mit den Händen auf der Bettdecke.²⁹⁹ Die Geräuschkulisse wirkte sich ebenfalls belastend aus. Ina Jaekel bezeichnete das ständige Beobachten als Folter und sagte, dass sie auf Schlüsselklappern heute immer noch allergisch reagiere.³⁰⁰

Enge und düstere Zellen sowie die schlechte Luft und die spärliche Essensversorgung gehörten zum Haftalltag. Aussicht auf Ablenkung gab es kaum. Der Ausgang in den Freihöfen war auf 20 bis 30 Minuten pro Tag beschränkt, fiel jedoch bei Überschneidung mit den Verhörzeiten weg. Bei kaltem oder nassem Wetter mussten die Häftlinge ebenfalls darauf verzichten. Besuche und Post waren rar, streng überwacht und wurden manchen Insassen völlig verwehrt.³⁰¹ Ina Jaekel beschreibt die Monotonie des Haftalltags: »Die Tage waren alle gleich [...] man wartete den ganzen Tag.«³⁰² Vor der Entlassung mussten die Gefangenen eine »Schweigeverpflichtung« unterschreiben, die ihnen untersagte, über die Haftbedingungen zu sprechen, sodass diese bis 1989 ein Tabuthema blieben.

ECa

Tod eines Lkw-Fahrers an der Grenzübergangsstelle Hirschberg

Wahrscheinlich war es ein Sekundentod. Eine von mehreren Kugeln aus dem Maschinengewehr eines Grenzsoldaten durchschlug den Rücken des italienischen Lkw-Fahrers, der bäuchlings auf die Straße fiel. Was aber führte zu der Tragödie vom 5. August 1976, die schweres Leid über die betroffene Familie brachte und ein internationales politisches Beben auslöste?

Benito Corghi (Jg. 1938) hatte seinen Lkw an der Kontrollstelle Rudolphstein auf der bayerischen Seite stehen lassen und ging in den frühen Morgenstunden zu Fuß auf der Autobahn zurück zur DDR-Grenzübergangsstelle Hirschberg, an der er um 2.58 Uhr abgefertigt worden war.³⁰³ Vor der ersten Kraftfahrzeugsperre rief ihm der DDR-Grenzposten zu, er solle stehen bleiben. Corghi blieb stehen, sprach auf den Postenführer S. (Jg. 1956) – vermutlich auf Italienisch – ein und rannte dann in Richtung Bundesrepublik zurück. Daraufhin eröffnete der Postenführer um 3.30 Uhr das Feuer.³⁰⁴ Wenig später wurde die Grenzbrücke gesperrt, sodass die »Festnahme und Bergung« des Toten nicht von anderen Transitreisenden beobachtet werden konnte.³⁰⁵

Im Mittelpunkt der Schuldfrage stand die Frage nach dem Grund für Corghis Rückkehr zur Grenzübergangsstelle Hirschberg. Die DDR bemühte sich angestrengt, auch nur den Anschein einer Beteiligung an den Geschehnissen vor den tödlichen Schüssen zu vermeiden. Tatsächlich aber hatte der stellvertretende Zugführer der Passkontrolleinheit des MfS in Hirschberg am Morgen entschieden, wegen eines von Corghi vergessenen Veterinärzeugnisses nichts zu unternehmen: »Wenn der Fahrer das Zeugnis benötigt, wird er es sich schon holen.«³⁰⁶ Das Notfalltelefon zwischen der Grenzübergangsstelle und der westlichen Zollstelle wurde jedenfalls nicht benutzt, um die Bagatelle zu klären.

Um 5.15 Uhr nahm die Abteilung IX der BV Gera (S. 143) die Meldung zum Grenzvorfalle auf: »Die Identität [des Toten] wurde anhand seiner Kleidungsstücke und aufgrund des Umstandes festgestellt, weil Corghi bei der Grenzabfertigung ein veterinärmed[izinisches] Zeugnis zum Fleischtransport liegen ließ.«³⁰⁷

Damit war klar, dass Corghi zurückgelaufen war, weil er das Dokument für die weitere Grenzabfertigung auf der westlichen Seite brauchte. Gleichwohl leugnet der Bericht von DDR-Außenminister Oskar Fischer an Erich Honecker den Anlass von Corghis Rückkehr: »Er hatte weder Dokumente noch andere Unterlagen an der Grenzübergangsstelle zurückgelassen.«³⁰⁸

**Der Einreiseverkehr soll »demonstrieren,
dass die DDR ein souveräner, international
anerkannter Staat ist.«
(MfS-Definition)**

Honecker und die SED-Führungsspitze wurden umgehend über die Vorgänge informiert.³⁰⁹ Schnell dürfte den Beteiligten bewusst gewesen sein, dass der Kühl-Lkw an der bayerischen Grenze mit 16 Tonnen Schweinefleisch aus Ost-Berlin zu einem Problem werden würde. Das abgestellte Fahrzeug würde bald Nachforschungen der bundesdeutschen Behörden in Gang setzen, wenn der Kraftfahrer nicht wieder auftauchte. Noch am gleichen Tag nahm daher der DDR-Außenhandelsbetrieb »Nahrung/Export und Import« mit der Westfirma Moksel Kontakt auf, die ihrerseits im Geschäftskontakt mit der Firma Mopelli im italienischen Cremona stand. Moksel schickte umgehend einen Ersatzfahrer, dem auf der Grenzübergangsstelle Hirschberg um 17.00 Uhr gegen Übergabeprotokoll Schlüssel und Dokumente des Getöteten ausgehändigt wurden.³¹⁰ Anschließend holte der Fahrer den Fleischtransporter am bayerischen Kontrollpunkt ab. Die übliche Strategie des MfS, Grenztote zu verschweigen oder die Hintergründe zu vertuschen, war in diesem Fall zwar wenig aussichtsreich, doch konnten die Verantwortlichen auf diese Weise einige Stunden Zeit gewinnen. Bis zum Abend verbreitete sich die Nachricht vom Tod des Italieners in den westlichen Medien. Zwei Transitreisende aus West-Berlin fragten an der Grenzübergangsstelle Hirschberg den Genossen der Passkontrolle des MfS, »ob er der Scharfschütze sei, der den ital[ienischen] Bürger erschossen habe.«³¹¹

Die DDR musste nun die italienische Botschaft in Ost-Berlin offiziell informieren. Um 17.30 Uhr wurde dort ein ranghoher Funktionär, der 1. Stellvertreter des Außenministers Herbert Krolikowski, vorstellig und

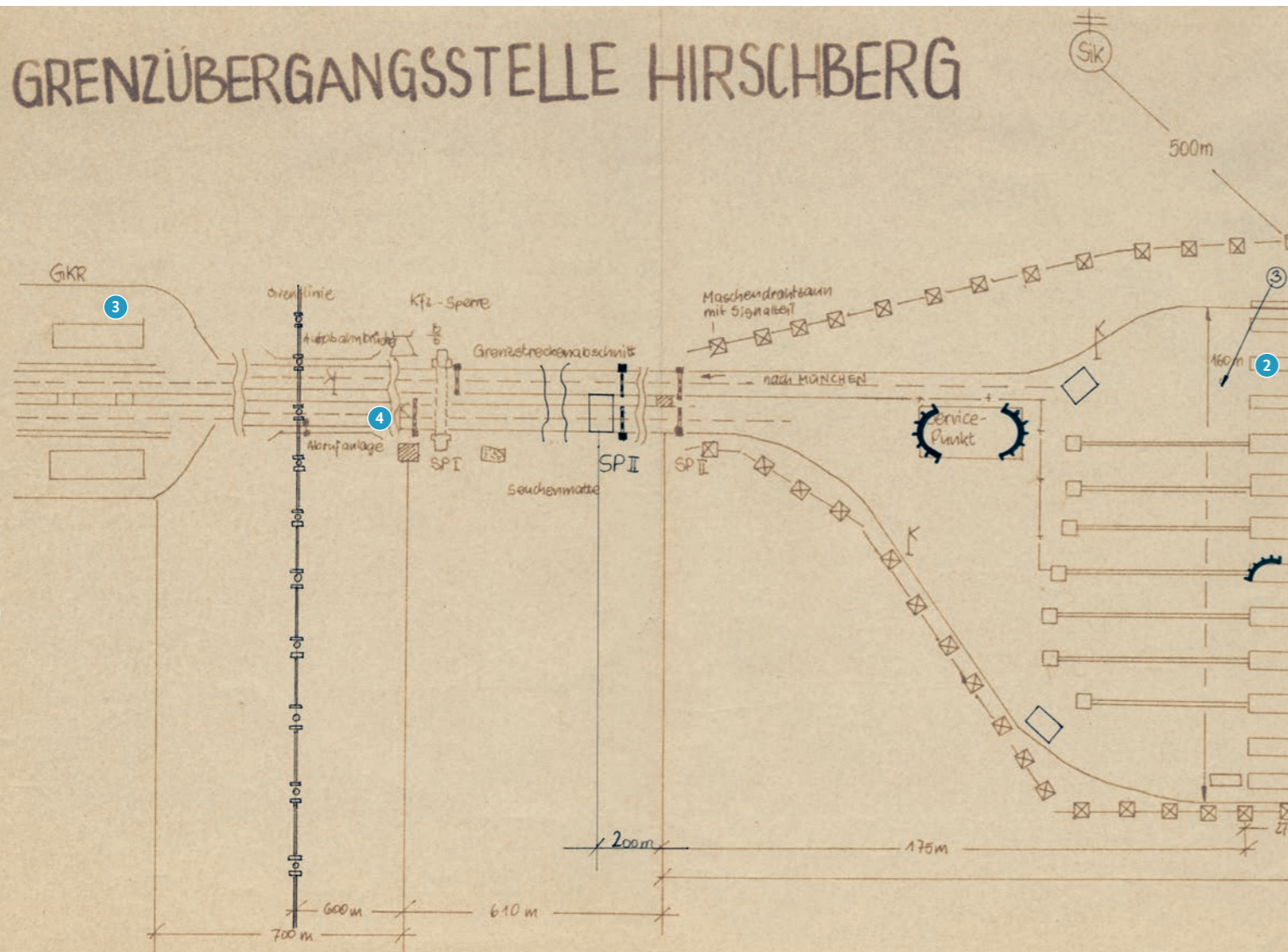


> Pass des erschossenen Lkw-Fahrers Benito Corghi aus Italien. 1975
BStU, MfS, HA IX, Nr. 1495, Bl. 55

informierte den dortigen Geschäftsträger Santarelli über den Tod des italienischen Staatsbürgers. Santarelli zeigte sich tief betroffen und kündigte an, dass man »in Italien [...] sicher mit einer heftigen Reaktion rechnen« müsse.³¹² Krolikowski warb um Verständnis dafür, dass die Grenze entsprechend gesichert werden müsse, weil viele junge DDR-Grenzsoldaten bereits Opfer von Anschlägen geworden seien. In einem mehrseitigen Strategiepapier hatte sich das MfS argumentativ auf Fragen der italienischen Seite vorbereitet. Ziel war es, das Verhalten Corghis als »in vieler Hinsicht mysteriös und unverständlich« darzustellen.³¹³ Diese Strategie sollte am Ende aufgehen.

Nur kurz meldete die staatliche DDR-Nachrichtagentur ADN den Tod einer männlichen Person am Grenzübergang Hirschberg, die »sich der Kontrolle

zu entziehen« versucht habe und dabei durch einen Schuss tödlich verletzt worden sei.³¹⁴ Die Presse in Ost und West reagierte mit ungewohnt heftigen Schuldzuweisungen. Ost-Berlin und Moskau beschuldigten Bonn der Ermunterung zur Provokation und Grenzverletzung.³¹⁵ Ein halbseitiger Kommentar im »Neuen Deutschland« alarmierte die Bundesregierung allerdings in besonderem Maße. Die Zeitung stellte die Frage, »ob es für die Deutsche Demokratische Republik weiterhin zumutbar ist, verhetzten Bundesbürgern in dem Maße Freizügigkeit in der DDR zu gewähren, wie das bisher der Fall ist.«³¹⁶ Günter Gaus, der Ständige Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin, wies noch am gleichen Tag gegenüber dem stellvertretenden DDR-Außenminister Kurt Nier die Androhung von Einreisebeschränkungen zurück. Wenn die DDR mit Einschränkungen drohe, so Gaus, müsse dies schwere

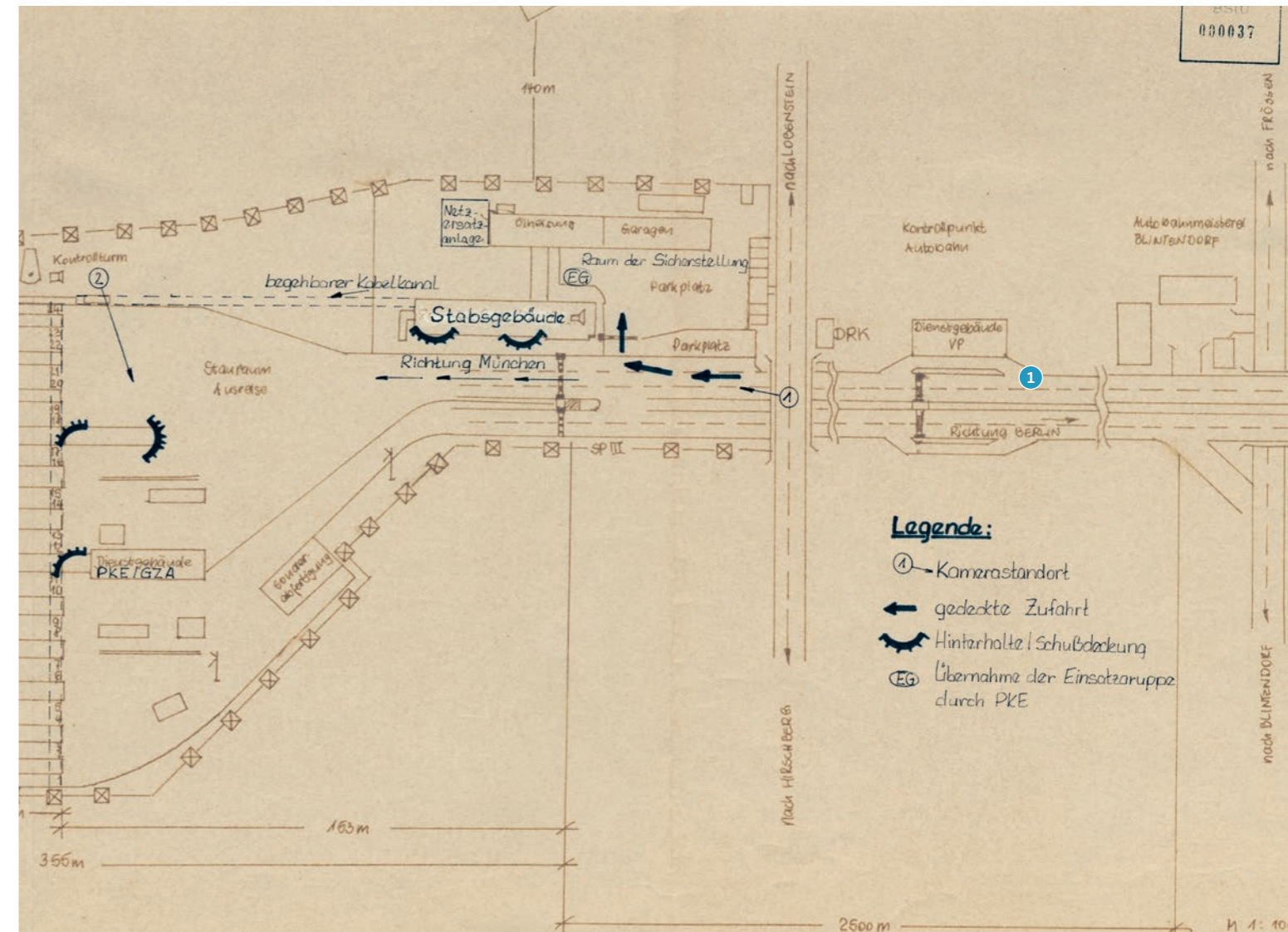


> DDR-Grenzübergangsstelle Hirschberg: Grundrissplan mit »Schussdeckung« und »Hinterhalten«. 1986
BStU, MfS, HA VI, Nr. 1514, Bl. 37

und langanhaltende Folgen für die deutsch-deutschen Beziehungen haben. Nier verteidigte den Zeitungskommentar und lehnte es zugleich scharf ab, über den Fall Corghi zu sprechen.³¹⁷

Bundesdeutsche und italienische Politiker reagierten bestürzt auf die Ereignisse. Das sozialdemokratische Lager setzte dennoch auf eine langfristige Annäherung an die DDR und fürchtete Rückschläge, während christdemokratische Kräfte vor dem Hintergrund des Grenzzwischenfalls einen harten Kurs forderten.

Herbert Wehner (SPD) verwies auf die lautlosen Erfolge in der Ostpolitik, etwa die Ausreisen Ostdeutscher bei dringenden Familienangelegenheiten oder die Reisen von Rentnern in die Bundesrepublik. Rechtsexperte Fritz Wittmann (CSU) schlug hingegen vor, der Bundesgrenzschutz solle Flüchtlingen künftig Feuerschutz geben, wenn Geschosse auf Bundesgebiet einschlugen.³¹⁸ In Italien forderten die Sozialdemokraten mit Blick auf die KPI-Mitgliedschaft des Erschossenen die Kommunistische Partei auf, sich von den Kommunisten in der DDR zu distanzieren.³¹⁹ Noch Anfang der 1960er-Jahre



- ① = Anfahrt des italienischen Lkw-Fahrers Benito Corghi über die Transitautobahn; ② = Überprüfung und Abfertigung des italienischen Lkw;
③ = Bayerischer Kontrollpunkt Rudolphstein, an dem Corghi seinen Lkw abstellte; ④ = Corghi wurde als Fußgänger 50 m vor dem ersten Sicherungsposten erschossen (5.8.1976).

EG = Einsatzgruppe der Stasi; GKR = Grenzkontrollraum in Bayern; GZA = Grenzzollamt der DDR; PKE = Passkontrolleinheit der Stasi; SiK = Sicherungskompanie des Grenzkommandos; SP I und II = Sicherungsposten des Grenzkommandos; VP = Volkspolizei

hatte die KPI die offizielle Rechtfertigungsversion der DDR für den Mauerbau wiedergegeben, sich später aber nicht mehr zum Thema geäußert.³²⁰

In dem nur anderthalbseitigen Abschlussbericht vier Tage nach den Todesschüssen an die italienische Botschaft suchte die DDR die Umstände weiterhin zu mystifizieren. Es sei »auch jetzt noch unerklärlich, weshalb Corghi nochmals in die DDR zurückwollte«.³²¹ Corghi habe sich ungewöhnlich bewegt, sich teils in gebückter Haltung genähert, die Bewegungsrichtung

geändert, versucht, außer Sicht zu gelangen und die Autobahn zu verlassen. Der Bericht verstimmte die Italiener nachhaltig. In einem Gespräch am 11. August 1976 zwischen Botschafter Norberto Behmann dell'Elmo und Kurt Nier legte der italienische Botschafter keine diplomatische Zurückhaltung mehr an den Tag und führte das Gespräch »impulsiv, heftig und nicht immer in sachlicher Form«, wie die DDR-Diplomaten festhalten.³²² Dieser Abschlussbericht könne bestenfalls ein vorläufiges Ergebnis sein, auf eine Reihe von Fragen biete er keine Antworten. Noch zugespitzt-



> Tatortspuren wurden verwischt: Nach dem Ende des SED-Regimes wurde im März 1990 die Brücke zur Durchleuchtung von Fahrzeugen an der Grenzübergangsstelle Hirschberg, hier bereits abgeladen auf dem Lkw, entsorgt. In der konspirativen Anlage setzte das MfS radioaktives Cäsium 137 ein. 8.3.1990

Checkpoint Bravo e.V. Foto: Thomas Matuschka

ter kritisierte die italienische Botschaft den Bericht in ihrem offiziellen Schreiben an die DDR als völlig unbefriedigend, unzureichend und ungeeignet.³²³

Bei einem Treffen mit dem sowjetischen Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU Leonid Breschnew am 19. August 1977 auf der Krim rühmte sich Erich Honecker der breiten Wirkung des Kommentars im »Neuen Deutschland«, der die Politik in der Bundesrepublik aufgebracht hatte. Sein Ziel sei eine weitere Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik.³²⁴ Corghis gewaltsamer Tod war zu diesem Zeitpunkt als aktuelles Thema aus der Öffentlichkeit weitgehend verschwunden.

Zwischen 1949 und 1961 flüchteten circa 2,7 Millionen DDR-Bürger aus politischen, wirtschaftlichen oder privaten Gründen in den Westen. Seit 1952 schloss die DDR die Westgrenze und baute sie schrittweise zu einem unüberwindlichen Bollwerk aus. Der wichtigste Faktor zur Absicherung der Grenze war neben den militärischen Anlagen der offene und verdeckte Einsatz von Angehörigen der Grenztruppen, der Volkspolizei und des MfS. Wer als DDR-Flüchtling bis zu den Grenz-

anlagen vordrang, setzte sich dem hohen Risiko aus, durch Schusswaffeneinsatz oder Splitterminen zu sterben. Das System der Grenze war im Wesentlichen nach innen, also gegen die eigenen Bürger gerichtet, als militärische Fortifikation gegen die NATO hatte der Eiserne Vorhang nur eine symbolische Bedeutung. Abgesehen von politisch motivierten Aktionen Einzelner war die DDR-Grenze von außen nie angegriffen worden. Gleichwohl wurde in der SED-Diktatur die Bedrohung propagandistisch überhöht und auch dem letzten militärischen Glied der Sicherheitsorgane eingepaukt. Auf den Fall, dass sich ein harmloser Fußgänger über die Autobahnbrücke dem Grenzübergang nähern könnte, waren die indoktrinierten Grenzschilder nicht vorbereitet – und ein 20-jähriger Grenzsoldat am fraglichen Morgen möglicherweise überfordert. Kaum ein Fall verursachte ein derartiges internationales Echo wie der tragische Tod von Benito Corghi.

PBo

Eine Terroristin unter der Obhut der Stasi – die RAF-Aussteigerin Silke Maier-Witt

Silke Maier-Witt (Jg. 1950) studierte ab dem Sommer 1969 in Hamburg Medizin und Psychologie. Sie sympathisierte mit der Außerparlamentarischen Opposition (APO) und entfernte sich im Zuge ihrer Arbeit mit milieugeschädigten Jugendlichen zunehmend von der etablierten Gesellschaft. Sie demonstrierte gegen den Vietnam-Krieg der USA und solidarisierte sich mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt. Zum Motor ihrer Radikalisierung wurde die Empörung über die Haftbedingungen der bereits gefassten Mitglieder der linksterroristischen Roten Armee Fraktion (RAF). Sie wechselte selbst in den Untergrund und half, die Entführung von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer im Herbst 1977 vorzubereiten, um die einsitzenden RAF-Mitglieder freizupressen. Dieses Vorhaben scheiterte blutig.

Als zwei Jahre später bei einem Banküberfall der RAF in Zürich eine Passantin getötet wurde, kehrte sie der RAF den Rücken. Zusammen mit sieben weiteren »Aussteigern« suchte sie ein sicheres Aufnahmeland. Favorisiert wurden die seinerzeit sozialistischen Staaten Angola, Mosambik und Kap Verde. Weil die DDR gute Beziehungen dorthin unterhielt, kontaktierte die RAF die Staatssicherheit. Diese beschloss, die Ex-Terroristen lieber in die DDR aufzunehmen, denn



> Fahndungsbild des Bundeskriminalamtes von Silke Maier-Witt. 8.12.1977

Foto: picture alliance/dpa

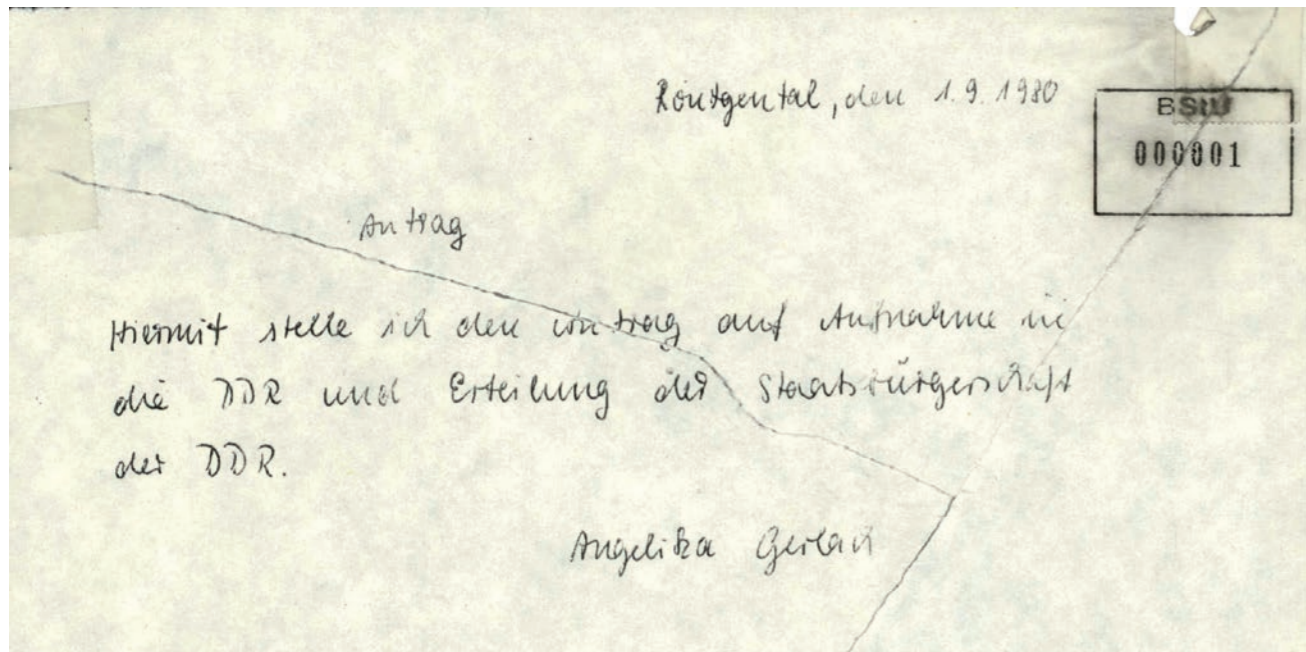
so bekam sie ein »Faustpfand« in die Hand: Auf diese Weise wollte sie die DDR gegen Attacken der aktiven RAF-Terroristen absichern – eine auch schon aus damaliger Sicht abstruse Vorstellung, denn die RAF hatte zu keinem Zeitpunkt entsprechende Absichten.

Für die Ex-Terroristen gab es in der DDR keine sprachlichen Hürden und sie konnten dort auch viel unauffälliger untertauchen als in einem afrikanischen Land.³²⁵ So kam Silke Maier-Witt im Spätsommer 1980 zusammen mit den anderen RAF-Aussteigerinnen und -Aussteigern Susanne Albrecht, Monika Helbing, Ekkehard von Seckendorff-Gudent, Werner Lotze, Christine Dümlein, Sigrid Sternebeck und Baptist Ralf Friedrich in die DDR. In den Jahren 1982 und 1983 folgten Henning Beer und Inge Vielt.

In der DDR war die Ex-Terroristin vor einer Verhaftung sicher, während sie im Westen mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe hätte rechnen müssen. Allerdings war sie, so wie die anderen Aussteiger, von der Staatssicherheit abhängig und wurde gleich nach Ankunft in einem »konspirativen Objekt« untergebracht. Die Geheimpolizei verschaffte ihr eine neue Identität – aus Silke Maier-Witt wurde so »Angelika Gerlach«.

Intensiv wurde sie auf ihr Leben in der DDR vorbereitet. Zu ihrer Legende gehörte, dass sie als Bundesbürgerin aus politischen Gründen in die DDR übersiedelt sei. Dies stieß zwar auf Verwunderung bei den neuen Nachbarn und Kollegen, doch eine DDR-Vita hätte ihr angesichts ihrer westdeutschen Ausdrucksweise niemand abgenommen. In ihrem fingierten Lebenslauf erklärte sie gemäß MfS-Vorgaben, sie habe »in einem befreiten Land den Aufbau des Sozialismus« unterstützen wollen.³²⁶

Die Aufnahme der Aussteiger war ein gut gehütetes Geheimnis, denn der Protektion von Terroristen überführt zu werden, hätte für das SED-Regime eine erhebliche Beeinträchtigung ihres internationalen Ansehens bedeutet. Bundesbürger, die in der DDR zu Besuch waren oder sie im Transit durchfuhren, hätten die Gesuchten erkennen können. Deren Wohnorte sollten daher nicht zu nah an der Grenze und nicht direkt an den wichtigsten Transitautobahnen liegen. Zugleich boten Städte mehr Anonymität als ländliche Gegenden. So wurde Maier-Witt als Wohnort zunächst Hoyerswerda und Ende 1983 Erfurt zugewiesen.



> Antrag von »Angelika Gerlach« (Silke Maier-Witt) auf Staatsbürgerschaft der DDR. 1.9.1980
BSU, MFS, HA XXII, Nr. 19481, Bl. 1

Auf die RAF-Aussteiger wie Silke Maier-Witt wurden insgesamt 20 inoffizielle Mitarbeiter angesetzt. Viele der Ex-Terroristen waren aber auch selbst als Spitzel tätig, was sie enger an die Staatssicherheit binden sollte. Während die meisten Ex-Terroristen als Paare in der DDR ansässig wurden, kam Maier-Witt alleine. Zusammenkünfte der Ex-Terroristen in größerer Runde galten als riskant und wurden nur einmal im Jahr von der Staatssicherheit organisiert.

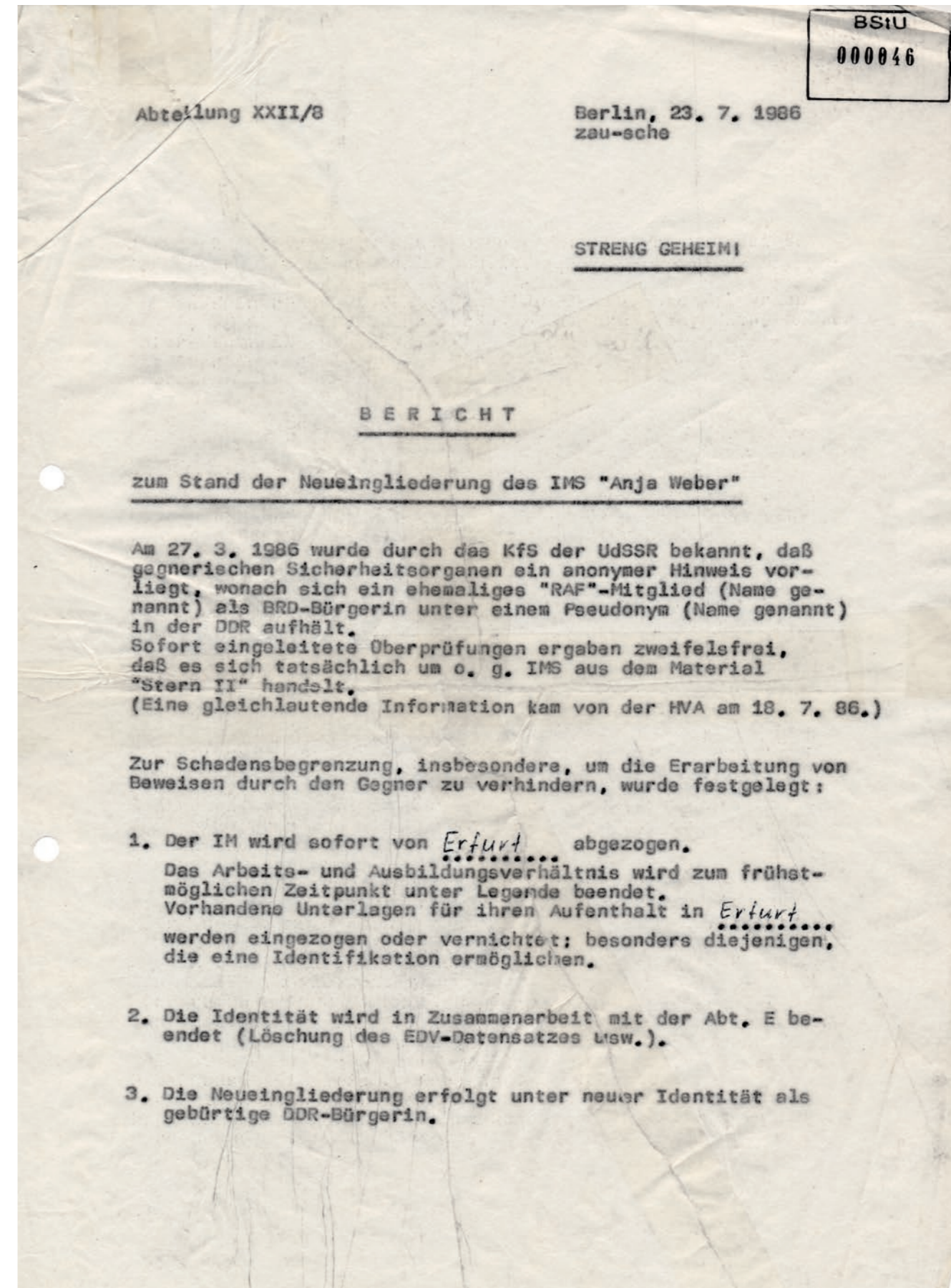
Ab Oktober 1980 arbeitete Maier-Witt zunächst als Hilfskrankenschwester im Bezirkskrankenhaus Cottbus und wechselte rund drei Jahre später nach Erfurt. Um sich in ihrem Beruf weiterzuqualifizieren, begann sie ein Fernstudium an der Medizinischen Fachschule Weimar. Sie konnte bei der Arbeit und in der Freizeit neue Kontakte aufbauen, doch weckte dies zugleich den Argwohn der Staatssicherheit: Je mehr Personen sie näher kennenlernte, desto größer wurde die Gefahr der Entdeckung.

Und tatsächlich fand im März 1986 ihre Erfurter Existenz ein jähes Ende, weil ihre wahre Identität westlichen Geheimdiensten bekannt geworden war, wie der sowjetische KGB erfuhr und der Staatssicherheit

mitteilte. Für Maier-Witt bedeutete dies, ihr bisheriges Umfeld verlassen zu müssen: Zusammen mit dem zuständigen hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit räumte sie über Nacht ihre Wohnung und beseitigte alle Spuren.

In ihr Apartment wurde ein Mitarbeiter der Bezirksverwaltung Erfurt einquartiert, der über die Identität seiner Vormieterin nicht im Bilde war und sich daher nicht »verplappern« konnte, wenn er nach »Angelika Gerlach« gefragt wurde. Er versuchte zwar selbst herauszufinden, was es mit seiner Vormieterin auf sich gehabt hatte, doch konnte er aufgrund der strengen internen Konspiration im Apparat der Staatssicherheit nicht viel in Erfahrung bringen. Er erhielt allerdings die Order, die Identität von Neugierigen festzustellen, die bei ihm klingeln und nach seiner Vormieterin fragen würden.

»Durch sofort eingeleitete operative Maßnahmen« wurde die Ex-Terroristin so aus ihrem »gesellschaftlichen Umfeld in Erfurt im April 1986 herausgelöst.«³²⁷ Über ein Jahr lebte sie nun in konspirativen Wohnungen bzw. Liegenschaften der Staatssicherheit. Noch war sie aber auf Fahndungsplakaten wiederzuerkennen, wie



> Über Nacht wurde die Existenz »Angelika Gerlachs« getilgt (KfS = Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR). Das Dokument zeigt Rissspuren, weil es vom MFS »vernichtet« wurde. Die Akte wurde vom Stasi-Unterlagen-Archiv rekonstruiert. 23.7.1986
BSU, MFS, HA XXII, Nr. 19481, Bl. 46



> Im »Objekt 74« bei Briesen führte die Stasi Treffen mit den RAF-Aussteigern durch. Um 1989
BStU, MfS, HA IX, Fo, Nr. 593, Bild 251 und 259

sie im Westfernsehen gelegentlich gezeigt wurden. Deswegen musste sie sich auf Geheiß der Staatssicherheit im März 1987 einer Gesichtsoperation unterziehen.

Terror: Wesensäußerung des Imperialismus und der aggressiven Politik imperialistischer Staaten (MfS-Definition)

Als im Dezember 1987 das Bundeskriminalamt nach »Angelika Gerlach« fragte, existierte eine Person dieses Namens in Erfurt längst nicht mehr. Silke Maier-Witt lebte bereits als »Sylvia Beyer« in Neubrandenburg, wo sie im VEB Pharma den Arbeitsbereich »Information und Dokumentation« leitete. Anders als in Erfurt galt sie ihrer neuen Legende zufolge nun als DDR-Bürgerin, denn inzwischen hatte sie die dortigen sprachlichen und kulturellen Besonderheiten adaptiert. Das MfS lobte, dass sie »ruhig und unauffällig in Erscheinung« trete. Sie besitze »eine positive Arbeitseinstellung« und bemühe sich, »den betrieblichen Anforderungen gerecht zu werden«. Außerdem wurden ihr »Eigeninitiative und politisches Verantwortungsgefühl« attestiert.³²⁸

Das DDR-Asyl hatte auf die RAF-Aussteiger gleichsam eine resozialisierende Wirkung: Durch viel Zeit zur Reflexion ihrer Taten, durch die Normalität des Alltags und unter dem Einfluss ihres neuen sozialen Umfeldes erkannte Maier-Witt zunehmend die politische Wirkungslosigkeit und moralische Verwerflichkeit terroristischer Aktionen. Als sie nach dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft – wie die anderen Ex-Terroristen – im Frühsommer 1990 in der noch existierenden DDR festgenommen wurde, ließ sie aufrichtige Reue erkennen. Da sie ihr Insider-Wissen über die RAF offenlegte, erhielt sie als sogenannte Kronzeugin ein Strafmaß von »nur« zehn Jahren. Im Oktober 2017 rang sie sich zu einer öffentlichen Entschuldigung bei den Angehörigen von Hanns Martin Schleyer durch, zu dessen Entführung und Ermordung sie 40 Jahre zuvor beigetragen hatte.

TWu



> Prototyp des Wartburg 400, der für den Land- und Forsteinsatz gedacht war. Das Modell ging nicht in Serienproduktion, aber einige Exemplare wurden für die Eisenacher Parteilite sowie die Stasi angefertigt, die diese für private Jagdvergnügungen nutzten. Vor 1989
BStU, MfS, BV Erfurt, KD Eisenach, Nr. 1217, Bild 8

Stasi in der Volkswirtschaft – der lange Weg zum Viertakt-Motor in Eisenach

Seit Beginn ihres Bestehens stellte der Bereich Wirtschaft ein Tätigkeitsfeld der Staatssicherheit dar. In der Frühphase der DDR konzentrierten sich die MfS-Mitarbeiter auf die mutmaßlichen Verfehlungen Einzelner: Sie sollten Sabotageakte, Geheimnisverrat, Spionage und politische Straftaten in den Betrieben bekämpfen sowie Streikaktionen verhindern. Großbauern, enteignete Unternehmer und bürgerliche Fachleute galten ebenso als Risikogruppen wie aktive Regimegegner. Die Angst vor einer Unterwanderung der volkseigenen Betriebe war anfänglich ein wichtiger Antrieb für die Entwicklung der Geheimpolizei. Verantwortlich für die Überwachung waren die Wirtschaftsreferate der Kreisdienststellen. In größeren Betrieben wie den Motorenwerken in Eisenach oder den Simson-Werken in Suhl entstanden eigene Operativgruppen, im VEB Carl

Zeiss Jena richtete das MfS sogar eine größere Objektdienststelle (S. 148) ein.³²⁹

Im Laufe der Zeit vervielfältigten sich die Aufgaben der Staatssicherheit in der Wirtschaft. Ab Mitte der 1970er-Jahre versuchte die Wirtschaftsverwaltung, die ausufernde Staatsverschuldung durch immer höhere Produktions- und Exportvorgaben einzudämmen. Dies führte zur Überlastung von Betrieben und Beschäftigten. Deren Alltag war immer stärker von Havarien, Umweltbelastungen, Fachkräftemangel und Produktionsunterbrechungen geprägt. Auch Planrückstände gehörten zu den Krisensymptomen. Selbst exportorientierte Branchen wie der Maschinenbau in Nordhausen oder die optische Industrie in Jena waren immer weniger in der Lage, konkurrenzfähige Produkte anzubieten und ihre Absatzpläne zu erfüllen.

In dieser Lage kam der Staatssicherheit immer mehr die Rolle eines Krisenmanagers zu. Mit ihren Mitteln



Bild zeigt Havarie an der Gasaufbereitungsanlage
des Untergrundspeichers Kirchheilingen am
19. 2. 1980.
Schaden: 2,1 Mio. Mark

BSU
000015

Festgestellte begünstigende Bedingungen:

Fehlende und ungenügende Leitungsentscheidungen
zur Gewährleistung des Gesundheits-, Arbeits- und
Brandschutzes.

Dazu gehört: - mangelhafte Bereichsanweisungen
- ungenügende Qualifizierung und Be-
lehrung des Bedienungspersonals
- unzureichende Auswertung vergangener
Havarien
- nicht termin- und qualitätsgerechte
Erfüllung von Auflagen staatlicher
und übergeordneter Organe.

versuchte sie, einen Beitrag für eine halbwegs stabile Produktion zu leisten, etwa durch Verhöre, Kontrollgänge, Auflagen oder strafrechtliche Ermittlungen gegen Betriebskader. Die Offiziere begutachteten stark verschlissene Gebäude und Anlagen, ermittelten bei schweren Havarien und ermahnten die Führungskräfte in den Produktions- und Absatzabteilungen zur Einhaltung ihrer Planpflichten.³³⁰ Je angespannter die Situation wurde, desto mehr wuchs das Misstrauen des MfS gegenüber dem Leitungspersonal der Betriebe. Anfang der 1980er-Jahre, als die DDR kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stand, wurden Hunderte Wissenschaftler, Außenhändler und Führungskräfte aufgrund schärferer Geheimnisschutzvorgaben sogenannten Sicherheitsüberprüfungen unterzogen, in der Rüstungsproduktion des VEB Carl Zeiss traf es zwischen 1985 und 1990 mehr als 9 000 Beschäftigte.³³¹

Der Export von Autos war ein wichtiger Devisenbringer für die DDR. Zwischen 1966 und 1977 lieferten die Automobilwerke Eisenach (AWE) 17 922 Zweitakter vom Typ Wartburg 353 nach Großbritannien und 11 728 nach Belgien. Aufgrund neuer internationaler Abgasbestimmungen musste die britische Generalvertretung für Wartburg den Import 1974 einstellen. Der Betriebsdirektor der AWE, Wilhelm Hellbach (1926–2010), setzte sich zusammen mit der britischen Generalvertretung für den Einbau eines britischen Viertaktmotors in den Wartburg ein, um weiter exportieren zu können. Dies scheiterte aber an der politischen Führung. Diese vertrat den Standpunkt, ein solches Vorgehen unterlaufe ein 1975 zwischen der DDR und der ČSSR geschlossenes Regierungsabkommen über engere Kooperation im Bereich der Autoindustrie. Diese Vereinbarung und die Scheu vor hohen Investitionen bewogen das SED-Regime auch dazu, die Entwicklung eines Viertaktmotors durch AWE-Konstrukteure einstellen zu lassen.

Im Herbst 1976 stand Hellbach vor dem Problem, dass der nächste wichtige Absatzmarkt für seine Fahrzeuge im Westen wegzubrechen drohte. Der Generalvertreter für Wartburg in Belgien, die Firma Pierreux, teilte mit, dass die Ausnahmegenehmigung für den Wartburg, der nicht den Regelungen der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (ECE-Regelungen) entsprach, bald auslief. Hellbach vereinbarte mit Pierreux, in Eisenach Einbauversuche mit französischen



> Betriebsdirektor Wilhelm Hellbach begrüßte die einmillionste Besucherin des »Wartburg-Pavillons«. 11.4.1977
Museum Automobile Welt Eisenach, Fotograf unbekannt

Viertaktmotoren vorzunehmen. Dies lag in beiderseitigem Interesse: Der Betriebsdirektor wollte die in den Wirtschaftsplänen geforderten Absätze im Ausland erzielen und Pierreux weiterhin gewinnbringend die DDR-Autos verkaufen.³³²

Die Staatssicherheit beobachtete die Beteiligten und verkannte zugleich die ökonomischen Interessen beider Seiten. Vor diesem Hintergrund eröffnete im Februar 1977 die KD Eisenach den OV »Limousine« mit dem Ziel, jegliche »Unterwanderung« der geplanten Zusammenarbeit zwischen den Autoindustrien der DDR und der ČSSR zu verhindern. Aus ihrem Blickwinkel vermutete die Staatssicherheit hinter der Suche westlicher Firmen nach einem neuen Wartburg-Antrieb einen großangelegten Störungsversuch der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Ostblock.

Der Betriebsdirektor der AWE sah sich auch in sozialistischen Staaten nach geeigneten Viertaktmotoren für den Wartburg um: So veranlasste er – mit Genehmigung des Ministerrates – Verhandlungen mit dem rumänischen Automobilhersteller Dacia. Als problematisch erwies sich neben Kapazitätsproblemen und überzogenen Forderungen der Firma der Umstand, dass es sich bei deren Motoren um Lizenzprodukte von Renault handelte, die nicht ohne Zustimmung der Franzosen in die DDR exportiert werden durften. Zugleich zog sich die Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei hin: Škoda-Viertaktmotoren sollten erst 1986 zur Verfügung stehen. Um den Export von Wartburgs ins nichtsozialistische Ausland weiterhin zu gewähr-

leisten, sah Hellbach es im Frühjahr 1978 als notwendig an, den in Eisenach getesteten Renault-Motor für den neuen Wartburg zu verwenden. Der Ministerrat beschloss daraufhin, Renault jährlich 10 000 Motoren für den Einbau in Exportfahrzeuge abzukaufen. Angesichts erhöhter Forderungen des Herstellers bei den abschließenden Verhandlungen, der Devisenschwäche der DDR und wachsender Zweifel an der Verkäuflichkeit von jährlich 10 000 Wartburgs im kapitalistischen Ausland kam letztlich kein Vertrag zustande.

Die Staatssicherheit präsentierte der Regierung Hellbach als Schuldigen für das Scheitern des Vorhabens.³³³ Das MfS warf ihm vor, bei seinen Aktivitäten unvorsichtig gewesen zu sein: Er habe zu enge Kontakte mit den westlichen Autohändlern und den potenziellen Motorenlieferanten aus Rumänien und Frankreich gepflegt und zu viele Details über den technischen Entwicklungsstand der DDR weitergegeben. Dies habe zu den hohen Forderungen von Renault geführt und stelle einen Verrat von Dienst- und Staatsgeheimnissen dar. Darüber hinaus hätte er den übergeordneten Leitungsorganen nur unzureichend über die genauen Abläufe sowie Probleme berichtet. Zudem suchte die Staatssicherheit nach Hinweisen für weitere Vergehen, die sie Hellbach anlasten konnte: Er habe sich persönlich bereichert und dem Betrieb durch die großzügige Lieferung von Ersatzteilen in den Westen wirtschaftlichen Schaden zugefügt. Aufgrund der vom MfS angefertigten Berichte eröffnete der Generaldirektor des IFA-Kombinats Pkw, Günter Salzmann, im September 1978 ein Disziplinarverfahren gegen Hellbach, das mit dessen Entlassung aus dem AWE endete. In einem Parteiverfahren wurde er aus der SED-Bezirksleitung ausgeschlossen.³³⁴

Die jahrelang geplante Kooperation der DDR mit der ČSSR, die zur Produktion eines gemeinsamen Automodells führen sollte, scheiterte 1979. Den Konstrukteuren in Eisenach gelang es zwischen 1981 und 1984, selbst einen geeigneten Motor zu entwickeln. Das Politbüro beschloss aber, einen anderen Weg zu gehen und eine Motoren-Fertigungsanlage von VW zu erwerben. Die DDR verpflichtete sich, den Kaufpreis über die Lieferung fertiger Motoren an VW zu kompensieren und weitere VW-Produkte zu erwerben. Im Jahr 1988 begann schließlich die Produktion des neuen Wartburgs mit Viertaktmotor.³³⁵

Das Ansinnen der Eisenacher Automobilwerke, Technik aus anderen Staaten für die eigene Produktion einzusetzen, war kein Einzelfall. Die Wirtschaftsverwaltung setzte seit Ende der 1960er-Jahre verstärkt auf den Import von Technik und Lizenzen, um den heimischen Maschinenpark zu modernisieren und die Absatzfähigkeit der Erzeugnisse wieder zu steigern. Im Idealfall stammten sie aus sozialistischen Staaten, in der Regel aber aus dem westlichen Ausland. Die Finanzierung sollte zumindest in Teilen durch die Lieferung von Grundstoffen und Fertigwaren geleistet werden. Von dieser sogenannten Kompensationsmethode versprach sich die Regierung einen kräftigen Exportschub und eine Reduzierung der Importabhängigkeit, ohne dafür die knappen Devisenbestände einsetzen zu müssen.³³⁶

Das MfS überwachte sich anbahnende Kompensationsgeschäfte besonders scharf, da es stets den Verrat von Staatsgeheimnissen oder eine Übervorteilung der DDR-Wirtschaft befürchtete. Vor allem bei Westbeteiligungen wollten die Offiziere alle Phasen der Investition im Blick behalten, von den Vertragsverhandlungen über die Installation bis zur Inbetriebnahme einer Anlage. Dabei ging es ihnen nicht darum, in betrieblichen Fragen mitzuentcheiden. Die Geheimpolizei suchte – wie im Fall Hellbach – vielmehr nach Schuldigen, falls die Inbetriebnahme der Anlage nicht klappte, die Refinanzierung ins Stocken geriet oder die Qualität der Produkte nicht stimmte. Unter Druck gerieten dann vor allem die beteiligten Funktionäre des Außenhandels, der Anwendungstechnik und der Produktionsabteilungen, denen fast immer Kumpanei mit westlichen Firmen vorgeworfen wurde. Sie hätten den Betrieb für westliche Ersatzteile geöffnet, fehlerhafte Technik akzeptiert und sich auf ungünstige Vertragsbedingungen eingelassen, so die Standardvorwürfe. Eigentlich kaum beherrschbare Strukturprobleme sollten auf diese Weise in Personalprobleme umgedeutet werden. Ziel war es, Erklärungen für die ökonomische Krise anzubieten und diese lösbar erscheinen zu lassen, und zwar lösbar mit geheimpolizeilichen Mitteln.³³⁷ Genutzt hat es den Thüringer Betrieben wenig. Überreglementierung und Dauerkontrolle verschärften vielmehr die Funktionsprobleme weiter und trugen nicht unwesentlich zum Niedergang der Planwirtschaft bei.

MSc/SSc



> Michael Beleites im Uranabbaugebiet der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft. Sommer 1989
Foto: Christiane Mlynski

Stasi gegen Umweltbewegung – die »Pechblende« von Michael Beleites

Es hatte Tage gedauert, bis die 1 000 Exemplare der »Pechblende« an der alten Wachsmatrizen-Druckmaschine im Keller der Berliner Samariter-Gemeinde fertiggestellt waren.³³⁸ Ende Mai 1988 war es so weit: Die 60-seitige Studie von Michael Beleites zu den Folgen des Uranbergbaus in der DDR lag vor. Als Herausgeber standen Beleites das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg und der Arbeitskreis »Ärzte für den Frieden – Berlin« zur Seite.³³⁹

Die »Pechblende« dokumentierte das katastrophale Versagen des SED-Regimes in der Umwelt- und Gesundheitspolitik vor allem im Raum Ronneburg. Detailliert zeigte Beleites, welche Schäden der Uran-

bergbau für die DDR-Bevölkerung mit sich brachte, wie Landschaft und Wasser radioaktiv verseucht wurden. Und er machte deutlich, dass der SED-Staat die zerstörerischen Auswirkungen kannte, aber unter den Teppich kehrte.

Die Stasi nannte die Studie abschätzig »Pamphlet«. Tatsächlich umfasste die Dokumentation akribisch recherchierte Fakten und Analysen, und sie bescherte in ihrer inhaltlichen Dichte der SED und ihrer Geheimpolizei ein großes Problem. Höchst geheime Umweltdaten drohten, an die breitere Öffentlichkeit zu gelangen und das Ansehen des Regimes nachhaltig zu beschädigen.

Aber es waren nicht alleine die genannten Umwelt-Aspekte, die SED und Stasi in Aufruhr versetzten. Mit seinen Recherchen berührte Beleites vielmehr das äußerst sensible Feld der Militär- und Bündnispolitik der DDR und der Beziehungen zum »großen Bruder«

Sowjetunion. Die Stasi sah die »Pechblende« als Versuch an, »die Verteidigungspolitik der DDR und die Zusammenarbeit mit der UdSSR infrage zu stellen.«³⁴⁰ Der intensive Uranabbau in Sachsen und Thüringen ging auf das militärische Atomprogramm der Sowjetunion zurück. Schon 1947 hatte die sowjetische Besatzungsmacht das Uranbergbauunternehmen »Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG) Wismut« gegründet. 1954 wurde es in »Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG)« umbenannt. Im Laufe der Jahre wurde die Wismut zum größten Uranlieferanten für die Sowjetunion. Wegen dieser hohen politischen Bedeutung hatte die Stasi ein wachsames Auge auf alles, was mit der Wismut zusammenhing.³⁴¹

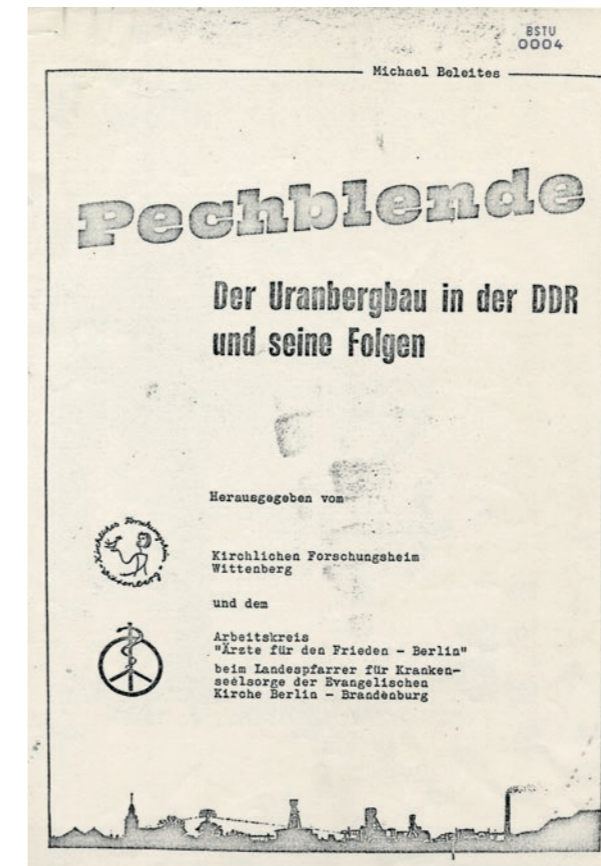
Der Abbau und die Förderung des Urans erfolgten ohne Rücksicht auf Mensch und Natur – mit gefährlichen und ausufernden Folgen. Eine Thematisierung dieser Auswirkungen war allerdings das Letzte, was die DDR-Führung wollte. Die deutsch-sowjetische Kooperation galt als sakrosankt und sollte nicht durch Berichte über verstrahlte Böden, radioaktiven Schlamm oder verseuchtes Wasser in schlechtes Licht geraten. Ebendiese Missstände aber deckte Michael Beileites in seiner »Pechblende« schonungslos auf.

Beileites, 1964 in Halle geboren, Sohn eines Pfarrers und ausgebildeter zoologischer Präparator, war für die DDR-Geheimpolizei kein Unbekannter. Schon Jahre zuvor, am 15. Dezember 1982, legte die Stasi den OV »Entomologe« zu ihm an, da sie das Umwelt- und Friedensengagement des jungen Mannes äußerst verdächtig fand.³⁴² Mit einem Katalog an »Maßnahmen« machte sie dem politisch und ökologisch sehr engagierten Beileites das Leben schwer und versuchte, ihn zu entmutigen und zu isolieren. Die Staatssicherheit überwachte ihn, setzte inoffizielle Mitarbeiter auf ihn an, verhinderte, dass er das Abitur machen konnte, blockierte seine berufliche Laufbahn, limitierte seine Verdienstmöglichkeiten. Sie unterband den Erwerb eines Bauernhofs, hörte sein Telefon ab, kontrollierte seine Post und verhängte Reisesperren gegen ihn.³⁴³ Ihr eigentliches Ziel, Beileites mundtot und handlungsunfähig zu machen, erreichte die Staatssicherheit jedoch nicht: Michael Beileites ließ nicht locker. Er ignorierte Verbote und Beschränkungen, er recherchierte, analysierte und suchte nach Möglichkeiten, seine Forschungsergebnisse zu verbreiten, und publizierte schließlich die »Pechblende«.

Besonders bedrohlich erschien der Stasi, dass die »Pechblende« im Westen starkes Gehör finden könnte: Michael Beileites hatte »umfangreiche Kontakte zu Mitgliedern und Sympathisanten der Partei der »Grünen« sowie der Organisationen »Greenpeace« und »Robin Wood«, wie Hauptmann Perz, in der KD Gera (S. 146) für die »Bearbeitung« des Falls Michael Beileites zuständig, festhielt.³⁴⁴ Bereits im Herbst 1987 hatte sich die ARD-Sendung »Kontraste« des Themas angenommen. Die Stasi urteilte: »Diese Sendung war geeignet, Unsicherheit unter den Werktätigen der SDAG Wismut und der Bevölkerung hervorzurufen und den Industriezweig zu diskriminieren.«³⁴⁵ Und nach dem Druck der »Pechblende« erschienen, wie von der Geheimpolizei befürchtet, Artikel über die »Pechblende« in der »Frankfurter Rundschau«, der »Süddeutschen« und mehreren anderen Zeitungen.³⁴⁶

Die Verbreitung der Veröffentlichung hatte die Stasi nicht verhindern können. Nun versuchte sie, den Umweltaktivisten auf andere Weise zu lähmen. Sie streute Zweifel an seiner wissenschaftlichen Befähigung, um ihn zu diskreditieren: Beileites müsse als »Scharlatan entlarvt« werden.³⁴⁷ Im engen Zusammenspiel verschiedener Dienstseinheiten initiierte die Stasi »Eingaben von fachlich kompetenten Personen« an den Mitherausgeber der »Pechblende«, das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg.³⁴⁸ Für dieses Vorhaben konnte die Stasi u. a. auf die Mitwirkung des Ärztlichen Direktors des Bezirkskrankenhauses Gera zurückgreifen. So fand am 20. Juni 1989 eine Veranstaltung des wissenschaftlichen Klinikrates zum Thema »Gesundheitsschäden durch radioaktive Strahlung« statt, in der die Darstellung in der »Pechblende« als überzogen und unwahr abgetan wurde. Derselbe Tenor bestimmte das anschließend verfasste Schreiben des Klinikdirektors an das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg. Dem Kooperationspartner von Michael Beileites sollte auf diesem Wege nahegelegt werden, Beileites nicht weiter zu unterstützen.³⁴⁹

Darüber hinaus sorgte die Stasi für »Aussprachen mit ihm [Beileites] durch fachlich kompetente Kräfte.«³⁵⁰ Solche »Aussprachen« dienten als »Disziplinierungsgespräch« oder »Verunsicherungsgespräch.«³⁵¹ Im Auftrag der Stasi führte beispielsweise der ärztliche Direktor des Krankenhauses Weida am 11. Juli 1989 ein Gespräch mit Michael Beileites. Der Direktor war nach eigener Aussage »vorinformiert, dass er [Beileites]



> Deckblatt der »Pechblende«, Mai 1988
BStU, MfS, BV Gera, Abt. XV, Nr. 235, Bl. 4

ein durchtriebener Agitator, voller klassenfeindlicher Ideen und Aktivitäten ist«, und er sah diese Informationen durch den Verlauf des Gesprächs bestätigt.³⁵² Er versuchte, Beileites argumentativ in die Enge zu treiben und ihn davon zu überzeugen, dass er gar nicht über die nötige wissenschaftliche Kompetenz verfüge, sich in vielen Dingen irre und sich »Gefahren vorgaukelt.«³⁵³ Der Erfolg seiner Bemühungen war jedoch offensichtlich begrenzt. Die Stasi fasste ernüchert zusammen: »Die getroffenen Wertungen wurden von der OV-Person nicht akzeptiert, und er [Beileites] beendete das Gespräch aus Verärgerung vorzeitig.«³⁵⁴

An Michael Beileites biss sich die Stasi offensichtlich die Zähne aus. Trotz umfangreicher »Maßnahmenpläne«, trotz Bespitzelung und Drangsalierung gab Beileites nicht auf und auch seine Vernetzung mit westlichen Bürgerinitiativen und Medien war für die Stasi ein unlösbares Problem. Sie wollte verhindern, dass die von Beileites recherchierten Umweltdaten an die Öffentlichkeit gelangten, aber sie wollte genauso wenig, dass ihr repressives Vorgehen gegen den Autor sichtbar wurde.

Dass die Staatssicherheit in Fragen der Umweltpolitik an ihre Grenzen stieß, war sicher auch der besonderen Sichtbarkeit der Probleme und der weiträumigen Betroffenheit vieler DDR-Bürgerinnen und -bürger geschuldet, zählte die DDR doch in den 1980er-Jahren zu den größten Umweltsündern in Europa. Die Luft war stark mit Flugasche und schwefeligen Abgasen belastet, auf den von Schadstoffen verseuchten Flüssen trieben Schaumkronen und überall gab es wilde Müllkippen und Deponien, in denen giftige Abfälle achtlos entsorgt wurden wie beispielsweise industrielle Teerstoffe in die »Teerseen« bei Rositz. Dabei verfügte die DDR schon seit den 1970er-Jahren über eine vergleichsweise gute Umweltschutzgesetzgebung. 1968 hatte die SED den Umwelt- und Naturschutz in die Verfassung aufgenommen und 1971 mit Werner Titel einen der ersten Umweltminister in Europa berufen.

Doch in der Amtszeit von Erich Honecker verlor die staatliche Wachsamkeit für Umweltprobleme an Bedeutung. Im Vordergrund stand für die Parteiführung eine Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung. Im Rahmen der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie die SED ihr Politikprogramm nannte, wurden zahlreiche Vergünstigungen für die Bevölkerung eingeführt und u. a. ein gigantisches Wohnungsbauprogramm beschlossen. Um die Aufwendungen zu finanzieren, war die Partei- und Staatsführung bereit, Investitionen in die Modernisierung der Industrie oder den Bau von Umweltschutzanlagen auszusetzen. Stattdessen forcierte die SED den Ausbau der Petrochemie, um Erdölprodukte teuer im Westen verkaufen zu können. Dazu wurden seit den 1970er-Jahren die Kraftwerke der DDR von Erdöl- auf Braunkohlebeheizung umgestellt. Die Braunkohle entwickelte sich zum bedeutendsten einheimischen Rohstoff der DDR, war aber auch deutlich umweltschädlicher als Erdöl. Die Kosten dieser rücksichtslosen Politik mussten wie in Erfurt die Anwohner der Industriegebiete zahlen, denn die Luftbelastungen stiegen in der DDR auf europaweite Spitzenwerte. Um das umweltpolitische Versagen der DDR zu verschleiern, erklärte die Regierung am 16. November 1982 Umweltdaten weitgehend zu Staatsgeheimnissen.

Mit der Geheimhaltungsanordnung begann die »Absicherung« des Umweltbereiches durch die Staatssicherheit. Zunächst standen die Beschäftigten der Behörden und die betrieblichen Umweltbeauftragten im Fokus.

Die Stasi rekrutierte inoffizielle Mitarbeiter und schreckte auch nicht davor zurück, Mitarbeiter, die sie für politisch unzuverlässig hielt, aus ihren Stellungen zu »entfernen«. Denn es sollte um jeden Preis vermieden werden, dass Informationen zu Umweltbelastungen öffentlich wurden.

»... denn Pilze wachsen dort
auffallend gut.«³⁵⁵

(Beleites karikiert kontaminierte Böden)

Trotzdem waren die Umweltprobleme natürlich für jedermann sichtbar, etwa bei Neustadt an der Orla, wo Mitte der 1970er-Jahre eine der größten Schweinemastanlagen der DDR errichtet worden war, die ein großflächiges Waldsterben verursachte. In den industriell geprägten Kreisen registrierte die Staatssicherheit seit 1981 eine hohe Sensibilisierung bei der Bevölkerung für Umweltprobleme. Sie sprach in diesem Zusammenhang von »Zündstoff«, der kaum entschärft werden könne. In den Umweltbehörden und den Betrieben stapelten sich Eingaben, in denen sich die Betroffenen beschwerten, Auskünfte über mögliche gesundheitliche Folgen erbat oder die Untätigkeit der zuständigen Behörden kritisierten. Die Stasi ließ sich über allzu provokante Beschwerden informieren, insbesondere wenn sie von Kirchenanhängern oder bekannten Umweltgruppen stammten, von denen die Staatssicherheit in Thüringen 1988 mindestens 22 zählte.

Es blieb nicht bei individuellen Eingaben, seit den frühen 1980er-Jahren formierte sich auch Protest. In vielen Städten und Gemeinden entstanden Umweltgruppen, wie in Knau/Dittersdorf bei Neustadt an der Orla, in denen sich Menschen den Umweltproblemen ihrer Heimat widmeten und durch Aufklärung sowie praktische Tätigkeiten ihren Beitrag zu einem bewussteren Umgang mit der Natur leisten wollten. Sie machten mit Fahrraddemonstrationen, Unterschriftensammlungen oder Baumpflanzaktionen auf den Zustand der Umwelt aufmerksam. Diese Umweltgruppen wurden von der Staatssicherheit intensiv überwacht und bekämpft. Denn die Partei und Staatsführung fürchtete, dass die Umweltaktivisten die ohnehin kritische Stimmung in der Bevölkerung noch anheizen könnten.



20.2. 88 gegen 9.30 Uhr
"Entomologe" auf dem Rückweg
von der Kaufhalle Centra

> Auszug aus einem Stasi-Observationsbericht. Die Stasi bezeichnete Beleites mit dem Decknamen »Entomologe« (»Insektenforscher«).
20.2.1988
BStU, MfS, BV Gera, Abt. VIII, BB, Nr. 103/87, Bd. 2, Bl. 9

Trotz unzähliger Spitzel in den Umweltgruppen, trotz Einschüchterungsversuchen und vielfältigen Verboten, trotz Verhaftungen und anderen sogenannten Zersetzungsmaßnahmen gelang es der Staatssicherheit aber nie, die kritischen Umweltaktivisten vollends zurückzudrängen. Immer wieder glückte es Gruppen oder einzelnen Engagierten, Umweltskandale in der DDR öffentlich zu machen und damit die SED-Herrschaft stückweise zu destabilisieren.

GCa/MSt

Pater »Wuchtig« und die »Abgesandten des Herodes« – MfS und Kirche im Eichsfeld

In der DDR waren die Katholiken mit ca. 6 Prozent der Gesamtbevölkerung im Jahr 1989 eine Minderheit. Die Eichsfelder Region bildete eine katholische Enklave im ostdeutschen Staat. Über 85 Prozent der Bürgerinnen und Bürger waren zum Beispiel im Kreis Heiligenstadt konfessionell gebunden.³⁵⁶ Der Glauben war ein überaus wichtiger Bestandteil des Alltags im Eichsfeld – und sowohl für die Partei als auch für die Staatssicherheit eine besondere Herausforderung. Zudem lag die Region im Grenzgebiet; viele Eichsfelder hatten Verwandte in der Bundesrepublik. Die katholischen Einrichtungen waren bis zur Gründung des Bischöflichen Amtes Erfurt-Meiningen im Jahre 1973 dem Bistum Fulda in der Bundesrepublik zugeordnet, mit dem sie eng verbunden waren.

Bestimmte Themen wie die Einführung und die Durchsetzung der Jugendweihe bargen über Jahrzehnte Konfliktpotenzial zwischen Staat und Klerus.

Die katholische Kirche lehnte eine Beteiligung an dem atheistischen Ritus grundsätzlich ab. Dies hatte zur Folge, dass die Teilnahmequote in den Eichsfelder Kreisen nicht wie von der SED gewünscht anstieg. In den 1970er-Jahren wendete sich das Blatt. Die örtlichen Parteileitungen in Heiligenstadt übten Druck beispielsweise auf Schulleiter und Eltern aus, denen berufliche Nachteile angedroht wurden. Die Kirche sah sich gezwungen, die Teilnahme an der Jugendweihe zu dulden.³⁵⁷

Eine weitere Besonderheit im Eichsfeld bestand darin, dass auch SED-Mitglieder und örtliche Funktionäre konfessionell gebunden waren. Auch die Rekrutierung von neuen Parteimitgliedern gestaltete sich schwieriger als in der übrigen DDR. Die Staatssicherheit beklagte, dass es kein Einzelfall war, wenn »Genossen mit Funktionen wie OrtsparteiSekretär, Mitglieder von Parteileitungen in Betrieben und Einrichtungen, sonntags den Gottesdienst besuchten«.³⁵⁸ Dagegen versuchte die SED vorzugehen. Ende 1982 hielt der Leiter der Erfurter Bezirksleitung, Gerhard Müller (Jg. 1928), eine Brandrede vor den Eichsfelder Genossen: »Man kann



> Die Stasi observierte die Männerwallfahrt zur Kirche Klüsch Hagis. 11.5.1986
BStU, MfS, BV Erfurt, Abt. VIII, Nr. 1442, Bl. 24

auf die Dauer, vielleicht sage ich das ganz deutlich, nur Marx, Engels und Lenin oder dem Papst dienen, nicht beiden.«³⁵⁹ Doch die meisten wären – hätten sie sich entscheiden müssen – wohl eher aus der Partei als aus der Kirche ausgetreten.

Die Überwachung der katholischen Kirche im Eichsfeld war ein Schwerpunkt in der Arbeit der Kreisdienststelle Heiligenstadt (S. 145). Dass die Kirche einen überaus wichtigen Einfluss in der Region ausübte, war der Staatssicherheit bewusst. Die Geistlichen wurden von der Bevölkerung geschätzt. Deshalb mied die Stasi direkte repressive Maßnahmen, da im Fall von Verhaftungen die Betroffenen Rückhalt in der Bevölkerung gehabt hätten. Stattdessen setzte die KD Heiligenstadt auf subtilere Methoden. Sie verfügte über einen auf Kirchenfragen spezialisierten Mitarbeiter, der »die Grundaussage der Bibel« kannte.³⁶⁰ Dieser Offizier pflegte intensiv Kontakte zu öffentlichen Stellen wie dem Rat des Kreises, der Volkspolizei und dem Kreis schulrat. Dabei spielte der Austausch mit dem Referenten für Kirchenfragen beim Rat des Kreises eine besondere Rolle. Er war das Bindeglied zwischen Staat und Klerus. Es gelang der Stasi ab 1982, diese Stelle mit einem ihrer inoffiziellen Mitarbeiter zu besetzen. Durch diese Zusammenarbeit mit den sogenannten Partnern des politisch-operativen Zusammenwirkens gewann die Stasi die Einflussmöglichkeiten auch im kirchlichen Bereich.

Ferner bediente sie sich eines Netzes an IM, die Kontakte zu den Geistlichen pflegten. Das Ziel war deutlich: »Uns muss es gelingen, die Kenntnisse über die Regimeverhältnisse in den kirchleitenden Einrichtungen zu erarbeiten und zu vervollständigen bis hin zur Verbindung zum »Heiligen Stuhl« in Rom.«³⁶¹ Eine komplette Durchdringung des Bereichs gelang jedoch nicht.

Neben der Überwachung der Kontakte von Geistlichen in die Bundesrepublik, u. a. zum Bistum Fulda, standen kirchliche Großveranstaltungen besonders unter Beobachtung. Die Wallfahrten zum Klüschen Hagis, einer Kirche bei Dingelstädt, und die Palmsonnagsprozessionen in Heiligenstadt waren ein Besuchermagnet und zogen bis zu 15 000 Gläubige an. Die Staatssicherheit mobilisierte ihre IM, um Informationen über den Ablauf der Veranstaltungen zu gewinnen. Sie registrierte die Autokennzeichen aus allen DDR-Bezirken und der Bundesrepublik. Mit sogenannter operativer Technik

zeichnete sie die Predigten auf, um sie auf ihren politischen Gehalt zu prüfen. Sie erstellte sogar Fotos mit einer in einer Umhängetasche versteckten Kamera und setzte dabei einen Mitarbeiter ein, der sich zur Tarnung im Stil der Teilnehmer kleidete.³⁶²

Im Eichsfeld ermittelte die Staatssicherheit in den 1970er- und 1980er-Jahren gegen mehrere Geistliche. Es handelte sich um »Nichtwähler«. Die Stasi legte dazu eine Akte an, da sie hinter ihnen politische Gegner vermutete. Jedoch konnte sie den meisten keine feindlichen Absichten nachweisen. Die katholische Kirche verfolgte grundsätzlich eine Linie der Zurückhaltung und Nichteinmischung in politische Angelegenheiten. Zum einen galt ein Beschluss aus den 1970er-Jahren, dass nur Vorgesetzte befugt waren, mit staatlichen Organen zu kommunizieren. Zum anderen mahnten Bischof und Propst immer wieder, direkte Konfrontationen mit dem Staat zu vermeiden.³⁶³

Es gab aber auch Geistliche, die diese Mahnungen weniger ernst nahmen. So Pater Elmar Eckardt (Jg. 1944) in Heiligenstadt, der ins Visier der Staatssicherheit geriet. Geborener Eichsfelder und in einer katholischen Familie aufgewachsen, schlug er nach einer Gärtnerlehre eine theologische Laufbahn ein. Von 1975 bis 1978 war er Vikar in der Gemeinde St. Gerhardus Heiligenstadt. Seit 1978 war er Missionspfarrer beim Heiligenstädter Redemptoristenkloster und reiste durch die ganze DDR, um Gottesdienste abzuhalten. Zu diesem



> Pater Elmar Eckardt. Um 1980
BStU, MfS, BV Erfurt, AOP 359/84, Bl. 11



> Kooperation mit den »Bruderorganen«: Die Teilnahme von Eckardt an einer Wallfahrt in der Nähe von Turzovka wurde von der tschechoslowakischen Geheimpolizei dokumentiert. 7.7.1980
BStU, MfS, BV Erfurt, AOP 359/84, Bl. 59

Zeitpunkt begann die Staatssicherheit mit ihren Ermittlungen, da sie bei Eckardt eine feindlich-negative Haltung zum Staat zu erkennen glaubte. Sie verbuchte in den Akten den Tätigkeitswechsel als Erfolg ihres Einflusses und gab sich der Illusion hin, dass der Pfarrer durch seine neue Aufgabe ruhiger geworden wäre.

Eckardt eröffnete seine Predigt mit den Worten: »Ich muss mal wieder die Wahrheit sagen.«³⁶⁴

Doch Elmar Eckardt nahm in seinen Predigten weiterhin kein Blatt vor den Mund. Er war ein entschiedener Gegner der Jugendweihe, die er als »rote Ersatzweihe« bezeichnete.³⁶⁵ Er kritisierte auch unverblümt die Partei: »Guckt euch doch die Genossen an, sie laufen mit 45 Jahren rum wie alte Männer und sind durch Stress und Hektik fix und fertig. Wenn eure Kinder

Mitglied der SED werden, dann haben sie mit 35 Jahren einen Herzinfarkt.«³⁶⁶ Seine Äußerungen polarisierten innerhalb der Kirche. Einige Mitglieder warfen ihm vor, dass er damit das Verhältnis zwischen Staat und Kirche schädige. Andere waren froh darüber, dass »die Dinge endlich beim Namen genannt wurden«.³⁶⁷

Um den Geistlichen nicht zum Märtyrer zu machen, sah die Staatssicherheit von einer Verhaftung ab. Sie nutzte vielmehr ihre Möglichkeiten im Rahmen des POZW. Eckardt erhielt keinen Passierschein, wenn er Predigten im Sperrgebiet der Grenze halten wollte. Zudem führte der Referent für Kirchenfragen alias IM »Sänger« Aussprachen mit den Vorgesetzten von Eckardt und setzte diese unter Druck. Das schien Wirkung zu zeigen; ein IM berichtete anschließend über Eckardt, dass »Pater »Wuchtig« äußerst zahm wirkte« und dass sich seine Predigten auf Glaubensfragen beschränken würden.³⁶⁸ Im Februar 1984 schloss die Stasi den Vorgang »Prediger« mit der Feststellung ab, dass sich Eckardt gemäßigt habe.³⁶⁹

Pater Eckardt, wie sind Sie zur Religion gekommen?

Ich bin im katholischen Eichsfeld aufgewachsen. Mein Onkel war auch Geistlicher in Rohrberg. Er hatte zu meinem Vater gesagt: ›Wenn diese hier mich kriegen‹ – das waren also die Nazis – ›dann jagen die mich durch den Schornstein‹. Er ist dann Heiligabend 1941 gestorben und das war der Trost für meinen Vater, der gesagt hat: ›Den kriegen die Nazis nicht mehr‹. Also katholische Familie, katholisches Umfeld mit allem, was dazugehört und da bin ich groß geworden.

Stimmt es, dass Sie Ihre Predigten selbst auf Band aufgenommen haben?

Ich habe in Sankt Gerhard gepredigt und folgende Vorbemerkung gemacht: ›Zunächst eine Vorbemerkung. In der Heiligen Schrift, also Bibel, heißt es an einigen Stellen, dass die Abgesandten des Herodes gekommen waren, um Jesus in einer Rede zu fangen. Diese Abgesandten sind nicht ausgestorben, sie kommen auch heute noch. Falls jemand von den Abgesandten des Herodes hier ist, ich kann ihm da helfen, ich habe von jeder Predigt ein schriftliches Konzept, bei brisanten Themen läuft auch noch ein Band mit, das steht dann hinter mir. Ich sage das nur deshalb, weil mir Dinge unterstellt worden sind, die ich nicht gesagt habe und anderes verdreht worden ist. Die Herren, die diesen Dienst tun, scheinen nicht sehr begabt zu sein, sie können nicht mal das wiedergeben, was sie gehört haben. Das nur für die Abgesandten des Herodes und dann im Namen des Vaters ...‹. Und dann ging die Predigt los. Das war also die offizielle Bemerkung, die ich gemacht habe.

Sind Sie aufgrund ihrer politischen Haltung mit der Kirchenleitung in Konflikt geraten?

Ja und nein. Auf der einen Seite haben sich die Genossen beim Bischof Aufderbeck beschwert, aber Bischof Aufderbeck hat das immer nur zur Kenntnis genommen. Er war froh, dass einer mit ihm ein bisschen dageengehalten hat. Und andere Mitbrüder waren diesbezüglich zurückhaltend. Warum? Weil sie teilweise Verwandte im Westen hatten und das Nachdem-Westen-Fahren war eine Kannbestimmung. Und ich hatte außer einem Onkel, zu dem ich aber keine Beziehung hatte, keine Verwandten im Westen. Ich wollte nicht nach dem Westen fahren und darum konnte ich auch vom Leder ziehen.

Was war die Stasi für Sie zur DDR-Zeit?

Sie haben mit mir nicht geredet, nur mit meinen Vorgesetzten. Sie haben sich bei dem damaligen Rektor des Klosters beschwert. Er hat mir nur dann mitgeteilt: ›Sie waren wieder mal da und du sollst dich ein bisschen mäßigen.‹ Die Gefahr, dass sie mich rausschmeißen war größer als die Gefahr, dass sie mich einsperren. Die Nazis, die haben Märtyrer gemacht und das wollten die Kommunisten nicht. Denn wenn sie mich eingesperrt hätten, das hätte im Eichsfeld großen Klamauk gegeben. Das konnten sie sich nicht leisten, dafür war ich zu bekannt.

Haben Sie sich dann in Ihren Predigten gemäßigt?

Ja, ein bisschen schon. Folgendes: Sie haben gedroht, mich aus dem Lande zu werfen. Aber meine Urheimat ist hier und ich habe gesagt, wenn sie mich aus dem Lande schmeißen, dann habe ich keinen Rückhalt mehr, denn dann laufe ich drüben rum, eine Weile als Exot und dann fragt kein Mensch mehr nach mir. Die Sache war ja auch, dass sie mich nie wieder reingelassen hätten. Ich wollte das nicht riskieren.

Haben Sie die Friedliche Revolution in Heiligenstadt erlebt?

Ja, das Friedensgebet war in der Kirche oben in Sankt Gerhard. Dann zogen die Menschen, damit sich ein Zug entfalten konnte, von der Kirche auf den Friedensplatz. Erst als die Leute aus der Kirche raus waren, habe ich die Türen zugemacht und bin hinterhergegangen. Ich war am Sonntag vor dem Mauerfall im Grenzgebiet. In Hohengandern – das war 500-Meter-Gebiet – hatte ich Gottesdienst. Ich bin von der Kirche weggegangen, auf die Landstraße, auf die sogenannte 80. Dort sah ich links den Zaun und ich habe mir gedacht, ob das wohl mal wieder wekommt und drei Tage später war die Grenze offen. Ja also, das war so schnelllebig, das konnte man gar nicht nachvollziehen.³⁷⁰

ECa



> Eröffnung der elften Jenaer Hofvernissage am 25.6.1988.
Foto: Bertram Hesse

»... um die Belastbarkeit staatlicher Organe in Jena zu testen«

Am 27. Februar 1989 konstatierte Oberstleutnant Hohberger (Jg. 1938), Leiter der Abteilung XX der BV Gera (S. 143), in einer Berichtsvorlage: ›Im Bereich Kunst/Kultur entwickelte sich in der Vergangenheit in Jena ein relativ eigenständiger Kern von Berufs- und Laienkünstlern, die sozialismusfremdes bzw. oppositionelles Gedankengut künstlerisch artikulierten.‹ Hohberger sprach vom ›Missbrauch vorhandener künstlerischer Freiräume‹ und verwies insbesondere auf die ›Hofvernissagen‹ in Jena, mit denen die Akteure die ›Belastbarkeit der staatlichen Organe in Jena‹ auf die Probe stellen wollten.³⁷¹

Worum handelte es sich bei diesen Hofvernissagen, die der Stasi einige Jahre deutlichen Verdruss bereiteten? Die Initiative ging auf den 1952 in Rudolstadt

geborenen Künstler Gerd Wandrer zurück. Wandrer war ausgebildeter Steinmetz. 1979 begann er an der Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle zu studieren, musste aber – er hatte eine Prüfung im Marxismus-Leninismus nicht bestanden und an einer Studenten-Wehrdienstübung nicht teilgenommen – die Hochschule verlassen.³⁷² Dieser Bruch sollte jedoch nicht das Ende seiner künstlerischen Entwicklung bedeuten: 1982 wurde Gerd Wandrer als Meisterschüler an der Ost-Berliner Akademie der Künste aufgenommen.

Drei Jahre später ging Wandrer zurück nach Jena. Die Rückkehr in die thüringische Heimat führte keineswegs in ruhiges Fahrwasser. Gerd Wandrer, künstlerisch sehr vielseitig und experimentierfreudig, stieß schon bald an die eng abgesteckten Grenzen des DDR-Kulturbetriebs. Eine Ausstellung in der Jenaer Stadtgalerie wurde nach nur wenigen Tagen geschlossen und die Aussicht auf weitere Ausstellungen schwand – erst recht, als Wandrer die Ausreise in den Westen beantragte. ›Keine freie Entfaltung als Künstler‹, notierte



> Abendveranstaltung bei der Hofvernissage am 25.6.1988.
Foto: Bertram Hesse



> Auftritt der Rennbahnband bei der Vernissage am 25.6.1988.
Foto: Bertram Hesse

die Stasi als Begründung Wandrers für sein »Übersiedlungersuchen« und sie hielt fest, dass er seine Ausreise mit Hartnäckigkeit verfolgte.³⁷³

Ungeachtet des Ausstellungsverbots schuf sich Gerd Wandrer neue Aktionsräume. Im Dachgeschoss eines besetzten Hauses in der Jenergasse 7 richtete er sich ein Atelier ein und nutzte den Hof des Hauses zur Präsentation von Kunstwerken. Der Hof war ein Glücksfall: Mit einem anderen Hinterhof (Johannisstraße 16) bildete er eine größere Freifläche – hervorragend geeignet für Kunstausstellungen, Lesungen und andere Veranstaltungen. Im November 1986 organisierte Wandrer eine erste Schau, sechs weitere folgten unter seiner künstlerischen Regie. Die Aktionen gewannen zunehmend überregionale Ausstrahlung, bis zu 100 Personen nahmen an den Eröffnungsveranstaltungen teil – und das, obwohl es keine offizielle Werbung und oftmals nur mündliche Einladungen gab.

Rasch wurde die Stasi hellhörig. Sie hatte Wandrer bereits seit Jahren im Visier und zählte ihn »zum Umfeld politische Untergrundtätigkeit betreibender Personen in Jena«.³⁷⁴ Seine »außerhalb staatlicher Strukturen« realisierte Hof-Initiative verfolgte die Staatssicherheit mit Misstrauen, Unverständnis und Ablehnung, sie fühlte sich durch die Kunstaktionen provoziert und

wollte das »Podium negativ-feindlicher Kräfte« unterbinden.³⁷⁵

Informationen erhielt die Stasi insbesondere durch den IM »Specht«, der sich im Umfeld Gerd Wandrers bewegte. IM »Specht« berichtete über den Alltag des Künstlers – »W. macht Kunst« und arbeitet »mit hohem Fleiß« – und über sein Atelier – »mit Oberlicht und allem Drumunddran«³⁷⁶ –, er informierte über Besucher und Westkontakte Wandrers und gab Hinweise zu Ablauf und Inhalt der Hofvernissagen.³⁷⁷

Einen passenden Anlass zum Einschreiten fand die Stasi in den IM-Berichten jedoch offenbar nicht. Nachdem Versuche, Gerd Wandrer durch vorläufige Festnahmen oder Ordnungsstrafen einzuschüchtern und kaltzustellen, ergebnislos verliefen³⁷⁸, beschritt die Stasi 1987 einen anderen Weg. Sie versuchte, den *spiritus rector* der missliebigen Kunstveranstaltungen loszuwerden: Im September des Jahres wurde Wandrer »aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen« und konnte nach West-Berlin übersiedeln.³⁷⁹ Allerdings bat Wandrer einen Freund, die Hofvernissagen am Leben zu halten, und er hielt so weit möglich den Kontakt vom Westen aus. Diese »Rückverbindungen« betrachtete die Stasi selbstverständlich mit Missfallen.³⁸⁰ Sie leitete eine Fahndungsmaßnahme gegen Wandrer



> Zerstörte Kunstwerke der Hofvernissagen. 29.6.1988
Foto: Detlev Schweiger

ein, um Ost-Besuche des Künstlers zu verhindern. Es bestehe der »begründete Verdacht«, dass »Einreisen für feindlich-negative Aktivitäten missbraucht werden«.³⁸¹

Erst im Sommer des Folgejahres schaffte die Stasi es, tatsächlich einen Schlusspunkt zu setzen. Am 25. Juni 1988 fand die letzte Hofvernissage statt. KP »Gasse«, eine in der Nachbarschaft wohnende »Kontaktperson«, berichtete der Stasi, dass u. a. ein 8-mm-Film zu sehen war, der nur »Farbkreise und Schattierungen« in immer schnellerer Abfolge zeigte, untermalt »durch Punkmusik und Worte wie Wahnsinn«. KP »Gasse« urteilte – anders als IM »Specht« – mit verständnisloser Härte und hielt fest, dass »die »HV« [Hofvernissagen] eindeutig staatsfeindlich in ihrem Inhalt geprägt« seien.³⁸² Diese Lesart übernahm die Stasi und sorgte, unterstützt von Volkspolizei und Stadt Jena, dafür, dass die VEB Gebäudewirtschaft Jena die Höfe Jenergasse 7/ Johannisstraße 16 leer räumte und die noch vorhandenen »Gegenstände« – sprich: die ausgestellten Kunstwerke – zur Müllkippe abtransportieren ließ. Außerdem wurden die beiden Höfe durch eine 2 Meter hohe Mauer getrennt und damit für Veranstaltungen »in der bisherigen Größenordnung« unbrauchbar gemacht.³⁸³

Doch ganz so einfach ließ sich das Vermächtnis Gerd Wandrers und seiner Kunstkollegen nicht aus der

Welt schaffen. Die Vernichtung der Kunstobjekte schlug Wellen, die betroffenen Künstler, Mitglieder des DDR-Verbands Bildender Künstler, gingen juristisch gegen die Zerstörungsaktion vor und erstritten eine Entschädigung. Diese Art von Öffentlichkeitswirkung lief den Absichten der Stasi gänzlich zuwider. Sie schob die Verantwortung anderen zu und sprach von »Fehlverhalten durch Mitarbeiter der Abteilung Kultur« in der Jenaer Stadtverwaltung. Als Bauernopfer musste schließlich die Jenaer Abteilungsleiterin Kultur ihren Posten räumen.³⁸⁴

Der Brachialmethode folgte der Versuch der Vereinnahmung. Mit »der operativ initiierten und unterstützten Übernahme« der Hofvernissagen durch den Kulturbund unter dem Dach des Jenaer »Haus auf der Mauer« sollte die Situation befriedet werden.³⁸⁵ Ohne Erfolg: Das vermeintliche Alternativangebot verfiel bei den Kunstakteuren nicht.³⁸⁶ Der freie Geist, dem Gerd Wandrer und seine Freunde mit den Hofvernissagen ein außergewöhnliches Forum eröffnet hatten, ließ sich nicht mehr einsperren.

GCa



> Das Theater in Meiningen. 10.4.1988
BStU, MfS, BV Suhl, Abt. XX, Fo, Nr. 2305, Bild 74

Die Überwachung des Meininger Theaters

Meiningen und sein Theater sind kaum voneinander zu trennen. Das Meininger Schauspiel hat eine lange Tradition und erlangte unter Herzog Georg II. von Sachsen-Meiningen (1826–1914) internationales Renommee. Die Meininger Bühne nahm als eines der ersten deutschen Theater nach dem Zweiten Weltkrieg seinen Betrieb wieder auf. Seit Gründung der DDR galt es als eine der wichtigsten Kulturinstitutionen Thüringens. Seine Glanzzeit mit Rekordbesucherzahlen erlebte das Theater unter der Regie von Fritz Bennewitz

(1926–1995) Ende der 1950er-Jahre, als es neben dem Berliner Ensemble zur zweiten Brechtbühne avancierte.³⁸⁷

Die Meininger Bühne war das einzige Berufstheater im Bezirk Suhl und hatte fünf Sparten: Schauspiel, Musiktheater, Ballett, Konzert und Puppentheater (ab 1986). Die Bezirksstadt Suhl, die Kreisstädte und das Naturtheater Steinbach-Langenbach waren weitere Spielorte, für die das Meininger Theater zuständig war. Außerdem betreute es die sogenannten Volkskunstkollektive wie beispielsweise das Arbeiter- und Bauerntheater in Bauerbach.³⁸⁸ In diesem Zusammenhang

wurde dem Theater Meiningen eine hohe politische Bedeutung zugemessen: »Dabei ist der Spielplan das Herzstück der Arbeit am Theater und hat deshalb allen geforderten Wesensmerkmalen der sozialistischen Erziehung Rechnung zu tragen.«³⁸⁹

Auch die Staatssicherheit sah im Meininger Theater einen »Schwerpunkt im kulturellen Leben des Bezirkes Suhl« und unterstrich die Notwendigkeit geheim-polizeilicher Absicherung.³⁹⁰ Bis Ende 1982 war die örtliche Kreisdienststelle zuständig, danach oblag der Abteilung XX der Suhler Bezirksverwaltung (S. 144) die Überwachung des Theaters.³⁹¹ Ihre Aufgabe bestand darin, potenzielle Regimegegner im Vorfeld zu erkennen und zu bekämpfen. Zum einen sahen die MfS-Bediensteten eine Gefahr darin, dass die Künstler und Theatermitarbeiter rege Kontakte in die Bundesrepublik pflegten. Zum anderen beklagten sie, dass oft die künstlerische Arbeit über die politische Tätigkeit gestellt wurde. So bemängelten sie, dass bei den Schauspielern »Unklarheiten über die führende Rolle der Arbeiterklasse« bestanden. Das drückte sich nach Meinung des MfS in »westlichen Verhaltensweisen«, überlangen Haaren und einer »sehr liederlichen Kleidung« aus. Auch für das Orchester musste sie feststellen, dass »gesellschaftliche Arbeit« verpönt war.³⁹²

Um sich ein Bild von der Lage am Theater zu verschaffen, bediente sich die Stasi ihrer offiziellen und ihrer inoffiziellen Kontakte vor allem auf der Leitungsebene. Dabei waren die Grenzen stets fließend. Dass der Intendant vom zuständigen MfS-Mitarbeiter regelmäßig in seinem Büro aufgesucht wurde, scheint hinlänglich bekannt gewesen zu sein. Zuträger im Bereich der Personalabteilung nahmen eine Schlüsselposition ein, da sie dem MfS über interne Entscheidungen berichten und der Stasi die Kaderakten zugänglich machen konnten.³⁹³ Allerdings musste die Stasi einräumen, dass ihre inoffizielle Basis am Theater quantitativ nicht ausreichte, um sich in jeder Sparte einen umfassenden Überblick zu verschaffen. Auch die Zusammenarbeit mit den Künstlern gestaltete sich teilweise schwierig: »Nach den ersten Treffs bemerkte der IMS, dass er mit einer Zusammenarbeit mit dem MfS nicht einverstanden ist und diese Arbeit als Spitzeldienst ansehe. Trotz geführten Aussprachen mit ihm gelang es nicht, einen Treff zu vereinbaren, da er zu keinem Treff erschien.« Andere Mitarbeiter lehnten eine Anwerbung von Beginn an strikt ab.³⁹⁴

Besonders die jungen Schauspieler gerieten ins Visier der Staatssicherheit, die sie verdächtige, politisch indifferent zu sein. Im Ensemble gelang den Mitarbeitern der Abteilung XX allerdings keine umfassende Überwachung. Das lag zum großen Teil an der hohen Personalfuktuation am Theater.³⁹⁵ Zum einen diente die Meininger Bühne oftmals als Sprungbrett zu größeren Theatern. Zum anderen erwies sich der Wohnungsmangel als dauerhaftes Problem, da die Mitarbeiter ihre Familien nicht unterbringen konnten. Manche kritisierten mit scharfer Ironie diesen Zustand: »Künstler und Beschäftigte äußerten sich, dass sie eben keine ordentlichen Wohnungen brauchen, Hauptsache sie spielen ordentliche sozialistische Rollen, dann ist die Kreisleitung schon zufrieden.«³⁹⁶

Werner Freese (1931–1982) war seit 1976 Schauspielregisseur am Meininger Theater. Bald nach der Aufnahme seiner Tätigkeit geriet er in Konflikt mit Theater- und Parteileitung. Er wollte Theaterstücke wie Volker Brauns »Tinka« inszenieren, die als antisozialistisch galten. Die Kreisdienststelle Meiningen (S. 148) nahm im Frühjahr 1977 Ermittlungen auf und legte eine operative Personenkontrolle gegen Freese an. Ein sichtbares Zeichen für seine oppositionelle Haltung war seine Weigerung, nach Biermanns Ausbürgerung im November 1976 gegen den Liedermacher Position zu beziehen.

Das Ziel der Überwachung bestand für das MfS darin, sich zunächst ein genaueres Bild über Freese zu verschaffen. Welche Kontakte pflegte er in die Bundesrepublik Deutschland? Welche Haltung nahm er zur Politik der Partei und der DDR ein? Welchen Einfluss übte er am Meininger Theater aus? Zur Gewinnung von Informationen setzte die Stasi ihre inoffiziellen Mitarbeiter ein. Das Bild fiel nuanciert aus. Die IM berichteten über das fachliche Können von Freese und seine Beliebtheit bei jungen Kollegen. Moniert wurde, dass Freese »eigenwillige Auffassungen zu den Begriffen Demokratie und Freiheit« besaß.³⁹⁷ Die Partei disziplinierte Freese in einer Aussprache mit dem Rat des Bezirks. Die Stasi spielte dabei keine direkte Rolle. Sie hielt jedoch an ihrem Feindbild fest: »Es wurde bei Freese eindeutig sichtbar, dass er unter dem Deckmantel – ein anspruchsvolles Theater zu machen – versuchte, eine antisozialistische Linie in das Ensemble hineinzutragen.«³⁹⁸



> Bühnenaufbau für das Gastspiel des Landestheaters Coburg in Meiningen. 10.4.1988
BStU, MfS, BV Suhl, Abt. XX, Fo, Nr. 2305,
Bild 42



> »Marat/Sade« von Peter Weiss des Coburger Ensembles in Meiningen. 10.4.1988
BStU, MfS, BV Suhl, Abt. XX, Fo, Nr. 2305,
Bild 45

Im September 1978 erklärte Freese, dass er nach dem Spieljahr das Theater verlassen werde. Eine Reihe von Schauspielern wollte seinen Weggang verhindern und wandte sich an den Intendanten, die SED-Bezirksleitung sowie das ZK der SED. Sie forderten Änderungen in der Spielplanpolitik und ein Bleiben von Freese. Partei- und Theaterleitung lehnten ab und machten deutlich, dass sie weiter nach einem Ersatz für Freese suchten. Die Schauspielergruppe geriet unter Stasi-Beobachtung. Im Herbst 1979 schloss die Kreisdienststelle Meiningen ihre Vorgänge, da Freese und die »rebellischen« Schauspieler das Theater verlassen hatten.³⁹⁹

Ende der 1980er-Jahre wurde die Kontrolle des Meininger Theaters verschärft. Nach Jahrzehnten stand zum ersten Mal das Gastspiel eines westdeutschen Theaters in Meiningen auf dem Spielplan. Am 10. April 1988 führte das Landestheater Coburg den »Marat/Sade« von Peter Weiss auf der Meininger Bühne auf. Den Austausch mit dem bayerischen Theater hatte es schon unter Georg II. gegeben. Nach dem Kulturabkommen zwischen DDR und Bundesrepublik vom Mai 1986 entwickelte und intensivierte sich der Ost-West-Austausch. Dass es zu diesem Gastspiel kam, lag an der Hartnäckigkeit des Coburger Intendanten, Tebbe Harms Kleen (1932–2016), der sich für eine neue Belebung des »Zusammengehörigkeitsgefühls« engagierte.⁴⁰⁰



> Empfang im Meininger Theater nach dem Coburger Gastspiel: Meininger Intendant Juhnke (rechts) bei seiner Ansprache. Neben ihm steht der Initiator des Austausches, Tebbe Harms Kleen. 10.4.1988
BStU, MfS, BV Suhl, Abt. XX, Fo, Nr. 2305,
Bild 94

Die Stasi ergriff Maßnahmen, um den bayerisch-thüringischen Kulturaustausch unter Kontrolle zu halten. Sie organisierte mehrfach Treffen mit den IM, um von möglichen Provokationen im Vorfeld zu erfahren und Informationen zum geplanten Ablauf der Aufführung zu sammeln. Zudem leitete sie Überprüfungen der Mitglieder des Landestheaters ein. Am Tag der Aufführung quartierte sie sich mit einer Einsatzgruppe im Theater ein. Ihre Präsenz vor Ort fiel auf, wie das MfS beim Abhören eines Telefonats protokollierte: »Und da haben die von der Bühne aus noch geklatscht zum Schluss und da haben welche gepfiffen im Publikum und es wimmelte ja überall von Stasi, da kann man ja Aggressionen kriegen. Da haben sie gleich rumgeguckt, wer alles pfeift.«⁴⁰¹ Letztlich fand das erfolgreiche Gastspiel des Landestheaters Coburg vor ausverkauftem Haus mit über 700 Besuchern und ohne die von der Stasi befürchteten »Vorkommnisse« statt.⁴⁰²

Die Abteilung XX nahm auch Einfluss auf die Organisation des Gegenbesuchs der Meininger in Coburg am 2. Juli 1988. Sie überprüfte die Theatermitglieder auf ihre politische Zuverlässigkeit, potenzielle Fluchtgefahr und auf private Verbindungen in die Bundesrepublik. Von den insgesamt 77 für die Reise vorgeschlagenen wurden auf Veranlassung des MfS zwölf Personen durch den Rat des Bezirkes zurückgezogen.⁴⁰³ Der Austausch zwischen dem Meininger und Coburger Theater blieb eine einmalige Erfahrung. Westdeutsche Theater bekundeten durchaus Interesse an Gastspielen, jedoch entschied die Generaldirektion der Künstleragentur der DDR, die Gastspieltätigkeit des Theaters in der Bundesrepublik nicht weiter auszudehnen.⁴⁰⁴

Auch im Zusammenhang mit dem Gastspiel des Meininger Theaters in Coburg gab es Anzeichen für die bröckelnde Ideologie der SED. Intendant Jürgen Juhnke (Jg. 1938) hatte sich für die Inszenierung des Romans »Die Aula« von Hermann Kant entschieden und das ursprünglich vorgesehene Stück »Die Legende vom Glück ohne Ende« von Ulrich Plenzdorf gestrichen. Damit erntete er zwar Anerkennung von der Parteileitung, aber auch scharfe Kritik von den Schauspielern. Die Stasi versuchte zu deeskalieren, indem sie an den Intendanten appellierte, sich der Diskussion mit seiner Belegschaft zu stellen. Der Konflikt barg mehr als die Auseinandersetzung um die Stückauswahl. Die Schauspieler monierten nicht nur, dass »Die Aula« »nicht mehr zeitgerecht sei und im Gegensatz zu Gorbatschows Reden nicht das heute Wichtige widerspiegeln«⁴⁰⁵, sondern forderten insgesamt mehr Mitspracherecht.

Ein Jahr später wurde das Theater zum Ort des öffentlichen Gesprächs. Im Herbst 1989 fanden dort die ersten »Bürgerforen« statt, bei denen sich SED-Funktionäre den Fragen und Vorhaltungen der Bevölkerung stellten.

ECa

Kennwort »Kufe« – die Rennrodel-Weltmeisterschaften von 1985 in Oberhof

Ein gelernter Dreher (Jg. 1949) begann 1975 seine Tätigkeit am Oberhofer Eiskanal, einer künstlich angelegten Strecke für Bobsportler und Rennrodler. Nach kurzer Zeit avancierte er zum Leiter der Anlage. Zwei Jahre später, während seines Wehrdienstes bei der NVA, warb ihn das MfS für die inoffizielle Zusammenarbeit an. Von nun an trug er den Decknamen »Barbara«. Nach der Armeezeit kehrte der IM nach Oberhof zurück und wurde Mitarbeiter bei der dortigen Sportstättenverwaltung. Leutnant Behrend Habura (Jg. 1953), auf dem Gebiet des Sports tätiger Mitarbeiter der BV Suhl, fungierte von nun an als sein Führungsoffizier. »Barbara« bespitzelte zunächst die Mitarbeiter der Oberhofer Sportstättenverwaltung. So belauschte er im Herbst 1979 die negative Äußerung eines Kollegen über die DDR.⁴⁰⁶ Das wichtigste Aufgabengebiet stellte aber die Überwachung der Bob- und Rennrodelbahn und der auf ihr ausgetragenen internationalen Wettkämpfe dar. So berichtete »Barbara« im Spätherbst 1978 seinem Führungsoffizier Habura, dass während der Vereisung der Bahn die Arbeiter in den Pausen im Gemeinschaftsraum Westfernsehen geschaut hatten.⁴⁰⁷ Weiterhin meldete der IM Kontakte zwischen Westsportlern und

Oberhofer Bürgern pflichtbewusst an die Stasi. 1984 informierte er Hauptmann Karl-Heinz Finn (Jg. 1947), ab 1981 für den IM als Führungsoffizier zuständig, dass ein DDR-Bürger mit Sportlern aus Österreich »eine Fete gefeiert« habe.⁴⁰⁸ Auch während der Rennrodel-Weltmeisterschaften 1985 kam »Barbara«, der zwischenzeitlich wieder die Position des Bahnleiters bekleidete, zum Einsatz. Er gab den Inhalt einer Absprache zweier Personen im Ferienhaus »Georgi Dimitroff« des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) an die Stasi weiter. Dabei ging es um die Überlassung eines Autoradios im Wert von 500 DM, das ein Besucher aus dem Westen mitgebracht hatte.⁴⁰⁹ Führungsoffizier Finn lobte die Arbeit seines IM und bilanzierte, dass dieser über »vielfältige Möglichkeiten der Kontaktherstellung zu ausländischen Teilnehmern [verfüge] und gezielte Informationen« erarbeiten könne.⁴¹⁰ Bis in die letzten Tage der DDR kooperierte »Barbara« mit der Geheimpolizei. Noch am 3. November 1989, einen Tag vor der ersten Großkundgebung des »Neuen Forums« in der Suhler Innenstadt mit 25 000 Teilnehmern, verriet er einen Bahnarbeiter an die Stasi und hob hervor, dass dieser »ein konsequenter Fürsprecher der ›Wende in der DDR‹ in Bezug auf Meinungsfreiheit und ›freie Wahlen‹«⁴¹¹ sei. Der tiefgreifende politische Umbruch in den nachfolgenden Tagen dürfte die Stasi davon abgehalten haben, diesem Hinweis nachzugehen.



> Weltmeisterschaften der Rennrodler in Oberhof. 1985
Stadtarchiv Suhl, Fotografen-
nachlass Rolf Kornmann/6.1.P/
KR



> Unter ständiger Beobachtung der Stasi: bundesdeutsches Rennrodel-Team bei Tagesausflug nach Erfurt. 1985
BStU, MfS, BV Suhl, Abt. XX, Nr. 752, Bd. 6, Bl. 88, Bild 2

Oberhof, auf den Höhenzügen des Thüringer Waldes gelegen, war das bedeutendste Wintersportzentrum der DDR. Die Grundlage dafür bildete ein durch SED-Chef Walter Ulbricht initiiertes Umgestaltungsprozess, der das Gesicht des bis dahin beschaulichen Ortes radikal veränderte. Oberhof entwickelte sich zu einem, wie es die parteioffizielle Propaganda hervorhob, »modernem sozialistischen Kur-, Erholungs- und Wintersportzentrum«. So entstanden die markanten »Bettenburgen« für den Massentourismus wie das FDGB-Ferienheim »Rennsteig« oder das Interhotel »Panorama«. Zudem bündelte die DDR-Sportbürokratie hier ihre Anstrengungen im Kampf um prestigeträchtige Erfolge. Dies gipfelte in der Errichtung einer Großschanzanlage, eines Biathlonstadions, einer Kunsteisbahn für Bob- und Rennrodelsportler sowie eines weitläufigen Loipennetzes. Ferner siedelten sich in Oberhof mit dem Armeesportklub »Vorwärts« und der Kinder- und Jugendsportschule »Karl Marx« zwei Kaderschmieden an, die bis zum Ende der DDR als zuverlässige Medailenlieferanten galten.⁴¹²

Bereits früh erkannte das SED-Regime die politische Bedeutung des Sports für sich. Auf der einen Seite wirkten die Medaillen ostdeutscher Sportler identitätsstiftend auf einen Teil der DDR-Bevölkerung. Auf der anderen Seite zeigte sich so die vermeintliche Überlegenheit des sozialistischen über das westliche Gesellschaftssystem. Innerhalb des DDR-Leistungs-

sports, dessen Erfolge vorrangig auf einer rigiden Nachwuchsförderung, permanentem Leistungsdruck und dem flächendeckenden Einsatz von Doping basierten, nahm das MfS eine Schlüsselfunktion ein. Die federführende Hauptabteilung XX/3 sowie die ihr unterstellten Abteilungen XX/3 in den Bezirken sahen ihre Aufgabe darin, Sportler, Trainer, Betreuer und Ärzte von »negativen« Einflüssen abzusichern und Fluchtversuche in den Westen unter allen Umständen zu verhindern. Die Geheimpolizei überprüfte deshalb diesen Personenkreis auf politische Zuverlässigkeit. Diejenigen, die verwandtschaftliche Beziehungen oder Kontakte in den Westen hatten oder auch nur minimal von der ideologischen Linie abwichen, wurden vom DDR-Leistungssport ausgeschlossen.⁴¹³ Ein weiterer Schwerpunkt des MfS war die Durchsetzung einer fast schon paranoiden Geheimhaltung, die beispielsweise die Sportgeräteentwicklung oder die Trainingsmethodik einschloss. Die Suhler Abteilung XX/3 (S. 144) sah beispielsweise am Oberhofer Kompetenzzentrum für Bob- und Rennrodelsport – an dem Trainingspläne optimiert, Sportgeräte entwickelt und Ausrüstung erprobt wurde – die Gefahr gegeben, dass der Westen »Informationen auf dem Gebiet der Geräteentwicklung«⁴¹⁴ erlangen könne.

Vom 25. bis 27. Januar 1985 fanden in Oberhof die Rennrodel-Weltmeisterschaften statt. Die Verantwortlichen im Deutschen Schlitten- und Bobsportverband (DSBV) der DDR erwarteten mehr als 20 000 Zuschauer. Hunderte Sportler, Trainer, Betreuer, Offizielle und Journalisten reisten an – viele davon aus dem Westen. Der Leiter der BV Suhl, Generalmajor Gerhard Lange, und seine Offiziere erstellten vorab einen Maßnahmenplan. Zwei Einsatzstäbe richtete die Stasi in ihrer Suhler BV und im FDGB-Ferienheim »Georgi Dimitroff« in Oberhof ein. Von hier aus koordinierte sie ihren Einsatz.

Während der Großveranstaltung überwachte die Geheimpolizei die Hotels und Unterkünfte, in denen die ausländischen Delegationen Quartier bezogen. Außerdem organisierten Stasi-Offiziere die Zusammenarbeit mit der Volkspolizei und verhinderten die Anreise »unerwünschter« Bürger. Die Suhler Stasi kontrollierte insbesondere den Eiskanal sowie das Pressezentrum. Die Ostberliner Zentrale der Geheimpolizei war während der Weltmeisterschaften stets gut im Bilde, da die BV Suhl regelmäßig detaillierte Lageberichte übermit-



> Bob- und Rennrodelbahn in Oberhof. Vor 1989
BStU, MfS, BV Suhl, Abt. XX, Nr. 2304, Bl. 48

telte. Das in Oberhof eingesetzte Netzwerk inoffizieller Zuträger, so sah es der Maßnahmeplan vor, meldete Vorkommnisse telefonisch und unter dem Kennwort »Kufe« an die Stasi-Mitarbeiter im FDGB-Ferienheim »Georgi Dimitroff«. ⁴¹⁵

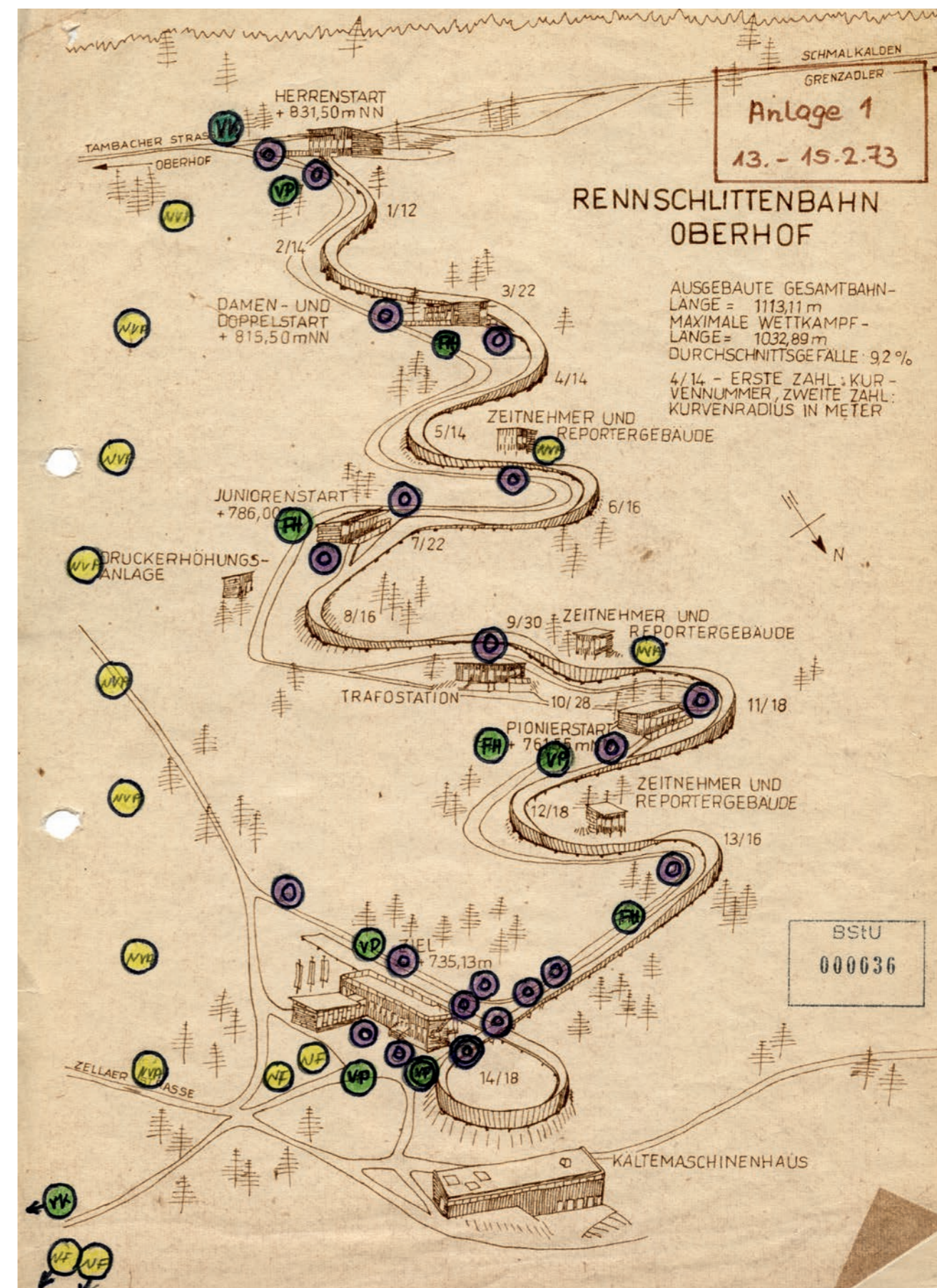
Von besonderem Interesse für die Stasi war die bundesdeutsche Nationalmannschaft. Bereits vor den Weltmeisterschaften in Oberhof kam die Geheimpolizei in den Besitz einer kompletten Mannschaftsliste. Aus dieser ging, neben Angaben zu den Sportlern, auch die jeweilige Zimmerbelegung hervor. Kurioserweise bezog das aus 15 Personen bestehende Team im FDGB-Ferienheim »Georgi Dimitroff« Quartier, also genau dort, wo sich im Zimmer 210 der Einsatzstab der Stasi befand. ⁴¹⁶ Ob die Stasi ihren Einfluss beim ostdeutschen DSBV geltend gemacht hatte, um die bundesdeutsche Delegation genau hier unterzubringen, geht aus den überlieferten Unterlagen nicht hervor.

Gleich mehrere IM kreisten die bundesdeutsche Nationalmannschaft ein. Sie registrierten akribisch, welche Teammitglieder den Kontakt zu Oberhofer Bürgern suchten oder sich bis spät in die Nacht in Bars und Gaststätten aufhielten. ⁴¹⁷ Darüber hinaus leitete die Stasi gegen die Bundesdeutschen »spezifische Kontrollmaßnahmen« ein. So verfolgten gleich mehrere Mitarbeiter der Suhler Observationsabteilung am 25. Januar 1985 deren Reisebus während eines Tagesausfluges auf seinem Weg nach Erfurt. Am frühen Morgen begann die »operative Beobachtung« vor dem FDGB-Ferienheim »Georgi Dimitroff« und endete am frühen Nachmittag wieder dort. Die Stasi fotografierte die Reisenden und erstellte minutiöse Bewegungsprotokolle. ⁴¹⁸

»Unfähige Leute setzen wir ab.«
(Mielke über Sportler, Trainer und Funktionäre) ⁴¹⁹

Das Wirken des MfS während der Rennrodel-Weltmeisterschaften von 1985 steht symptomatisch für den Einsatz der Geheimpolizei bei sportlichen Großereignissen in Oberhof. Alljährlich fand sich hier die internationale Wintersportelite ein. Das MfS und sein inoffizielles Netzwerk erhielten von der SED den Auftrag, für »störungsfreie« Wettkämpfe zu sorgen und die jeweiligen Wettkämpfe umfassend »abzusichern«. So durften weder organisatorische Mängel oder technische Störungen noch Unmutsäußerungen oder gar öffentlicher Protest gegen die Zustände in der DDR das Bild der »Wintersportnation« trüben. Rekorde und Medaillen ostdeutscher Sportler oder erfolgreich durchgeführte Wettkämpfe steigerten, so die Annahme der SED, das Renommee der kleinen DDR. Doch trotz der konspirativen Vorgehensweise der Stasi spürte die Bevölkerung offenbar deren permanente Gegenwart. IM »Barbara« übermittelte Führungsoffizier Finn am 27. November 1984, also während der Planungen für die Rennrodel-Weltmeisterschaften, »dass den Staatssicherheitsorganen oftmals übertriebene Überwachung nachgesagt wird. Unter der Oberhofer Bevölkerung wird die Tätigkeit der Staatssicherheit oftmals unter dem Blickwinkel der »totalen Kontrolle« der Bürger gesehen.« ⁴²⁰

SMü



> Vom 16. bis 18. Februar fand die Rennrodel-Weltmeisterschaft in Oberhof statt. An ihrer Absicherung waren sowohl Partei- und Massenorganisationen als auch Stasi, Polizei und Armee beteiligt. (VP=Volkspolizei; VK=Verkehrspolizei; FH=Freiwillige Helfer; NVA=Nationale Volksarmee; NF=Nationale Front; lilafarbene Markierung: vermutlich Stasi) 1973
BStU, MfS, BV Suhl, Abt. XX, Nr. 2304, Bl. 36



Das Ende

Kampf um Ausreise – die Besetzung der Eisfelder Dreifaltigkeitskirche

Nach dem Mauerbau im Jahr 1961 gab es für viele DDR-Bürger keine Möglichkeit mehr, in die Bundesrepublik zu reisen. Ab 1964 erlaubte die DDR zumindest Rentnerinnen und Rentnern Besuche im Westen, von denen ein Teil nicht zurückkehrte. Anträge auf Ausreise galten grundsätzlich als rechtswidrig. Die DDR behielt sich vor, missliebige Personen »im staatlichen Interesse überzusiedeln«, also auszubürgern. Auf eine Übersiedlung konnten sonst lediglich Invaliden, Ruheständler und eine kleine Zahl von Familienangehörigen im Westen lebender Personen im Rahmen von »Familienzusammenführungen« hoffen. Nur ihnen war es 1983 gesetzlich erlaubt, Anträge auf Übersiedlung zu stellen.

Die Unterzeichnung der Schlussakte der »Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« durch die DDR in Helsinki im Jahr 1975 weckte hohe Erwartungen bei denen, die dem Arbeiter- und Bauernstaat den Rücken kehren wollten. Mit dem Vertrag erklärte sich die DDR bereit, Kontakte über die Blockgrenze hinweg zu erleichtern, insbesondere Reisen. In der Folge stieg die Zahl der Anträge auf Ausreise stark an, von 12 500 im Jahr 1975 auf über 19 000 im Jahr 1976. In den Jahren von 1972 bis 1986 wurden im Bezirk Erfurt 8 800, im Bezirk Gera 7 200 und im Bezirk Suhl 2 000 »rechtswidrige« Ausreiseanträge gestellt.

Im Jahr 1975 bewilligte das SED-Regime über 7 600 Ausreiseanträge von erwerbstätigen Personen mit ihren Kindern, da es hoffte, sich auf diese Weise zahlreicher Bürger mit negativer Einstellung zur



> Der Ansturm der Ausreisewilligen war so groß, dass zeitweise keine Anträge mehr angenommen wurden. Um 1988/1989
BStU, MfS, BV Gera, Abt. XX, Fo, Nr. 685, Bild 6 (Ausschnitt)



> Beobachtung einer Personengruppe, in der sich Besetzer der Eisfelder Kirche befanden, vor einem Hotel in Suhl, Oktober 1988
BStU, MfS, BV Suhl, AOPK 424/89, Bd. 1, Bl. 241, Bild 1

DDR entledigen zu können. Die schnell wachsende Zahl der Übersiedlungersuchen zeigte allerdings die Untauglichkeit dieser Strategie: Sowohl Honecker als auch Mielke entschieden, die Ausreisebewegung zu unterdrücken, um die DDR vor einem Verlust von qualifizierten Arbeitskräften zu bewahren. Die Bürger sollten von der Antragstellung auf Ausreise abgehalten oder zur Rücknahme bereits gestellter Gesuche bewegt werden. Die Staatssicherheit spielte dabei eine Schlüsselrolle. Die 1975 beim MfS gebildete Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) und die ihr untergeordneten Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) in den Bezirksverwaltungen (S. 142) hatten die Aufgabe, Aktivitäten zur »Zurückdrängung« und »Bekämpfung« der Ausreisebewegung zu organisieren und zu koordinieren. Den Kreisdienststellen oblag zusammen mit den Räten der Kreise, der Volkspolizei und Betriebsfunktionären die »gesamtgemeinschaftliche Aufgabe«, Antragstellungen zu unterdrücken. Sobald eine Person einen Antrag gestellt hatte, wurde die Staatssicherheit informiert. Der biografische Hintergrund, das familiäre und berufliche Umfeld, die politische Haltung und die zwischenmenschlichen Beziehungen des Antragstellers wurden ausspioniert.⁴²¹

Im Juli 1987 stellten Gerhard (Jg. 1951) und Ursula Bayerlein (Jg. 1953) aus Sonneberg einen Antrag auf Ausreise. Sie waren unzufrieden mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der DDR. Um den Behörden zu demonstrieren, wie ernst es ihnen

war, traten sie aus FDGB und DSF aus und kündigten ihre Arbeitsstellen. Gerhard Bayerlein suchte sich eine Beschäftigung in einer kirchlichen Einrichtung. Das erste Ersuchen brachte ebenso wenig eine Zusage wie ein Wiederholungsantrag im Februar 1988.

In der Folge knüpfte die Familie engere Kontakte zu einer Reihe anderer Antragsteller aus Sonneberg. Anfang September 1988 besetzten sie gemeinsam die Dreifaltigkeitskirche in Eisfeld, um eine schriftliche Zusage der Behörden für eine baldige Ausreise zu erzwingen. Der Zeitpunkt war taktisch gewählt. Nur wenige Tage nach Beginn der Besetzung sollte das 500-jährige Jubiläum des Gebäudes in Anwesenheit von hohen kirchlichen Amtsträgern sowie Gästen aus der Bundesrepublik gefeiert werden. Die Besetzer drohten, diese Veranstaltung zu verhindern und hofften, dass die Behörden aus Furcht vor Medienberichten auf ihre Forderungen eingehen würden. Nach zwei Tagen beendeten die Ausreisewilligen die Besetzung und verließen unbehelligt die Kirche. Zwar hatten sie keine schriftliche Zusage für ihre Ausreise bekommen, aber ihnen waren Gespräche beim Rat des Bezirks sowie Straffreiheit für ihre Aktion zugesichert worden. Mit der Besetzung waren sie dem Ziel einer Ausreise wesentlich näher gekommen.


Gerhard und Ursula Bayerlein hielten nach dem Ende der Besetzung weiterhin engen Kontakt zu den anderen Familien und zeigten ihr Anliegen auch weiterhin öffentlich, u. a. indem sie eine weiße Schleife an ihrem

BSTU 0015

Eisfeld, im September 1988

Ihr lieben Gemeindeglieder !

Wir möchten Sie alle sehr herzlich grüßen!
Der Bau unserer Stadtkirche, wie er jetzt
steht, ist 1488 begonnen worden.
Mit großer Dankbarkeit sehen wir auf
500 Jahre zurück, in denen Menschen
in diesem Gotteshaus gesegnet
wurden, unsere Vorfahren und auch
wir selbst.
In den kommenden Tagen wollen
wir aus festlichem Anlaß zu-
sammenkommen und in besonderer
Weise Gemeinschaft erleben.
Wir laden Sie alle herzlich
ein:



Donnerstag, 1. September 1988, 19 30 Uhr
Gemeindeabend in der Kirche
Festvortrag: "Zur Geschichte unserer Kirche"
(Pfr. Loew)
Mitwirkung des Kirchenchores. Dokumente zur Ge-
schichte unserer Kirche werden ausgestellt.

Sonntag, 4. September, 9 30 Uhr, Familiengottesdienst
zum Beginn der Christenlehre (besonders für das
erste Schuljahr). Mitwirkung des Flötenkreises
(Fr. Radtke, Fr. Kürschner, Sup. Böttner)

Sonntag, 11. September 1988
Festtag zum 500-jährigen Kirchenjubiläum

7 30 Uhr Turmblasen
9 30 Uhr Festgottesdienst mit Hl. Abendmahl
Predigt: Landesbischof Dr. Leich
Musikalische Gestaltung: Kirchenchor
Eisfeld, Kantorei Münsingen, Leitung:
Kant. Kürschner

11 30 Uhr Grußstunde in der Kirche
14 00 Uhr Nachmittag der Begegnung: auf dem Kirch-
platz, in den Pfarrhäusern, in der Kirche,
im Saal, im Saal der landeskirchl. Gemein-
schaft.
Posaunenblasen-Lieder zur Gitarre- Singen
der Kirchenchöre- Ausstellung historischer
Dokumente- Kaffee und Kuchen- Bratwürste-
Begegnungen- Gespräche.

15 30 Uhr Geistlicher Abschluß mit dem Herrn Landes-
bischof und Singen der Chöre in der
Kirche.

Auto befestigten. Nach den Gesprächen mit dem Rat des Bezirks beschlossen sie zusammen mit den anderen Antragstellern, bis zum Frühjahr 1989 auf eine Ausreiseerlaubnis zu warten. Sollte dann nichts geschehen sein, planten sie, die westliche Botschaft in einem sozialistischen Land zu besetzen oder eine Flucht zu wagen.

Unterdessen beobachtete die Staatssicherheit das Ehepaar Bayerlein und die anderen Antragsteller intensiv und versuchte, ihnen eine »Vereinsbildung zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele« sowie die »Beinträchtigung staatlicher Tätigkeit« nachzuweisen. Aus Furcht vor einem neuerlichen öffentlichen Protest der ehemaligen Kirchenbesetzer verhinderte das MfS zusammen mit der Volkspolizei durch eine großangelegte Pkw-Kontrolle, dass diese noch einmal gemeinsam zu einem Gottesdienst nach Eisfeld fahren. Die KD Sonneberg (S. 149) versuchte Misstrauen in der Gruppe zu säen, indem sie getrennte Aussprachen mit den Ausreisewilligen führte und inoffizielle Mitarbeiter in deren Umfeld einsetzte. Dies erwies sich aber als wirkungslos, da sich die Antragsteller über alle Vorkommnisse gegenseitig informierten und im Bekanntenkreis vorsichtig agierten. »Im Interesse der Ordnung und Sicherheit« entschied die Staatssicherheit im Frühjahr 1989, allen ehemaligen Kirchenbesetzern die Ausreise zu gestatten. Ende März verließen Gerhard und Ursula Bayerlein gemeinsam mit ihren Kindern die DDR über den Grenzübergang Probstzella.⁴²²

Die Motive der Antragsteller auf Ausreise waren vielfältig. Die BV Suhl beschrieb 1984 die Beweggründe: Sie verlangten Reisefreiheit, wollten ihre Meinung ohne Angst vor negativen Konsequenzen äußern, keine Nachteile wegen ihrer Religionsausübung in Kauf nehmen, Karrieremöglichkeiten haben und ohne tägliche Versorgungsprobleme leben. Die Antragsteller sahen in der DDR keine Perspektive für eine Wahrnehmung individueller Rechte und wirtschaftliche Entfaltung. Hinzu kamen gelegentlich auch familiäre Bindungen und Liebesbeziehungen als Motive für den Ausreisewunsch.

Zu den direkten Folgen eines Antrags auf Ausreise gehörten häufig der Entzug des Personalausweises, Disziplinierungsgespräche sowie die Versetzung auf einen schlechteren Arbeitsplatz. Beschäftigte in »sicherheitsrelevanten« Bereichen, mit Leitungsaufgaben oder

Erziehungsfunktionen wurden in der Regel entlassen. Während manche infolge der Schikanen ihre Anträge zurückzogen, fühlten sich andere dadurch bestätigt. So bedankte sich ein Ärzteeaar aus Suhl ironisch für die »ausgezeichnete Hintergrundarbeit [...], die sie im Bezirkskrankenhaus gegen uns geleistet haben. [...] Sie sollten wirklich gründlich prüfen, ob es nicht ratsam ist, solche negativen Subjekte wie uns möglichst schnell aus der DDR zu entfernen, bevor wir noch mehr Schaden anrichten.«⁴²³ In den Jahren von 1972 bis 1986 nahmen in den Bezirken Erfurt und Gera durchschnittlich etwa die Hälfte, im Bezirk Suhl etwa 65 Prozent der Antragsteller ihr Ersuchen wieder zurück. Der Anteil der Rücknahmen schwankte allerdings stark von Jahr zu Jahr und ging in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre zurück. Letzteres lag u. a. daran, dass Anfang der 1980er-Jahre die Staatssicherheit eine wachsende Zahl von Ausreisen aus »politisch-operativen« Gründen genehmigte, um politisch missliebige Personen loszuwerden. Dies wiederum ermutigte neue Antragsteller, an ihren Anträgen festzuhalten.⁴²⁴

**Es ist darauf zu achten, dass
»Feinde wie Feinde behandelt werden.«⁴²⁵
(BV Gera über Antragsteller)**

Wer seinen Ausreiseantrag nicht zurückzog oder nach einer Ablehnung erneuerte, galt als hartnäckiger Antragsteller. Diese Personen behielt die Staatssicherheit besonders im Blick und versuchte, sie zu kriminalisieren. Schon zurückhaltende Kritik am Sozialismus konnte zum Vorwurf der »öffentlichen Herabwürdigung« führen und eine Verhaftung und Inhaftierung zur Folge haben. Als strafbar galten auch Proteste in der Öffentlichkeit für die Genehmigung der Ausreise oder Verbindungen zu westdeutschen oder internationalen Einrichtungen, die sich für Antragsteller einsetzten. So wurde ein Ehepaar aus dem Bezirk Suhl, das 1982 Kontakt zur bundesdeutschen Botschaft in Budapest aufnahm und 1983 auf dem Berliner Alexanderplatz mit einem Plakat seinem Antrag Nachdruck verleihen wollte, inhaftiert.⁴²⁶

Die Strategien der Antragsteller waren unterschiedlich. Manche hofften, dass es genüge, beharrlich am Ausreiseersuchen festzuhalten. Durch dieses weniger



> Demonstration des »Weißen Kreises« auf dem Platz der Kosmonauten in Jena. Es handelte sich um Bürgerinnen und Bürger, die sich im Sommer 1976 regelmäßig samstags von 9.00 bis 9.15 Uhr zu Schweigekreisen versammelten, um ihren Ausreiseträgen öffentlich Nachdruck zu verleihen. Weiße Kleidungsstücke sollten Gewaltlosigkeit signalisieren. Bilderserie vom Juni 1983
BStU, MfS, HA XX, Foto, Nr. 211, Bild 51



> Volkspolizisten nähern sich von mehreren Seiten dem »Weißen Kreis«, um ihn aufzulösen. Die Sicherheitskräfte zeigten zur Einschüchterung der Teilnehmer demonstrativ Präsenz. MfS-Mitarbeiter fotografierten bereits im Vorfeld offen Passanten und dokumentierten den Verlauf der Protestaktion.
BStU, MfS, HA XX, Foto, Nr. 211, Bild 54



> Volkspolizisten versuchen mehrere Teilnehmer des »Weißen Kreises« mit Gewalt voneinander zu trennen.
BStU, MfS, HA XX, Foto, Nr. 211, Bild 76



> Die Volkspolizei kontrollierte die Ausweise der Demonstranten und verhaftete mehrere von ihnen. Ende Juli beschlossen die Behörden, etwa 50 Jenaer Demonstranten ausreisen zu lassen, um weitere spektakuläre Proteste zu verhindern.
BStU, MfS, HA XX, Foto, Nr. 211, Bild 87



> Mit einem am Johannisberg bei Jena-Lobeda befestigten Transparent (Fotomitte) machten junge Männer auf die Lage von Antragstellern im Raum Jena aufmerksam. »JA« stand für »Jenaer Ausreisegemeinschaft«. August 1983
BStU, MfS, BV Gera, AUV 11/84, Bd. 1, Bl. 72, Bild 1

konfrontative Vorgehen wollten sie einer Inhaftierung oder einem möglichen Kindesentzug vorbeugen. Andere Antragsteller bombardierten die staatlichen Behörden und hochrangige Funktionäre regelrecht mit Eingaben. So sandte ein Kellner aus Suhl innerhalb von knapp zwei Jahren zwölf Eingaben an Erich Honecker und den Staatsrat.

Seit Anfang der 1980er-Jahre wuchs die Zahl der DDR-Bürger, die öffentlich für ihre Ausreise eintraten. Im Jahr 1983 bürgerte das MfS Akteure der Jenaer Friedensgemeinschaft – u. a. den Bürgerrechtler Roland Jahn (Jg. 1953) – zwangsweise aus, um oppositionelle Kräfte zu schwächen. Kurze Zeit später organisierten sich dort Antragsteller in den »Weißen Kreisen«. Sie versammelten sich schweigend auf öffentlichen Plätzen und trugen dabei weiße Kleidung mit dem Aufdruck »JA«. Die Abkürzung stand für »Jenaer Ausreisegemeinschaft« bzw. für »Ja« zum Westen. Der wachsende Bekanntheitsgrad der Bewegung veranlasste das MfS, viele Beteiligte – wie von diesen einkalkuliert – in die Bundesrepublik abzuschleusen. In der Folge registrierte die Stasi auch in Arnstadt, Eisenach und Heiligenstadt Schweigedemonstrationen von Ausreisewilligen. Das Erkennungszeichen der »Weißen Kreise« benutzen Antragsteller später in abgewandelter Form, z. B. indem sie weiße Bänder an ihren Auto-Antennen befestigten. Ein junger Mann aus dem Kreis Neuhaus, dem deswegen die Fahrerlaubnis entzogen wurde, teilte der Polizei daraufhin mit, dass er künftig eben mit weißer Schleife am Fahrrad fahren würde.⁴²⁷



> Die Stasi entfernte bei der Spurensicherung den mit grüner Farbe besprühten Bettbezug in der Größe von 4 m x 1,20 m. Zwei der Urheber wurden in einem nichtöffentlichen Prozess zu Haftstrafen verurteilt. August 1983.
BStU, MfS, BV Gera, AUV 11/84, Bd. 1, Bl. 72, Bild 2

Zwar versuchten die Sicherheitsbehörden Kirchenbesetzungen geheim zu halten, aber trotzdem stellte Eisfeld keinen Einzelfall dar: Der Erfurter Dom wurde 1988 ebenfalls von Antragstellern besetzt, die Weimarer Stadtkirche sogar fünfmal. Dass solche Aktionen schwerwiegende Konsequenzen haben konnten, zeigt die Festnahme und Verurteilung von Kirchenbesetzern in Weimar im Dezember 1988. Ausreisewillige, die Botschaften besetzten, riskierten ebenfalls Gefängnisstrafen. Einen solchen Schritt wagten 13 Ilmenauer mit ihren Kindern, die kurz vor dem Besuch des dänischen Ministerpräsidenten im September 1988 die dänische Botschaft in Berlin belagerten. Die Besetzer mussten unter der Androhung von Gewalt durch MfS-Mitarbeiter und das Wachkommando Missionsschutz die Botschaft verlassen. Diese Aktion der Sicherheitskräfte war nur möglich, weil die dänische Botschaft ihr Einverständnis dazu gegeben hatte. Dies stellte einen einmaligen Fall dar, der international Aufsehen erregte. Wegen der medialen Aufmerksamkeit wurden die Haftstrafen der Besetzer zur Bewährung ausgesetzt und diese nach einigen Monaten in die Bundesrepublik ausgewiesen. Trotz der Repressionen der Staatssicherheit wuchs die Ausreisebewegung im letzten Jahrzehnt der DDR immer stärker an und trug wesentlich zur Destabilisierung des Regimes bei.⁴²⁸

SSc

Schwarzer Rauch verrät die Stasi – Bürgerrechtler stoppen Aktenvernichtung in Erfurt

Ende der 1980er-Jahre wuchsen Unmut und Unzufriedenheit in der Bevölkerung der DDR. Immer mehr Bürgerrechtsgruppen bildeten sich und forderten Reformen im Land. Auch in den thüringischen Bezirken formierte sich Widerstand gegen die SED-Regierung. Nach dem Vorbild des »Neuen Forums«, am 9. September 1989 in Grünheide bei Berlin gegründet, stellten die regionalen Vertreter vom »Neuen Forum« Matthias Büchner (Jg. 1953) und Werner Brunngräber (Jg. 1965) ihre Ideen von einem demokratischen Sozialismus unter dem Dach der evangelischen Kirche in Erfurt vor. Landesbischof Werner Leich (Jg. 1927) selbst verfasste einen offenen Brief an Erich Honecker, in dem er Diskussionen mit der Partei und Reisefreiheit forderte.⁴²⁹ Die Bürgerrechtsbewegungen erfuhren in der Bevölkerung positive Resonanz, was der Staatssicherheit nicht entging. Sie verschärfte ihre Überwachung und versuchte, weitere IM in die Gruppen einzuschleusen.

Dieter Dangriß, BV-Chef in Gera, bezeichnete die evangelischen Kirchen als »Sammelbecken feindlicher, oppositioneller Kräfte«.⁴³⁰ Die Partei reagierte zunächst mit dem Einsatz von Volkspolizei, Stasi und Kampfgruppen in der unmittelbaren Nähe der überfüllten Kirchen, zum Beispiel in der Altendorfer Kirche in Nordhausen am 4. Oktober 1989, um die Besucherinnen und Besucher der Gottesdienste und Diskussionen einzuschüchtern.⁴³¹

Die ersten Demonstrationen in Thüringen waren eher einzelne und spontane Initiativen. In einer nächtlichen Aktion verfasste und verteilte der 25-jährige Günther Sattler aus Arnstadt ein Flugblatt, das zu einer Demonstration am 30. September 1989 in der Innenstadt aufrief. Seine Worte fanden Widerhall; zur Kundgebung versammelten sich circa 150 Personen.⁴³² Eine Woche später, zum 40. Jahrestag der DDR, kamen doppelt so viele Demonstranten, gegen die die Polizei brutal vorging.⁴³³ Auch in Ilmenau kam es zu Gewalt. Um die 40 Jugendliche wurden in der Nacht vom 7./8. Oktober nach einem Diskobesuch vor der



> Mit Kerzen gegen das SED-Regime: An den Domstufen in Erfurt. November 1989
Foto: Matthias Sengewald – Gesellschaft für Zeitgeschichte

BStU
000011

BÜRGER VON ARNSTADT -KOMMT AM SONNABEND DEN 30,9,1989 UM 14 UHR

TREFFPUNGT HOLZMARKT

ÄUBERT EURE MEINUNG OFFEN ZU DER WILLKÜRLICHEN POLITIK
DER SED

WAS FÜR EIN LEBEN ??

was für ein leben ?
wo die freiheit tot geboren,
wo scheint schon alles verloren !

was für ein leben ?
wo die wahrheit zur lüge wird,
wo der falsche das zepter führt !

was für ein leben ;
wo träume sterben ,
wo nichts mehr ist zum vererben,auser scherben !

was für ein leben ?
wo man seinen nachbarn nicht mehr traut,
wo man nicht mehr aufeinander baut !

was für ein leben ?
wo alte männer regieren,
wo noch menschen an grenzen krepieren,!

was für ein leben ?
wo man nicht der sein kann,der man ist,
wo man so schnell vergißt !

was für ein leben ?
wo die angst den alltag bestimmt,
wo das ende kein ende nimmt !

was für ein leben ?
wo es für wenige alles gibt,
wo der kleine keinen ausweg sieht !

was für ein leben ?
wo liebe nicht existiert,
wo man langsam erfriert !

WAS FÜR EIN LEBEN FÜHREN WIR ??????
ABER LEBEN MUB MAN DOCH UND ZWAR HIER !!!!!

DESHALB FORDERN WIR :MEINUNGSFREIHEIT
: REFORMEN POLITISCHE SOWIE
WIRTSCHAFTLICHE
:SCHLUS MIT DER SCHLUDERWIRTSCHAFT
:AUFHEBUNG DER REISEBESCHRÄNKUNGEN

LAST EUCH NICHT EINSCHÜCHTERN SAGT EURE MEINUNG

> Günther Sattler rief zur Demonstration in Arnstadt auf. September 1989
BStU, MfS, BV Erfurt, KD Arnstadt, Nr. 641, Bl. 11



> Besetzung des Stasi-Dienstszes
in Schmalkalden. 6.12.1989
Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden,
digitales Bildarchiv. Originale im
Museum Schloss Wilhelmsburg
Schmalkalden; Foto: Hans Kley

Festhalle festgenommen. Das gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte löste Protest aus. Mitarbeiter des Krankenhauses, die die Verletzten behandelt hatten, schrieben einen offenen Brief und verlangten eine öffentliche Stellungnahme zu den Ereignissen. Sie verurteilten den Umgang der staatlichen Organe mit den Jugendlichen, die in der Oktobernacht immer wieder minutenlang in den Regen geschickt wurden, »damit sich ihre Köpfe abkühlen«. ⁴³⁴ Im Bezirk Gera fand die erste Demonstration am 19. Oktober 1989 in Zeulenroda nach einem Friedensgebet in der Dreieinigkeitskirche mit 2 000 Teilnehmern statt. Vor dem örtlichen Gebäude der Staatssicherheit stellten die Demonstranten Kerzen auf (© S. 148). ⁴³⁵

Ab Ende Oktober fanden thüringenweit Demonstrationen statt. In den Bezirksstädten versammelten sich Zehntausende – in Erfurt waren es etwa 40 000 Personen, die am 26. Oktober auf dem Domplatz zusammenkamen. Auch in den Kreisstädten wie Nordhausen, Eisenach, Weimar, Heiligenstadt und Meiningen fanden sich Woche für Woche immer mehr Menschen ein. In Jena waren bis zu 40 000 Personen mobilisiert. Im kleinen Kurort Friedrichsroda stieg die Zahl der Demonstranten auf 10 000, wesentlich mehr als es Einwohner gab. ⁴³⁶

Der Umbruchprozess, der mit den Bürgerprotesten in Gang gesetzt worden war, war kaum aufzuhalten. Am 18. Oktober 1989 erklärte Honecker seinen Rücktritt. Ihm folgten Anfang November die SED-Bezirksleiter Ziegenhahn (1921–1993) aus Gera und Albrecht aus Suhl (1919–2008). Der Erfurter Hardliner

Gerhard Müller (Jg. 1928) gab sich erst am 11. November – zwei Tage nach dem Mauerfall – geschlagen. Die Grenzöffnung, die eine zentrale Forderung der Demonstrationen gewesen war, besaß in Thüringen eine besondere Dimension. Viele Menschen – sei es aus dem Eichsfeld oder vom Rennsteig – hatten jahrzehntelang unter den Einschränkungen im Grenzgebiet gelitten. Nun wurde die Aufrechterhaltung des Grenzregimes unmöglich. Die Stasi meldete beispielsweise, dass die Öffnung der Grenzübergangsstelle Katharinenberg im Eichsfeld, für den 13. November 1989 angekündigt, aufgrund großen Andrangs um einen Tag vorverlegt werden musste. ⁴³⁷

Die Staatssicherheit wurde am 18. November 1989 und nach dem Rücktritt von Erich Mielke in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umbenannt. Der durchsichtige Versuch der alten MfS-Führung, das Sicherheitsorgan zu reformieren und so zu erhalten, erwies sich als vergeblich. Auch innerhalb des Apparats bröckelte es. Das Versagen der eigenen Führung und der Partei sorgte ebenso für Verunsicherung bei den Mitarbeitern wie die Öffnung der Grenzen. Das Protokoll einer Parteimitgliederversammlung der Bezirksverwaltung Gera spiegelt die aufgebrachte Stimmung wider. Die Mitarbeiter sahen nicht ein, als »Prügelknabe der Nation« abgestempelt zu werden und beschrieben die eigene Orientierungslosigkeit: »Die Philosophie der Pastoren ist zur Zeit stärker im Kommen als unser Marxismus/Leninismus. Wie können wir in der fachlichen Arbeit aus diesem Kreis herauskommen, teilweise irren wir in der BV wie ein Haufen Dummer herum, die nur noch alles vernichten wollen.« ⁴³⁸



> BV-Leiter Josef Schwarz in Erfurt im Gespräch mit Besetzern seiner Dienststelle. 4.12.1989
Foto: Sascha Fromm

Tatsächlich waren die Stasi-Mitarbeiter schon seit Anfang November damit beschäftigt, die Spuren der jahrelangen Massenüberwachung zu tilgen. Am 24. November 1989 wies der Leiter der BV Erfurt, Generalmajor Schwarz, nach Berliner Vorgaben an, welche Unterlagen zu vernichten waren bzw. nach Berlin gebracht werden sollten.⁴³⁹ Akten gingen durch die Reißwölfe und wurden in den Kelleröfen verbrannt. Mitarbeiter zerrissen Unterlagen per Hand und vermischten die Schnipsel mit Wasser, um sie unlesbar zu machen.

Diese Vernichtungsaktionen blieben der Bevölkerung nicht verborgen. In Erfurt war bekannt, dass das Stasi-Gebäude mit Gas beheizt wurde. Der schwarze Rauch, der aus den Schornsteinen in der Andreasstraße aufstieg, war daher sehr auffällig. Der Bürgerbewegung zugespielte Messdaten über die Luftverschmutzung wiesen auf die Verbrennung großer Mengen an Kunststoffen hin – ein Indiz für die Vernichtung von Filmmaterial und Tonbändern. Am 3. Dezember 1989 verfasste das »Neue Forum« in Ost-Berlin ein Flugblatt, in dem es u. a. auf die Vernichtung von Akten aufmerksam machte und die Bürger aufrief, der Regierung die Stirn zu bieten. Matthias Büchner, der sich gerade in Ost-Berlin befand, gab am gleichen Abend den Text per Telefon an seine Erfurter Mitstreiter weiter. Manfred Ruge und Jens Fröbel druckten in der Nacht 4 000

Flugblätter, die bis in die frühen Morgenstunden in die Briefkästen eingeworfen wurden.⁴⁴⁰

An diesem Morgen, dem 4. Dezember, überschlugen sich die Ereignisse. Kerstin Schön (Jg. 1957) und Mitstreiterinnen der Gruppe »Frauen für Veränderungen« entschieden sich, die Erfurter Stasi-Zentrale zu besetzen. Kerstin Schön wusste zu diesem Zeitpunkt, dass die Vernichtung der Dokumente nur durch das beherrzte Eingreifen von Bürgern zu verhindern war. Zunächst informierten sie und ihre Mitstreiterinnen per Telefon oder persönlich Mitglieder der Bürgerbewegung über ihr Vorhaben und baten um Weiterverbreitung, damit die Nachricht möglichst viele Personen erreichte. Die Einbeziehung der Öffentlichkeit sollte auch ein Schutz davor sein, nicht selbst kriminalisiert zu werden. Sie nahmen auch die staatlichen Stellen in die Pflicht, den Stopp der Aktenvernichtung anzuordnen. Kerstin Schön und ihre Mitstreiterinnen platzten in die morgendliche Sitzung im Rathaus und suchten den Rat des Bezirkes auf, um ihr Vorhaben offiziell zu machen.

Die Nachricht über die Besetzung der Erfurter Stasi-Zentrale hatte sich tatsächlich wie ein Lauffeuer verbreitet. Um 9.00 Uhr standen circa 500 Personen vor dem Gebäude. In ihrem Tagesrapport schrieb die Stasi: »Ansammlung mehrerer Menschen vor dem DO [Dienstobjekt]. Vertreter mehrerer Bürgerinitiativen



> Verbrannte Akten im Keller der Bezirksverwaltung Erfurt. 4.12.1989
Foto: Sascha Fromm

fordern Zutritt zum »Archiv.«⁴⁴¹ Der Zugang wurde bereits eine Stunde später gewährt, eine Gruppe von zehn Personen, geleitet von Almuth Falcke (1934–2002), wurde ins Gebäude gelassen. Vom Rat des Bezirkes aus begaben sich Kerstin Schön, eine Mitstreiterin und ein Mitstreiter zum Hintereingang des Stasi-Gebäudes. Gegen 11.00 Uhr betraten sie das Gelände und verschafften sich Zutritt zum Gebäude, gefolgt von der Menschenmenge. In Gruppen erkundeten dann die Besetzer den Gebäudekomplex. Trotz Verzögerungstaktik von Generalmajor Schwarz und seinen Mitarbeitern entdeckten die Bürger bald den Computerraum, den es angeblich nicht gab, und den Verbrennungsofen im Heizungskeller samt Papiersäcken, leeren Ordnern und Heftstreifen, sogenannten Aktendullis.⁴⁴² Zur Sicherung der Stasi-Unterlagen wurde auf Initiative von Ulrich Scheidt (Jg. 1952) eine Bürgerwache gebildet. Wochentlang wechselten sich dann Freiwillige ab. Einen Tag nach der Besetzung wurde das »Komitee zur Auflösung des Geheimdienstes MfS/AfNS« gegründet.

Die Meldung über die Besetzung der Erfurter Bezirksverwaltung verbreitete sich DDR-weit. Am gleichen Tag wurden etliche Kreisdienststellen sowie die BV-Gebäude in Leipzig, Rostock und Suhl besetzt. Kurz vor 20.00 Uhr erschienen Vertreter des »Neuen Forums« in der Hölderlinstraße in Suhl. Der BV-Leiter, Gerhard Lange, verweigerte ihnen zunächst den Zutritt. Mehr



> Mitglieder des Bürgerkomitees besichtigten Berge von vernichteten Stasi-Unterlagen auf dem Gelände der Stasi-Bezirksverwaltung in Gera. Januar 1990
Foto: Michael Beleites

als 3 000 Personen hatten sich vor dem Tor versammelt, der Protest wurde immer lauter. Gegen 23.30 Uhr wurde eine Delegation von 15 Personen in Anwesenheit des Bezirksstaatsanwalts hineingelassen.⁴⁴³

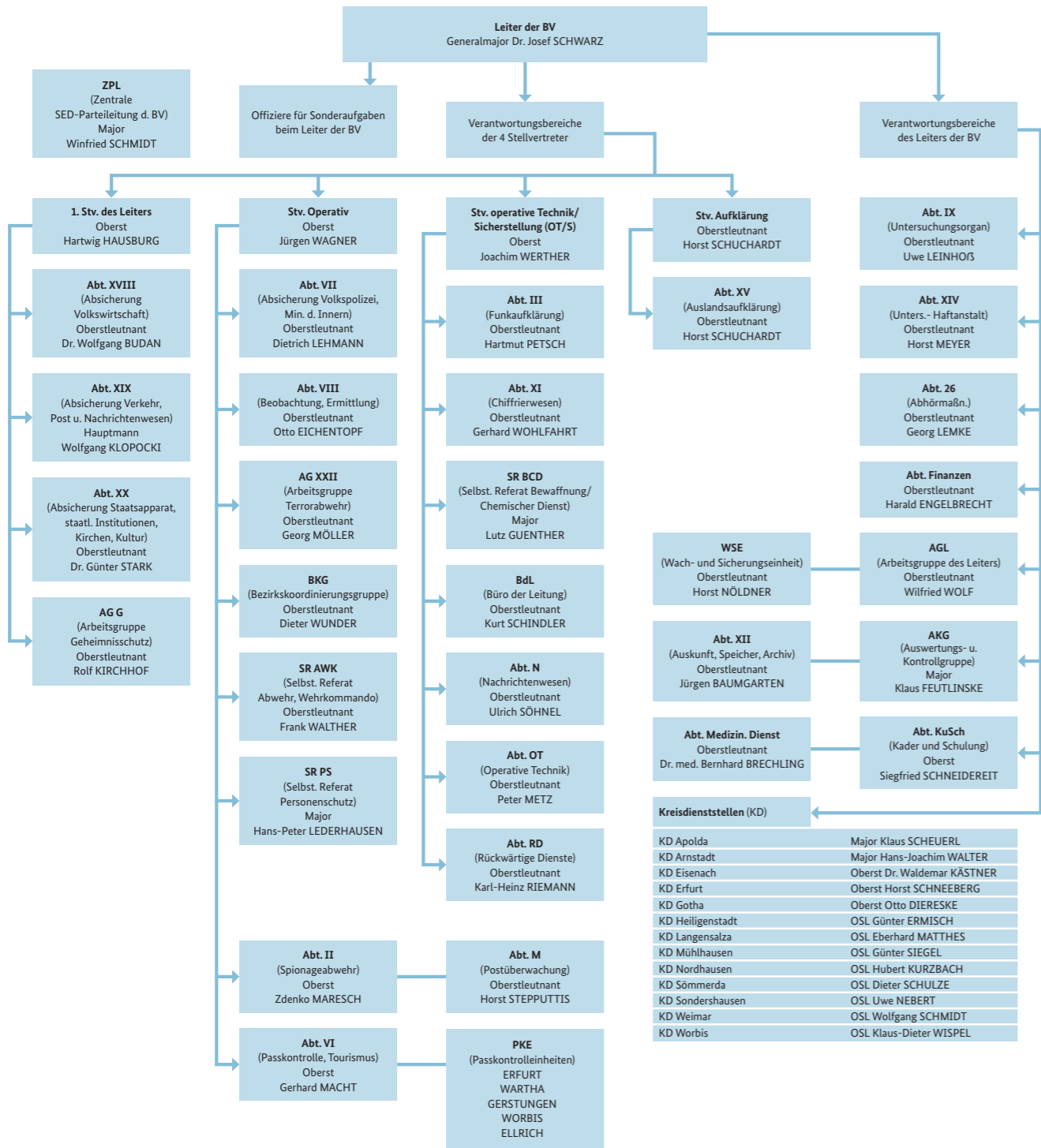
Im Gegensatz dazu waren die Stasi-Offiziere in Gera noch bis Anfang Januar Herren im eigenen Haus. Vor laufenden Kameras inszenierte der neu ernannte Leiter, Michael Trostorff (Jg. 1949), die Versiegelung der Panzerschränke. Die vorgetäuschte Offenheit diente dazu, die Bürgerrechtler abzulenken und ihnen nur bestimmte, ausgewählte Dokumente zugänglich zu machen. Das Geraer Bürgerkomitee hatte sich erst am 20. Dezember 1989 konstituiert und war im Vergleich zu Erfurt nicht dauerhaft im Gebäude der Stasi anwesend, um die Auflösung zu kontrollieren. Am 2. Januar 1990 wurde die ARD-Sendung »Kontraste« ausgestrahlt, in der Trostorff gegenüber dem Journalisten Roland Jahn (Jg. 1953) zugab, dass er und seine Mitarbeiter immer noch Zugang zu Waffen hatten. Nach mehreren Versuchen gelang es dem Bürgerkomitee am 6. Januar endlich, das Stasi-Gebäude zu besetzen und damit das Ende der Stasi auch in Gera zu besiegeln.⁴⁴⁴

ECa

Struktur und Aufgaben der Stasi in Erfurt, Gera und Suhl

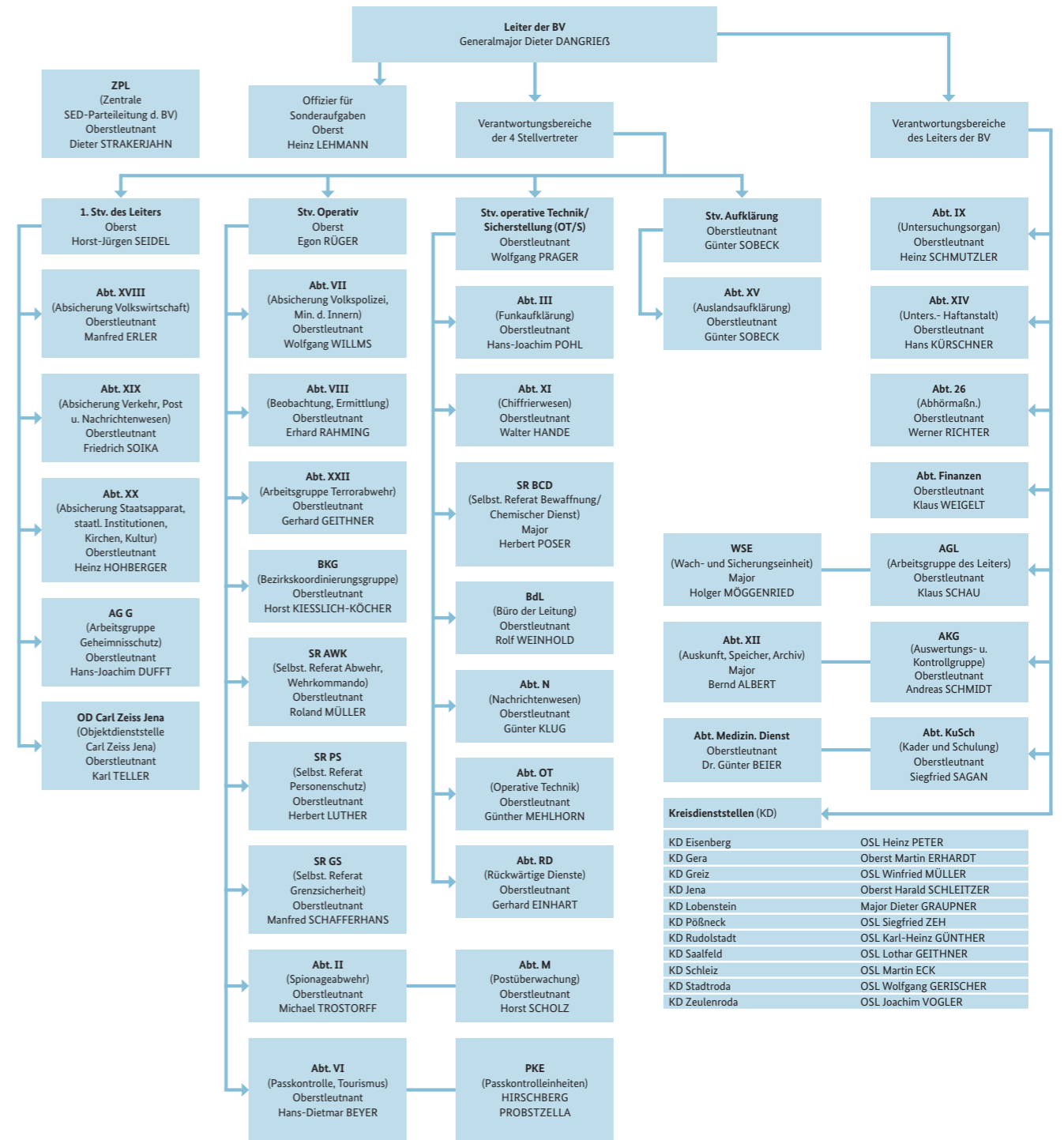
Bezirksverwaltung (BV) Erfurt des Ministeriums für Staatssicherheit

(Stand 11/89)



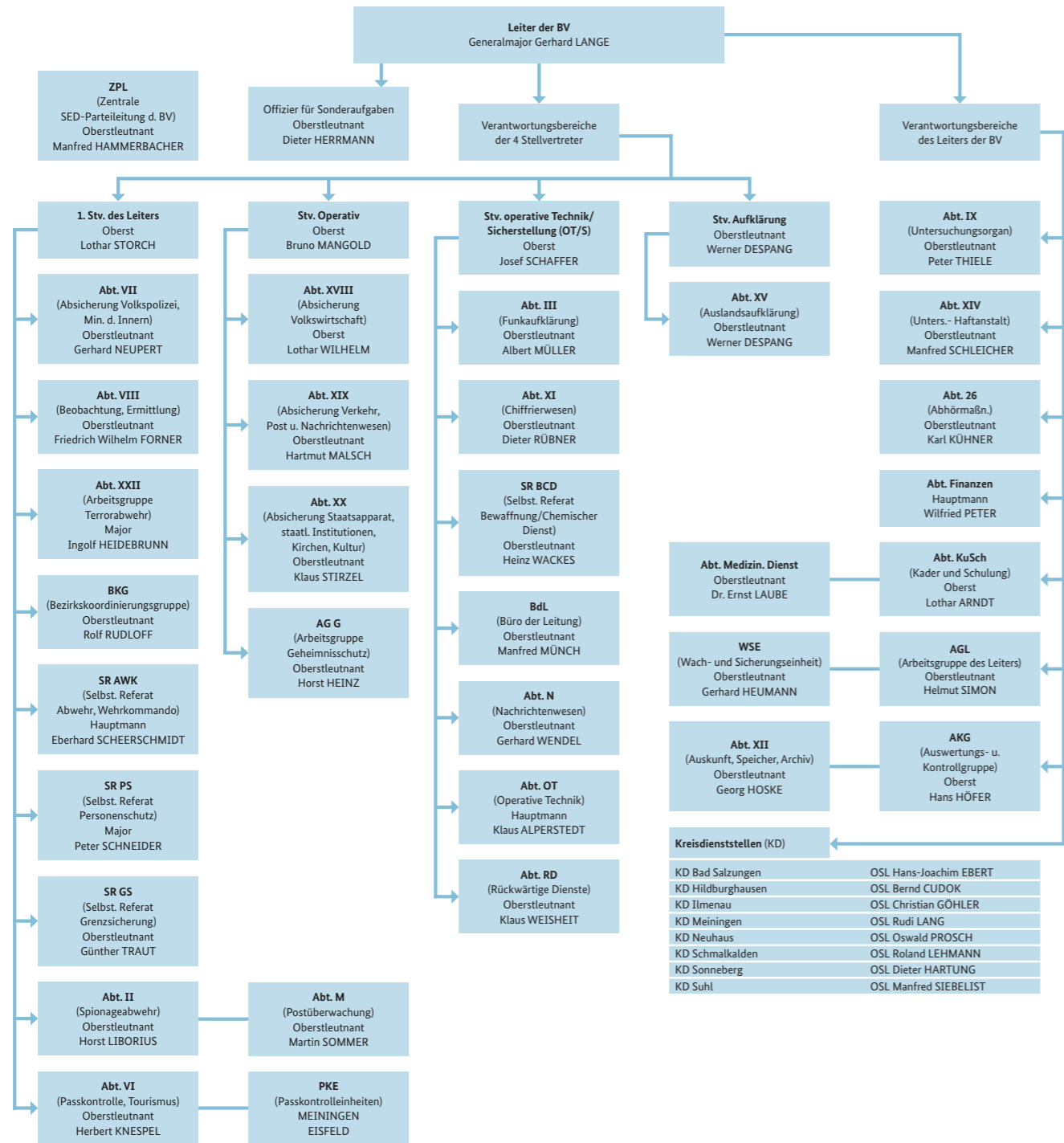
Bezirksverwaltung (BV) Gera des Ministeriums für Staatssicherheit

(Stand 11/89)



Bezirksverwaltung (BV) Suhl des Ministeriums für Staatssicherheit

(Stand 11/89)



Dienststellen der Stasi (BV, KD, OD) in den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl Bezirk Erfurt



BV Erfurt
Andreasstr. 38
Foto: Peter Große



KD Eisenach
Kurstr. 1 u. 2
BStU, MfS, BV Erfurt, KD Eisenach, Nr. 118, Bl. 9



KD Heiligenstadt
Ernst-Thälmann-Str. 55
(heute Pettristr.)
Foto: Dr. Torsten Müller



KD Apolda
Lessingstr. 95
BStU, MfS, BV Erfurt, Abt. RD, Nr. 478, Bild 1



KD Erfurt
Gerhart-Hauptmann-Str. 6
BStU, MfS, BV Erfurt, Leiter, Nr. 1, Bl. 2, Bild 2



KD Heiligenstadt (ab ca. 1973)
Aegidienstr. 20 a/b
Foto: Dr. Torsten Müller



KD Arnstadt (bis 1968)
Gerastr. 12
BStU, MfS, BV Erfurt, Abt. RD, Nr. 23, Bild 2



KD Erfurt (ab 1971)
Str. der Einheit 8
(heute Alfred-Hess-Str.)
BStU, Außenstelle Erfurt



KD Langensalza
Travertinstr. 4
BStU, MfS, BV Erfurt, KD Langensalza, Nr. 10, Bl. 29, Bild 2



KD Arnstadt (ab 1968)
Kauffbergstr. 1
BStU, MfS, BV Erfurt, KD Arnstadt, Nr. 50



KD Gotha
Friedrich-Engels-Str. 4
(heute Helenenstr.)
BStU, MfS, BV Erfurt, Leiter, Nr. 1, Bl. 2



KD Mühlhausen
Martinistr. 23
BStU, Außenstelle Erfurt

Bezirk Gera



KD Nordhausen
Dr. Kurt-Fischer-Str. 1
(heute Ludolfinger Str.)
(vorheriger Sitz Riemannstr. 1)
Foto: H.-P. Wolff



KD Weimar (bis 1969)
Paul-Schneider-Str. 52
BStU, MfS, BV Erfurt, Leiter 1, Bl. 7, Bild 2



BV Gera
Hermann-Drechsler-Str. 1
(vorheriger Sitz Rudolf-Diener-Str. 4)
BStU, Außenstelle Gera, Foto: Michael Beleites



KD Sömmerda
Uhlandstr. 24
BStU, Außenstelle Erfurt



KD Weimar (ab 1969)
Cranachstr. 47
BStU, MfS, BV Erfurt, Leiter 1, Bl. 7, Bild 1



KD Eisenberg
Alfred-Eberhard-Str. 7
(heute Hohe Str.)
BStU, MfS, BV Gera, KD Eisenberg, Nr. 2044



KD Sondershausen (bis 1969)
Str. der Thälmannpioniere
(heute Göldnerstr.)
BStU, MfS, BV Erfurt, Leiter 1, Bl. 6, Bild 2



KD Worbis
Str. der Freundschaft 9 a
(heute Medebacher Str.)
(vorheriger Sitz Friedrich-Engels-Str.;
heute Breitenbacher Str.)
BStU, MfS, BV Erfurt, Abt. RD, Nr. 23, Bild 8



KD Gera
Karl-Marx-Allee 33
BStU, Außenstelle Gera



KD Sondershausen (ab 1969)
Edmund-König-Str. 3
BStU, MfS, BV Erfurt, Leiter 1, Bl. 6, Bild 1



KD Greiz
Lindenstr. 41
BStU, Außenstelle Gera



KD Jena (1950-1952)
Gutenbergstr.
BStU, MfS, BV Gera, KD Jena, Nr. 2905, Bl. 3



KD Jena (1952-1954)
Humboldtstr./Ecke Schäfferstr.
BStU, MfS, BV Gera, KD Jena, Nr. 2905, Bl. 5



KD Jena (ab 1954)
Am Anger 13
BStU, MfS, BV Gera, KD Jena, Nr. 2905, Bl. 8



KD Jena - Erweiterungsgebäude (ab 1975)
Gerbergasse 18
BStU, Außenstelle Gera



KD Lobenstein
Am Unterlemnitzer Weg
(vorheriger Sitz Wurzbacher Str. 13 c)
BStU, Außenstelle Gera



KD Pößneck
Jahnstr. 7
BStU, Außenstelle Gera



KD Saalfeld
Rainweg 55
BStU, Außenstelle Gera



vorherige Sitze:
KD Saalfeld
Sagittariusstr. 4
BStU, MfS, BV Gera, KD Saalfeld, Fo, Nr. 2987,
Bild 3



KD Saalfeld
Schillerstr.
BStU, MfS, BV Gera, KD Saalfeld, Fo, Nr. 2987,
Bild 9



KD Schleiz
Str. der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft 7
(heute Hofer Str.)
BStU, Außenstelle Gera

Bezirk Suhl



KD Stadtroda
Schillerstr. 4
BStU, Außenstelle Gera



BV Suhl (1952-1954)
Str. des 7. Oktober (heute Bahnhofstr.)
BStU, MfS, BV Suhl, ZPL, Fo, Nr. 4.1, Bild 3
(Ausschnitt)



KD Ilmenau
An der Schloßmauer 5
Foto: Jörg Rozycki



KD Zeulenroda
Friedrich-Engels-Str. 14
BStU, Außenstelle Gera



BV Suhl (ab 1954)
Hölderlinstr. 1
BStU, MfS, BV Suhl, ZPL, Fo, Nr. 7, Bild 1
(Neubau, errichtet 1975-1978)



KD Meiningen
Thälmannstr. 5
(heute Neu-Ulmer Str.)
BStU, MfS, BV Suhl, KD Meiningen, Nr. 1110,
Bl. 56



OD Carl Zeiss Jena
Schillerstr. 2
BStU, Außenstelle Gera



KD Bad Salzungen
Friedrich-Engels-Str. 2-4
BStU, MfS, BV Suhl, KD Bad Salzungen, ZMA,
Nr. 547, Bl. 100



KD Neuhaus
Schöne Aussicht 8
Thüringer Landesamt für Vermessung und
Geoinformation



KD Hildburghausen
Geschwister-Scholl-Str. 17
Kreisarchiv Hildburghausen A6217



KD Schmalkalden
Gartenweg 1-3
Stadt- und Kreisarchiv Schmalkalden,
Foto: Gerhard Koczik



KD Sonneberg (vor 1980)
Cuno-Hoffmeister-Str. 11
Landratsamt Sonneberg, Untere Denkmal-
schutzbehörde



KD Suhl (1950)
Rosa-Luxemburg-Str.
BStU, MfS, BV Suhl, ZPL, Fo, Nr. 4.1, Bild 3
(Ausschnitt)



KD Sonneberg (ab 1980)
Ernst-Thälmann-Str. 42
(heute Bismarckstr.)
Stadtarchiv Sonneberg, Foto: Uta Behrens



KD Suhl (1951-1952)
Str. des 7. Oktober
(heute Bahnhofstr.)
BStU, MfS, BV Suhl, ZPL, Fo, Nr. 4.1, Bild 3
(Ausschnitt)



KD Suhl (1952)
Str. der Jugend
(heute Pfarrstr.)
BStU, MfS, BV Suhl, ZPL, Fo, Nr. 4.1, Bild 3
(Ausschnitt)



KD Suhl (ab 1952)
Hölderlinstr. 1
BStU, MfS, BV Suhl, ZPL, Fo, Nr. 7, Bild 1
(Neubau, errichtet 1975-1978)

Kurzbiografien der Minister und der Leiter der Bezirksverwaltungen

Die Minister für Staatssicherheit

Wilhelm Zaisser

(* 1893, Rotthausen, † 1958)



BArch, Bild 183-08749-0001

Volksschullehrer

1923–1926 Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet bzw. Oberbezirksleitung West
 1927–1932 Mitarbeiter der Komintern (Moskau)
 1932 Eintritt in die KPdSU
 1932–1936 Leiter einer militärpolitischen Schule bei Moskau
 1936–1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg
 1943–1946 Lehrer an Antifa-Schulen
 1947 Rückkehr nach Deutschland, Eintritt in die SED
 1947–1948 Chef der Landesbehörde der Polizei Sachsen-Anhalt
 1948–1949 Innenminister des Landes Sachsen
1950–1953 Minister für Staatssicherheit, Mitglied des SED-Parteivorstandes/ZK und des Politbüros
 1953 Absetzung nach dem Aufstand vom 17. Juni wegen »partei-feindlicher fraktioneller Tätigkeit«
 1954 Parteiausschluss

Ernst Wollweber

(* 1898, Hannoversch Münden, † 1967)



BArch, Bild 183-26755-001

Seemann

1919 Eintritt in die KPD
 1923 Leiter von Militärorganisationen der KPD
 1933 Emigration nach Kopenhagen
 ab 1936 Aufbau eines illegalen Apparates zur weltweiten Schiffssabotage gegen sogenannte faschistische Staaten
 1940 Verurteilung in Schweden wegen Sabotage
 1944 Ausreise in die UdSSR
 1946 Rückkehr nach Deutschland; Eintritt in die SED
 1950–1953 Staatssekretär im Ministerium für Verkehrswesen
1953–1955 Staatssekretär für Staatssicherheit
1955–1957 Minister für Staatssicherheit
 1954–1958 Mitglied des ZK der SED; Abgeordneter der Volkskammer
 1957 nach Meinungsverschiedenheiten mit Walter Ulbricht und Erich Honecker »auf eigenen Wunsch« pensioniert
 1958 Ausschluss aus dem ZK der SED, zwangsweise Rückgabe seines Volkskammermandats

Erich Mielke

(* 1907, Berlin, † 2000)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Speditionskaufmann

1924 Jugendorganisation des Roten Frontkämpferbundes
 1927 Eintritt in die KPD
 1931–1935 Flucht in die UdSSR nach der Ermordung von zwei Polizisten, Besuch der militärpolitischen Schule in Moskau
 1936–1939 Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg
 1940–1943 Mitarbeit in der illegalen KPD-Leitung in Frankreich
 1945 Rückkehr nach Berlin
 1949–1950 Leiter der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft
 1950–1989 Mitglied des ZK der SED
 1950–1953 Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit
 1953–1955 stellv. Staatssekretär für Staatssicherheit
 1955–1957 stellv. Minister im Ministerium für Staatssicherheit
1957–1989 Minister für Staatssicherheit
 1958–1989 Abgeordneter der Volkskammer
 1976–1989 Mitglied des Politbüros des ZK
 1980 Armeegeneral
 Nov. 1989 Rücktritt als Minister und Politbüro-Mitglied
 Dez. 1989 Ausschluss aus ZK und SED
 1993 Verurteilung wegen der Polizistenmorde von 1931

Die Leiter der Bezirksverwaltung Erfurt

Wilhelm Gaida

(* 1902, Oberhohenelbe/Böhmen, † 1988)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Karosseriebauer

1924 Eintritt in die KPČ, ab 1930 Funktionär
 1938 Emigration nach Prag, dann in die UdSSR
 1943–1944 Parteischule in Moskau
 1944–1945 Partisan in der Slowakei
 1945 Umsiedlung aus der ČSSR nach Deutschland
 1946–1948 Mitarbeiter der SED-Landesleitung Thüringen in Weimar
 1947–1948 Lehrgang an der Parteihochschule der SED
 1949–1951 Länderverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Thüringen (ab Feb. 1950 Länderverwaltung Thüringen des MfS), ab 1951 Stellvertreter Operativ des Leiters
Leiter der BV Erfurt
 1952–1957 Oberst
 1957–1965 Leiter der HV B des MfS in Berlin
 1965 Rentner

Martin Weikert

(* 1914, Spittelgrund/Böhmen, † 1997)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Zimmermann

1933–1935 Internationale Lenin-Schule in Moskau
 1935 Eintritt in die KP der Tschechoslowakei
 1936–1938 Soldat in der tschechoslowakischen Armee
 1939 Emigration in die UdSSR
 1942–1944 Rote Armee, Lehrgang in Ufa und Moskau
 1944–1945 Mitglied im Hauptstab der Partisanenbewegung für die Befreiung der Tschechoslowakei
 1945–1946 Mitarbeiter des ZK der KP der Tschechoslowakei
 1946 Umsiedlung nach Halle
 1946–1949 Leitende Funktion beim Dezernat »K 5« (politische Polizei)
 1949–1952 Leiter der Länderverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen-Anhalt (ab Feb. 1950 Länderverwaltung Sachsen-Anhalt des MfS)
 1953 stellv. Minister im Ministerium für Staatssicherheit
 1953–1955 stellv. Staatssekretär für Staatssicherheit
 1955–1957 stellv. Minister für Staatssicherheit
 1956–1957 zugleich Leiter der BV Groß-Berlin
1957–1982 Leiter der BV Erfurt
 1976 Generalleutnant
 1982 Rentner

Josef Schwarz

(* 1932, Prag)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Landwirt, Diplom-Wirtschaftler, Jurist

1950 Eintritt in die SED
 1952–1955 Studium an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, Potsdam
 1955–1968 Einstellung beim MfS, BV Potsdam
 1962–1968 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam, Dipl.-Jur.
 1968–1982 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Schwerin
 1972 Promotion zum Dr. jur. an der JHS
1982–1989 Leiter der BV Erfurt
 1983 Generalmajor
 1990 Entlassung

Die Leiter der Bezirksverwaltung Gera

Julius Michelberger

(* 1919, Engerau/ČSR, † 1990)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Kaufmännischer Angestellter, Jurist
 1939–1942 Militärdienst
 1942–1945 sowjetische Gefangenschaft
 1943–1944 Antifa-Schule und Zentralschule Krasnogorsk
 1944 Frontbeauftragter des Nationalkomitee Freies Deutschland
 1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1949–1952 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Mecklenburg (ab Febr. 1950 Länderverwaltung Mecklenburg des MfS), Leiter der Abt. III
 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Schwerin
 1952 **Leiter der BV Gera**
 1952–1963 Besuch der Parteihochschule der SED
 1958–1959 **Leiter der BV Potsdam**
 1963–1971 Oberst
 1964 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam
 1966–1968 Abteilungsleiter in der Arbeitsgruppe des Ministers für Staatssicherheit
 1971–1979 Rentner

Kurt Kretzschmar

(* 1904, Chemnitz, † 1983)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Zimmermann
 1928 Eintritt in die KPD
 1933–1936 Mitglied der illegalen KPD-Bezirksleitung Sachsen, Haft wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, dann KZ Sachsenburg
 1936–1944 unter Polizeiaufsicht
 1944 Militärdienst bei der Strafddivision 999, zehn Tage KZ Buchenwald
 1944–1945 Verhaftung nach »illegaler Betätigung«, Ausbruch und Illegalität
 1945–1949 Funktionär der KPD, dann der SED in Chemnitz sowie Annaberg
 1949–1952 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen (ab Febr. 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS) in leitender Funktion
 1952–1958 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Gera
 1958 **Kommissarischer Leiter der BV Gera**
 1958–1961 Leiter der KD Dresden-Stadt
 1961 Rentner

Josef Sobock

(* 1926, Riemertsheide/Oberschlesien, † 1999)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Kaufmännischer Angestellter, Gesellschaftswissenschaftler, Jurist
 1944–1945 Wehrmacht (Marine)
 1945–1949 sowjetische Gefangenschaft, Antifa-Schüler
 1949 Eintritt in die SED; Instrukteur bei der SED-KL Schwerin
 1950–1951 Besuch der Parteihochschule der SED
 1951–1957 Einstellung beim MfS, BV Gera
 1954–1962 Fernstudium an der Parteihochschule der SED
 1957–1960 Leiter der KD Jena
 1960–1963 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Gera
 1963–1970 **Leiter der BV Gera**, aus gesundheitl. Gründen abgelöst
 1964 Oberst
 1968 Abschluss an der JHS des MfS Potsdam
 1970–1974 leitende Funktion beim MfS, HV B (ab 1974 Rückwärtige Dienste)
 1974–1989 Operativer Diensthabender im Zentralen Operativstab
 1989 Rentner

Dieter Lehmann

(* 1928, Dresden, † 2013)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Tischler, Jurist
 1946 Eintritt in die SED
 1948 Einstellung bei der VP Dresden
 1949–1952 »K 5« (politische Polizei); Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen (ab Febr. 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS)
 1952–1955 BV Dresden, kurzzeitig Lehrer an der Schule des MfS Potsdam-Eiche
 1955–1958 Leiter der KD Görlitz
 1958–1970 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Dresden
 1962–1963 Besuch der Bezirksparteischule Dresden
 1965–1970 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam, Dipl.-Jur.
 1970–1988 **Leiter der BV Gera**
 1976 Promotion zum Dr. jur. an der JHS
 1979 Generalmajor
 1988 Rentner

Die Leiter der Bezirksverwaltung Suhl

Ludwig Roscher

(* 1905, Bertsdorf/Sachsen, † 1989)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Stellmacher
 1932 Eintritt in die KPD
 1937–1938 Verurteilung zu acht Monaten Haft wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«
 1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1945–1947 Einstellung bei der Polizei, zuletzt Leiter der Schutzpolizei
 1949–1952 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen (ab Febr. 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS), Leiter der KD Zittau
 1952–1954 **Leiter der BV Suhl**
 1953 Oberstleutnant
 1954–1965 BV Karl-Marx-Stadt, u. a. Stellvertreter Operativ des Leiters
 1965 Rentner

Karl Kreusel

(* 1911, Buchholz/Sachsen, † 1996)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Maurer
 1928 Eintritt in die KPD
 1935–1936 Haft
 1940–1945 Wehrmacht
 1945 KPD-Funktionär in Stollberg
 1945–1949 Einstellung bei der Polizei, Leiter der Kripo Oelsnitz
 1949–1951 Einstellung bei der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen (ab Febr. 1950 Länderverwaltung Sachsen des MfS), KD Oelsnitz
 1952 Leiter der KD Marienberg
 1952–1954 BV Chemnitz (ab 1953 BV Karl-Marx-Stadt), ab 1953 Stellvertreter Operativ
 1954–1955 **Leiter der BV Suhl**, 1955 nicht arbeitsfähig
 1956–1965 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Leipzig, ab 1962 der BV Gera
 1959 Oberstleutnant
 1965 Rentner

Dieter Dangrieß

(* 1940, Jahnshain/Sachsen)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Jurist
 1958 Eintritt in die SED
 1958–1965 Einstellung beim MfS, KD Glauchau
 1961–1962 Lehrgang an der JHS des MfS Potsdam
 1965–1973 BV Karl-Marx-Stadt
 1967–1972 Fernstudium an der JHS, Dipl.-Jur.
 1973–1987 Leitende Tätigkeiten bei der BV Karl-Marx-Stadt; ab 1982 Stellvertreter Operativ des Leiters
 1987 Promotion zum Dr. jur. an der JHS
 1987–1988 Leitende Tätigkeiten bei der BV Gera
 1988–1989 **Leiter der BV Gera**
 1989 Generalmajor
 Dez. 1989 von seiner Funktion entbunden
 1990 Entlassung

Michael Trostorff

(* 1949, Erfurt)



BStU; MfS-Kaderkarteikarte

Elektromaschinenbauer, Diplom-Kriminalist
 1966–1968 Ausbildung zum Maschinenbauer
 1968–1971 Einstellung bei der BV Erfurt als Wachmann, ab 1969 operativer Mitarbeiter
 1970 Eintritt in die SED
 1971–1975 Delegation an die HU Berlin zum Studium der Kriminalistik
 1975–1985 BV Erfurt, ab 1977 Referatsleiter, ab 1982 stellv. Leiter der Abt. II (Spionageabwehr)
 1980–1981 Fernstudium an der Bezirksparteischule
 1983–1985 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam
 1985–1989 BV Gera, Leiter der Abt. II
 Dez. 1989–
 März 1990 **Leiter des BAFNS Gera**

Kurt Grünler

(* 1906, Leipzig, † 1985)



BStU, MfS, BV Suhl, ZPL, Fo, Nr. 6, Bild 6

Elektriker
 1928 Eintritt in die KPD
 1930–1933 leitende Funktion im illegalen Rot-Front-Bund
 1933–1936 Emigration nach Dänemark, ab 1934 in Schweden
 1937–1939 Interbrigadist im Spanischen Bürgerkrieg
 1939–1940 Internierung in Frankreich, Mitglied der illegalen KP-Lagerleitung
 1940 Auslieferung nach Deutschland, Haft in Berlin
 1940–1945 KZ Buchenwald
 1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1945–1947 Amtsvorsteher in Altränstedt
 1947–1949 Einstellung bei der VP, Leiter der »K 5« (politische Polizei) in Magdeburg
 1949 Leiter der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Mecklenburg
 1950–1952 Stellvertreter Operativ des Leiters der Verwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft Sachsen-Anhalt (ab Febr. 1950 Länderverwaltung Sachsen-Anhalt des MfS)
 1952–1955 **Leiter der BV Frankfurt (Oder)**
 1953 Oberstleutnant
 1954 – 1955 Bezirksparteischule Frankfurt (Oder)
 1955–1960 **Leiter der BV Suhl**; 1960 krankheitsbedingt beurlaubt
 1961–1964 Versetzung zum MfS Berlin, Abt. XII (Zentrale Auskunfts)

1964

Rentner

Kurt Richter

(* 1921, Gera, † 1981)



BStU, MfS, BV Suhl, ZPL, Fo, Nr. 6, Bild 7

Jurist
 1936–1940 Lehre u. Arbeit als Maschinenschlosser
 1940–1945 Reichsarbeitsdienst, dann Wehrmacht, amerikanische Gefangenschaft, Flucht nach Gera
 1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1945–1951 Einstellung bei der Polizei, u. a. in Gera, Rudolstadt und Weimar
 1950 Besuch der Landesparteihschule Bad Blankenburg
 1951–1952 Einstellung beim MfS, KD Greiz
 1952–1960 BV Suhl, ab 1954 Stellvertreter Operativ des Leiters
 1959–1960 Besuch der Parteihochschule der SED
 1960–1974 **Leiter der BV Suhl, 1974 Freistellung**
 1962–1968 Fernstudium an der JHS des MfS Potsdam, Dipl.-Jur.
 1969 Oberst
 1975 Rentner

Heinz Herrmann

(* 1913, Leipzig)



BStU, MfS, BV Suhl; Kaderkarteikarte

Revolverdrehler
 1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1950–1951 Einstellung bei der Länderverwaltung Sachsen des MfS, KD Leipzig
 1952 Landesparteihschule in Masserberg
 1956–1974 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Suhl
 1962–1963 SED-Bezirksparteischule Erfurt
 1974 Oberst
 1974–1975 **Leiter der BV Suhl**
 1975–1976 Stellvertreter Operativ des Leiters der BV Suhl
 1976 Invalidenrentner

Heinz Pommer

(* 1929, Gera, † 2004)



BStU, MfS, BV Suhl, ZPL, Fo, Nr. 6, Bild 3

Bauschlossler, Jurist
 1948 Einstellung bei der Volkspolizei, Inspektion Thüringen/Ost
 1948 Eintritt in die SED
 1949–1950 Besuch der Volkspolizei-Schule für Kriminologie
 1951–1952 Einstellung bei der Länderverwaltung Thüringen des MfS, KD Gera
 1952–1974 leitende Tätigkeiten bei der BV Leipzig, ab 1964 Stellvertreter Operativ des Leiters
 1960–1963 Fernstudium an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, Potsdam
 1973 Promotion zum Dr. jur. an der JHS des MfS Potsdam
 1975 Offizier für Sonderaufgaben
 1975–1981 **Leiter der BV Suhl**
 1980 Generalmajor
 1981 Offizier für Sonderaufgaben
 1982 Leiter des Büros der Zentralen Leitung der SV Dynamo Berlin
 Nov. 1989 von seiner Funktion entbunden
 1990 Rentner

Gerhard Lange

(* 1935, Magdeburg, † 1990)



BStU, MfS, BV Suhl, ZPL, Fo, Nr. 6, Bild 2

Jurist
 1953 Abitur
 1953–1957 Jurastudium an der Martin-Luther-Universität Halle (MLU); Dipl.-Jur.
 1954 Eintritt in die SED
 1957–1959 wiss. Assistent an der MLU
 1959–1981 Einstellung bei der BV Halle des MfS, ab 1969 Stellvertreter Operativ des Leiters
 1973–1974 Delegation zur Parteihochschule der SED
 1981–1989 **Leiter der BV Suhl**
 1983 Generalmajor
 1989 Entlassung
 1990 Suizid

Kurzbiografien der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen

SED-Bezirksleitung Erfurt

Erich Mückenberger

(* 1910, Chemnitz, † 1998)



BArch, Bild 183-20628-0096, Foto: Wittig, 29.7.1953

Schlosser
1927 Eintritt in die SPD
1935–1936 KZ Sachsenburg
1938 Verurteilung zu zehn Monaten Haft wegen »Hochverrat«
1942–1945 Strafbataillon der Wehrmacht, englische Gefangenschaft
1946 Mitglied der SED
1946–1948 1. Kreissekretär Chemnitz
1948 Besuch der Parteihochschule der SED
1948–1949 1. Sekretär des SED-Landesvorstandes Sachsen
1949–1952 1. Sekretär der SED-LL Thüringen
1950–1989 Mitglied des ZK der SED und Abgeordneter der Volkskammer
1952–1953 1. Sekretär des SED-BL Erfurt
1953–1961 Sekretär des ZK der SED
1958–1989 Mitglied des Politbüros des ZK
1960–1961 Besuch der Parteihochschule der KPdSU in Moskau
1961–1971 1. Sekretär der SED-BL Frankfurt (Oder)
1971–1989 Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission des ZK der SED
Nov. 1989 Rücktritt des ZK der SED
Jan. 1990 Ausschluss aus SED/PDS, Rentner
1995–1996 Anklage wegen »Mitverantwortung für das Grenzregime der DDR«, Einstellung wegen Verhandlungsunfähigkeit

Hans Kiefert

(* 1905, Berlin, † 1966)



picture alliance (Ausschnitt)

Tischler
1923 Eintritt in die KPD
1929–1933 Funktionär der KPD-BL Pfalz, Hessen-Frankfurt und Halle-Merseburg
1933 Leiter der illegalen KPD Mittelrhein in Köln
1933–1935 Haft in Köln und im KZ Brauweiler
1938 Haft in den KZ Esterwegen und Börgermoor
1938–1943 Verbindung zur Widerstandsgruppe um Anton Saefkow
1943–1945 Wehrmacht
1945–1946 sowjetische Gefangenschaft
1946 Rückkehr nach Deutschland und Eintritt in die SED
1947–1953 leitende Tätigkeit in der SED Berlin-Friedrichshain, ab 1949 in der SED-LL Groß-Berlin
1950–1951 Studium an der Parteihochschule der SED
1953–1957 1. Sekretär der SED-BL Erfurt
1954–1966 Mitglied des ZK der SED und Abgeordneter der Volkskammer
1957–1959 1. Sekretär der SED-BL Berlin

Hermann Fischer

(* 1911, Mengersgereuth-Hämmern, † 1967)



Landesarchiv Thüringen – Hauptstaatsarchiv Weimar, Ernst Schäfer Kleinbildnegative Nr. 2/4105

Maurer
1929 Eintritt in die KPD
1933 Haft im KZ Nohra
1940–1945 Wehrmacht
1945–1946 Organisations-Sekretär der KPD-Ortsgruppe Sonneberg
1946–1951 Sekretär für Agitation und Propaganda, ab 1948 1. Sekretär der SED-KL Sonneberg
1951–1952 Vorsitzender der Kreispartei-Kontrollkommission der SED-KL Gotha
1953 Lehrgang an der Parteihochschule der SED
1954–1957 Mitarbeiter der Zentralen Parteikontrollkommission
1957–1958 1. Sekretär der SED-BL Erfurt
1958–1967 Vorsitzender der Bezirksparteikontrollkommission Erfurt

Alois Bräutigam

(* 1916 Grünlos/Böhmen, † 2007)



BArch, Bild F0417-0205-001

Maurer
1934 Eintritt in die KP der ČSR
1937–1938 Dienst in der Armee der ČSR
1939–1942 Wehrmacht
1942–1945 Bergmann, ab 1944 Mitglied einer Widerstandsgruppe
1946 Aussiedlung nach Schmalkalden
1946 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
1946–1947 Polizist in Schmalkalden
1947–1952 Mitglied der SED-LL Thüringen
1949–1951 1. Sekretär der SED-KL Arnstadt, dann Weimar
1951–1952 Besuch der Parteihochschule der SED
1953–1958 1. Sekretär der SED-Stadtleitung Erfurt, ab 1954 der SED-Gebietsleitung Wismut
1958–1980 1. Sekretär der SED-BL Erfurt
1958–Dez. 1989 Mitglied des ZK der SED
1958–1981 Abgeordneter der Volkskammer

Gerhard Müller

(* 1928, Chemnitz)



picture alliance (Ausschnitt)

Lehrer, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler, Diplolandwirt
1942–1946 Lehrerausbildung
1945 Reichsarbeitsdienst
1946 Eintritt in die SPD, ab 1946 SED
1946–1950 Lehrer in Breitenfeld
1950–1953 Tätigkeit beim Rat des Kreises Oelsnitz
1953–1955 Parteihochschule
1955–1965 leitende Tätigkeiten für die SED-BL Neubrandenburg
1962–1966 Fernstudium an der Fachhochschule für Landwirtschaft
1965–1974 1. Sekretär der SED-KL Neubrandenburg
1974–1980 2. Sekretär der SED-BL Neubrandenburg
1980–1989 1. Sekretär der SED-BL Erfurt
1981–1989 Mitglied des ZK der SED und Abgeordneter der Volkskammer
Dez. 1989 Ausschluss aus der SED
1994 Verurteilung wegen »Anstiftung zur Wahlfälschung« bei den Kommunalwahlen in der DDR 1989, Haft zur Bewährung ausgesetzt

SED-Bezirksleitung Gera

Otto Funke

(* 1915, Lennep/Rheinland, † 1997)



BStU, MfS, BV Suhl, ZPL, Nr. 302, Bl. 7 (Ausschnitt)

Technischer Angestellter

1933 Eintritt in die KPD
 1933 Mitglied der illegalen KPD-BL Niederrhein
 1935 Verurteilung zu zwei Jahren Gefängnis
 1938–1944 Tätigkeit als technischer Angestellter in Düsseldorf
 1944–1945 Wehrmacht und Gefangenschaft in Norwegen
 1945 Jugendinstrukteur der KPD-BL Thüringen
 1946 Mitglied der SED
 1946–1949 Sekretär in der FDJ-LL Thüringen
 1949–1952 2. Sekretär der SED-LL Thüringen
 1950–1954 und 1958–1989 Abgeordneter der Volkskammer
 1952–1955 1. Sekretär der SED-BL Gera
 1955–1956 Studium an der Parteihochschule der KPdSU in Moskau
 1956–1968 1. Sekretär der SED-BL Suhl
 1963–1989 Mitglied des ZK der SED

Heinz Glaser

(* 1920, Dresden, † 1978)

Schlosser, Studium an den Technischen Lehranstalten Dresden
 1941–1945 Wehrmacht
 1945 Eintritt in die KPD, ab 1946 SED
 1947 Studium
 1948–1949 Lehrer an der SED-Landesparteihschule Sachsen
 1950–1952 2. Sekretär der SED-LL Sachsen
 1951–1952 Abgeordneter des Sächsischen Landtags
 1953–1954 1. Sekretär der SED-BL Halle
 1954–1955 Studium an der Parteihochschule des ZK der KPdSU in Moskau
 1955–1959 1. Sekretär der SED-BL Gera, abgesetzt wegen »ungenügender kollektiver Arbeit«
 Redakteur bei der »Sächsischen Zeitung«, danach als Schlosser tätig
 1959–1964 Ausschluss aus der SED
 1967 Rentner
 1977

Paul Roscher

(* 1913, Pockau/Sachsen, † 1993)



BStU, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, AKG, Fo, Nr. 374, Bd. 1, Bild 9 (Ausschnitt)

Maschinenschlosser

1928 Eintritt in den Kommunistischen Jugendverband Deutschlands
 1932–1935 Mitglied und Funktionär der KPD
 1935–1937 Verurteilung wegen »Vorbereitung zum Hochverrat«, Haft in Zwickau und im KZ Aschendorfermoor
 1942–1947 Wehrmacht, französische Gefangenschaft
 1947 Rückkehr nach Deutschland und Eintritt in die SED
 1947–1949 Tätigkeit für die SED-KL Marienberg
 1949–1954 leitende Funktionen in der SED-LL Sachsen und der SED-BL Leipzig
 1954/55 Studium an der Parteihochschule der SED
 1955–1959 Leitende Tätigkeiten in der SED-BL Erfurt
 1959–1963 1. Sekretär der SED-BL Gera
 1963–1976 1. Sekretär der SED-BL Karl-Marx-Stadt
 1963–Dez. 1989 Mitglied des ZK der SED
 1963–1981 Abgeordneter der Volkskammer

Herbert Ziegenhahn

(* 1921, Dankerode, † 1993)



BArch, Bild 183-1985-0826-035

Landarbeiter, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler

1936–1946 Landarbeiter im Betrieb der Eltern, danach Wehrmacht, sowjetische Gefangenschaft
 Besuch von Antifa-Schulen in der UdSSR, u. a. als Assistent tätig
 1949 Rückkehr nach Deutschland
 1950–1951 Bürgermeister von Dankerode und Harzgerode
 1951 Eintritt in die SED
 1952–1953 1. Sekretär der SED-KL Quedlinburg
 1954–1960 Fernstudium an der Parteihochschule
 1959–1963 1. Sekretär der SED-KL Dessau
 1966–1989 Mitglied des ZK der SED
 1963–1989 1. Sekretär der SED-BL Gera
 1963–Nov. 1989 Abgeordneter der Volkskammer
 Dez. 1989 Ausschluss aus der SED

SED-Bezirksleitung Suhl

Adolf Färber

(* 1912, Berlin, † 1987)



Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Meiningen, Fotosammlung Zeitgeschichte, Nr. F1298 (Ausschnitt)

Maler

1928 Eintritt in die SPD
 1933 Reichsarbeitsdienst
 1933–1934 SA-Mitglied
 1935–1942 Lackierer bei Carl Zeiss Jena
 1942–1945 Sanitätsoffizier der Wehrmacht
 1945 britische, dann amerikanische Gefangenschaft
 1945 erneuter Eintritt in die SPD, ab 1946 SED
 1946–1947 Mitarbeiter der SED-KL Jena
 1948 Besuch der Landesparteihschule der SED in Bad Berka
 1948–1949 1. Sekretär der SED-KL Jena
 1949–1952 leitende Funktionen in der SED-LL Thüringen
 1952–1954 1. Sekretär der SED-BL Suhl
 1954–1955 Studium an der Parteihochschule des ZK der KPdSU in Moskau, wegen Aufdeckung der verschwiegenen SA-Mitgliedschaft abberufen
 Aussprache einer Rüge durch das SED-Politbüro
 1955 Arbeitsdirektor in Industriebetrieben in Wolfen und Karl-Marx-Stadt
 1955–1977

Kurt Schneidewind (eigentlich Hans Kochlmüller)

(* 1912, Erfurt, † 1983)



BStU, MfS, BV Suhl, ZPL, Fo, Band 6, Nr. 7 (Ausschnitt)

Schuhmacher

1932–1933 Komsomollehrgang in Moskau im Namen des Kommunistischen Jugendverbands Deutschlands
 Besuch der Parteihochschule der KPdSU in Moskau
 1934 Leiter einer KPD-Gruppe, danach u. a. als Schlosser tätig
 1935–1943 Partisan für das Nationalkomitee Freies Deutschland, u. a. in Leningrad, Lettland und Finnland
 1943–1944 Lehrer an einer KPD-Spezialschule bei Moskau
 1945–1946 Rückkehr nach Deutschland, Eintritt in die SED
 1946 Mitarbeiter beim Parteivorstand der SED
 1946–1950 Leiter der Abt. Propaganda des ZK der SED
 1952–1954 1. Sekretär der SED-BL Suhl
 1954–1956 Leiter der Abteilung Organisation des ZK der SED
 1956–1958 Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, u. a. im diplomatischen Dienst
 1959–1973

Erich Postler

(* 1940, Märzdorf/Böhmen)



DIPF/BBF/Archiv, IZJ Foto 1566

Landwirt, Agraringenieur

1959–1980 Mitglied des ZR der FDJ mit leitenden Funktionen
 1961 Eintritt in die SED
 1962 Studium an der Komsomol-Hochschule in Moskau
 1976–1989 Mitglied des ZK der SED
 1981–1989 2. Sekretär der SED-BL Schwerin
 Nov./Dez. 1989 1. Sekretär der SED-BL Gera
 1990 Mitglied der PDS

Otto Funke

1956–1968 1. Sekretär der SED-BL Suhl (siehe SED-Bezirksleitung Gera)

Hans Albrecht

(* 1919, Bochum, † 2008)



BArch, Bild 183-1989-0922-300

Schlosser, Diplom-Ingenieur-Ökonom

1939–1945 Wehrmacht
 1945 Eintritt in die SPD, ab 1946 SED
 1946–1949 Mitarbeiter und Sekretär des SED-Kreisvorstandes Grimma
 1950 Besuch der Parteihochschule der SED
 1951–1958 1. Sekretär der SED-KL Frankfurt (Oder), Eberswalde und Stalinstadt (ab 1961 Eisenhüttenstadt)
 1954–1963 Kandidat, dann Mitglied des ZK der SED
 1960–1963 Vorsitzender des Rats des Bezirks Frankfurt (Oder)
 1963–1965 Studium an der Bergakademie Freiberg
 1968–1989 1. Sekretär der SED-BL Suhl
 1971–1989 Mitglied der Volkskammer
 Dez. 1989 SED-Ausschluss
 1992 Verurteilung wegen Amtsmissbrauchs
 1993 Verurteilung im Rahmen der Mauerschützenprozesse zu viereinhalb Jahren Haft, 1994 Erhöhung des Strafmaßes auf über fünf Jahre durch den Bundesgerichtshof

Peter Pechauf

(* 1941, Sonneberg)



Landesarchiv Thüringen – Staatsarchiv Meiningen, Fotosammlung Zeitgeschichte, Nr. 1376 (Ausschnitt)

Lehrer

1959

1959–1963

1963–1969

1967

1969–1975

1975–1978

1979–1985

1985–1989

Nov. 1989–Febr. 1990

1990–1995

Eca/SSc

Abitur

Lehrerausbildung für Deutsch und Geschichte in Leipzig

Lehrer in Eishausen und Sonneberg

Eintritt in die SED

2. Sekretär der FDJ-KL Sonneberg, dann

1. Sekretär der FDJ-KL Hildburghausen

Studium an der Parteihochschule der KPdSU in Moskau

2. Sekretär der SED-KL Sonneberg

1. Sekretär der SED-KL Meiningen

1. Sekretär der SED-BL Suhl

Mitarbeiter der PDS Suhl⁴⁵



> Der »Kundschafter des Friedens« Günter Guillaume (Mitte) besuchte die Bezirksverwaltung Erfurt, hier im Beisein von Josef Schwarz (links) und Martin Weikert (rechts). September 1984

BStU, MfS, BV Erfurt, Sammlung, Fo, Nr. 50, Bild 40

Autoren

ECa	Elise Catrain Dr., Jg. 1983; Germanistin und Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Forschung des BStU	MSt	Martin Stief Jg. 1984; Germanist und Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung des BStU
GCa	Gabriele Camphausen Dr., Jg. 1957; Historikerin, Fachbereichsleiterin in der Abteilung Bildung und Forschung des BStU	SMü	Sascha Münzel Jg. 1981; Historiker, Mitarbeiter im Sachgebiet Anträge und Ersuchen der Außenstelle Suhl des BStU
HBp	Henrik Bispinck Dr., Jg. 1973; Germanist und Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung des BStU	TWu	Tobias Wunschik Dr., Jg. 1967; Politikwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung des BStU
PBo	Peter Boeger Dr., Jg. 1956; Kunsthistoriker und Kommunikationswissenschaftler, Leiter der Arbeitsgruppe Schwerpunktstudien der Abteilung Bildung und Forschung des BStU		
RSi	Rüdiger Sielaff Jg. 1958; Leiter der Außenstelle Frankfurt (Oder) des BStU		
SSc	Stephanie Schlesier Dr., Jg. 1978; Historikerin, Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Forschung des BStU		
MSc	Mark Schiefer Dr., Jg. 1981; Politikwissenschaftler und Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung des BStU		

Abkürzungsverzeichnis

ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst	KLM	Royal Dutch Airlines – nationale Fluggesellschaft der Niederlande
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit – Nachfolgeeinrichtung des MfS (17.11.–17.12.1989)	KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
AOP	Archivierter operativer Vorgang (MfS)	KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
AU	Archivierter Untersuchungsvorgang (MfS)	KPI	Kommunistische Partei Italiens
AWE	Automobilwerke Eisenach	KZ	Konzentrationslager
BArch	Bundesarchiv	LL	Landesleitung
BL	Bezirksleitung	LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (DDR)
BV	Bezirksverwaltung (MfS)		
CSU	Christlich-Soziale Union	MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
ČSR	Tschechoslowakische Republik		
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik	NKWD	Narodnyi Komissariat Wnutrennych Del – (russisch) Volkskommissariat für innere Angelegenheiten; 1917–1946; umfasste 1934–1943 auch den Staatssicherheitsdienst der UdSSR
DDR	Deutsche Demokratische Republik	NVA	Nationale Volksarmee (DDR)
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DDR)		
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund – Einheitsgewerkschaft (DDR)	OD	Objektdienststelle (MfS) – Diensteinheit, die ausschließlich zur Sicherung bedeutender Betriebe und Einrichtungen tätig war; 1989 existierten 7 OD
FDJ	Freie Deutsche Jugend (DDR) – staatsstreuere Jugendorganisation	OPK	Operative Personenkontrolle (MfS) – konspirativer Vorgang zur Aufklärung und Überwachung von Personen; meist angelegt bei Verdacht auf politisch nicht konformes Verhalten bzw. zur Überprüfung von Funktionären; auch Vorlauf für eine inoffizielle Tätigkeit in der Auslandsespionage
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit (MfS) – seit 1968; seit 1980 registrierpflichtig; besondere Form der inoffiziellen Zusammenarbeit	OV	Operativer Vorgang – konspiratives Ermittlungsverfahren gegen »unbekannt« oder gegen Personen, die nach der DDR-Gesetzgebung eine Straftat begangen hatten oder dies beabsichtigten (Anlass war oft schon nichtkonformes politisches Verhalten)
IFA	Industrieverband Fahrzeugbau	PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
IM	Inoffizieller Mitarbeiter – konspirativ und in der Regel unbezahlt tätiger Informant des MfS, vor allem zur Überwachung und Beeinflussung seines Umfeldes; flächendeckend und in allen Bereichen der Gesellschaft, auch im Ausland einschließlich der Bundesrepublik und in West-Berlin eingesetzt; Minister Mielke: »Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind«	POZW	Politisch-operatives Zusammenwirken (MfS) - des MfS mit staatlichen Einrichtungen; auch: Person, mit der das MfS im Rahmen des POZW Kontakt hielt
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung und Durchdringung eines Verantwortungsbereiches		
K 5	Dezernate 5 und Kommissariate 5 der Kriminalpolizei – politische Polizei (Vorläufer des MfS)	RAF	Rote-Armee-Fraktion (Bundesrepublik/West-Berlin) – linksextreme terroristische Vereinigung
KD	Kreisdienststelle (MfS)		
KL	Kreisleitung		

SBZ	Sowjetische Besatzungszone	VEB	Volkseigener Betrieb (DDR) – Staatsbetrieb, im Unterschied zu privaten und genossenschaftlichen Betrieben
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands	VP	Volkspolizei (DDR)
SMA(D)	Sowjetische Militäradministration (in Deutschland)	VPKA	Volkspolizeikreisamt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	ZK	Zentralkomitee
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken		
USA	Vereinigte Staaten von Amerika		



> Erich Mielke (links) und BV-Chef Martin Weikert (Mitte) bei einem Besuch der KD Eisenach. 1975
BStU, MfS, BV Erfurt, Sammlung, Fo, Nr. 52, Bild 35

Weiterführende Literaturhinweise zum MfS in Thüringen

Hinweise zur Fachliteratur finden sich auch in den Anmerkungen.

Beleites, Michael: Pechblende – der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen. Frankfurt am Main 1988.

Buthmann, Reinhard: Die Objektdienststellen des MfS (MfS-Handbuch. Hg. BStU). Berlin 1999.

Buthmann, Reinhard: Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Berlin 1997.

Ellmenreich, Renate: Frauen bei der Stasi. Am Beispiel der MfS-Bezirksverwaltung Gera. Hg. vom LStU Thüringen. Erfurt 1999.

Gerbergasse 18, Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik 8 (2003) 29: Sonderausgabe zum 17. Juni 1953.

Hahn, Anne; Willmann, Frank: Satan, kannst du mir noch mal verzeihen. Otze Ehrlich, Schleimkeim und der ganze Rest. Mainz 2008.

Herz, Andrea: Die Erfurter Untersuchungshaftanstalt der DDR-Staatssicherheit 1952 bis 1989. Erfurt 2006.

Herz, Andrea: Haft und politische Polizei in Thüringen 1945–1952: Zur Vorgeschichte der MfS-Haftanstalt Erfurt-Andreasstraße. Erfurt 2002.

Herz, Andrea: Thüringen im »Frühling 1968«. ČSSR-Okkupation, Jugendproteste, Ordnungsstaat. Erfurt 2008.

Karmrodt, Andreas: Der 17. Juni 1953 in Jena. Volk – Polizei – Partei. Erfurt 1997.

Klenke, Dietmar: Das Eichsfeld unter den deutschen Diktaturen. Widerspenstiger Katholizismus in Heiligenstadt. Duderstadt 2003.

Labrenz-Weiß, Hanna: Die KD Nordhausen. Arbeitsstruktur und Wirkung der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit im Grenzkreis Nordhausen. Berlin 2017.

Die Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Hg.): Die Geschichte des Bürgerkomitees in Erfurt. Zeitzeugenberichte. Erfurt 2004.

Maser; Peter; Veen, Hans-Joachim; Voit, Jochen: Haft, Diktatur, Revolution. Thüringen 1949–1989. Das Buch zur Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße Erfurt. Weimar [u. a.] 2015.

Müller-Enbergs, Helmut: Die Kreisdienststelle Meiningen des Ministeriums für Staatssicherheit. Eine Handreichung zur regionalen Aufarbeitung. Berlin 2012.

Neubert, Ehrhart; Auerbach, Thomas: »Es kann anders werden«. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945–1989. Köln [u. a.] 2005.

Potratz, Rainer; Bennewitz, Inge: Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze: Analysen und Dokumente. Berlin 2012.

Raßloff, Steffen: Friedliche Revolution und Landesgründung in Thüringen 1989/90. Erfurt 2013.

Raßloff, Steffen (Hg.): »Willy Brandt ans Fenster!« Das Erfurter Gipfeltreffen 1970 und die Geschichte des »Erfurter Hofes«. Erfurt 2007.

Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit. Die Opposition in Jena in den siebziger und achtziger Jahren. Berlin 2019.

Schönfelder, Jan; Erices, Rainer: Willy Brandt in Erfurt. Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen 1970. Berlin 2010.

Schönefelder, Jan: Mit Gott gegen Gülle. Die Umweltgruppe Knau/Dittersdorf 1986 bis 1991. Rudolstadt 2000.

Wurschi, Peter: »... und sie wachten auf in Nordrhein-Westfalen!« Die Entwicklung der Opposition in Suhl und ihr Wirken im Herbst 1989. Erfurt 2002.

Zoratto, Bruno: DDR-Mord am Genossen Corghi. Italienische Opfer der SED/Stasi-Willkür. Böblingen 1991.

Impressum

**Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik**
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
publikation@bstu.bund.de

Gestaltung
Pralle Sonne, Berlin

Danksagung
Besonderer Dank gilt Dr. Henrik Bispinck, Dr. Gabriele Camphausen, Prof. Dr. Daniela Münkel und Dr. Ralf Trinks für ihre kritische und kreative Begleitung. Durch die engagierte Unterstützung der Außenstellen Erfurt, Gera und Suhl des Bundesbeauftragten wurde diese Publikation erst möglich.

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen der Autorinnen und Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

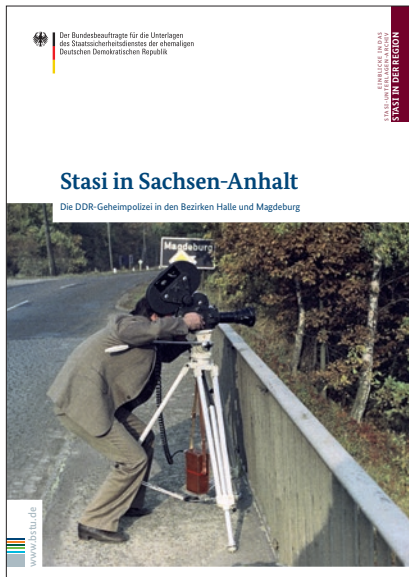
In den Fällen, in denen es nicht gelang, Rechteinhaber an Abbildungen oder Texten zu ermitteln, bleiben Honoraransprüche gewahrt.

Schutzgebühr 5,00 €
Berlin 2018

ISBN 978-3-946572-03-9
Eine PDF-Version dieser Publikation ist unter der folgenden URN
kostenlos abrufbar: urn:nbn:de:0292-97839465720397

Auch als
kostenloser
Download auf
www.bstu.de

Bisher sind in der Reihe »Stasi in der Region« die folgenden Hefte erschienen:



Stasi in Sachsen-Anhalt

Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Halle und Magdeburg

Berlin 2016, 180 Seiten
Schutzgebühr 5,00 €
ISBN 978-3-946572-00-8



Stasi in Sachsen

Die DDR-Geheimpolizei in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig

Berlin 2017, 176 Seiten
Schutzgebühr 5,00 €
ISBN 978-3-946572-01-5

Die gedruckten Publikationen können auf der Website des BStU (www.bstu.de), per Mail (publikation@bstu.bund.de) oder telefonisch unter 030 2324-8803 bestellt werden.

Die Länderstudien »Stasi in Mecklenburg-Vorpommern«, »Stasi in Brandenburg« und »Stasi in Berlin« sind in Vorbereitung.

THÜRINGEN



ISBN 978-3-946572-03-9



9 783946 572039

www.bstu.de

